

Zukunft. Zusammen. Erlangen.

**Kommunalpolitisches Programm der
SPD Erlangen für die Wahlperiode
2026-2032**

Vorwort

Erlangen ist eine Stadt der Chancen. Eine Stadt, in der Wissenschaft, Wirtschaft und gesellschaftliches Engagement auf besondere Weise zusammenwirken. Eine Stadt, die vielen Menschen Perspektiven bietet – in der Bildung, im Beruf, im sozialen Miteinander. Und eine Stadt, die sich seit vielen Jahren erfolgreich weiterentwickelt – mit klarem Kurs und sozialdemokratischer Handschrift.

Seit 2014 gestalten wir als SPD in Regierungsverantwortung die Zukunft Erlangens – mit einer Politik, die wirtschaftliche Stärke mit sozialem Zusammenhalt verbindet. Wir haben neue Chancen geschaffen: durch die Stärkung von Wirtschaft, Wissenschaft und Spitzenforschung, durch den Ausbau der Kinderbetreuung, durch massive Investitionen in Schulen, durch mehr bezahlbaren Wohnraum, durch den Ausbau von Bus- und Radverkehr, durch Klimaschutz, durch digitale Verwaltung, durch kulturelle Vielfalt und neue Beteiligungsmöglichkeiten. Dabei war uns immer wichtig: Fortschritt darf kein Privileg sein – alle Menschen in unserer Stadt sollen davon profitieren.

Aber wir wissen auch: Die Welt um uns herum ist schwieriger geworden. Die Folgen von Pandemie, Krieg, Klimakrise, sozialer Ungleichheit und schlechter Finanzausstattung der Kommunen sind spürbar – auch hier bei uns. Gerade deshalb braucht es eine verlässliche, vorausschauende Kommunalpolitik. Eine Politik, die Chancen nicht dem Zufall überlässt, sondern sie gezielt schafft. Für junge Menschen, für Familien, für Seniorinnen und Senioren, für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, für Menschen mit niedrigem Einkommen, für Unternehmen und Beschäftigte.

Mit unserem kommunalpolitischen Programm für die nächste Wahlperiode zeigen wir, wie wir Erlangen als Stadt für Alle weiter stärken wollen: mit klaren Ideen, mit konkreten Maßnahmen und mit einem tiefen Vertrauen in die Kraft dieser Stadt. Denn wir sind überzeugt: Die besten Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit entstehen vor Ort – durch solidarisches Handeln, durch soziale Verantwortung, durch gemeinsames Gestalten.

Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen, damit wir diesen Weg auch in Zukunft gemeinsam gehen können – mit Mut, mit Zuversicht und mit dem festen Willen, Erlangen als Stadt für Alle zu weiterzuentwickeln.

Ihr

Dr. Florian Janik

Oberbürgermeister der Stadt Erlangen

Inhalt

I.	Grundlagen sozialdemokratischer Kommunalpolitik für Erlangen	3
1.	Unser Weg zur Stadt für Alle	4
2.	Die Welt, in der wir leben	7
3.	Zukunft und Zusammenhalt gestalten	10
II.	Ziele und Perspektiven	13
1.	Städtische Finanzen: Zukunftsfähig und gerecht gestalten	14
2.	Demokratie und Toleranz: Zusammenhalt stärken – Rechtsextremismus und Diskriminierung entschieden entgegentreten	18
3.	Kommunale Demokratie: Transparenz, Beteiligung und Ehrenamt fördern.....	22
4.	Arbeit und Wirtschaft: Wohlstand sichern – nachhaltige Entwicklung voranbringen	27
5.	Kommunale Sozialpolitik: Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe.....	35
6.	Wohnen: Eine Stadt für alle sichern	41
7.	Umwelt und Energie: Fortschritt im Einklang mit der Natur	46
8.	Verkehr: Vorfahrt für Mensch und Umwelt	62
9.	Digitalisierung: Zukunftschancen aktiv gestalten.....	74
10.	Bildung: Startblöcke für unsere Zukunft.....	80
11.	Kultur: Raum für Vielfalt und Teilhabe.....	85
12.	Sport: Gesundheit, Integration , demokratische Werte	102
13.	Stadtplanung und Stadterneuerung: Sozial und ökologisch die Stadt der Zukunft gestalten.....	108
14.	Gesundheit: Vorbeugen, Pflegen, Helfen – für ein gutes Leben in Erlangen.....	113
15.	Gleichstellung: Für Frauenrechte und queere Vielfalt in Erlangen	119
16.	Familie und Lebensgemeinschaften: Frei und gesichert zusammenleben	126
17.	Junge Menschen: Selbstbestimmt leben – Stadt solidarisch gestalten.....	131
18.	Ältere Menschen: Selbstständigkeit wahren und unterstützen	139
19.	Menschen mit Migrationsgeschichte: „Offen aus Tradition“ mit Leben füllen	144
20.	Personal und Verwaltung: Zukunftsfähig, bürgernah und effizient	150

I. Grundlagen sozialdemo- kratischer Kommunalpo- litik für Erlangen

1. Unser Weg zur Stadt für Alle

Erlangen ist eine Stadt voller Möglichkeiten. In Regierungsverantwortung seit 2014 haben wir als SPD Erlangen dafür gesorgt, dass unsere Stadt nicht nur wirtschaftlich prosperiert, sondern auch für alle lebenswerter wird. Erlangen ist eine der sichersten Großstädte Deutschlands. Dank der Investitionen von Weltunternehmen wie Siemens, der Stärkung unserer Universität und unseres Universitätsklinikums sowie dem Ausbau von Spitzenforschungseinrichtungen gibt es heute in Erlangen mehr Arbeitsplätze als je zuvor. Auch in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit haben hier viele Menschen gute Jobs, sichere Perspektiven und eine starke Grundlage für die Zukunft.

Sozialdemokratische Politik hat wirtschaftlichen Erfolg im Blick. Uns geht es aber um mehr. Denn vor Ort leisten wir einen wesentlichen Beitrag für eine solidarische, demokratische und klimafreundliche Gesellschaft. Es geht darum,

- dass Kinder die bestmögliche frühkindliche Förderung und Schulbildung erhalten.
- dass Menschen, die beispielsweise in der Pflege, im Supermarkt oder bei der Polizei jeden Tag hart für unsere Stadt arbeiten, bezahlbaren Wohnraum in Erlangen finden.
- eine Stadt in Vielfalt zu erhalten und den Austausch zwischen Kulturen zu stärken, damit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Orientierung miteinander statt nebeneinanderher leben.
- dass Jugendliche vielfältige Angebote finden, um ihre Freizeit sinnstiftend zu gestalten.
- dass ältere Menschen auch im hohen Alter Teil unserer Gemeinschaft bleiben können.
- dass Frauen nicht vom Großteil der Sorgearbeit belastet werden und dass sie in allen Lebensbereichen gleichberechtigt leben und arbeiten können.
- dass alle Menschen am Leben in der „Stadt für Alle“ teilhaben können.

Gemeinsam haben wir seit 2014 daran gearbeitet, die „Stadt für Alle“ zu gestalten:

- Wir haben den sozialen Wohnungsbau deutlich gestärkt und dafür gesorgt, dass mehr bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum für alle Erlanger*innen geschaffen und erhalten wird. Allein die städtische GEWOBAU hat über 1.000 neue Wohnungen gebaut und saniert bestehenden Wohnraum energetisch und sozialverträglich. Bei der Neuausweisung von Wohngebieten haben wir eine Quote von 30 Prozent für den geförderten Mietwohnungsbau durchgesetzt.
- Wir haben Zukunftsinvestitionen in Milliardenhöhe gesichert – für Forschung, High-Tech-Unternehmen und das Uniklinikum. Wir haben die Nutzung von vorhandenen Gewerbeflächen optimiert und eine nachhaltige Gewerbeflächenentwicklung angestoßen, um den lokalen Mittelstand und das lokale Handwerk zu stärken. Wir setzen uns für qualifizierte Fachkräfte ebenso ein wie für Menschen, die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben. Beispielhaft sind das Café Herg`richt als Projekt, um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, die Jugendberufsagentur oder auch Maßnahmen für alleinerziehende Arbeitslose.
- Wir haben Kinderbetreuungseinrichtungen massiv ausgebaut, um Familien besser zu unterstützen und Bildungschancen zu verbessern.

- Wir haben die Schulsanierungen und den Ganztagsausbau in unserer Stadt weiter vorangetrieben. Auch an unseren Schulen unterstützen wir die Digitalisierung umfassend.
- Wir haben den öffentlichen Nahverkehr und die Fahrradinfrastruktur ausgebaut und mit der Planung der Stadt-Umland-Bahn die Grundlage für eine nachhaltige Verkehrswende gelegt. Und mit dem kostenlosen Innenstadtbereich haben wir im Nahverkehr ein Pilotprojekt auf den Weg gebracht, um unsere Innenstadt gut erreichbar zu erhalten und sie gleichzeitig vom Autoverkehr zu entlasten.
- Wir haben mit dem ErlangenPass eine konkrete Maßnahme für soziale Teilhabe geschaffen, die Familien und Einzelpersonen mit geringem Einkommen spürbar entlastet. Mit dem Sozialticket für Menschen mit ErlangenPass haben wir dafür gesorgt, dass Mobilität für alle leichter erschwinglich wird. Und wir haben dieses Angebot nochmals ausgeweitet, damit auch diejenigen davon profitieren, die jeden Tag hart arbeiten und deren Einkommen trotzdem zu niedrig ist.
- Wir haben durch energetische Sanierungen, den Ausbau erneuerbarer Energien und lokale Klimaschutzprojekte Erlangen zur Vorreiterstadt im Klimaschutz gemacht.
- Gleichzeitig haben wir die Klimaanpassung unserer Stadt vorangetrieben, um sie besser auf Wetterextreme durch den Klimawandel vorzubereiten. Mehr Grün und attraktive Naherholungsmöglichkeiten erhöhen die Lebensqualität in unserer Stadt.
- Wir haben den Sport in unserer Stadt gestärkt: Von der Sanierung und dem Neubau von Sporthallen profitieren der Schul- und der Vereinssport. Im Stadtwesten haben wir das dringend benötigte neue Hallenbad gebaut und das Freibad umfassend saniert. Im Südosten ist mit der Gerd-Lohwasser-Halle ein Bürger-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum geschaffen worden, das weit mehr bietet als neue Sporthallenkapazitäten.
- Wir haben die Kultur in unserer Stadt gefördert. Wir haben das E-Werk finanziell gestärkt, mit dem Zentrum für Austausch und Machen (ZAM) einen weiteren Anziehungspunkt in der Innenstadt geschaffen. Das Festival „Frei Bordsteinkante“ bereichert die Festivallandschaft in Erlangen, fördert die freie Kunstszene und belebt die Innenstadt, und mit dem kubic entsteht ein neues kulturelles Zentrum in unserer Stadt. Und auch die Stadtteile profitieren durch das neue Bürgerhaus in Kriegenbrunn und durch das Stadtteilhaus West in Büchenbach.
- Wir haben die Beteiligung von Bürger*innen umfassend gestärkt. Mit dem Stadtjugendring wurden neue Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung entwickelt. Neben den Ortsbeiräten gibt es nun in allen Stadtteilen Stadtteilbeiräte. Die Ideen von Bürger*innen für neue Sitzbänke oder Fahrradstellplätze sind ebenso gefragt wie die Beteiligung bei Großprojekten wie der Stadt-Umland-Bahn. Alle großen Vorhaben in der Stadt sind über die Vorhabenliste transparent gemacht. Durch das Büro für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt fördern wir das ehrenamtliche Engagement in unserer Stadt.
- Wir haben Gleichstellung in allen Aufgabenbereichen der Stadt verankert, die Gleichstellungsstelle personell und finanziell besser ausgestattet und Projekte von Frauen für Frauen gezielt gestärkt. Wir haben den Schutz von Frauen vor Gewalt verbessert.
- Wir sorgen mit dem Queeren Zentrum dafür, dass auch die queere Community als wichtiger Teil unserer Stadtgesellschaft sichtbar wird und eine Anlaufstelle hat.

- Wir sorgen dafür, dass sich Erlangen seiner Geschichte stellt. Deshalb haben wir gemeinsam mit vielen Aktiven einen Gedenk- und Lernort für die Opfer der NS-„Euthanasie“ auf dem Gelände der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt auf den Weg gebracht.
- Wir haben die Erlanger Stadtverwaltung zu einer Vorreiterin bei der Digitalisierung von Behördengängen gemacht.

Dieser Weg bleibt unsere Verpflichtung: Für ein Erlangen, das gerecht, solidarisch und zukunftsfähig ist!

2. Die Welt, in der wir leben

Gemeinsam haben wir für Erlangen in den letzten Jahren viel erreicht – aber große Herausforderungen liegen vor uns. Die Folgen der Pandemie, der Krieg in Europa und zunehmende weltweite Konflikte verunsichern viele Menschen auch bei uns. Die Zunahme von Konflikten und bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen Staaten, weltweit wachsende Rüstungsausgaben und Waffenexporte und steigende ökonomische und soziale Ungleichgewichte rücken die Entwicklung einer friedlichen Welt in weite Ferne. Trotz verschiedener Schwierigkeiten stärken wir mit unseren Städtepartnerschaften in aller Welt den Gedanken von Austausch und Verständigung.

Gleichzeitig stehen wir vor grundlegenden gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich auch in Erlangen bemerkbar machen: Die Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen nimmt zu, gleichzeitig gibt es mehr Armut. Private Gewinninteressen stehen immer häufiger im Widerspruch zu den Bedürfnissen der Gemeinschaft. Leistungsdruck und Konkurrenz behindern Solidarität und Verantwortungsbewusstsein, während autoritäre Parteien und Politiker an Zuspruch gewinnen – weltweit, aber auch in Deutschland. Patriarchale Strukturen sind in Form von ungleicher Bezahlung von Männern und Frauen, in ungleicher Belastung von Frauen durch Sorgearbeit und durch Sexismus und Gewalt nach wie vor Alltag. Unsere Gesellschaft erlebt einen umfassenden demographischen Wandel. Dank des medizinischen Fortschritts und dank unseres Gesundheitssystems steigt die Lebenserwartung vieler. Gleichzeitig ist unsere Gesellschaft an vielen Stellen nicht ausreichend vorbereitet, um Menschen ein würdiges und selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter zu ermöglichen, auch wenn sie pflegebedürftig sind. Die Alterung unserer Gesellschaft führt zu einem Mangel an Fachkräften, auch in Unternehmen und im öffentlichen Sektor in Erlangen. Auch wenn das nach wie vor nicht von allen so gesehen wird: Einwanderung ist in dieser Situation besonders notwendig. Doch die Bemühungen um die Integration der Menschen, die zu uns kommen, reichen nicht aus und werden zudem politisch zunehmend infrage gestellt.

Unsere Art, zu produzieren und zu konsumieren, beschleunigt den Klimawandel und zerstört die Lebensgrundlagen kommender Generationen. Der Klimawandel zwingt neben den weltweiten Kriegen immer mehr Menschen zur Flucht. Hitzewellen und Trockenperioden verändern aber auch jetzt schon unseren Alltag.

Die Digitalisierung bestimmt immer mehr Lebensbereiche. Sie ist eine große Chance, um Kräfte zu bündeln, wirtschaftliche Innovation zu fördern, Wissen zu demokratisieren und Beteiligungsmöglichkeiten zu verbreitern. Doch gleichzeitig erleben wir, wie die zunehmende Konzentration digitaler Infrastruktur in den Händen weniger Konzerne oder milliardäre oder autoritärer Regime unsere Demokratie gefährdet. Undurchsichtige Algorithmen bestimmen zunehmend unserer Medien, unsere Meinungsbildung und unseren Alltag. Ohne umfassende Kontrolle entstehen so zunehmend Gefahren für unsere Demokratie.

Bund und Länder übertragen den Kommunen mehr Aufgaben, lassen aber die nötige finanzielle Unterstützung aus. Wichtige Aufgaben wie der Klimaschutz sind in Bayern nicht einmal als kommunale Aufgabe festgeschrieben und finanziert. Die Daseinsvorsorge – ein Grundpfeiler sozialer Gerechtigkeit – wird durch neoliberale Privatisierungen und Deregulierungen bedroht. Hinzu kommen ein Bodenrecht und Baugesetze, welche

die private Nutzung von Grundstücken oft über das Gemeinwohl stellen und kommunale Entscheidungen blockieren.

Die chronische Unterfinanzierung der Kommunen gefährdet nicht nur unsere Infrastruktur, sondern auch den sozialen Zusammenhalt. Die hohen Gewerbesteuerrückzahlungen und der massive Einbruch der Gewerbesteuer in Erlangen haben die Situation bei uns besonders verschärft und die Stadt zu schmerzlichen Einschnitten gezwungen. Nicht zuletzt, weil in den vergangenen Jahren die Weichen für die Zukunftsentwicklung Erlangens konsequent gestellt wurden, steckt unsere Stadt aber nicht in einer wirtschaftlichen Strukturkrise, und wir werden die Haushaltskrise überwinden.

Für uns ist aber auch klar: Gerade die großen gesellschaftlichen Herausforderungen lassen sich nicht allein innerhalb der Stadtgrenzen bewältigen. Die Erlanger SPD setzt sich deshalb für mutige und solidarische Politik vor Ort und auf allen politischen Ebenen ein.

Wir setzen uns dafür ein, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen – durch staatliche Investitionen und Arbeitszeitverkürzungen, um mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Wir kämpfen für gute Arbeit und faire Löhne, die zum Leben ausreichen, und für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Unser Ziel ist es, Menschen mithilfe von Qualifizierung und Weiterbildung daneben zu unterstützen, die eigene Hilfebedürftigkeit zu überwinden. Viele Menschen sind gesundheitlich eingeschränkt und müssen auch besser im Betreuungs- und Integrationsprozess unterstützt werden können. Neben Weiterbildung ist das Instrument des sozialen Arbeitsmarkts zentral, um neue Chancen zu eröffnen, einer sozialversicherten Arbeit nachzugehen.

Wir fordern eine Stärkung der kommunalen Einnahmen, unter anderem durch eine umfassende Gemeindefinanzreform. Gleichzeitig fordern wir eine konsequente Beteiligung großer Vermögen an der Finanzierung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Wir setzen uns für ein neues Bodenrecht ein, das brachliegende Grundstücke aktiviert, Bodenwertsteigerungen für kommunale Investitionen nutzt und Spekulation verhindert. Städte brauchen mehr Handlungsmöglichkeiten, um Eigentümer*innen von Wohn- oder Gewerbegrundstücken dazu zu verpflichten, ihren Grundbesitz auch zum Wohle der Allgemeinheit zu nutzen – z.B., indem nicht vorrangig hochpreisige, sondern bezahlbare Wohnungen geschaffen werden. Kommunen brauchen mehr Instrumente, um die Nutzung von Baulücken, Brachen (wie nicht mehr genutzten Grundstücken), ebenerdigen Parkplätzen etc. für Wohn- oder Gewerbebauten zu erzwingen. Und sie brauchen mehr Handhabe, damit bestehendes Baurecht nicht rein profitmaximierend genutzt wird (z.B. durch viele kleine Wohnungen statt angemessen großer) und auch die notwendige soziale Infrastruktur (wie Grünflächen, Freizeiteinrichtungen, Sportangebote) geschaffen wird.

Wir treten für die langfristige Sicherung der sozialen Daseinsvorsorge ein: durch Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, umfassende Inklusion und gezielte Bildungsförderung.

Wir kämpfen für gleiche Rechte und Chancen von Frauen in allen Lebensbereichen. Damit Frauen und Männer gleichermaßen am Erwerbsleben, an der Care-Arbeit und an Führungspositionen teilhaben können, bekämpfen wir strukturelle Benachteiligungen. Die gerechte Verteilung von Sorgearbeit muss selbstverständlich werden.

Wir machen uns stark für den Klimaschutz durch Energieeinsparungen, den Ausbau erneuerbarer Energien und für klare politische Regeln, welche die Übernutzung natürlicher Ressourcen stoppen, sowie durch Angebote, die den Umbau der Wirtschaft durch ressourcenschonendes Denken und Handeln der Verbrauchenden in der Bürgerschaft unterstützen und fördern.

Der imperiale Krieg in Europa durch die Atommacht Russland macht deutlich, wie wichtig es ist, sich über die Fragen der Landesverteidigung hinaus auch in Zukunft intensiv für neue Ansätze glaubwürdiger Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen einzusetzen. Städtepartnerschaften müssen auch in Zukunft ein wesentlicher Bestandteil des Austauschs und der Völkerverständigung sein.

Wir setzen uns für eine Politik ein, die aus den vielfältigen Krisen – der Klimakrise, den internationalen Spannungen oder auch der Pandemie – lernt und vorausschauende Krisenpolitik vor Ort stärkt. Gerade Kommunen müssen gestärkt werden, um durch Zivil- und Katastrophenschutz Versorgung sicherstellen zu können und gegenseitige Hilfe zu fördern.

Wir setzen uns für die vollständige Gleichstellung und den Schutz queerer Menschen ein. Wir wollen den Schutz vor Hasskriminalität verstärken und queere Beratungsangebote ausbauen. In Bildung und Gesundheit sollen queere Belange stärker berücksichtigt werden.

Wir wollen die Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen zur Selbstverständlichkeit machen, von Wohnraum über Verkehr bis zur digitalen Welt. Wir fordern inklusive Bildung und eine bessere Unterstützung für Menschen mit Behinderung im Arbeitsmarkt. Das Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung selbstbestimmt leben können.

Wir kämpfen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, religiösen Fanatismus und Diskriminierung, für die demokratischen und sozialen Rechte. Konkret heißt das, dass es im Stadtrat keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD gibt und dass wir all jene in unserer Stadt unterstützen, die sich den Feinden unserer Demokratie entgegenstellen. Wir setzen uns ein für Bildungsangebote, die demokratische Werte vermitteln und Menschen befähigen, aktiv an der Demokratie teilzuhaben. Eine lebendige Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unserer Demokratie. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen gefördert und nachhaltig unterstützt werden.

Wir kämpfen für eine moderne und menschliche Einwanderungspolitik. Qualifizierte Arbeitskräfte müssen einfach und schnell nach Deutschland kommen können. Menschen, die vor Umweltkatastrophen, Krieg und politischer Verfolgung fliehen, müssen Anspruch auf Schutz haben. Kommunen müssen so ausgestattet sein, dass sie Menschen gut unterbringen und Integration und Teilhabe fördern können. Ausländer*innen müssen vor Ort mitbestimmen können. Deshalb setzen wir uns für das Kommunalwahlrecht für alle Ausländer*innen ein.

3. Zukunft und Zusammenhalt gestalten

Vor Ort in Erlangen wollen wir Zukunft und Zusammenhalt weiter gestalten. Dabei liegt unser Fokus auf einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung unseres Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts. Die SPD ist die einzige politische Kraft in Erlangen, die konsequent die wirtschaftliche Zukunft unserer Stadt gestaltet – mit klarem Blick für Innovation, Beschäftigung und soziale Verantwortung. Ob bei der Entwicklung des Siemens-Campus, dem größten Stadtentwicklungsprojekt der letzten Jahrzehnte, beim Bau der Stadt-Umland-Bahn als Rückgrat einer zukunftsfähigen Mobilität oder bei der Umsetzung des Masterplans für das Universitätsklinikum als Motor für Wissenschaft und Gesundheitswirtschaft: Es ist sozialdemokratische Politik, die diese zentralen Weichenstellungen ermöglicht und vorantreibt. Wir schaffen die Rahmenbedingungen dafür, dass Erlangen auch künftig ein starker, innovativer und lebenswerter Wirtschaftsstandort bleibt – für Unternehmen, Beschäftigte und die gesamte Stadtgesellschaft. Das Leitbild unserer Politik ist die solidarische Stadt, die alle Bewohnenden zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben einlädt.

Ökologische und soziale Stadtentwicklung

Die SPD Erlangen setzt sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung ein, die die Lebensqualität in Erlangen sichert. Wir stärken die Innenstadt und die Stadtteile, reduzieren den Flächenverbrauch auf das notwendige Maß und sorgen für einen ausgewogenen Mix aus Wohn- und Gewerbebebauung sowie Grünflächen. Ein besonderes Augenmerk gilt der Stärkung unseres Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts und neuen Gewerbeflächen für Handwerk und Mittelstand, der digitalen Transformation und der Sicherung von Arbeitsplätzen und einer hohen Qualität des Arbeitslebens.

Bildung und Chancengleichheit

Die SPD Erlangen setzt sich für ein starkes Bildungsangebot ein – von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenen- und beruflichen Weiterbildung. Wir investieren in moderne und inklusive Schulen, setzen die Sanierung bestehender Gebäude fort und bauen Ganztagsangebote aus. Gleichzeitig fördern wir gezielt Programme, die lebenslanges Lernen ermöglichen und allen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – Bildungs- und Aufstiegschancen bieten.

Jugendförderung und Zukunftsperspektiven

Wir setzen uns für mehr Mitbestimmung junger Menschen in der Stadtpolitik ein und fördern ihre Eigeninitiative. Dafür stärken wir Jugendtreffs, Selbstverwaltungsprojekte und Beteiligungsformate. Gleichzeitig wollen wir den Zugang zu Ausbildung und bezahlbarem Wohnraum erleichtern, um jungen Menschen eine sichere Perspektive in Erlangen zu bieten.

Soziale Gerechtigkeit und Wohnraum

Bezahlbarer Wohnraum bleibt eines unserer zentralen Anliegen. Wir setzen auf den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, die Förderung innovativer Wohnmodelle und

nachhaltiges Bauen. Transparente Planungsverfahren und eine starke Bürger*innenbeteiligung sind für uns essenziell, um eine gerechte und lebenswerte Stadtentwicklung zu sichern.

Demografischen Wandel gestalten

Wir gestalten den demografischen Wandel aktiv: Durch die gezielte Integration von Fachkräften aus dem Ausland sichern wir die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts. Gleichzeitig fördern wir ehrenamtliche Strukturen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und nachbarschaftliche Hilfe zu stärken. Eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung und barrierefreie Quartiere ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben in jedem Alter.

Verkehrswende und nachhaltige Mobilität

Wir setzen uns für eine umfassende Verkehrswende ein, indem wir den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Rad- und Fußwege vorantreiben. Zudem wollen wir die Stadt-Umland-Bahn vorantreiben und nachhaltige Mobilitätsangebote schaffen, die allen zugutekommen.

Klimaschutz und erneuerbare Energien

Erlangen soll ein Vorreiter im Klimaschutz bleiben. Wir setzen auf energetische Sanierungen von Gebäuden und den Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere durch Solaranlagen und Windkraft in kommunaler Verantwortung. Zudem wollen wir die Erhaltung und Schaffung von Grünflächen und Naherholungsgebieten als wichtigen Bestandteil des Stadtbildes fördern.

Gleichstellung und Förderung von Frauen

Die SPD Erlangen setzt sich für die Gleichstellung der Frauen in allen Lebensbereichen ein. Dies umfasst gezielte Förderprogramme, um Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dazu gehört nicht zuletzt auch der Schutz von Frauen vor Gewalt und eine Stärkung von Schutzräumen wie Frauenhäusern. Wir streben eine Umgestaltung der Gesellschaft an, die Frauen nicht in eine Männerwelt integriert, sondern auf Augenhöhe agieren lässt.

Barrierefreiheit und Inklusion

Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein, um Barrieren im öffentlichen Raum abzubauen und die Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen.

Kultur, Freizeit und Sport

Die SPD Erlangen fördert ein bürgernahes Kultur- und Freizeitleben und setzt sich für die Erhaltung von Aufgeschlossenheit und Toleranz in unserer Gesellschaft ein. Wir wollen den Ausbau von soziokulturellen Einrichtungen, Naherholungsgebieten und Sporteinrichtungen vorantreiben, um die Lebensqualität in Erlangen weiter zu steigern.

Senior*innen

Wir verbessern die Lebensqualität älterer Menschen durch den Ausbau von Tages- und Begegnungsstätten, barrierefreien Wohnungen und altersgerechter medizinischer Versorgung. Zudem fördern wir das bürgerschaftliche Engagement der älteren Generation, um die Stadt für alle Generationen lebenswert zu gestalten.

Integration und Vielfalt

Wir setzen uns für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ein, fördern ihre Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben und unterstützen sie durch Sprachförderung, schulische und berufliche Qualifizierung. Gleichzeitig setzen wir uns klar gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung ein und verteidigen die demokratischen Werte, die Erlangen zu einer weltoffenen Stadt machen.

Ein Leben in Sicherheit für alle

Erlangen gehört zu den sichersten Großstädten Deutschlands – das soll auch so bleiben! Alle Menschen in unserer Stadt sollen sich unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sexueller Identität sicher und respektiert fühlen. Wir treten entschieden gegen Rassismus, Homo- und Transphobie ein und stärken Initiativen, die sich für ein offenes und solidarisches Miteinander einsetzen. Die Stadt kann durch gute Planung von öffentlichen Räumen, durch Prävention und schnelle Hilfen einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit leisten. Gleichzeitig bauen wir den Zivil- und Katastrophenschutz weiter aus, damit Erlangen auch in Krisenzeiten gut aufgestellt ist – sei es bei Extremwetterlagen, Stromausfällen oder anderen Herausforderungen.

Städtepartnerschaften und Frieden

Wir stehen ein für Beiträge der Stadt zur internationalen Zusammenarbeit, insbesondere durch die Teilnahme an kommunalen Entwicklungsprojekten wie dem Fachaustausch zur Inklusionsarbeit mit Bkeftine und der Städtepartnerschaft mit San Carlos in Nicaragua. Die SPD setzt sich auch für die Fortführung und Stärkung der Städtepartnerschaften als einen konkreten Beitrag zur Völkerverständigung ein. Darüber hinaus unterstützt die SPD die Arbeit von Bürgergruppen in der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit.

II. Ziele und Perspektiven

1. Städtische Finanzen: Zukunftsfähig und gerecht gestalten

Ziele

Eine funktionsgerechte und leistungsfähige Kommune setzt voraus, dass die Stadt auch mit den entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet ist, dass Einnahmen und Ausgaben sich ungefähr gleichmäßig entwickeln und dass Aufgaben und Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sachgerecht aufeinander abgestimmt sind. Dies ist seit Jahren in der Bundesrepublik und insbesondere in Bayern nicht der Fall.

Ziel sozialdemokratischer Finanzpolitik muss es deswegen umso mehr sein, die vorhandenen finanziellen Mittel so einzusetzen, dass eine ökonomisch effiziente, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Stadt Erlangen vorangebracht wird.

Dazu gehört der konsequente Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge – etwa mit dem ErlangenPass, der Unterstützung für Sozial- und Umweltverbände sowie soziokulturelle Einrichtungen. Genauso wichtig ist uns jedoch die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt durch gezielte Investitionen. Seit 2014 nutzen wir daher jeden verfügbaren finanziellen Spielraum, um den Investitionsstau Schritt für Schritt abzubauen und die Lebensqualität in Erlangen dauerhaft zu verbessern.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

In den letzten zwölf Jahren wurde in Erlangen vieles angestoßen und umgesetzt: Das Stadtteilhaus im Westen wird 2025 eröffnet, der kubic (ehemals Frankenhof), den es ohne die politische Initiative der SPD nicht geben würde, im Jahr 2026. Nach zwei gewonnenen Bürgerentscheiden wird die Stadt-Umland-Bahn gebaut. Baubeginn ist 2028. Die Sanierung des Freibads West und der Neubau eines Hallenbads wurden auf den Weg gebracht. Zahlreiche neue Sporthallen entstanden, allen voran die Gerd-Lohwasser-Halle mit vier Halleneinheiten. Schulen wurden umfassend saniert und neue Kitas geschaffen. Besonders hervorzuheben ist der begonnene umfassende Ausbau des Berufsschulkomplexes an der Drausnickstraße zum modernen „Campus Berufliche Bildung“, der als erstes Nicht-Gymnasium in das städtische Schulsanierungsprogramm aufgenommen wurde – ein starkes Signal für die Gleichwertigkeit beruflicher Bildung in unserer Stadt. Für Kitas in freier Trägerschaft wurde zudem der Sanierungszuschuss auf 100 % der förderfähigen Kosten erhöht.

Viele dieser Investitionen wurden auch dadurch möglich, dass sich ab 2017 die Gewerbesteureinnahmen stark erhöhten. In dieser Zeit konnte nicht nur in großem Umfang investiert werden, sondern es gelang auch, die städtischen Schulden von 154 Mio. Euro auf 79 Mio. Euro zu senken. Gleichzeitig wurden hohe Rücklagen aufgebaut – ein wichtiger Beitrag zur finanziellen Stabilität der Stadt.

Im September 2024 teilte das Finanzamt München der Stadt Erlangen mit, dass sie für die Jahre 2023 und 2024 rund 160 Mio. Euro an Gewerbesteuer zurückzahlen muss – eine gewaltige Summe im Verhältnis zu den Steuereinnahmen. Dank der hohen Rücklagen, die im Dezember 2024 noch bei 100 Mio. Euro lagen, konnte die Rückzahlung gewährleistet werden. Dennoch stellt dies die Stadt vor große Herausforderungen, denn diese Summe war ursprünglich für anstehende Investitionen vorgesehen.

Zugleich steht Erlangen – wie nahezu alle bayerischen Kommunen – vor einem strukturellen Problem: Sinkende Steuereinnahmen treffen auf wachsende Aufgaben, die von Bund und Land nicht ausreichend finanziert werden, insbesondere im Sozial- und Jugendbereich. Der Bayerische Städtetag rechnet für das Jahr 2024 insgesamt mit einem Rekorddefizit von rund 5,3 Milliarden Euro in den Haushalten der bayerischen Kommunen. Diese Entwicklung zeigt deutlich: Es handelt sich nicht um ein lokales, sondern um ein landesweites strukturelles Problem, das auch in Erlangen mit aller Ernsthaftigkeit angegangen werden muss.

Trotz der gewaltigen Herausforderungen hat die Stadtspitze unter sozialdemokratischer Führung ein Haushaltskonsolidierungskonzept auf den Weg gebracht, das unter breiter Beteiligung der Ämter von Verwaltung und Politik erarbeitet wurde. Dieses Konzept leistet einen erheblichen Beitrag zur Bewältigung der Haushaltskrise – ohne dabei die Grundpfeiler sozialer Gerechtigkeit und öffentlicher Daseinsvorsorge in Frage zu stellen. Weit über Erlangen hinaus findet das Vorgehen Beachtung: Zahlreiche Kommunen in Bayern sehen das Erlanger Modell inzwischen als Best-Practice-Beispiel für eine verantwortungsvolle, transparente und lösungsorientierte Haushaltspolitik unter schwierigen Rahmenbedingungen.

Die SPD Erlangen steht auch in Zeiten knapper Kassen für eine klare Haltung: Investitionen in die Zukunft, soziale Ausgleichsmechanismen und kommunale Handlungsfähigkeit dürfen nicht dem Rotstift geopfert werden. Statt Kürzungslogik braucht es eine gerechte Reform der Gemeindefinanzierung, stärkere Unterstützung durch Bund und Land – und auf lokaler Ebene einen klaren politischen Kompass: Für ein handlungsfähiges, solidarisches und lebenswertes Erlangen.

Forderungen

Die kommunale Finanzkraft muss gestärkt werden. Alle Städte erheben die Forderung nach einer Stärkung der kommunalen Finanzkraft, um mehr Lebensqualität und mehr Chancengleichheit für die Bürger*innen verwirklichen und den gesellschaftlichen Strukturwandel sozial und ökologisch gestalten zu können. Ohne eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung der Städte können sie die Zukunftsaufgaben nicht erfüllen.

Um die Finanzkraft der Städte zu stärken, fordert die SPD

- eine umfassende Gemeindefinanzreform: Die Verpflichtung zu einer soliden finanziellen Ausstattung der Städte wird in Bayern von CSU und Freien Wählern sträflich verletzt. Auch die Bundesregierung ist bis heute bei der Gemeindefinanzreform ihrer Verantwortung nicht nachgekommen.
- statt Abbau eine Stärkung der finanziellen Selbstständigkeit der Stadt: Eigenständige kommunale Steuern müssen erhalten bleiben. In der seit Jahren laufenden Diskussion um die Gewerbesteuer vertritt die SPD in Erlangen die Position, dass eine Weiterentwicklung der derzeitigen Gewerbesteuer durch eine Besteuerung der örtlichen Wertschöpfung aller Produktions- und Dienstleistungsbetriebe die sinnvollste Lösung wäre. Die zweitbeste Lösung wäre eine Stärkung der Gewerbesteuer unter Einbeziehung der freien Berufe. Da die Gewerbesteuer mit der Einkommensteuer zu verrechnen wäre, würde das nur in Einzelfällen Steuer Mehrbelastungen, aber eine Steuerverteilung bedeuten. Zumindest die Hebesatzautonomie der Kommunen muss erhalten bleiben

und somit die finanzielle Verantwortung der örtlichen Unternehmen für die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur der Stadt.

- eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Bayern, welche die Benachteiligung der großen Städte beseitigt: In erster Linie müssen die Ausgleichszahlungen des bayerischen Staates deutlich angehoben werden. Im Auftrag des Staates erfüllen die Städte und Gemeinden zahlreiche Aufgaben mit eigenem Personal- und Sachaufwand. Doch die staatliche Kostenerstattung deckt davon nur ca. 40 Prozent. Die SPD fordert die Erstattung von mindestens 80 Prozent des Verwaltungsaufwands für übertragene Aufgaben. Der wesentliche Mangel des kommunalen Finanzausgleichs liegt jedoch in der eklatanten Benachteiligung der großen Städte mit Zentrumsfunktion. Zwischen den sogenannten Kernstädten und dem Stadtumland haben sich in den letzten Jahrzehnten Verzerrungen ergeben, die dringend Korrekturen erfordern.
- Abbau des Zuschuss-Unwesens: Durch die Umwandlung von projektbezogenen Zuschüssen nach oft engstirnigen und auch dem Gebot der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit widersprechenden Richtlinien – so wird bisher zum Beispiel eine teure Generalsanierung eines Kindergartens bezuschusst, eine sparsame Teilrenovierung aber nicht – in pauschale Finanzzuweisungen muss die Finanzhoheit der Gemeinden gestärkt werden. Eine stärkere Pauschalierung der Zuschüsse würde den hohen bürokratischen Aufwand für die Städte verringern und die kommunale Selbstverwaltung stärken.
- eine verbesserte Zahlungsmoral des Freistaates Bayern: Auch Erlangen muss oft auf die Auszahlung der bereits zugesicherten Zuschüsse warten, muss also mit erheblichen Kosten zwischenfinanzieren, bis endlich das Geld aus München oder Ansbach kommt.
- das Konnexitätsprinzip zu verwirklichen: Land und Bund beschließen Maßnahmen, die die Städte umsetzen müssen, statten sie aber dafür nicht mit entsprechenden Mitteln aus. „Wer anschafft, muss auch zahlen“: mit Nachdruck ist diese Konnexität zwischen Aufgabenübertragung und Finanzierungsverantwortung zu fordern.

Perspektiven

Die sozialdemokratische Haushaltspolitik in Erlangen hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass solide Finanzführung, hohe Investitionstätigkeit und sozialer Ausgleich miteinander vereinbar sind – selbst unter schwierigen Rahmenbedingungen. Diese Linie werden wir auch in Zukunft konsequent fortsetzen.

Unser primäres Ziel bleibt der Abbau des Investitionsstaus, der Erhalt und Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge sowie die Bewältigung der Haushaltskrise, ohne den sozialen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit der Stadt aufs Spiel zu setzen. Dazu wollen wir weiterhin alle finanziellen Spielräume nutzen und gleichzeitig umsichtig wirtschaften. Das bedeutet für uns konkret:

- einen sparsamen und effizienten Umgang mit dem Geld der Bürger*innen,
- eine laufende Überprüfung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der städtischen Leistungen,
- eine sozial ausgewogene und ökologisch orientierte Gebührenpolitik, die sich an der Inflation und sozialen Verträglichkeit orientiert,

- und – sobald rechtlich möglich – die Einführung einer Kulturtaxe (z. B. 1 Euro pro Übernachtung), um Gäste und Besucher*innen angemessen an der Finanzierung des kulturellen Angebots der Stadt zu beteiligen.
- Die SPD Erlangen wird sich dafür einsetzen, die Zweitwohnungssteuer in Erlangen einzuführen. Im Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt Erlangen wurde sie bereits grundsätzlich beschlossen.

2. Demokratie und Toleranz: Zusammenhalt stärken – Rechtsextremismus und Diskriminierung entschieden entgegentreten

Angesichts der politischen Entwicklungen der letzten Jahre, die vom Erstarken rechtsextremer Kräfte und der Ausbreitung offen diskriminierender Einstellungen geprägt waren, sieht sich die SPD Erlangen klar in der Verantwortung, sich allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschlossen entgegenzustellen. Der Staat und damit auch die Kommunen sind nicht neutral – Grundgesetz und bayerische Verfassung verpflichten uns auf die Verteidigung der Demokratie und der Menschenrechte und auf die Bekämpfung rechtsextremer Bestrebungen. Auch aus der antifaschistischen Tradition der SPD heraus setzen wir uns für eine Stadt ein, in der demokratische Rechte und die Beteiligung der Bürger*innen (siehe Kapitel III.3 Kommunale Demokratie: Transparenz, Beteiligung und Ehrenamt fördern) gestärkt werden und Respekt gegenüber unterschiedlichen Lebensformen, Kulturen und Religionen gelebt wird. Durch möglichst vielfältige Angebote von Beteiligung und durch Projekte, die demokratisches Engagement gezielt fördern, wollen wir auch Menschen ansprechen, die derzeit von demokratischen Institutionen enttäuscht sind.

Wir stellen uns klar gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung von Muslim*innen und der Angehörigen anderer Religionen, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Diskriminierung von Sinti und Roma und von Menschen mit Behinderung dürfen in Erlangen keinen Platz haben. Uns ist bewusst, dass menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen in der gesamten Gesellschaft verbreitet sind. Ebenso wenden wir uns gegen alle Formen von religiösem Fanatismus, der Menschen ausgrenzt und diskriminiert. Antifeminismus, die Ablehnung der Gleichstellung von Frauen und völlig überholte Vorstellungen von Männlichkeit sind ein wesentlicher Bestandteil rechtsextremen Gedankenguts.

Maßnahmen gegen Rassismus, Antisemitismus und andere menschenfeindliche Einstellungen sollten nicht ausschließlich rechtsextreme Parteien und Organisationen in den Blick nehmen. Dennoch sind wir uns bewusst, dass das Erstarken rechtsextremer Parteien dazu beiträgt, Menschen- und Demokratiefeindlichkeit salonfähig zu machen. Für die davon betroffenen Personen hat dies reale Auswirkungen. Ihnen gebührt unsere Solidarität; um sie – und damit unser friedliches Zusammenleben – zu schützen, engagieren wir uns in diesem Handlungsfeld. Eine SPD-geführte Kommune wird sich stets klar von der radikalen Rechten distanzieren und sie mit allen zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln bekämpfen. Wir tragen Verantwortung dafür, dass alle Menschen in Erlangen friedlich und in Sicherheit miteinander leben können.

- Im Widerstand gegen Rechtsextremismus lassen wir uns nicht spalten. Wir arbeiten mit allen Gruppierungen und Personen zusammen, die sich friedlich gegen Rechtsextremismus stellen und für die unveräußerlichen Menschenrechte eintreten. Unser Ziel ist es dabei auch, Aufmärsche und öffentliche Aktionen mit legalen und friedlichen Mitteln zu unterbinden. Friedliche Blockaden sind für uns mitunter ein legitimes Mittel, den Protest gegen Rechtsextremismus zum Ausdruck zu bringen.

- Jegliche Zusammenarbeit mit der AfD im Stadtrat lehnen wir ab. Demokratische Prozesse müssen auch in der Kommune vor der Bedrohung durch rechtsextreme Kräfte geschützt werden.
- Die „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“ erfüllt als unabhängiges Netzwerk, dem über 500 zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen sowie Städte, Gemeinden und Landkreise angehören, eine wichtige Funktion, um den Widerstand gegen rechtsextremistische Aktivitäten zu stärken, eine offensive öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus zu fördern und möglichst viele Menschen anlassbezogen zu mobilisieren. Zur Verwirklichung dieser Ziele braucht es dauerhaft gesicherte hauptamtliche Arbeitsstrukturen der Allianz. Deshalb wollen wir, dass die Stadt Erlangen, ähnlich wie die Stadt Nürnberg, die Allianz dauerhaft institutionell fördert, indem Zuschüsse an den „Verein zur Förderung demokratischer Werte in der Metropolregion Nürnberg e.V.“ geleistet werden.
- Eine zivilgesellschaftliche Dokumentations- und Archivstelle, wie sie in München durch die „Fachinformationsstellen Rechtsextremismus München“ (firm) existiert, ist auch für Mittelfranken wünschenswert und soll durch die Stadt Erlangen und die „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion“ gefördert werden. Ebenso sollen Initiativen unterstützt werden, die mobile Beratungsteams, Opferberatung und Programme für Aussteiger*innen in der Region etablieren wollen. Bei all diesen Ansätzen ist es unerlässlich, dass deren zivilgesellschaftlicher Charakter erhalten bleibt. Die „Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus“ (BIGE) des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz bietet hierfür keine ausreichende Lösung. Das Landesamt für Verfassungsschutz besitzt keinen Bildungsauftrag und sollte daher in Erlanger Bildungseinrichtungen auch nicht solche Aufgaben übernehmen.
- Wir werden die Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus weiterhin ausbauen. Sie muss durch geeignete Projekte vor allem an Schulen und in der Jugendarbeit stattfinden. Die Ausweitung der Angebote im Rahmen von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und die Fortführung des Bundesprogramms „Demokratie leben“ erhalten unsere volle Unterstützung. In der Amtsperiode 2014-2020 stellte die SPD-Fraktion u.a. Anträge zur Finanzierung von Coachings (z.B. an Schulen und Jugendeinrichtungen) gegen Rassismus, Antisemitismus und Homofeindlichkeit/Queerfeindlichkeit sowie Veranstaltungen zu Antifeminismus. Die Aufklärungs- und Bildungsarbeit muss weiterhin antifeministische Tendenzen einschließen. Auch innerhalb der städtischen Verwaltung und Dienstleistung müssen hierzu zielgruppengerechte Fortbildungsmaßnahmen entwickelt und angeboten werden. Diese sollen auch Bestandteil der Ausbildung sein, welche die Stadt anbietet.
- Kommunale Bildungsarbeit muss einen Schwerpunkt im Bereich der Demokratiebildung setzen (Siehe Kapitel III. 10 Bildung: Startblöcke für unsere Zukunft):
- Die Förderung ehrenamtlichen Engagements (s. Kapitel III. 3 Kommunale Demokratie: Transparenz, Beteiligung und Ehrenamt fördern) bietet die Chance, Demokratie konkret zu erleben: Wer praktische Erfahrungen damit macht, durch ehrenamtliche Arbeit unser Zusammenleben vielfältiger, bunter und bereichernder zu gestalten – ob im kulturellen, sozialen oder sportlichen Bereich – wird sich des Werts demokratischer Freiheitsrechte stärker bewusst.

- Einer der wirksamsten Wege zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ist eine erlebbare Demokratie vor Ort. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, Hemmschwellen und Hindernisse für die Beteiligung an demokratischen Diskussionsprozessen in unserer Stadt abzubauen und die Beteiligung aller Bürger*innen durch vielfältige Verfahren und Formen aktiv zu fördern (s. Kapitel III. 3 Kommunale Demokratie: Transparenz, Beteiligung und Ehrenamt fördern). Gleichzeitig beugt die direkte menschliche Begegnung mit Geflüchteten und Migrant*innen Vorurteilen und rassistischen Einstellungen vor. Wir werden daher im sozialen und kulturellen Leben der Stadt besonders darauf achten, vielfältige Orte der Begegnung zu schaffen (insbesondere in den Bürgerzentren und kulturellen Einrichtungen, aber auch im Sport und im Bildungsbereich).
- Daneben werden wir in der Stadt eine Kultur pflegen, die rechtsextremen Einstellungen in allen ihren Erscheinungsformen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Allgemeinen keinen Platz lässt. Seit dessen Gründung nimmt das „Büro für Chancengleichheit und Vielfalt“ der Stadt Erlangen hierbei eine wichtige Rolle ein. Mit der Durchführung und inhaltlichen Gestaltung von Veranstaltungsreihen wie „Antisemitismus in Erlangen und Europa“ und der jährlich stattfindenden „Woche gegen Rassismus“ leistet es wichtige Beiträge zur Aufklärung und Sensibilisierung der Stadtgesellschaft. Die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle der Stadt soll fortgeführt werden. Darüber hinaus unterstützen wir die Arbeit von Initiativen gegen Rassismus wie „Aktion Courage“ oder „Omas gegen Rechts“.
- Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der Stadt in den Zeiten von Kolonialismus und Nationalsozialismus wollen wir stärken, insbesondere durch die Arbeit städtischer Einrichtungen wie Museen und Stadtarchiv. Dazu gehört auch die Diskussion über Straßen, die nach problematischen Personen benannt sind. Die Auseinandersetzung um historisch belastete Straßennamen wie den der Erwin-Rommel-Straße wollen wir aktiv befördern. Nach der Erwin-Rommel-Straße müssen mit breiter Beteiligung weitere Umbenennungen thematisiert werden. Die Formen des Umgangs mit der Vergangenheit müssen den Anforderungen einer postmigrantischen Gesellschaft, in der immer mehr Menschen diesbezüglich nicht auf Erfahrungen und Erinnerungen aus der Familie zurückgreifen können, genügen.
- Wir treten ein für die Stärkung der Gedenk- und Erinnerungskultur und des kritischen Umgangs mit der Geschichte der Stadt Erlangen. Wir begrüßen die zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich kritisch mit der Geschichte Erlangens beschäftigen und dadurch wichtige Impulse für die Stadtpolitik und die gesamte Stadtgesellschaft setzen. Den konstruktiven und kritischen Austausch mit Initiativen wie „initiative kritisches gedenken erlangen“ und „Gedenkort Hupfla“ wollen wir verstärken.
- Vor dem Hintergrund der „nationalsozialistischen Rassenhygiene“ erfolgten auch in Erlangen systematische Zwangssterilisierungen und die systematische Deportation und Ermordung von Menschen mit psychischer und geistiger Behinderung. Während die Zwangssterilisierungen schon bald nach der Machtübernahme begannen, wurden zwischen 1939 und 1941 über 900 Patient*innen der Erlanger Heil- und Pflegeanstalt (HuPflA) deportiert und ermordet; die Zahl der in den Kriegsjahren durch sog. „Hungertod“ Getöteten ist gegenwärtig noch nicht zu ermessen. Täter und Opfer gleichermaßen waren oftmals Erlanger Bürger*innen. Die Erlanger SPD wird die Schaffung eines Gedenk- und Lernortes zu den Krankenmorden an der Heil- und Pflegeanstalt Erlangen

weiterhin unterstützen. Darüber hinaus wenden wir uns gegen heutige Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen und setzen uns für eine inklusive Stadt ein.

- Die Sichtbarkeit queerer Menschen und ihrer Anliegen in der Öffentlichkeit haben wir durch unsere Anträge zu städtischen Veranstaltungen, Beflaggungen zum CSD, zu Regenbogenbänken im öffentlichen Raum und die Förderung des Queeren Zentrums gestärkt. Dies wollen wir weiter ausbauen.
- Die Interessen von Menschen mit Behinderung müssen von der Stadtverwaltung in allen Bereichen wahrgenommen werden, um die Umsetzung von Inklusion durch die Stadt voranzubringen.
- Wir fordern Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen zum Thema rechtsextremer Ideologien gegen Rechte von Frauen und die Auseinandersetzung mit Männlichkeitsbildern.
- Demokratie- und Menschenrechtsbildung soll in allen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen verankert werden, insbesondere im Bereich der frühkindlichen Erziehung und der Erwachsenenbildung. Wichtig ist aus unserer Sicht auch die Verbesserung der interkulturellen Arbeit in allen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen.
- Die kommunale Jugendarbeit wollen wir stärken (siehe Kapitel III. 17 Junge Menschen: Selbstbestimmt leben – Stadt solidarisch gestalten).
- Wir setzen uns für stärkere Informations- und Aufklärungsarbeit zu interkulturellen Themen, demokratischen Rechten und dem Respekt vor allen Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen ein.
- Wir stehen für die Etablierung und Stärkung des Austauschs mit Vertreter*innen von Communities, die von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind.
- Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hörten mit dem Ende des NS-Regimes nicht auf zu existieren. Auch in der Bundesrepublik bestehen menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen fort. Wir wollen die Perspektiven von Menschen, die von Rassismus betroffen sind, und ihre Biografien in unsere Überlegungen aufnehmen. Dazu gehört auch, dass wir neue Formate entwickeln, um die spezifische Geschichte der Verfolgung im Nationalsozialismus (des Holocaust, der Shoa, des Porajmos und weiterer Erfahrungen der im Nationalsozialismus verfolgten Gruppen) einer modernen, postmigrantischen Gesellschaft erfahrbar und verstehbar zu machen, da sich aus dieser Erkenntnis ein Teil des Grundverständnisses der Bundesrepublik Deutschland ableitet.

3. Kommunale Demokratie: Transparenz, Beteiligung und Ehrenamt fördern

Ziele

Zivilgesellschaftliches Engagement in Form von bürgerschaftlicher Selbstorganisation, politischer Beteiligung und gesellschaftlicher Mitwirkung in allen Bereichen unseres Gemeinwesens ist Fundament, Ressource und Resonanzboden für die Weiterentwicklung von Demokratie und Gesellschaft. Für Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt ist es entscheidend, gute Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit in ihren vielfältigen Formen zu schaffen. Dabei gehören ehrenamtliche Arbeit und eigenständige demokratische Strukturen in Vereinen, Verbänden und Initiativen unmittelbar zusammen. Das Ehrenamt darf allerdings nicht missbraucht werden, um Sparmaßnahmen des Staates oder der Stadt auszugleichen.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Zur Stärkung des Ehrenamtes wurde insbesondere das neue Ehrenamtsbüro in der Hauptstraße eröffnet.

Bürger*innen sind die Expert*innen für ihre Stadt. Durch Beteiligung wird kommunale Planung verbessert. Die repräsentative Vertretung der Bürger*innen durch den Stadtrat muss daher verbunden sein mit Formen unmittelbarer Beteiligung. Nur so erhalten die Bürger*innen frühzeitig die notwendigen Informationen über kommunale Planungen und Entscheidungsprozesse, können ihre Bedürfnisse und Forderungen formulieren und einbringen sowie deren Durchsetzung mitentscheiden und kontrollieren. Gerade in der Kommune ist die Erfahrung der Bürger*innen, ihre Interessen durch Information und Mitwirkung durchsetzen zu können, von großer Bedeutung für die Stärkung des demokratischen Bewusstseins und Handelns.

Die Beteiligung der Bürger*innen verstehen wir als Unterstützung und Ergänzung der Arbeit der gewählten Stadtratsmitglieder, die unter möglichst weitgehender Berücksichtigung und öffentlich begründeter Abwägung der von den Bürger*innen formulierten Vorschläge und Anliegen nach wie vor ihrer Verantwortung nachkommen müssen, in vielen Fällen im Sinne des Gemeinwohls abschließend zu entscheiden.

Der kommunale Bürgerentscheid hat sich seit seiner Einführung in Erlangen zu einem wichtigen Instrument der demokratischen Mitwirkung entwickelt. Die Erlanger SPD, die die Einführung dieses Instruments gefordert hat, unterstützt seine Anwendung und wird die Ergebnisse solcher Entscheidungen auch über die gesetzliche Bindungswirkung hinaus respektieren.

Erlangen ist seit 2014 in Bayern wegweisend in Bezug auf das Ausmaß der Bürgerbeteiligung und die Einführung neuer Formen der Partizipation.

- Mit dem Leitbild Gute Bürgerbeteiligung in Erlangen, das von Bürger*innen, Verwaltung und Stadtrat gemeinsam erarbeitet und 2016 beschlossen wurde, hat sich Erlangen ein gemeinsames Verständnis von Bürgerbeteiligung gegeben. Über die schrittweise Umsetzung des Leitbilds wird seitdem wiederkehrend berichtet. Seit der

Einführung der Stadtteilbeiräte gibt es in Erlangen endlich flächendeckend stadtteilbezogene Gremien. Verwaltung und Stadtrat unterstützen die Arbeit der Stadtteilbeiräte, unter anderem auch durch die Einführung eigener Budgetmittel 2019 und die Vergabe des Klimabudgets durch die Beiräte.

- Als erste Kommune in Bayern überhaupt veröffentlicht Erlangen seit 2018 eine Vorhabenliste. Sie bietet einen Überblick über die wichtigsten kommunalen Planungen und Vorhaben und erhöht signifikant die Transparenz städtischen Handelns.
- Die Stadt Erlangen hat begonnen, mit Hilfe des Instruments der kooperativen Planung formalisierte Planungsprozesse (z.B. Bebauungsplanung) um informellere und leichter zugängliche Prozesse zu ergänzen. Die Stadt Erlangen legt bei der Konzeption von Projekten inzwischen großen Wert darauf, passgenaue und zielgruppengerechte Formate der Bürgerbeteiligung zu anzubieten. Im Sinne des Leitbilds reicht das Spektrum der Beteiligung dabei von reiner Information über Beratung und Mitwirkung bis hin zur Mitentscheidung. Beispielhafte Prozesse sind die Planung der Stadt-Umland-Bahn, der Verkehrsentwicklungsplan, das Fußverkehrskonzept und das Parkraumkonzept für den Bohlenpatz, das 1.000-Fahrradbügel-Programm, die Planung der Stadtteilhäuser in Kriegenbrunn und Büchenbach-West, die Gestaltung der Außenanlagen des BBGZ etc.
- Die Bürgerversammlungen wurden durch kleine Maßnahmen neugestaltet. Es gibt mehr Raum für Diskussion, die Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld wurde verbessert, die Vorsitzenden der Orts- und Stadtteilbeiräte werden einbezogen.
- Die Zahl der Bürgersprechstunden des Oberbürgermeisters wurde erhöht, um noch mehr Bürger*innen den direkten Kontakt mit dem Oberbürgermeister zu ermöglichen. Darüber hinaus bietet der Oberbürgermeister anlassbezogen immer wieder Termine an, um Probleme und Sachverhalte vor Ort direkt zu besprechen.
- Die städtischen Informationsangebote wurden konsequent weiterentwickelt. Die Internetseiten von erlangen.de wurden grundlegend überarbeitet. Die Stadt ist in den sozialen Medien umfassend präsent.
- Ein Schwerpunkt der Beteiligung waren die Erstellung eines Beteiligungskonzepts für Kinder und Jugendliche und die Durchführung eines Kinder- und Jugendgipfels.
- Zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit wurden in der Verwaltung Stellen zur Koordination in der Verwaltung und Betreuung der Stadtteilbeiräte geschaffen.

Bürgerbeteiligung ist ein Lernprozess für alle Beteiligten, den wir seitens des Stadtrats und der Verwaltung in den kommenden Jahren weiter mit Nachdruck voranbringen wollen. Dabei werden wir auch künftig die Widersprüche und Herausforderungen offen benennen und Lösungen entwickeln. Dazu werden wir insbesondere folgende Fragen beachten und weiter diskutieren:

- Wie kann sichergestellt werden, dass bei Einbeziehung von legitimen Einzelinteressen am Ende das Gemeinwohl den Ausschlag gibt?
- Wie können Gruppen, die sich bisher kaum artikulieren bzw. artikulieren können, motiviert und aktiviert werden? Beispiele dafür sind sozial benachteiligte Menschen, ältere Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Menschen ohne Zugang zu digitalen Medien, Menschen mit Behinderung, Geflüchtete, Menschen mit geringen Deutschkenntnissen bzw. fehlender oder geringer Alphabetisierung etc.

- Wie lässt sich vermeiden, dass bestimmte Gruppen zu Lasten anderer offene Diskussionen und Beteiligungsprozesse dominieren? Wie können Missverständnisse vermieden und Grenzen im Zusammenhang mit Beteiligung möglichst zu Beginn aufgeklärt werden? Dazu muss jeweils klar benannt werden, welchen Umfang die jeweilige Beteiligung hat (Information – Beratung – Mitwirkung – Mitentscheidung), wer letztlich die Entscheidung trifft, und dass Beteiligung nicht unbedingt bedeutet, dass jede*r seine Sichtweisen und Interessen vollständig durchsetzen und am Ende des Prozesses stets ein Konsens erzielt werden kann.

Beteiligung - Forderungen

Stadtpolitik im Dialog

Beteiligung und umfassende, gut verständliche und leicht zugängliche Information gehören eng zusammen, denn erst das Wissen um die Umstände ermöglicht es der Bürgerschaft, sich über die Betroffenheit hinaus intensiver mit einem Thema zu beschäftigen und ihr Anliegen zu artikulieren. Grundlage ist dabei der gegenseitige Respekt gegenüber und unter den Bürger*innen, aber auch gegenüber den Mitarbeiter*innen der Verwaltung. Die Erlanger SPD steht auch in der Stadtratsperiode 2026-2032 für eine weitere Verbesserung der Einbeziehung der Bürger*innen. Das Leitbild Gute Bürgerbeteiligung in Erlangen wollen wir jeden Tag mit Leben füllen.

- Die vielfältigen Instrumente der Bürgerbeteiligung, die wir seit 2014 eingeführt und seit 2020 weiter ausgebaut haben, wollen wir evaluieren und auf dieser Grundlage weiterentwickeln. Weiterhin werden wir Instrumente und Formate wie Bürger*innenräte und digitale Beteiligungsangebote einsetzen. Gemeinsam mit den Bürger*innen werden wir diskutieren, welche Instrumente sich bewährt haben, in welchen Fällen sie geeignet sind und wo sie verändert werden müssen. Dabei wird es auch darum gehen, Gruppen in der Bevölkerung, die sich bisher weniger beteiligt haben, besser anzusprechen.
- Wir werden die frühzeitige Einbindung der Interessen und Bedenken der Bürger*innen sowie von Institutionen und Verbänden bei neuen Großprojekten fortführen und weiter verbessern. Die Ergebnisse von Beteiligungsverfahren müssen transparent und barrierearm vermittelt werden.
- Insbesondere das Verfahren der kooperativen Planung werden wir bei Großprojekten ausbauen und möglichst breit einsetzen. Auch aktivierende Formen der Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen halten wir für ein wichtiges Instrument, um allen Gruppen der Stadtbevölkerung die Gelegenheit zu bieten, ihre Anliegen zu artikulieren. Ein wichtiges Vorhaben bleibt dabei das nun beginnende Stadtentwicklungskonzept.
- Die Arbeit der auf unseren Antrag nach 2014 eingeführten Stadtteilbeiräte wie der Ortsbeiräte wollen wir stärken und mit ihnen gemeinsam weiterentwickeln, einschließlich der Frage der Besetzung. Anträge aus den Stadtteil- und Ortsbeiräten sollen auch künftig wie Anträge des Stadtrats behandelt und durch ein Ticketingsystem nachvollziehbar bearbeitet werden.
- Gerade angesichts der großen Anstrengungen, die auch in den kommenden Jahren im Wohnungsbau erforderlich sein werden, ist es von großer Bedeutung, dass die Projekte auf möglichst große Akzeptanz bei allen Beteiligten – Mieter*innen ebenso wie

Nachbar*innen – stoßen. Planerische Instrumente spielen dabei eine Rolle. Vor allem aber kommt den Wohnungsbauunternehmen in der Stadt die Aufgabe zu, die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten auf Basis der bisherigen Erfahrungen zu bewerten. Speziell auf die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAU bezogen bedeutet das für uns: Die seit 2014 gestärkten Mitwirkungsmöglichkeiten der Mietenden sind weiterzuführen und auszubauen. Auch die Interessen der Anwohnenden sind in geeigneter Weise einzubeziehen. Geeignete Instrumente dafür sind neben den sogenannten „Runden Tischen“ öffentliche Informationsveranstaltungen, die Arbeit der Stadtteilbüros und die Aktivierung von Mieter*innen durch Mitarbeitende der GEWOBAU.

- Die Arbeit von Bürgerinitiativen wollen wir weiterhin fördern, sofern diese demokratisch sind und nicht den Interessen Einzelner oder einiger Weniger dienen.
- Die direkte Beteiligung von Frauen an kommunalpolitischen Maßnahmen und Vorhaben wollen wir durch regelmäßige Bürgerinnenversammlungen sichern. Alle Formate der Bürgerbeteiligung werden wir daraufhin überprüfen, ob sie die Mitwirkung von Frauen fördern.
- Kinder und Jugendliche wollen wir motivieren, ihre Anliegen ein- und voranzubringen und sich am Stadtgeschehen aktiv zu beteiligen. Das heißt zum einen die Arbeit des Jugendparlaments aktiv zu unterstützen, den Kinder- und Jugendgipfel fortzuführen und seine Ergebnisse in den Stadtratsgremien zu diskutieren. Zum anderen werden wir auch neue Formen des Austauschs und der aktiven Beteiligung durch Beteiligungsprojekte der offenen Kinder- und Jugendarbeit bedarfsgerecht aufstellen und weiterentwickeln (s. Kapitel III. 17 Junge Menschen: Selbstbestimmt leben – Stadt solidarisch gestalten).
- Wir werden vermehrt Angebote schaffen, die es interessierten Bürger*innen ermöglichen, Grundlagenwissen über kommunales Handeln, z. B. in Planungsprozessen, zu erwerben. Dies kann in Zusammenarbeit mit den Orts- und Stadtteilbeiräten, den Bürgerzentren in den Stadtteilen und der Volkshochschule erfolgen.
- Die Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung, die ständigen Informations- und Artikulationsangebote der Verwaltung für die Bürger*innen, die seit 2014 an Transparenz und Umfang enorm zugenommen haben, werden wir weiterführen und stärken. Dies gilt z. B. für die Vorhabenliste, den Mängelmelder, die städtische Homepage und die Präsenz in sozialen Medien sowie die Veröffentlichungen der städtischen Dienststellen. Die Stadt Erlangen soll die Stadtteil- und Ortsbeiräte weiterhin in ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Wir befürworten einen Ausbau der Online-Nutzungsmöglichkeiten und mehr Möglichkeiten zum Dialog im Internet (siehe Kapitel III. 9 Digitalisierung: Zukunftschancen aktiv gestalten). Bei allen Veröffentlichungen und Online-Angeboten werden wir Barrierefreiheit weitgehend verwirklichen und die Angebote in einfacher und in leichter Sprache weiter ausbauen.

Bürgerbudget

Die Orts- und Stadtteilbeiräte verfügen seit 2019 über Budgets, die sie nach eigenem Ermessen einsetzen können. Aufbauend darauf wollen wir auch prüfen, wie ein Bürgerbudget eingeführt werden kann, bei dem die Bürger*innen direkt entscheiden können, welche Projekte in ihrem Stadtteil finanziert werden können. Als ersten Schritt wollen wir dieses Instrument in einem Pilotprojekt in einem Stadtteil erproben. Bürgerbudgets

haben sich in anderen Städten, insbesondere in unserer Partnerstadt Rennes, als Beteiligungsinstrument bewährt.

Ehrenamt - Forderungen

Ehrenamtliches Engagement stärken

Wir wollen dafür sorgen, dass ehrenamtliche Arbeit besser wahrgenommen, wertgeschätzt, gefördert und koordiniert wird. Ehrenamtlich tätige Beirät*innen und allgemein ehrenamtlich tätige Mitbürger*innen müssen in ihrem gesellschaftlich wichtigen Engagement ernst genommen, unterstützt, gefördert, fortgebildet, sichtbar gemacht und wertgeschätzt werden.

- Dafür braucht Ehrenamt hauptamtliche Unterstützung durch die Stadtverwaltung. Die Stellen in der Stadtverwaltung, die Ehrenamt begleiten und unterstützen, müssen mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet sein. Ziel ist es, bürgerschaftliches Engagement in seiner Vielfalt zu fördern und insbesondere die Kommunikation und Kooperation der Akteur*innen vor Ort voranzutreiben. Wir wollen die Arbeit der Organisationen, Vereine, Vereinsgruppen und kommunalen Dienststellen weiterhin besonders unterstützen und koordinieren. Dazu gehört auch die Begleitung bei Wissenstransfer und Digitalisierung und den Veränderungsprozessen innerhalb der klassischen Vereine. Projektbezogenes Ehrenamt soll in die Förderung aufgenommen werden.
- Die Bayerische Ehrenamtskarte und die Erlanger AktivCard als Anerkennung des Engagements der ehrenamtlich Tätigen wollen wir beibehalten. Mittelfristig wollen wir das Angebot für die AktivCard wieder ausweiten und die beiden Modelle stärker miteinander verzahnen. Bei zusätzlichen Angeboten werden wir besonders auf die Attraktivität für Jugendliche achten, privatwirtschaftliche Angebote einbinden (z. B. Einkaufsrabatte) und mehr Ermäßigungen „von Vereinen für Vereine“ bieten. Wo die Nutzung aktuell Schwierigkeiten mit sich bringt, wollen wir im Dialog mit den Nutzenden Verbesserungen erreichen.
- Das neu eingerichtete Ehrenamtsbüro als zentrale Anlaufstelle wollen wir fortführen und seine Arbeit im Sinne einer Verknüpfung der Angebote für verschiedene Generationen ausbauen: Ausrichtung auf die neue Rentner*innen-Generation, niederschwellige Beratung für Jugendliche (neue Formen des Engagements außerhalb klassischer Vereinsstrukturen). Zudem soll die Arbeit stärker in den Stadtteilen erfolgen und Ehrenamt im Quartier vernetzen. Wir werden Konzepte erarbeiten, wie ehrenamtliche Arbeit – auch durch Aktionen im öffentlichen Raum – noch besser bekannt gemacht werden kann.
- Den Runden Tisch Ehrenamt wollen wir fortführen und weiterentwickeln (z. B. durch eine stärkere Bewerbung und die Öffnung für spontane Teilnahme). Die Sportvereine, die dort bisher nicht vertreten sind, wollen wir einbeziehen. Darüber hinaus werden wir prüfen, wie der Dialog der Ehrenamtlichen mit der Stadt weiter gestärkt werden kann. Auch die Veranstaltungen zur öffentlichen Würdigung des Ehrenamts wollen wir weiterführen. So soll es weiterhin Ehrungen für herausgehobenes Engagement geben. Der Tag des Ehrenamts soll weiterhin mit einer städtischen Veranstaltung begangen werden.

4. Arbeit und Wirtschaft: Wohlstand sichern – nachhaltige Entwicklung voranbringen

Ziele

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik verfolgt das Ziel, Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen volkswirtschaftlich effizient, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig zu gestalten. Im Mittelpunkt stehen das Recht auf „Gute Arbeit“, die Sicherung und Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens, der Umwelt- und Naturschutz sowie die demokratische Beteiligung der Betroffenen. Unsere bayerische Landesverfassung und unser Grundgesetz verlangen die Verpflichtung der Wirtschaft auf das Gemeinwohl. Diese Ziele gelten auch für die Kommunalpolitik.

Die Anforderungen der privaten Wirtschaft stehen häufig im Konflikt mit gesellschaftlichen Interessen. Kommunalpolitik muss daher nicht nur wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, sondern auch die sozialen Folgen von Krisen und Strukturwandel abmildern, Polarisierung entgegenwirken, Beschäftigung sichern und öffentliche Dienstleistungen – insbesondere im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich – bedarfsgerecht ausbauen.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss auf allen staatlichen Ebenen konsequent und koordiniert umgesetzt werden. Insbesondere die kommunalen Möglichkeiten zur beschäftigungsorientierten und nachhaltigen Entwicklung sind zu nutzen. Zentrale Anliegen bleiben die aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, sowie die Abschaffung nicht-existenzsichernder Arbeitsverhältnisse.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in der Kommune orientiert sich an folgenden Kriterien:

- Zahl und Qualität der gesicherten oder geschaffenen Arbeits- und Ausbildungsplätze (unter besonderer Berücksichtigung benachteiligter Gruppen),
- faire Arbeitsbedingungen: Tarifgebundenheit, Gleichstellung, Mitbestimmung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, familienfreundliche Arbeitszeiten,
- strukturpolitische Auswirkungen und Zukunftssicherheit: Arbeitsplätze sollen die Wirtschaftsstruktur erweitern, zukunftsfähig sein und gesellschaftlichen sowie ökologischen Bedarf decken.
- Bereitschaft zu Aus- und Weiterbildung,
- Berücksichtigung sozialer und ökologischer Auswirkungen bei Betriebsansiedlungen und -verlagerungen,
- Sicherung und Verbesserung der bedarfsgerechten Versorgung aller Stadtteile,
- Regionale Abstimmung mit benachbarten Kommunen.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Die Erlanger Wirtschaft steht vor Herausforderungen wie Globalisierung, Fachkräftemangel, Kapitalmarktkrisen, demografischem Wandel und ökologischen Erfordernissen. Ziel ist eine Wirtschaftsstruktur, die Arbeitsplätze schafft und erhält, sozial- und geschlechtergerecht ist, Mitbestimmung einschließt und ökologisch verträglich ist. Die Abhängigkeit von einzelnen Branchen soll verringert werden. Dies erfordert die Zusammenarbeit mit Bund, Freistaat, Wirtschaft und Gewerkschaften.

Die wichtigsten Herausforderungen auf kommunaler Ebene sind der Flächen- und Wohnraumangel sowie eine angespannte Verkehrssituation. Die Preise für Flächen sind stark gestiegen, was kleinere Betriebe benachteiligt. Hohe Wohnkosten erschweren die Gewinnung von Arbeitskräften. Ohne bezahlbaren Wohnraum und ein verbessertes Verkehrssystem wird das Wachstum begrenzt.

Erlangens Wirtschaftsstruktur ist geprägt von Großunternehmen wie Siemens, Siemens Healthineers, Siemens Energy, Framatome und der Universität mit dem Universitätsklinikum. Daneben sind kleine und mittlere Betriebe für die wirtschaftliche Vielfalt unerlässlich. Initiativen zur Nachverdichtung von Gewerbegebieten und ein Bürgerbeteiligungsprozess sollen neue Flächen schaffen.

Die Medizintechnik ist eine Kernkompetenz der Region, unterstützt durch Innovationszentren und renommierte Forschungseinrichtungen. Die Universität mit rund 30.000 Studierenden prägt das wirtschaftliche und kulturelle Leben. Die Kreativwirtschaft fördert kulturelle Vielfalt und wirtschaftliche Dynamik.

Verantwortungsvolle Politik kann nicht an den Grenzen der kommunalen Gebietskörperschaften haltmachen. Die vielfältigen ökonomischen, soziokulturellen und ökologischen Beziehungen und Verflechtungen erfordern eine abgestimmte und aktiv gestaltende gemeinsame regionale Strukturpolitik, die sich auf den gesamten Verdichtungsraum Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach und sein Umland bezieht. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn sie eingebettet ist in eine entsprechende Landesentwicklungs- und Raumordnungspolitik. Mit der Anerkennung als europäische Metropolregion hat die sozialdemokratische Politik der regionalen Vernetzung eine konsequente Fortsetzung gefunden. Sie muss in Zusammenarbeit mit den anderen Kommunen, mit Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften erfolgen.

Die Erlanger Wirtschaft sieht sich in wesentlichen Punkten den gleichen Herausforderungen ausgesetzt wie die Stadtgesellschaft im Allgemeinen: Der Mangel an Flächen, der Mangel an Wohnraum und die im Berufsverkehr belastete Verkehrssituation bedrohen die wirtschaftliche Entwicklung.

Es gibt in Erlangen praktisch keine freien Gewerbeflächen mehr. Der Mangel führte zu einem erheblichen Anstieg der Preise für Flächen. Dies bedeutet, dass in den wenigen Fällen der neuen Nutzung von Gewerbeflächen wirtschaftlich starke Hightechunternehmen wirtschaftlich weniger potente Branchen, wie beispielsweise Handwerk und auf private Kund*innen orientierte Betriebe, verdrängen. Dies mag zwar den Wirtschaftsstandort zahlenmäßig stärken. Jedoch dienen Wirtschaft und Gewerbe nicht nur der Statistik, sondern auch den Menschen. Für den Alltag der Bürger*innen spielt es eine Rolle, ob noch ein*e Schreiner*in, Elektriker*in oder Fußpfleger*in im Quartier vorhanden ist.

Der Mangel an Wohnraum und der damit einhergehende Preisanstieg ist auch für die Wirtschaft von Bedeutung: Für die Arbeitnehmer*innen kommt es (auch) darauf an, wie viel Geld sie nach dem Wohnen zum Leben übrighaben. Im Wettbewerb um Mitarbeiter*innen müssen daher die Arbeitgeber*innen die hohen Wohnkosten im Gehalt mit kompensieren.

Die zunehmende Belastung durch den Pendelverkehr in den Stoßzeiten macht die Gewinnung von außerhalb der Stadt lebenden Arbeitnehmer*innen schwieriger, da diese ein großes zeitliches Opfer bringen müssen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Die Flucht vor den hohen Mietpreisen in Erlangen gelingt daher nur durch ein überproportionales Opfer an Lebenszeit.

Ohne die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Erlangen und ohne ein deutlich verbessertes Verkehrssystem wird wirtschaftliches Wachstum durch den Mangel an Arbeitnehmer*innen begrenzt werden.

Grundlage jeder zukunftsfähigen ökonomischen Entwicklung ist neben den großen Unternehmen auch ein gesundes Umfeld leistungsfähiger, flexibler und innovativer kleinerer und mittlerer Betriebe und Unternehmen. Produktion, Handwerk und Dienstleistungsbereich müssen in ihrer Vielfalt gepflegt und gefördert werden. Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen im einfacheren Qualifikationsniveau macht die traditionell gewachsenen Wirtschaftsstrukturen unverzichtbar für Erlangen. In kleinerem Rahmen gelingt an mehreren Stellen die erfolgreiche Nachverdichtung von Gewerbegebieten und schafft so mehr Platz für Gewerbetreibende. Die auf diese Weise gewonnenen Flächen decken den Bedarf der wachsenden kleineren und mittleren Betriebe nicht ab. Deswegen wurde auf Initiative von OB Florian Janik ein umfangreicher Bürger*innenbeteiligungsprozess gestartet, der unter Einbeziehung aller Betroffener eine geeignete Fläche für ein Gewerbegebiet finden soll. Nach Abschluss des Beteiligungsprozesses sollen alle Erlanger*innen in einem Bürgerentscheid über die Ergebnisse abstimmen.

Trotz der insgesamt starken wirtschaftlichen Lage Erlangens mit einer sehr hohen Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und einer vergleichsweise sehr niedrigen Arbeitslosenquote gibt es nach wie vor eine Gruppe von Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt nur schwer Fuß fassen kann. Die SPD Erlangen hat sich seit jeher für eine aktive Arbeitsmarktpolitik eingesetzt, die insbesondere auf die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit zielt. Das Erlanger Jobcenter (ehemals GGFA) setzt diese Maßnahmen mit großem Engagement um. Ein herausragendes Beispiel ist das Café Hergricht, das als öffentlich gefördertes Projekt langzeitarbeitslosen Menschen Beschäftigung und soziale Teilhabe ermöglicht. Ein besonderer Schwerpunkt lag in den letzten sechs Jahren dabei auf der Unterstützung von Alleinerziehenden sowie von Menschen mit Behinderung. Mit der Einführung der Jugendberufsagentur wurde zudem ein wichtiger Schritt getan, um jungen Menschen nach dem Schulabschluss frühzeitig Orientierung und Perspektiven im Arbeitsleben zu geben.

Eine Kernkompetenz Erlangens, die es zu nutzen und auszubauen gilt, ist der Bereich Medizintechnik und Pharma. Schon Mitte der 1990er Jahre hat Oberbürgermeister Hahlweg auf Initiative der Gewerkschaften auf den Ausbau dieser Kompetenz gesetzt.

Innovations- und Gründerzentren, wie das IGZ (Innovations- und Gründerzentrum Nürnberg-Fürth-Erlangen GmbH) und das IZMP (Innovationszentrum Medizintechnik und Pharma) haben dabei die Aufgabe, jungen Unternehmensgründungen kostengünstig die

notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und bei Zertifizierungen, bei der Finanzierung und Markteinführung wichtige Beratungsarbeit zu leisten.

Die Bedeutung der Medizintechnik in unserer Region wurde durch die Entscheidung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Erlangen zum internationalen Spitzencluster zu wählen (2010), eindrucksvoll bestätigt. Die Errichtung des Max-Planck-Instituts für die Physik des Lichts – eine langjährige Forderung der SPD, die beiden Fraunhofer-Institute (IIS für integrierte Schaltungen, IISB für integrierte Systeme und Bauelemente-Technologie) in Erlangen, die Entscheidung für ein Helmholtz-Zentrum in der Region und das interdisziplinäre Ma-Planck-Zentrum für Physik und Medizin unterstreichen die internationale Bedeutung der ansässigen Wissenschaft und ihre Einbindung in die Wissenschaftsregion.

Die Universität Erlangen-Nürnberg leistet mit ihrem Potenzial an Beschäftigten und Studierenden einen wesentlichen Beitrag für die Situation und die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Erlangen. Knapp 30.000 junge Menschen haben sich für Erlangen als Studienort entschieden und prägen das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben der Stadt entscheidend mit.

In der Kreativwirtschaft sorgen vorwiegend Freiberufler*innen mit ihren kleinen, seltener mittleren Betrieben für kulturelle Vielfalt, kreative Erneuerung und wirtschaftliche Dynamik. Sie sind überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert und beschäftigen sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung und/oder medialen Verbreitung von kulturellen oder kreativen Gütern und Dienstleistungen. „Kreativwirtschaft“ vermittelt zunehmend zwischen den Bereichen „Kultur“ und „Wirtschaft“ und ist von großer Bedeutung als Standortkriterium für Unternehmen und deren Fachkräfte. Kommunen erkennen zunehmend die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft und richten Anlaufstellen für die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft ein. (Siehe auch Kapitel III. 11 Kultur: Raum für Vielfalt und Teilhabe)

Forderungen

Wirtschaftsentwicklung und -förderung

- Wir begrüßen den von OB Florian Janik eingeleiteten Bürgerbeteiligungsprozess zur Suche von geeigneten Flächen zur Außenentwicklung von Gewerbeflächen. Die SPD Erlangen befürwortet eine stadtplanerisch und ökologisch vertretbare Außenentwicklung („grünes Gewerbegebiet“), um neue Flächen für Handwerksbetriebe, Ausgründungen der FAU, und bereits in Erlangen angesiedelten und wachsenden kleinen und mittleren Unternehmen mit Platzbedarf zu gewinnen.
- Im Rahmen der Stadtentwicklung setzen wir verstärkt auf einen funktionalen Mix aus Wohnen und nicht-störendem Gewerbe. Dies stärkt die Nahversorgung, schafft lebendige Quartiere und hilft, unnötigen Verkehr zu vermeiden. Besonders in Entwicklungsgebieten wie der Regnitzstadt und Siemens-Mitte soll gezielt eine solche Mischung entstehen, um Wohnen, Arbeiten und Alltag besser miteinander zu verbinden.
- Wir setzen die Stadt-Umland-Bahn als zentrales Projekt zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts um.
- Wir werden dafür sorgen, dass nicht mehr oder nicht mehr intensiv genutzte Gewerbeflächen wieder unternehmerisch genutzt werden können. Entsprechende

städtebauliche Instrumente sind anzuwenden. Die Umwandlung von Gewerbe- in Wohnbauflächen wollen wir mit Blick auf den Bedarf der Erlanger Betriebe an Gewerbeflächen nur in Ausnahmefällen ermöglichen.

- Die städtischen Gründerzentren (Medical Valley Center, IGZ) sind für ihre Branchen eine Erfolgsgeschichte. Die Erlanger SPD wird sich dafür einsetzen, dass das Medical Valley Center bedarfsgerecht erweitert und damit die Gründung von Medizintechnikunternehmen weiter vorangetrieben wird. Es wird ein weiteres Gründerzentrum angestrebt, das den Schwerpunkt auf Zukunftstechnologien (KI, Klimaneutralität) setzt.
- Erlanger Unternehmen, die beabsichtigen, Kompetenzen im Bereich KI und Digitalisierung zu erweitern, soll die Stadt Erlangen bei der Vernetzung mit der Universität sowie der Start-Up-Szene unterstützen. Beim Finden von Räumlichkeiten und Infrastruktur sollen bestehende Unternehmen, die auf neuem Terrain unterwegs sind, auf ähnliche Unterstützung zurückgreifen können wie Start-Ups.
- Die regional vernetzte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der Städteachse Erlangen-Fürth-Nürnberg und in der Metropolregion muss weiter gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen, Gewerkschaften und kommunale Verwaltungen gleichberechtigt in die entsprechenden Gremien und Prozesse eingebunden werden. Den neuen Schwung durch die geplante Stadt-Umland-Bahn wollen wir gezielt nutzen, um die Zusammenarbeit in der Region zukunftsorientiert auszubauen.
- Bei der Vergabe neuer Flächen darf nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit die Höhe von Kauf- oder Mietpreis eine Rolle spielen. Es sollen insbesondere auch Flächen für Betriebe reserviert sein, die der Versorgung der Bevölkerung mit Dienst- und Handwerksleistungen dienen, beispielsweise in einem Handwerkerhof.
- Wir werden Wünschen den Erlanger Unternehmen beim Abbau bürokratischer Hürden und der Digitalisierung des Verwaltungshandelns Gehör schenken: Auf Basis detaillierter Befragungen und gemeinsamer Diskussionsformate wollen wir die Bedürfnisse der Erlanger Wirtschaft systematisch erfassen und in die Weiterentwicklung digitaler Verwaltungsprozesse einfließen lassen. Dabei setzen wir auf enge Zusammenarbeit mit der IHK, der Kreishandwerkerschaft sowie der Universität Erlangen-Nürnberg als wichtigen Partnern im Austausch zwischen Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft.
- Die so genannten „weichen Standortfaktoren“, also die Aufgaben und Leistungen der Stadt im Sozial-, Umwelt-, Kultur-, Freizeit- und Bildungsbereich müssen in ihrer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung wahrgenommen, gesichert und ausgebaut werden.
- Die Universität ist ein Forschungs- und Wissenschaftszentrum von nationalem und internationalem Rang. Die Stadt Erlangen wird diese Kompetenz bei Fragestellungen und Problemen weiterhin intensiv nutzen und in Zusammenarbeit mit der Universität dieses Wissen verstärkt der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich machen. Notwendig ist eine wechselseitige Kommunikation und Kooperation zwischen Hochschule und Gesellschaft.
- Die Universität liefert auch Beiträge für die Lösung kommunaler und regionaler Probleme. Eine Vernetzung von Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technik und Wirtschaft

wird Erlangen als Stadt der Wissenschaft, Forschung, Technik und als Gesundheitsstadt weiterhin auszeichnen.

- Die Stadt Erlangen unterstützt Netzwerke von Dienstleistungs- und Produktionsbetrieben. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Kooperation von Stadt und Erlanger Stadtwerken mit der Erlanger Wirtschaft, insbesondere mit dem örtlichen Handwerk, bei der koordinierten Umsetzung der Energiewende mit Maßnahmen der „3 Großen E: Energieeinsparung – Energieeffizienz – Erneuerbare Energien“ in den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr.
- Die Sparkasse und die Genossenschaftsbanken sind zentral für die Versorgung kleiner und mittlerer Betriebe mit Krediten und Risikokapital. Die Sparkasse Erlangen muss als kommunales Unternehmen erhalten bleiben und dieser Rolle als Finanzdienstleisterin verstärkt gerecht werden.

Kommunale Wirtschaftstätigkeit

- Die städtische Investitionstätigkeit ist in den vergangenen zwölf Jahren deutlich gestiegen. Der über Jahre gewachsene Investitionsstau wird Schritt für Schritt abgebaut – trotz der aktuellen Haushaltskrise. Wir setzen uns dafür ein, dass notwendige Investitionen auch weiterhin ermöglicht werden. Denn städtische Investitionen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in Erlangen: Sie fördern eine ökonomisch sinnvolle, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Stadt. Gleichzeitig stärken sie – gerade im Kontext des 100-Milliarden-Sondervermögens auf Bundesebene – die Rolle Erlangens als Oberzentrum und sichern durch eine verantwortungsvolle Regionalpolitik die Versorgung im gesamten Umland.
- Trotz angespannter Haushaltslage gilt: Kommunale Investitionen und öffentliche Dienstleistungen müssen weiterhin die Daseinsvorsorge für die Bürger*innen sichern – verlässlich, zugänglich und zu auskömmlichen Preisen. Gerade in Krisenzeiten ist es Aufgabe der Stadt, soziale Infrastruktur zu stärken und zentrale Leistungen bezahlbar zu halten.
- Wir werden die Erlanger Stadtwerke und die GEWOBAU als kommunale Unternehmen erhalten. Eine Privatisierung städtischer Unternehmen und zentraler Aufgabenbereiche lehnen wir ab.
- Wir streben an, dass Aufträge der Stadt vor allem Unternehmen zugutekommen, die sich am Gemeinwohl orientieren und insbesondere vor Ort Arbeitsplätze anbieten, tarifgebunden sind und Mindestlohn-Grenzen einhalten, sobald es durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen möglich ist. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der städtischen Vergaberichtlinien ein, um trotz des in Bayern nach wie vor fehlenden Tariftreuegesetzes faire Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Dabei sollen Unternehmen besonders berücksichtigt werden, die nachweislich frauenfördernde Maßnahmen durchführen. Auch die Ausbildungstätigkeit soll ein Kriterium sein. Menschen mit Migrationshintergrund sollen ohne Diskriminierung gleichberechtigt einbezogen werden. Der Einsatz von Subunternehmen zur Umgehung von Tarifstandards und Mindestlöhnen – wie es aktuell insbesondere beim Glasfaserausbau häufig zu beobachten ist – muss wirksam unterbunden werden.

Beschäftigungspolitik

- Der Austausch zwischen Stadt, Gewerkschaften, Kammern und Arbeitgeberverbänden bleibt wichtig. Sozialverbände, Arbeitsloseninitiativen und Maßnahmenträger sollen weiterhin aktiv eingebunden werden – mit dem Ziel, verbindliche Vereinbarungen zur Verbesserung der Beschäftigungs- und Teilhabechancen zu treffen.
- Eine starke öffentliche Daseinsvorsorge bleibt unser Ziel. Wo möglich, soll sie ausgebaut werden – zunächst bei den städtischen Tochterunternehmen, mittelfristig auch bei der Stadt selbst, sobald die Haushaltslage es zulässt. Betriebsbedingte Kündigungen bei der Stadt schließen wir weiterhin aus. Beschäftigte im öffentlichen Bereich brauchen Sicherheit.
- Seit 2014 gibt es bei der Stadt Erlangen keine sachgrundlosen Befristungen mehr. Damit leistet die Stadt Erlangen ihren Beitrag dazu prekäre Beschäftigung einzudämmen.
- Öffentliche, tarifgebundene Beschäftigungsangebote – wie das Café Hergricht – sind zentrale Instrumente zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und müssen ausgebaut werden.

Ausbildung

- Die erfolgreiche Einführung der Jugendberufsagentur in Erlangen war ein wichtiger Schritt, um junge Menschen beim Übergang von der Schule in Ausbildung oder Beruf besser zu unterstützen. Dieses Instrument soll weiter gestärkt und ausgebaut werden.
- Die Berufsintegrationsklassen (BIK) und Berufsvorbereitungsklassen (BVK) leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration junger Menschen in das Berufsleben – insbesondere für Zugewanderte, Geflüchtete und schulisch benachteiligte Jugendliche. Wir begrüßen deren Arbeit ausdrücklich. Um ihre Qualität, Verlässlichkeit und soziale Ausrichtung langfristig zu sichern, ist es unerlässlich, dass diese Klassen dauerhaft in städtischer Trägerschaft verbleiben.
- Wir werden die Entwicklung der beruflichen Schulen Erlangens im „Campus berufliche Bildung“ vorantreiben.
- Auch die Stadt muss sich darum bemühen, dass alle Unternehmen ihrer Ausbildungsverpflichtung nachkommen. Dem dient auch die Koppelung städtischer Auftragsvergabe an Ausbildungstätigkeit, soweit dies rechtlich zulässig ist.
- Wir fordern eine weiterhin hohe Zahl der Ausbildungsplätze bei der Stadt und Ausbildung auch über den eigenen Bedarf hinaus, auch um den künftig steigenden eigenen Bedarf zu decken, z. B. durch Kooperation mit anderen Verwaltungen/Betrieben und/oder in einem Ausbildungsverbund. Zusätzlich werden Ausbildungsplätze im Rahmen der Inklusion von Menschen mit Behinderung, der sozialen Inklusion sowie für Geflüchtete angeboten. Die Rahmenbedingungen für die Bereiche und Mitarbeiter*innen, die Ausbildung leisten, müssen deutlich verbessert werden.

Einzelhandel und Nahversorgung

Die zunehmende Verlagerung des Einzelhandels in das Internet bedroht den stationären Einzelhandel. Ziehen sich einzelne Anbieter*innen zurück, die jeweils auch Frequenzbringer*innen für die Gesamtstadt und das Quartier sind, so droht eine Abwärtsspirale. Die Innenstadt verändert sich insgesamt, die nördliche Altstadt ist akut bedroht.

Die Erlanger Innenstadt, insbesondere auch die Altstadt, soll als Zentrum mit vielfältigen Läden und Angeboten erhalten bleiben. Dazu sind Verbesserungen über die bereits in den letzten 6 Jahren erfolgten Maßnahmen hinaus beim Verkehr und weitere städteplanerische Maßnahmen notwendig. Altstadt- und Quartiersmanagement müssen auf Dauer weitergeführt werden (siehe Kapitel III. 8 Verkehr: Vorfahrt für Mensch und Umwelt und III. 13 Stadtplanung und Stadterneuerung: Sozial und ökologisch die Stadt der Zukunft gestalten).

5. Kommunale Sozialpolitik: Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe

Ziele

Zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, mit einem umfassenden gesellschafts-politischen Ansatz eine sozial gerechte Gesellschaft zu verwirklichen, in der alle Menschen die Chance zur gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe in allen Lebens-bereichen erhalten.

Unser Verständnis von sozialer Daseinsvorsorge ist unter anderem darauf ausgerichtet, Menschen zu befähigen, ein gutes Leben eigenständig und selbstbestimmt zu führen und dieses zu gestalten. Es geht darum, dass jede und jeder selbstverständlich alle Angebote und Strukturen in unserer Stadt nutzen kann – und das unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, finanzieller Situation oder persönlichen Einschränkungen.

Wer Unterstützung braucht, muss diese möglichst einfach und bedarfsgerecht bekommen. Dieses umfassende Verständnis von Teilhabe prägt den Blick auf die unterschiedlichen Handlungsfelder in diesem kommunalpolitischen Programm.

Nach wie vor sind Armut, Reichtum, Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft ungleich verteilt. Aus der Verantwortung für die betroffenen Menschen heraus, sind wir verpflichtet, den Verunsicherungen der Menschen und den sozialen Verwerfungen entgegenzusteuern

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Wir sind uns dessen bewusst, dass die von der SPD seit 2014 begonnene Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung und für mehr gesellschaftliche Teilhabe Erlangen von der bundesdeutschen Entwicklung nicht abkoppeln kann. Auch in unserer reichen Stadt gibt es Armut und Menschen, die seit Jahren keine Beschäftigung finden, es steigt die Zahl älterer Menschen, die in Armut und Einsamkeit leben. Auch Kinder und ihre Eltern, insbesondere wenn sie alleinerziehend sind, sind in Erlangen stark von Armut betroffen. Armut im Alter und in Familien betrifft besonders Frauen, weil sie immer noch weit häufiger die Familienarbeit leisten. Steigende Mieten und die Wohnungsknappheit verschärfen die Situation für viele Menschen in Erlangen, zumal unsicherere und prekäre Wohnverhältnisse für viele Menschen auch eine Einschränkung ihres sonstigen sozialen Lebens bedeuten.

Die Erlanger SPD hat seit 2014 konsequent Initiativen ergriffen, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Mit einer Neubauoffensive, die feste Vorgaben für geförderten Wohnungsbau macht, sind in Erlangen in den letzten 10 Jahren über 1000 geförderte und damit bezahlbare Wohnungen entstanden, die Wohnungsnot tendenziell mindern. Mit dem ErlangenPass haben wir für mehr Teilhabe der Beziehenden von Sozialleistungen gesorgt. Auch diejenigen, die ein geringes Einkommen beziehen und keine Sozialleistungen erhalten, können vom ErlangenPass profitieren. Dieser bietet vergünstigten Zugang zu vielen Kultur-, Freizeit-, Sport- und Bildungseinrichtungen, vergünstigte VGN-Tarife, einen Zuschuss zum Deutschlandticket und die unkomplizierte Abrechnung von

Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder und Jugendliche bei Grundsicherung für Arbeitssuchende (früher „Hartz IV“/Bürgergeld).

Mit der optimierten Lernförderung wird in Erlangen ein zentraler Teil der Bildungs- und Teilhabeleistungen so umgesetzt, dass ihn tatsächlich fast alle Schüler*innen in Anspruch nehmen – und sogar Kinder, die selbst keinen Anspruch haben, indirekt über verbesserte Lernbedingungen in den Schulen profitieren. Die Neuorganisation des Erlanger Jobcenters als Eigenbetrieb hat die Betreuung und Beratung von Arbeitslosen im Bürgergeld verbessert. Maßgeschneiderte Projekte in kommunaler Regie fördern die Teilhabe von arbeitssuchenden Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben erste Projekte für einen nachbarschaftlich orientierten Quartiersansatz auf den Weg gebracht, die künftig schrittweise ausgebaut und verstetigt werden sollen.

Aber: Sozialpolitik in der Kommune kann die gesellschaftliche Spaltung nur mildern, nicht beseitigen. Für eine Politik gegen soziale Ausgrenzung wäre eine grundlegende Veränderung der Sozialpolitik notwendig: Eine am Menschen orientierte, diesen unterstützende Sozialleistung, die das Existenzminimum auch tatsächlich sichert; die eigenständige Sicherung für Kinder, damit Menschen nicht Sozialleistungen beziehen müssen, weil sie Kinder haben; auskömmliche (Mindest-)Renten für Menschen, die langjährig in ihrem Beruf oder für ihre Familie gearbeitet haben; höhere (Mindest-)Löhne und gesicherte Arbeitsverhältnisse (Überwindung u.a. von Leiharbeit, Werkverträgen und sachgrundlosen Befristungen); eine Gesundheits-, eine Bildungs-, eine Kultur- und Freizeitpolitik, die die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ermöglicht und Ungleichheit aktiv entgegenwirkt; und nicht zuletzt auch eine Politik für demokratische Beteiligung, die allen Menschen in der Gesellschaft eine Stimme gibt und gleichberechtigte Teilhabe an allen Entscheidungen ermöglicht. Auch für diese grundlegende Veränderung der Sozialpolitik setzt sich die Erlanger SPD ein.

Auf der kommunalen Ebene in Erlangen werden wir auch weiterhin eine Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung verfolgen. Dafür notwendig ist ein integrierter Ansatz, der die Lebenslagen von Menschen, die in Armut leben oder armutsgefährdet sind, umfassend in den Blick nimmt. Der erste Erlanger Teilhabebericht hat Problemlagen, Herausforderungen und Handlungserfordernisse bei Themen wie Armut, (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, Wohnen, Pflegebedürftigkeit, sozialen Unterschieden in den Stadtteilen und bei Möglichkeiten der Mitwirkung aufgezeigt.

Forderungen und Perspektiven

Folgen von Armut bekämpfen, in Notlagen helfen

- Wir wollen mit einem umfassenden sozialpolitischen Ansatz Menschen in Armut unterstützen und möglichst viele auf dem Weg aus der Armut begleiten und dafür Strategien und Maßnahmen gegen Armut (wie im Teilhabebericht aufgezeigt) systematisch umsetzen.
- Das beinhaltet insbesondere auch Maßnahmen gegen Altersarmut im Rahmen des seniorspolitischen Konzepts. Altersarmut – gerade auch bei Frauen – werden wir aktiv entgegentreten – und durch Beratung und Ansprache ältere Menschen mit niedrigen Renten dazu ermutigen, die ihnen zustehenden Sozialleistungen auch in Anspruch zu nehmen.

- In einem umfassenden, nachbarschaftlich orientierten Quartiersansatz werden bedarfsgerechte Hilfen für Menschen entwickelt und erprobt, die Unterstützung bei der Bewältigung ihres Alltags sowie bei der Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben im Wohnviertel benötigen.
- Wir wollen den Aufbau niedrigschwelliger, dezentraler wohnungsnaher Beratungsangebote, die u.a. zu sozialen Hilfen und Leistungsansprüchen beraten und bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen und der Antragstellung unterstützen; die Dunkelziffer bei der Nichtinanspruchnahme von Leistungsansprüchen soll dadurch gezielt verringert werden.
- Gerade für Senior*innen wollen wir Angebote der gesellschaftlichen Teilhabe ausbauen, die Vereinzelung und Isolation entgegenwirken.
- In den Stadtquartieren sollen Orte mit Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden, die auch Menschen mit niedrigen Einkommen nutzen können (d.h. zum Beispiel ohne Konsumzwang).
- Der ErlangenPass erleichtert als Sozialpass Menschen mit geringem Einkommen, die Sozialleistungen beziehen, und Bezieher*innen niedriger Einkommen, die keine Sozialleistungen erhalten, gleichermaßen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mit dem erweiterten ErlangenPass haben wir auch zahlreiche Angebote für mehr Teilhabe geschaffen. Wir wollen, dass die Angebote, für die es Ermäßigungen mit dem ErlangenPass gibt, stetig erweitert werden. Dazu werden weitere Kooperationspartner*innen gesucht.
- Wir wollen, dass der Anspruch auf einen ErlangenPass grundsätzlich auch auf Zielgruppen wie Bafög-Empfänger*innen ausgeweitet wird, soweit dies angesichts bestehender Förderkulissen (Bund/Land) möglich ist. (siehe dazu auch Kapitel III. 8 Verkehr: Vorfahrt für Mensch und Umwelt)
- Bewährte Angebote wie die optimierte Lernförderung (Förderung für Kinder im Bürgergeld mit Lernschwierigkeiten) wollen wir erhalten und, wo notwendig, weiter ausbauen.
- Für Schulabsolvent*innen wollen wir die Berufswahl und den Einstieg in die berufliche Qualifizierung erleichtern und mit der Jugendberufsagentur und einem systematischen Übergangsmanagement verschiedene Zuständigkeiten und finanzielle Ressourcen in diesem Bereich wie z. B. Schule/Berufsschule, Arbeitsagentur, Wirtschaft/Gewerkschaften vernetzen und bündeln.
- Es werden sozialraumorientierte Konzepte und Strategien entwickelt und umgesetzt, wie z.B. aufsuchende Sozialarbeit durch einen sozialpädagogischen Dienst für Erwachsene, um die Beratung, Unterstützung und Teilhabe für Menschen mit geringen finanziellen Mitteln zu stärken und sie bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen und Entlastungen zu unterstützen.
- Beratungsangebote wie z. B. Schuldnerberatung, psychosoziale Beratung, Wohnungs- und Energieberatung zur Vorbeugung von Obdachlosigkeit und Miet-(neben-)kosten-schulden wollen wir sichern und weiterentwickeln.

Teilhabe und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen

Erlangen gehört zu den 104 Kommunen in Deutschland, die als „Optionskommunen“ die Betreuung von Arbeitslosengeld-II-Empfängern in eigener Zuständigkeit durchführen. Dadurch kann das Erlanger Jobcenter (EJC) maßgeschneiderte Lösungen vor Ort entwickeln.

Die SPD steht weiter klar zum Modell der Optionskommune und unterstützt die Weiterentwicklung des Erlanger Jobcenters unter den Rahmenbedingungen des Bürgergeldes.

- Durch die kommunale Anbindung nutzt das EJC Synergien mit städtischen Einrichtungen wie Jugendamt, Ausländerbehörde, der Wirtschaftsförderung oder auch lokal ansässigen Unternehmen und Einrichtungen.
- Das EJC kann so individuelle Förderprogramme wie z.B. Café Hergricht, das Bike-Programm oder das Projekt InQua entwickeln, die durch die enge Verzahnung von Qualifizierung und direkter Vermittlung in den Arbeitsmarkt auf lokale Bedürfnisse zugeschnitten sind.
- Damit dies in diesem Sinne fortgeführt werden kann, braucht es eine auskömmliche Finanzierung. Das EJC muss finanziell und personell in die Lage versetzt werden, seinen sozialen Auftrag (soziale Teilhabe, Heranführen an die Arbeitswelt) gleichberechtigt neben dem beruflichen Integrationsauftrag erfüllen können. Eine intensive Aktivierungs- und Integrationsarbeit zahlt sich langfristig aus. Dazu ist ein auskömmliches Gesamtbudget vor allem durch den Bund erforderlich (Verwaltungs- und Eingliederungsbudget), das auch die Dynamik des regionalen Arbeitsmarktes berücksichtigt. Diese Mittel müssen durch eine ausreichende städtische Finanzierung flankiert werden.
- Für das Erlanger Jobcenter steht der Mensch im Mittelpunkt des Beratungsauftrages. Beratung erfolgt auf der Grundlage der Wertschätzung, der Kooperation, der Hinführung zur sozialen und beruflichen Integration, der Stärkung der Eigenverantwortung und der Selbstmotivation.
- Schwerpunkt des beruflichen Integrationsauftrages ist die nachhaltige Integration. Dies bedeutet auch, dass wo möglich in Qualifizierung investiert werden muss, um dem Fachkräftebedarf langfristig zu begegnen. Dabei ist auch ergänzend auf die Qualifizierung von Menschen zu setzen, die durch Digitalisierung ihre bisherige Stelle verlieren.
- Als Optionskommune handelt das Erlanger Jobcenter in diesem Sinne und wird vorhandene Spielräume zugunsten der Leistungsempfänger*innen nutzen.

Wir wollen, dass das Erlanger Jobcenter

- Sanktionen, wo immer rechtlich möglich, vermeidet,
- die Beratung der Hilfesuchenden kontinuierlich verbessert und dafür Sorge trägt, dass Hilfesuchende die ihnen zustehenden Leistungen auch erhalten,
- den öffentlichen Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Menschen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Chance hätten, weiterführt und ausweitet,
- einen kompletten Ersatz der noch vorhandenen MAE-Maßnahmen (Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung, „Ein-Euro-Jobs“) durch sozialversicherungs-

pflichtige Arbeitsplätze zumindest prüft und diese in jedem Fall Arbeitslosen nur noch freiwillig anbietet,

- Transparenz und Kontrolle bei der Umsetzung von Integrationsmaßnahmen, insbesondere bei MAEs sichert,
- die Erlanger Strukturen zur Umsetzung der Optionslösung beibehält und weiterentwickelt,
- Förderkonzepte für Frauen, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund entwickelt,
- die Erhöhung der Regelsätze im SGB XII (Sozialhilfe) prüft (im Gegensatz zu SGB II ist dies rechtlich durch die Kommune möglich),
- das kommunale Budget für flexible Sonderleistungen sichert und ausweitet,
- weiterhin regelmäßig die Mietobergrenzen erhöht, damit möglichst viele Sozialleistungsbezieher*innen in ihrer Wohnung bleiben können,
- Jugendliche aus Bedarfsgemeinschaften beim Auszug aus dem Elternhaus nicht benachteiligt: Die Stadt soll die Genehmigung des eigenständigen Wohnsitzes im Rahmen des Bürgergeldes grundsätzlich erteilen.
- Alleinerziehende in ihrer schwierigen Situation besonders unterstützt.

Menschen mit Behinderung

- Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde 2009 von Deutschland ratifiziert. Demnach haben Menschen mit Behinderungen ein umfassendes Recht auf Inklusion in die Gesellschaft. Bereits 2002 ist Erlangen der Erklärung von Barcelona beigetreten, wonach allen Menschen in der Stadt gleiche Chancen, gleiche Lebensqualität und gleiche Möglichkeit zur Beteiligung am Leben in der Stadt zukommen sollen. Die Kommunalpolitik steht jedoch weiterhin vor großen Aufgaben, die sich nicht auf die Sozialpolitik beschränken, sondern insbesondere auch die Bildung, den Wohnungsbau, die Stadtplanung und den Verkehr betreffen.
- Neubau und Sanierung kommunaler Wohnungen müssen Barrierefreiheit gewährleisten. Barrierefreiheit ist beim privaten Wohnungsbau zu fordern und zu fördern. Alle Baumaßnahmen im Bereich der kommunalen und öffentlich zugänglichen privaten Infrastruktur müssen barrierefrei gestaltet werden. Die städtischen Gebäude sind barrierefrei zu gestalten.
- Bei der Stadt und den städtischen Unternehmen ist durch die Bereitstellung von zusätzlichen Inklusionsarbeitsplätzen die zu gering angesetzte gesetzliche Quote zu erfüllen. Dabei ist darauf zu achten, dass dies nicht durch Mehrfachanrechnungen, sondern durch tatsächlich vorhandene Arbeitsplätze gewährleistet wird.
- Die Stadt fördert und bezuschusst Organisationen und Einrichtungen, die das selbstbestimmte Leben und die Erwerbstätigkeit Behinderter fördern.

Frauen als Opfer von Gewalt

- Frauen werden in unserer Gesellschaft immer noch Opfer von Gewalt, in der Regel durch Männer, häufig durch ihre (ehemaligen) Lebenspartner. Immer noch wird diese Gewalt gegen Frauen in der Gesellschaft zu wenig wahrgenommen. Die betroffenen

Frauen sind oft auf Schutzmaßnahmen wie zum Beispiel Frauenhäuser angewiesen. Oft sind sie dabei einkommens- und mittellos. Ebenso müssen Kinder und Jugendliche vor physischer Gewalt geschützt werden.

- Die erfolgreiche Arbeit des autonomen Frauenhauses für misshandelte Frauen und Kinder ist durch die Bereitstellung von ausreichenden Mitteln weiterhin sicherzustellen.
- Die Umsetzung der Istanbul-Konvention auf Ebene der Stadt werden wir auf der Grundlage einer ämterübergreifenden Konzeption wirksam angehen.

Strafentlassene

- Eine Freiheitsstrafe verbüßt zu haben, vereitelt oder erschwert den meisten Strafentlassenen die Rückkehr in normale Lebensverhältnisse. Auch hier spiegeln die Lücken in den Gesetzen das allgemeine, in diesen Fragen nicht genügend aufgeklärte Bewusstsein wider.
- Strafentlassene brauchen Beratung und Unterstützung bei der Wiedereingliederung. Die Stadt soll ihnen bei der Wohnungssuche helfen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten Strafentlassene einstellen. Sie sollen auch besonders bei städtischen Maßnahmen zur Berufsförderung, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration berücksichtigt werden.

Sozialberichterstattung

Wir wollen den eingeschlagenen Weg fortsetzen, die regelmäßige Sozialberichterstattung zur Früherkennung von gesellschaftlichen Tendenzen und Fehlentwicklungen in der gesamten Stadt und den einzelnen Stadtteilen gemeinsam mit den in der Sozialpolitik aktiven Initiativen und Verbänden durchzuführen, und die aufgezeigten Daten und Entwicklungen auch mit konkreten Lösungsvorschlägen verbinden.

6. Wohnen: Eine Stadt für alle sichern

Ziele

Unser Ziel bleibt, für alle Menschen in Erlangen eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, die ihren Bedürfnissen entspricht und die sie bezahlen können. Wohnen ist neben Gesundheit, Nahrung und Arbeit ein Grundbedürfnis des menschlichen Lebens.

Kommunale Wohnungspolitik muss gewährleisten, dass alle Schichten der Bevölkerung mit Wohnraum zu bezahlbaren Mieten und mit den Bedürfnissen angepassten Wohnungsgrundrissen versorgt werden können. Dabei muss sich die kommunale Wohnungsbaupolitik besonders um die Personen kümmern, für die über den Markt keine Wohnungen bereitgestellt werden, die ihre Ansprüche zu Preisen erfüllen, die sich diese Personen leisten können. Dafür ist die GEWOBAU gemeinsam mit anderen gemeinnützigen Wohnungsbauträgern zentral.

Unsere Wohnungspolitik wird dabei den sich wandelnden und ausdifferenzierenden Ansprüchen an Wohnungen gerecht. Geänderte und flexiblere Familienstrukturen, zu lange ignorierte Ansprüche von Frauen an die Gestaltung von Wohnungen, der Wunsch älterer Menschen und von Menschen mit Behinderungen, in einer eigenen, barrierefreien Wohnung leben zu können, stellen Herausforderungen dar, auf die unsere Wohnungspolitik reagiert.

Wohnungen müssen dabei dort entstehen, wo eine angemessene Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen sichergestellt ist, gute ÖPNV-Verbindungen bestehen und den Anforderungen des Umweltschutzes, der Barrierefreiheit sowie dem Sicherheitsbedürfnis der Bewohnenden Rechnung getragen werden kann. Gerade wenn im Bestand zusätzliche Wohnungen geschaffen werden, muss dies einhergehen mit einer wesentlichen Verbesserung des Wohnumfeldes auch für diejenigen, die in dem jeweiligen Gebiet schon wohnen. Daher ist insbesondere auch die Gestaltung des Wohnumfeldes mit Grünflächen, Freizeitanlagen, Begegnungsstätten, Kinderbetreuungseinrichtungen und kulturellen Einrichtungen unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien zentraler Baustein unserer Wohnungspolitik.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Durch unsere konsequente Wohnungspolitik seit 2014 ist es gelungen, dass Erlangen eine der wenigen Städte in Deutschland ist, in der die Zahl der geförderten Wohnungen in den letzten Jahren gestiegen ist: Von rund 2.900 Wohnungen 2016 auf jetzt gut 3.400. Auch außerhalb des geförderten Bereichs ist die Zahl der Wohnungen deutlich gestiegen. Dieser Anstieg reicht aber nicht aus, um den Bedarf zu decken, zumal dieser durch Erlangens wirtschaftlichen Erfolg und den damit verbundenen Zuzug steigt. Daher steigen auch weiterhin die Wohnungspreise und Mieten. Insbesondere fehlen große Wohnungen für Familien, auch wenn auch hier in den letzten Jahren vor allem zusätzliche geförderte Wohnungen geschaffen werden. Der Wohnungsbau muss daher weiter fortgesetzt und am Bedarf ausgerichtet werden.

Der Anstieg der Baukosten in den letzten Jahren verlangsamt auch den Zubau von Wohnungen in Erlangen, zahlreiche geplante Vorhaben werden aktuell nicht umgesetzt.

Diesem Baukostenanstieg kann die Stadt nur unwesentlich entgegenwirken. Konsequente Maßnahmen des Bundes und des Landes, durch Änderungen der Baugesetzgebung, der bayerischen Bauordnung und der technischen Normen die Baukosten zu reduzieren und Planungen zu beschleunigen, hat es bisher nicht gegeben. Zu begrüßen ist jedoch, dass die Bundesregierung hier entsprechende Änderungen angekündigt hat.

Die erheblich zu geringen Mittel des Freistaats für geförderten Wohnungsbau sind weitgehend ausgeschöpft und Förderzusagen erfolgen, wenn überhaupt, nur mit großem zeitlichen Vorlauf. Das verzögert bzw. verhindert den weiteren Bau von geförderten Wohnungen.

Nach wie vor sind auch die Regelungen zu Mieterhöhungen, Mietspiegeln, städtischen Vorkaufsrechten, Milieuschutz und Zweckentfremdung unzureichend, um als Stadt wirkamen Einfluss auf die Entwicklung von Mieten nehmen zu können. Ebenso fehlt es ihr an Möglichkeiten, z.B. die Bebauung von Baulücken zu erzwingen oder gegen andere Formen der Spekulation mit Wohnungen und Grundstücken zu Lasten von Wohnungssuchenden und Mieter*innen vorzugehen.

Forderungen und Perspektiven

Neubau von Wohnungen

Wir werden unsere Neubauoffensive auch in den Jahren 2026 bis 2032 fortsetzen. Dabei wird wie bisher der Schwerpunkt auf der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen liegen:

- Wir werden die Quote für geförderten Wohnungsbau weiterhin konsequent anwenden: Wenn neues Baurecht geschaffen oder bestehendes Baurecht ausgeweitet wird, muss mindestens 30 Prozent der neu geschaffenen Wohnfläche geförderter Mietwohnungsbau bzw. gefördertes Eigentum sein. Wir erwarten von Land und Bund, dass künftig Fördermittel in einer Größenordnung zur Verfügung stehen, die das Erfüllen dieser Quotenvorgaben erlauben.
- Wir werden auch weiter sicherstellen, dass Grundstücke, die die Stadt verkauft, mit bezahlbaren Wohnungen bebaut werden. Dies erfolgt über die Quoten für geförderten Wohnungsbau – wo sinnvoll, auch über die 30 Prozent hinaus – bei frei finanzierten Mietwohnungen über Vorgaben über die Miethöhe der Erstvermietung sowie beim Bau von Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern über die Vorgabe von Weiterverkaufspreisen und das Gebot, dass an Privatpersonen zum Selbstbezug verkauft werden muss. Dies lässt sich in den Kaufverträgen regeln.
- Gemeinsam mit IHKG, Kreishandwerkerschaft und weiteren Akteur*innen wollen wir Möglichkeiten prüfen, gemeinsam mit Erlanger Betrieben Beschäftigtenwohnungen zu schaffen. Diese sollen auch bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften für deren Beschäftigte geschaffen bzw. erhalten werden.
- Wir wollen ein Azubi-Werk schaffen, um Wohnraum speziell für Auszubildende bereitzustellen. Dieses soll als Verein gemeinsam von Stadt, GEWOBAU, Gewerkschaften, Arbeitgeber*innen und möglicherweise weiteren Akteur*innen (z.B. Stadtjugendring, Frauenzentrum, Queeres Zentrum) organisiert sein. Ziel ist, durch Neubau und Ankauf von Belegrechten einen deutlich dreistelligen Bereich an günstigen Wohnungen anzubieten. Für die Mitbestimmung der Bewohner*innen sowie die Vernetzung von Azubis untereinander sollen Strukturen geschaffen werden.

- Wir werden bei der Entwicklung von Baumaßnahmen vermehrt darauf achten, dass Wohnungen entsprechend des Bedarfs in Erlangen geschaffen werden. Dies sind insbesondere kleinere Wohnungen – vor allem auch seniorengerechte – sowie größere Wohnungen für Familien. Wo immer möglich, wollen wir auch bei privaten Wohnungsbauvorhaben dafür sorgen, dass diese Bedarfe berücksichtigt werden. Ein Weg dorthin können auch flexible Grundrisse sein, mit denen die Wohnungsgröße an die jeweilige Lebenssituation angepasst werden kann.
- Ebenso wollen wir dafür sorgen, dass für neue Wohnformen entsprechende Angebote zur Verfügung stehen. Dies gilt besonders für Projekte des Mehrgenerationenwohnens.
- Wir wollen, dass möglichst alle Menschen selbstständig wohnen können. Daher wollen wir vermehrt barrierefreie und rollstuhl-/behindertengerechte Wohnungen schaffen, um Inklusion zu verwirklichen.
- Wir wollen Angebote (z.B. Tauschbörsen) entwickeln, um vermehrt Wohnungstausch zu ermöglichen.

Aller Wohnungsneubau muss immer einhergehen mit der Modernisierung bzw. Schaffung der notwendigen sozialen Infrastruktur wie Einkaufsmöglichkeiten, KiTas, Schulen, Pflegestationen, Stadtteilzentren, Grün- und Freizeitflächen, Kunst und Kultur im öffentlichen Raum etc. (siehe auch Kapitel III. 13 Stadtplanung und Stadterneuerung: Sozial und ökologisch die Stadt der Zukunft gestalten, Kapitel III. 11 Kultur: Raum für Vielfalt und Teilhabe).

Für Neubauten wie Sanierungen sollen künftig, wo immer möglich, nachhaltige und klimaschonende Materialien zum Einsatz kommen, was in aller Regel auch die Wohnqualität erhöht. Auch auf entsprechend ambitionierte Energiekonzepte werden wir Wert legen und die solare Baupflicht weiterhin einfordern (siehe auch Kapitel III. 7 Umwelt und Energie: Fortschritt im Einklang mit der Natur, III. 13 Stadtplanung und Stadterneuerung: Sozial und ökologisch die Stadt der Zukunft gestalten).

Bezahlbare Mieten und Preise – Wohnen für alle sichern

Alle Anstrengungen im freien und sozialen Mietwohnungsbau und zur Förderung des Wohnungseigentums werden nur dann die Wohnungsversorgung nachhaltig verbessern, wenn gleichzeitig die Vernichtung vorhandenen Wohnraums verhindert wird. Um den Erhalt der vorhandenen Wohnungen insbesondere in der Innenstadt zu sichern und die Wohnnutzung auszuweiten, müssen daher alle zur Verfügung stehenden planerischen und rechtlichen Instrumente ausgeschöpft werden:

- Die Zweckentfremdungssatzung werden wir konsequent anwenden. Dabei werden wir uns insbesondere auf große Umwandlungen, Ersatzneubauten und Leerstände konzentrieren.
- Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, auch unter der derzeit nicht bestehenden Förderkulisse für den Neubau von Wohnungen bezahlbares Wohnen zu sichern, auch bei den Wohnungen, deren Bindung im geförderten Wohnungsbau ausläuft.
- Die Stadt muss darauf hinwirken – und fordert entsprechende gesetzliche Regelungen dafür, dass die notwendige energetische Sanierung des Wohnungsbestandes nicht

spekulativ zur Verdrängung der bisherigen Mietenden und zur Durchsetzung erheblich erhöhter Mieten genutzt werden kann.

- Den Mietspiegel werden wir regelmäßig fortschreiben und alle Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, die den Anstieg der Mietspiegel-Mieten dämpfen. Insbesondere gilt das, wenn der Bund es endlich ermöglicht, Bestandsmieten in den Mietspiegel aufzunehmen, statt wie bislang, ausschließlich Mieten von Neuvermietungen.
- Rechtliche Möglichkeiten, Spekulation mit Wohnimmobilien zu unterbinden, werden wir nutzen. Bisher sind diese allerdings kaum vorhanden, wir fordern daher von Bund und Land eine deutliche Ausweitung insbesondere durch Vorkaufsrechte und wirk-same Milieuschutz-/Erhaltungssatzungen sowie durch Instrumente gegen Leerstände und Baulücken. Diese ausgeweiteten Rechte wollen wir dann konsequent zum Sichern bezahlbarer Wohnungen nutzen.

GEWOBAU: Neubau, Sanierung und Bestand

Die städtische GEWOBAU ist zentrale Akteurin, um bezahlbare Wohnungen in der Stadt anzubieten und das Mietniveau zu dämpfen. Wir wollen sie daher auch in den nächsten Jahren weiter stärken. Wichtig sind uns dabei insbesondere folgende Forderungen:

- Bei Mieterwechsel werden die Mieten weiterhin am unteren Rand der ortsüblichen Miete oder darunter festgelegt.
- Die Wohnungsbauoffensive der GEWOBAU wird fortgeführt. Dabei liegt der Schwerpunkt weiterhin auf dem Bau von geförderten Mietwohnungen, soweit Fördermittel zur Verfügung stehen.
- Auch die Sanierungen und Modernisierungen der GEWOBAU werden weitergeführt, insbesondere die energetischen Sanierungen mit dem Ziel der Klimaneutralität. Wo die Gebäude dafür geeignet sind, soll dies weiter nach dem Energiesprung-Konzept erfolgen. Wo immer möglich, sollen zusammen mit den Sanierungen auch durch Aufstockungen zusätzliche Wohnungen entstehen.
- Die GEWOBAU wird weiterhin die ihr gesetzlich zustehenden Mieterhöhungsspielräume bei Modernisierung nicht ausnutzen, sondern die Mieten nur so weit erhöhen, wie dies für die Mietenden zumutbar und angesichts der Wohnwertverbesserung angemessen ist (z.B. bei Energieeinsparungen).
- Bei Sanierung und Neubau sind soziale Modell wie beispielsweise senior*innengerechte und barrierefreie Wohnungen in allen Stadtteilen vorzusehen.
- Die Beteiligung von Mietenden, auch bei Sanierungs- und Neubaumaßnahmen, wird beibehalten und wo notwendig noch ausgebaut.
- Die GEWOBAU wird künftig vermehrt auch das Quartiersmanagement in ihren Wohnquartieren und die soziale Durchmischung der Mieterschaft in den Blick nehmen. Dazu gehört die Moderation und Lösung von Konflikten zwischen Bewohner*innen – auch durch geeignetes Fachpersonal, die Förderung des Zusammenlebens und des Kontakts zwischen den Mieter*innen.
- Die Freiflächen der GEWOBAU sollen attraktiver gestaltet und die Wohnquartiere dadurch deutlich lebenswerter werden. Entstehen sollen Frei-, Spiel- und Grünflächen

und, wo möglich, auch Mietergärten, die als Aufenthalts- und Begegnungsflächen dienen.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Der angespannte Wohnungsmarkt in Erlangen sorgt auch für einen merkbaren Anstieg der Obdachlosigkeit. Dabei werden auch die Zeiträume länger, in denen Menschen in Unterbringungen leben müssen, weil es zunehmend schwieriger wird, „normale“ Wohnungen zu finden, in die die Betroffenen zurückkehren können. Daher werden die Vermeidung und Beseitigung von Obdachlosigkeit auch in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit sein:

- Wir werden die bewährte Präventionsarbeit des Sozialamtes gemeinsam mit weiteren städtischen Stellen und anderen Organisationen fortführen. Ziel muss es sein, drohende Obdachlosigkeit wenn immer möglich zu vermeiden.
- Wir wollen zusätzliche Verfügungswohnungen schaffen. Dabei wird wie bisher darauf geachtet, diese nicht an einem Ort zu konzentrieren, sondern auf viele Stellen im Stadtgebiet zu verteilen. Ziel ist, möglichst alle Obdachlosen in eigenen Wohnungen unterbringen zu können.
- Menschen mit einem weitergehenden Hilfebedarf (nach Formen der Betreuung) finden Platz und Hilfe im betreuten Wohnen oder in den Heimen der Obdachlosenhilfe und erhalten Betreuungs- und Unterstützungsangebote bei der Rückkehr in reguläre Wohnungen.
- Die Arbeit gemeinnütziger Organisationen zur Unterstützung Obdachloser, insbesondere des Obdachlosenhilfevereins, werden wir weiterhin großzügig fördern. Wo nötig, sollen die Angebote an die aktuellen Bedürfnisse angepasst werden. Dabei ist die Situation von obdachlosen Frauen besonders zu berücksichtigen.
- Es sind besonders die Bedarfe von Frauen zu berücksichtigen, die Opfer häuslicher Gewalt wurden, auch wenn es mittlerweile die gesetzliche Möglichkeit gibt, dem Opfer die alleinige Nutzung der Wohnung zuzuweisen.

7. Umwelt und Energie: Fortschritt im Einklang mit der Natur

Ziele

Ziel sozialdemokratischer Umweltpolitik ist es, den technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Einklang zu bringen mit der Erhaltung der natürlichen Umwelt.

Um gesunde Lebensbedingungen zu erhalten, dürfen die einzelnen Faktoren unseres Umweltsystems – Luft, Wasser, Boden, Tier- und Pflanzenwelt sowie deren Lebensräume – durch den Menschen nur insoweit beeinflusst werden, als dadurch das Gleichgewicht des Naturhaushalts insgesamt nicht gestört wird.

Deshalb muss vorrangig der Klimawandel bekämpft und die drohende Klimakatastrophe verhindert werden.

Die Artenvielfalt der Natur muss global (u. a. Tropische Regenwälder) und lokal (Arten- und Biotopschutz) erhalten bleiben. Landschaftsplanung muss auch die Schaffung und Erhaltung geschützter Lebensräume für Tiere und Pflanzen zum Ziel haben.

Das Maß der Rohstoff- und Energienutzung ist an diesen Zielen und an der Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen, gerade auch in globaler Perspektive, auszurichten.

Notwendig zur Erreichung dieser umweltpolitischen Ziele sind

- die Umstrukturierung von Produktion und Konsum auf Gebrauchswerte, orientiert am gesellschaftlichen Bedarf, und der planmäßige Einsatz menschlicher Arbeit für die Erhaltung der Natur. Nachhaltiges Wirtschaften schafft neue und sichert zukunftsfähige bestehende Arbeitsplätze.
- nachhaltiges Wirtschaften bzw. nachhaltige Entwicklung und regionale Wirtschaftskreisläufe, die den Funktionsprinzipien des Naturhaushalts folgen, Kreislaufökonomie der eingesetzten Materialien, Effektivierung von Energieumwandlung und -einsatz, Verzicht auf Kernenergie und fossile Energien (Energiewende), dabei Vielfalt von Produktion und Konsum nach den regional unterschiedlichen ökologischen Bedingungen und den kulturell bedingten Unterschieden der Bedürfnisse.

Dazu sind

- der Wirtschaft umweltpolitische Rahmenbedingungen zu setzen,
- die Planungen und Maßnahmen der öffentlichen Hand an ökologischen Kriterien zu orientieren,
- das Verständnis für Umweltthemen und das Umweltbewusstsein der Bürger*innen im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessengegensätze zu schärfen.

Sozialdemokrat*innen wollen ihre umweltpolitischen Ziele durchsetzen über die Anwendung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips. Das Verursacherprinzip, das im Wesentlichen in der Korrektur bereits eingetretener Schäden auf Kosten der Verursacher*innen besteht, muss im Vorsorgeprinzip als einer vorbeugenden Vermeidung von Belastungen und Schädigungen durch Umweltplanung und -gestaltung aufgehen.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Der Schutz von Umwelt und Natur steht im Widerspruch zur vorrangigen Orientierung der wirtschaftlichen Entscheidungen an den Gewinninteressen.

Eine umweltorientierte Beeinflussung dieser Entscheidungen ist durch Bundes- bzw. Landesgesetze zwar prinzipiell möglich, steht jedoch häufig im Konflikt mit Unternehmensinteressen und ist daher schwer durchzusetzen oder wird in der Praxis unterlaufen.

Damit die Kommunen ihren Beitrag zur Bewältigung des menschengemachten Klimawandels als größter Bedrohung des Lebens auf unserem Planeten leisten könne, brauchen sie eine viel stärkere finanzielle Unterstützung von Bund und Freistaat. Indem die SPD die Grundgesetzänderung zur Einschränkung der „Schuldenbremse“ für ein 500-Milliarden-Euro-Investitionspaket, und davon 100 Mrd. für Länder und Kommunen, durchsetzen konnte, ist zumindest der erste Schritt gemacht.

Die Verwirklichung umweltpolitischer Ziele wird erschwert durch schädliches Konsumverhalten, das zudem aus wirtschaftlichem Interesse gefördert und ausgenutzt wird. Diese durch eine verfehlte Wirtschaftsordnung verursachten Tendenzen und Probleme sind auch in Erlangen sichtbar. Seitdem die SPD jedoch wieder die bestimmende politische Kraft in Erlangen ist, konnte hier eine grundsätzliche Wende eingeleitet werden. Erlangen knüpft nun wieder an seine lange Tradition als Umweltstadt an.

Erlangen hat als erste bayerische Stadt den Klimanotstand ausgerufen und berücksichtigt bei seinen Beschlüssen besonders die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, soziale, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit. Wo immer möglich, werden die Maßnahmen priorisiert, die den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.

Nach dem Beschluss des Klimanotstands haben wir zum einen direkt ein Paket mit zahlreichen Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz auf den Weg gebracht und mit der Beauftragung des ifeu-Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg in einem umfangreichen Beteiligungsprozess mit den Bürger*innen sowie Stakeholdern aus der Gesellschaft den Fahrplan Klima-Aufbruch erarbeitet. Die vorgeschlagenen 41 Maßnahmen konnten wir im Stadtrat beschließen, 14 – bestehend aus 12 der 41 und zwei zusätzlichen - haben wir zu Leuchtturmmaßnahmen gemacht, die als Schwerpunkte vorrangig umgesetzt werden. Allein 2023 haben wir hierfür 17,5 neue Stellen geschaffen, die nun die 14 und auch schon, soweit möglich, die restlichen der 41 Maßnahmen umsetzen. Aus Sicht des Gutachters des ifeu-Instituts übertrifft die Umsetzung in Erlangen die Erwartungen. Wir sind also auf dem richtigen Weg.

Beispiele aus dem Fahrplan Klima-Aufbruch sind:

- Klimaneutrale Gebäude: Energetische Sanierung, Umstellung der Wärmeversorgung, Photovoltaik.
- Serielle Sanierung von Wohngebäuden durch das Energiesprung-Projekt der GEWO-BAU als innovative und einfachere Art der Sanierung.
- Masterplan Wärme, Ausbau und Dekarbonisierung der Wärmenetze: Der Transformationsplan ist erstellt und bereits in der Umsetzung, den Kohleausstieg konnten wir

bereits 2020 umsetzen. Die kommunale Wärmeplanung konnten wir in Erlangen bereits ein Jahr vor der gesetzlichen Pflicht fertigstellen.

- Einführung eines Klima-Haushalts: Hierfür werden CO₂-Budgets festgelegt, die nicht überschritten werden dürfen. Passiert das doch, muss nachgebessert und mehr in Klimaschutz investiert werden. Im ersten Schritt erfolgte diese deutschlandweit beachtete Maßnahme für das Gebäudemanagement (GME).

In Erlangen gilt jetzt die solare Baupflicht. Städtische Gebäude werden maximal für Photovoltaik genutzt. Durch die massive Ausweitung der Energieberatung und zeitweise starke Förderung konnten wir einen starken Ausbau der Solarenergie und energetischen Sanierungen erreichen.

Gemeinsam mit anderen Stadtwerken konnten die ESTW eine Freiflächen-Photovoltaikanlage errichten. Ein Windpark in Hüttendorf (Römerreuth) ist auf den Weg gebracht.

Speziell bei der Energiewende zeigt sich auch, dass ökologische Modernisierung von der Bevölkerung als attraktiv wahrgenommen werden muss, um erfolgreich zu sein.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Umweltpolitik ist die Stärkung von Naturschutz und Grün in der Stadt. Erlangen ist auf Antrag der SPD Mitglied im Netzwerk „Kommunen für biologische Vielfalt“.

Die Grünpflege erfolgt daher bis auf Ausnahmen, z. B. für Sportflächen, naturnah und extensiv, Blühwiesen wurden angelegt. Dach- und Fassadenbegrünung wird sowohl bei städtischen Gebäuden verwirklicht als auch für private Baumaßnahmen in den Bebauungsplänen festgesetzt. Ein Schwerpunkt liegt auch auf Entsiegelungen und dem Pflanzen von Bäumen.

Der südliche Teil der Wöhrmühlinsel entwickelt sich, wie im Stadtrat beschlossen, auf natürliche Weise zum Auwald.

Die Pflicht zu Begrünungen und das Verbot von Schottergärten, die wir in einer Freiflächengestaltungssatzung erlassen haben, werden der Stadt nun in falsch verstandenem sog. „Bürokratieabbau“ durch die bayerische Staatsregierung untersagt. Hiergegen wenden wir uns entschieden.

Die Förderung der Umwelt- und Naturschutzorganisationen und der im Umweltbereich tätigen Ehrenamtlichen konnten wir zunächst weiter verstärken und bei den unvermeidlichen Einsparungen in der Haushaltskrise weitgehend von dauerhaften Einsparmaßnahmen ausnehmen.

Die Zuschüsse für das Tierheim konnten wir weiter erhöhen und trotz der Haushaltskrise in dieser Höhe beibehalten.

Wir haben uns erfolgreich für die Ausweitung des Naturwaldreservats als Kernbereich im Naturschutzgebiet Brucker Lache eingesetzt.

Auf Antrag der SPD ist Erlangen Bio-Modellstadt. So wurde der Bioanteil der Lebensmittel in Schulen, Kitas und öffentlichen Einrichtungen schrittweise erhöht. Leitlinien für eine nachhaltige Beschaffung, um ökologische, soziale und Fair-Trade-Ziele zu erreichen, haben wir durchgesetzt.

Bei der Stadt Erlangen werden bevorzugt Recycling-Baustoffe eingesetzt.

Die Fuhrparks der Stadt und ihrer Töchter werden schrittweise auf elektrischen Antrieb umgestellt, auch im Bereich der Nutzfahrzeuge wie bei der Straßenreinigung.

Im Verkehrsbereich konnte die Verkehrswende vorangebracht werden (siehe hierzu Kapitel III. 8 Verkehr: Vorfahrt für Mensch und Umwelt).

Um den Flächenverbrauch möglichst gering zu halten, setzen wir vorrangig auf eine dichtere Bebauung und Nachverdichtung als ökologischer Alternative auch zu einer Zersiedelung in Umlandgemeinden (siehe Kapitel III. 13 Stadtplanung und Stadterneuerung: Sozial und ökologisch die Stadt der Zukunft gestalten). Hierbei sind Grünstrukturen zu erhalten und durch z. B. Dach- oder Fassadenbegrünungen zu gewährleisten.

Forderungen und Perspektiven

Die Verwirklichung der umweltpolitischen Ziele der SPD verlangt die Orientierung aller kommunalen Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen an ökologischen und sozialen Kriterien. Dabei muss das Ziel sein, in immer größerem Umfang vom „reaktiven“, bereits entstandene Schäden korrigierenden, zum „präventiven“ Umweltschutz zu kommen, der schon das Entstehen von Umweltbelastungen verhindert: Also „Emissionsbekämpfung statt Immissionsverringerung“ oder konkret. „Verkehrsberuhigung statt Lärmschutzwall“. Aufgrund von Versäumnissen der Vergangenheit ist ein reaktives Vorgehen dennoch oftmals nötig. Im Einzelnen fordert die SPD für Erlangen:

Klimanotstand und Klima-Aufbruch – der Beitrag Erlangens zu den globalen Zielen

Die Stadt Erlangen hat den Klimanotstand ausgerufen und muss alles, was in ihrer Möglichkeit steht, tun, um die globalen Zielsetzungen zur Begrenzung der Erderwärmung zu erreichen. Das Ziel der Begrenzung auf 1,5 °C ist durch Versäumnisse weltweit verfehlt. Dennoch muss weiterhin alles dafür getan werden, die Erderwärmung möglichst stark zu begrenzen. Dies legt die Stadt darauf fest, baldmöglichst die Klimaneutralität zu erreichen. Die Energieversorgung Erlangens muss dann komplett aus regenerativen Energieträgern erfolgen.

Hierfür wurde von der Stadt der Fahrplan Klima-Aufbruch mit 41 Maßnahmen beschlossen. Diese werden wir als SPD weiter konsequent umsetzen und schrittweise ausweiten.

Energiepolitik

Nötig ist eine umweltschonende, rohstoffsparende und zukunftsichere Energieversorgung durch

- vollständige Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien. Soweit möglich und sinnvoll durch Erzeugungsanlagen im Stadtgebiet, zum Großteil für Erlangen als Großstadt und angesichts der Bedingungen hier vor Ort jedoch durch Anlagen und Lieferant*innen außerhalb des Stadtgebietes. Dies beinhaltet den Bau bzw. die Beteiligung an Anlagen in der Region durch die ESTW oder ortsansässige Unternehmen, Gesellschaften, Vereine und Genossenschaften.
- ebenso vollständige Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien. Hierfür sind das Fernwärmenetz sowie die Nahwärmenetze der Erlanger Stadtwerke (ESTW) auf regenerative Versorgung umzustellen. Nach dem erfolgreichen Kohleausstieg in Erlangen ist der Gasausstieg nun das nächste Ziel.

- weiteren konsequenten Ausbau des Stromnetzes, um die Umstellung auf regenerative Energien zu ermöglichen.
- Umstellung bestehender Heizungen auf fossiler Basis auf Wärmepumpen.
- Weiterführung des Programms „Regenerative Energien, rationelle Energienutzung und -einsparung im sozialen Wohnungsbau“ (Wärmedämmung, Photovoltaik, Wärmepumpen), mindestens warmmietenneutrale Finanzierung; insbesondere die serielle Sanierung beim Energiesprung-Projekt ist hier beispielhaft und ohne die Anfangsprobleme weiterzuführen und im ersten Bauabschnitt nachzubessern. Die serielle Sanierung ist auch weiter als Vorbild für andere Wohnungsbaufirmen zu bewerben.
- weitere konsequente Nutzung der Dachflächen der Stadt und ihrer Töchter für Photovoltaik. Nicht selbst genutzte Flächen werden weiter privaten Initiativen angeboten.
- Förderung des energiesparenden Bauens und regenerativer Energiequellen durch Festschreiben in der Bauleitplanung, Bauberatung und Verankerung in privatrechtlichen Verträgen, wo die Stadt an den Grundstücksgeschäften beteiligt ist; weiterhin Festlegung von Energiestandards deutlich besser als die gesetzlichen Erfordernisse beim Neubau (GEG-40-Standard); Koordinierung der Arbeit von Planungs- und Umweltamt in diesem Bereich.
- Weiterführung der im Rahmen des Klima-Aufbruchs deutlich ausgeweiteten Beratung für energetische Sanierung, Umstellung auf Wärmepumpen und die Nutzung regenerativer Energien für Privathaushalte, Vereine und Unternehmen, auch im Rahmen von Mieterstrom oder gemeinschaftlicher Gebäudeversorgung (GGV) und für Speicherung.
- weitere öffentliche Klimaschutzkampagne(n) für Sanierung, Wärmepumpen und Solarenergie.
- die Organisation von Quartierskonzepten zur Sanierung und Energieversorgung in Zusammenarbeit mit den ESTW. Solche Projekte müssen mit umfassender Bürgerbeteiligung geplant und umgesetzt werden. Als Vorbild gilt hier für uns die erfolgreiche Bürgerbeteiligung beim Verkehrsentwicklungsplan (VEP).
- eine Wiederauflage des Förderprogramms für energetische Sanierung in privaten Haushalten/Vereinen, sobald es die Haushaltslage zulässt. Hierbei ist der Schwerpunkt auf den Mietwohnungsbau zu legen, um zusätzliche Sanierungen, deren Kosten dann in der Höhe der Förderung nicht auf die Mieter*innen umgelegt werden dürfen, zu erreichen. Hierbei ist auch u. a. mit geeigneter Evaluation sicherzustellen, dass reine Mitnahmeeffekte vermieden werden.
- Maßnahmen zur Senkung der Stromleistungsspitze und des Stromverbrauchs (Beratung Privater, Förderung von stromsparenden Geräten);
- Finanzierungsmodelle für Wärmedämm- und sonstige Energieeinsparmaßnahmen Privater („Einspar-Contracting“, spezielle Kredite [Sparkasse], Vorfinanzierung und warmmietenneutrale Rückzahlung etc.);
- Energieeinsparung in städtischen Gebäuden, Weiterführung des Kesselmoratoriums im Rahmen des Klima-Aufbruchs - kein Ersatz von fossilen Heizungen mehr, sondern Umstellung auf Wärmepumpen und Nutzung regenerativer Energien,

Wärmedämmung und -rückgewinnung, im Einzelfall Einsatz von Energieeinsparcontractings, wenn die Kapazitäten beim städtischen Gebäudemanagement nicht vorhanden sind;

- Ausrüstung städtischer Gebäude mit regenerativen Energien und Wärmepumpen; Energienutzungspläne und Klimatisierungskonzepte für alle städtischen Bauvorhaben und Gebäude;
- Sanierung und Neubau von städtischen Gebäuden wie bisher im Regelfall im Passivhausstandard;
- weitere Verstärkung des Austauschs der Straßenbeleuchtung und Ampellichter durch LED.
- Dächer, die von der GEWOBAU selbst nicht für Photovoltaik genutzt werden, sind den ESTW anzubieten, um die Potenziale für regenerative Energien komplett zu nutzen und den wirtschaftlichen Vorteil für den „Gesamtkonzern Stadt“ zu heben.
- Erhalt der allgemeinen Energieberatung sowie der Energieberatung für Sozialleistungsbezieher*innen;
- weiterhin kostenlose Abgabe effizienter Elektrogeräte bei der Energiesparberatung von Sozialleistungsbezieher*innen bei Bedarf; Wiederaufnahme des entsprechenden städtischen Programms zusätzlich zu dem der ESTW;
- konsequentes Erlauben der Nutzung von Solarenergie auf denkmalgeschützten Dächern. Durch die von Gerichten bestätigten Gesetzesänderungen der vorherigen SPDgeführten Bundesregierung ist der Denkmalwert des Daches nur noch in seltenen Ausnahmefällen höher anzusetzen als die Nutzung erneuerbarer Energien.
- Werben bei Unternehmen, Supermärkten etc. für die Nutzung von Photovoltaik über Parkflächen, Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge, verbunden mit einer besseren Flächenausnutzung (siehe auch III.13 Stadtplanung und Stadterneuerung: Sozial und ökologisch die Stadt der Zukunft gestalten).

Die Erlanger Stadtwerke sind als kommunales Versorgungsunternehmen für die Umsetzung dieser Ziele, insbesondere die Energiewende, von besonderer Bedeutung. Die Erhaltung der Erlanger Stadtwerke als kommunales Versorgungsunternehmen hat für die Erlanger SPD daher oberste Priorität. Eine Fusion insbesondere mit privaten oder teilprivatisierten Unternehmen oder eine andere Form der Privatisierung der Stadtwerke lehnt die Erlanger SPD ab.

Für die ESTW ergibt sich aber auch eine Reihe von Aufgaben, unter anderem:

- Der Ausbau der regenerativen Energieerzeugung ist die Herausforderung für die ESTW in den nächsten Jahren. Die Stadt Erlangen steht in der Verantwortung, die ESTW hierbei u. a. in der Planung zu unterstützen. Für die Erlanger SPD haben beim Ausbau der regenerativen Energien Projekte in der Region und Projekte mit Beteiligung der Bürger*innen Priorität.
- Kooperation mit anderen bayrischen Stadtwerken, um Beteiligungen auch an weiter entfernt liegenden Windkraftwerken umzusetzen.
- Vollständige Umstellung des Fernwärmenetzes sowie der Nahwärmenetze der ESTW auf regenerative Versorgung. In Erlangen, das strukturell nicht wie Orte an der Küste

oder wie München mit seinem großen Tiefengeothermiepotezial ausgestattet ist, bietet den größten Beitrag die Nutzung der Umweltwärme. Entsprechend ist dies auch im Transformationsplan der ESTW vorgesehen, den wir als SPD unterstützen und umsetzen möchten. Insbesondere sind hier Großwärmepumpen an der Regnitz zu realisieren. Weitere Möglichkeiten bietet die Nutzung der Abwärme des geplanten Hochleistungsrechenzentrums der FAU im Uni-Südgelände sowie ein Elektrodenkessel mit Strom aus dem auf den Weg gebrachten Windkraftpark Römerreuth in Hüttendorf sowie die Nutzung von Wärme aus Abwasser. Des Weiteren ist ein Wärmespeicher vorgesehen, um Überschussproduktion zwischenspeichern. Hindernisse und Schwierigkeiten bei der Genehmigung von Großwärmepumpen im Bereich des staatlichen Wasserwirtschaftsamts müssen hierbei gelöst und beigelegt werden.

- Errichtung von Freiflächen-Solaranlagen unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Artenschutzes. Konkrete Möglichkeiten sind hier z. B. beim ehemaligen Kraftwerk Franken II (Solarthermie, um in die Fernwärmeversorgung einzuspeisen) oder an der Thalermühle.
- Ziel ist es, bis 2040 technisch auf nichtfossile Versorgung bzw. Stromnutzung umzustellen. Das konkrete Erreichen der Klimaneutralität hängt gerade in Erlangen jedoch sehr davon ab, wie die Entwicklung auf Bundes- und Landesebene vorangeht.
- Zur Umsetzung ist von den ESTW auch Kapital von Bürger*innen anzuwerben, ggf. sind Beteiligungsgesellschaften zu gründen.
- konsequenter Ausbau des Verteilnetzes der ESTW wie auch das Drängen auf den Netzausbau auf höheren Ebenen (Übertragungsnetz) sowie auf Errichtung von Speichern.
- Entwicklung und Umsetzung eines integrierten Energiedienstleistungskonzeptes: Schrittweise Umstellung der Geschäfts- und Investitionspolitik der ESTW vom Energieversorgungsunternehmen (EVU) zum Energiedienstleistungsunternehmen (EDU), das nicht mehr vor allem vom Energieträgerverkauf lebt und damit an steigendem Energieverbrauch interessiert sein muss, sondern von Verkauf, Bereitstellung, Management und Betrieb von Energieeffizienz- und -einsparsystemen; verbunden auch mit entsprechend starker Öffentlichkeitsarbeit für Regenerative und Sanierung.
- Hierfür ist ein Pilotprojekt mit Monitoring von serieller Umstellung auf Wärmepumpen in Quartieren zu starten. Die städtischen Energieberatenden sollen Möglichkeiten für die Bürger*innen aufzeigen und die ESTW sollen zusammen mit allen interessierten Handwerksbetrieben Angebote machen.
- Eine weitere Möglichkeit ist das Angebot von Contracting mit Installation und Service von Wärmepumpen durch die ESTW in Zusammenarbeit mit interessierten Handwerksbetrieben.
- Deutliche Ausweitung von Mieterstrom und gemeinschaftlicher Gebäudeversorgung (GGV) bzw. „Eigentümerstrom“ im Geschosswohnungsbau. Mieterstrom ist insbesondere mit der städtischen GEWOBAU umzusetzen und von dieser deutlich auszuweiten.
- Beibehaltung und Ausbau der Kooperation mit anderen Stadtwerken, unter anderem beim Stromeinkauf.
- Deutlicher Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladepunkte für Elektrofahrzeuge durch die ESTW, dabei auch des Ladens an Straßenlaternen.

- Einführung energiesparender, also stärker am Verbrauch und auch an Nachhaltigkeit der Erzeugung orientierter Tarife mit niedrigeren Anschlusspreisen (Linearisierung) für Strom, Gas und Fernwärme sowie Einführung eines Sozialtarifes für entsprechend Bedürftige.

Alle in diesem Kapitel angeführten Maßnahmen stellen den Beitrag der Stadt Erlangen zum globalen Klimaschutz dar (Stichwort: Global denken – lokal handeln), im Rahmen des internationalen Klimabündnisses der Städte, dessen Mitglied die Stadt Erlangen ist. Die Fortschritte beim Klimaschutz sind mit aussagekräftigen Kennzahlen, die jährlich fortgeschrieben werden, zu überwachen.

Darüber hinaus wollen wir eine Klimapartnerschaft mit unserer Partnerstadt San Carlos in Nicaragua eingehen.

Der Verkehrssektor muss seinen Beitrag zur Energiewende leisten – durch weiteren Ausbau des Umweltverbunds (ÖPNV, Radverkehr, Zu-Fuß-Gehen), insbesondere mit der Realisierung der Stadt-Umland-Bahn (StUB), mit verkehrsvermeidenden Arbeits- und Wohnstrukturen, effizienteren Antriebskonzepten sowie durch die Umstellung auf Fahrzeuge mit Elektroantrieb auf der Basis erneuerbarer Energien.

Zur Erreichung der o. g. Ziele muss die Stadt den Einsatz organisatorischer, personeller und finanzieller Mittel verstärken, die Organisationsstrukturen weiter ausbauen und optimieren sowie einen systematischen Managementprozess weiterführen, insbesondere durch:

- Weiterführung des deutschlandweit einmaligen Projekts des Klima-Haushalts mit einem Sanierungsfahrplan für die städtischen Gebäude. Einbezug auch der städtischen Tochtergesellschaften.
- Aktivierung von Bürger*innen und Unternehmen für die Sanierung von Gebäuden, Nutzung regenerativer Energie, Verkehrswende, Ernährungswende und allgemein zum Mitmachen bei den 41 Zielen des Klima-Aufbruchs.
- weiteren Ausbau der Erlanger Klimaallianz durch Aktivierung neuer Mitglieder.
- weitere Interkommunale Kooperation zur Abstimmung von Maßnahmen mit dem Landkreis sowie der Metropolregion, insbesondere intensive Mitarbeit der Stadt bei der ENERGIEregion Nürnberg.
- Unterstützung der Umsetzung von Genossenschafts- und Bürgerbeteiligungsmodellen zur Realisierung von regenerativen Energieanlagen.

Umweltdaten und Umweltpädagogik, Organisation des Umweltschutzes

Erforderlich ist die Erfassung von Umweltdaten und Umweltpädagogik als Basis einer vorausschauenden Umweltpolitik und ständige Verbesserung der Organisation des Umweltschutzes in der Stadtverwaltung durch:

- betriebliches Umweltmanagement inklusive Öko-Audit sowie Durchsetzung der vereinbarten Standards bei Stadtverwaltung, Eigenbetrieben und städtischen Gesellschaften. Dazu gehört die Weiterführung der Umwelt-Fortbildung für städtische Mitarbeiter*innen;
- Veröffentlichung städtischer Umweltberichte sowie regelmäßige Informationen über die Schadstoffbelastung in Erlangen;

- frühzeitige Information und Beteiligung von Bürger*innen bei allen umweltrelevanten Planungen und Maßnahmen sowie zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit;
- Verstärkung der Aufklärung und Beratung in Umwelt- und Energiefragen für Haushalte, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft;
- Werbung für umweltfreundliche, energiesparende Maßnahmen und Produkte; Förderung von Initiativen, die ressourcenschonendes Verbraucherverhalten zum Ziel haben, wie kostenlose Verleihsysteme und/oder mittelfristig den Aufbau einer Bibliothek der Dinge;
- Verstetigung und Erhöhung der Förderung von in Umweltfragen engagierten Bürger*innen und Gruppen sowie der Zuschüsse für die im Umweltschutz ehrenamtlich tätigen Organisationen und deren Öffentlichkeitsarbeit sowie deren Arbeit in der Umweltbildung;
- Verstetigung und Stärkung der Umweltpädagogik, um Wissen über nachhaltiges Wirtschaften vor allem Kindern und Jugendlichen zu vermitteln; Umweltbildung in den Stadtteilzentren sowie Umweltbildung im Regnitzgrund;
- bei der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Einbezug von GEWOBAU und ESTW, wo relevant. Verfahren und Vorgehensweise der Umweltverträglichkeitsprüfung sind zu optimieren und Festlegungen ausreichend zu kontrollieren. Ebenso muss die Arbeit von Planungs- und Umweltamt koordiniert werden;
- Ausbau der Zusammenarbeit mit Wissenschaftler*innen und Einrichtungen der Universität und anderer Institutionen im Bereich der Umwelt- und Energieforschung und der Stadtökologie;
- Unterstützung durch die Stadt und Fortführung der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats;
- Nachhaltige Beschaffung und Vergabe: Die städtischen Leitfäden mit der Vorgabe ökologischer, sozialer und Fair-Trade-Ziele sind konsequent zu befolgen. Bei dezentralen Beschaffungen und Vergaben dürfen, soweit verfügbar, ausschließlich Produkte und Dienstleistungen mit dem Umweltzeichen Blauer Engel genutzt werden.

Lärmreduzierung, Luft und Stadtklima

Verringerung der Lärmbelastung durch Verkehr und Gewerbe sowie Verbesserung von Luft und Stadtklima durch:

- konsequente Verringerung des innerstädtischen motorisierten Individualverkehrs durch Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Radwegenetzes sowie durch planerische und bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Verlagerung des Durchgangsverkehrs (siehe auch Kapitel III.8 Verkehr: Vorfahrt für Mensch und Umwelt);
- konsequente Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP);
- Vorrang für entsprechende Bauleitplanung und Verkehrsberuhigung vor passiven Lärmschutzmaßnahmen;
- die Vorbereitung und Durchsetzung von Maßnahmen und Leistungen des „reaktiven“ Lärmschutzes dort, wo Planungsfehler in der Vergangenheit und überörtliche verkehrspolitische Fehlentscheidungen auf absehbare Zeit eine Verkehrsberuhigung nicht

zulassen. Insbesondere wollen wir die Einhausung der A73 in Bruck mit einer Grünbrücke. Nötig sind auch Maßnahmen an der A3 (Tennenlohe, Kosbach);

- Lärmschutzwälle/-wände nach jährlich fortzuschreibender Prioritätenliste, entwickelt aus dem Lärminderungsplan;
- Wiederaufnahme von Zuschüssen für den privaten Einbau von Schallschutzfenstern in Wohngebäude;
- Ansiedlung lärmintensiver Gewerbebetriebe außerhalb von Wohnbereichen;
- Fortschreibung und Umsetzung des Luftreinhalteplans insbesondere im Hinblick auf die Feinstaub- und NO₂-Belastung;
- weitere Umstellung des Kraftfahrzeugparks der Stadt und ihrer Tochterunternehmen auf Elektrofahrzeuge, die ausschließlich mit regenerativ erzeugtem Strom betrieben werden;
- deutlichen Ausbau von Ladepunkten für Elektrofahrzeuge. Diese sollen so angelegt werden, dass sie insbesondere auch Carsharing-Fahrzeugen zur Verfügung stehen und zuerst in verdichteten Gebieten errichtet werden, in denen weniger private Einzelgaragen vorhanden sind;
- Reduktion beziehungsweise Substitution von Hausbrand (Öl, Kohle, Holz, aber auch Gas) durch Umstellung auf Wärmepumpen und wo nötig und sinnvoll auf Fernwärme, Einsatz von regenerativen Energiequellen, Wärmedämmung etc. Festlegungen in Bebauungsplänen, Förderung von privaten Umstellungen und Maßnahmen zur Energieeinsparung (siehe auch Abschnitt Energie);
- Wo aus Immissionsschutzgründen nötig, in Bebauungsplänen weiterhin Untersagung von Holzverfeuerung und Nutzung rechtlicher Möglichkeiten zur Einschränkung von Immissionen;
- regelmäßige Emissionsüberwachung bei allen genehmigungspflichtigen Anlagen (Massenstrom, Schadstoffkonzentration);
- Umsetzung des Erlanger Klimaanpassungskonzepts insbesondere durch mehr Grün in der Stadt sowie Wasser im öffentlichen Raum (siehe auch Abschnitte „Wasser“ sowie „Grün, Naturschutz und Boden“). Dies beinhaltet Schlüsselmaßnahmen wie Verschattung, Schutz und Pflanzen von Bäumen, klimaangepasste Verkehrsflächen, Umsetzung des Schwammstadtprinzips, Erstellung einer Starkregengefahrenkarte, Innenraumklima öffentlicher Gebäude, klimagerechtes und vor allem mehr Grün, klimagerechte Waldentwicklung und naturnahe Wasserflächen;
- Erhalt der stadtnahen Wälder, Freihaltung der klimatisch bedeutsamen Freiflächen und Talräume;
- immissionsmindernde Bepflanzung an Hauptverkehrsstraßen;
- Schonung/Erhalt und gezielte Pflanzung von großkronigen Bäumen an geeigneten Stellen;
- weiteren Ersatz der verbrennungsbetriebenen Laubbläser bei Stadtgrün und städtischen Töchtern durch schadstoffvermeidende und leisere akkubetriebene. Wo immer möglich, ist komplett auf den Einsatz der Laubbläser zu verzichten.

Gewässerschutz

Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers, Verbesserung der Wasserqualität, Sicherung und Bereitstellung des Trinkwassers durch:

- Aus- und Neubau von Sammlern und Rückhaltebecken, weitere Sanierung des Kanalnetzes; Unterstützung von Maßnahmen zur Reduzierung der Kanalbelastung wie sie z. B. durch die Sammlung von Altfett aus Privathaushalten erfolgt (Programm „Jeder Tropfen zählt“). Dieses Programm werden wir fortführen.
- Einbeziehung des Bereichs „Wasser“ in die Umweltverträglichkeitsprüfung bei Bauleit- und Bauplanung, Bauaufsicht, Bauberatung, Vergaben und Beschaffung;
- weitere Überwachung der Grundwasserbeschaffenheit;
- Minimierung der Grundwasserbelastung durch Straßenabwasser;
- Unterbinden der Grundwasserableitung über Drainagen in die Kanalisation, Fremdwasser-Sanierungsplanung;
- Minimierung der Versiegelung und Förderung der Versickerung von Niederschlägen, um eine verbesserte Grundwasserbildung zu ermöglichen, konsequente Beachtung der entsprechenden Vorgaben in den städtischen Richtlinien für die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen (Sicherung von oberflächlichen Systemen zur Ableitung und Versickerung des Oberflächenwassers);
- Minimierung der Ableitung des relativ sauberen Regenwassers in die Kanalisation durch Erhaltung des natürlichen Abflusses;
- Regenwassernutzung und -versickerung bei städtischen Gebäuden. Bei privaten Baumaßnahmen ist dies soweit möglich über die Bebauungspläne oder, wenn die Stadt an den Grundstücksgeschäften beteiligt ist, über privatrechtliche Vereinbarungen voranzubringen. Der Bau von Zisternen ist einschließlich der entsprechenden Versorgungsinstallation zu fordern.
- Verbesserung der Selbstreinigungskraft von Gewässern durch geeignete Bepflanzung („Wurzelaumentsorgung“), Verzicht auf Begradigung, Uferbefestigung und Verrohrung von Wasserläufen sowie Verhinderung von Bauwerken, die die Grundwasserströme beeinträchtigen;
- Sicherung und Überwachung der Wasserschutzgebiete, Erhaltung der städtischen Wälder als natürliche Wasserspeicher;
- Verringerung des Düngemiteleintrages aus landwirtschaftlichen Flächen. Hierbei sind geeignete Maßnahmen aufzusetzen, um chemische Pflanzenschutzmittel zu reduzieren und zu vermeiden, bis hin zu einem Komplettverbot auf von der Stadt verpachteten landwirtschaftlichen Flächen.
- Beibehaltung natürlicher Oberflächenabflüsse;
- Verbesserung des ökologischen Zustands von Erlanger Wasserflächen durch Renaturierungsmaßnahmen, z. B. beim Röthelheimgraben;
- stadtweite Verbesserung der Gewässergüte;

- weitere Beobachtung und Validierung der durchgeführten Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte des Dechsenderfer Weiher. Baden im Dechsenderfer Weiher muss dauerhaft möglich bleiben (siehe auch Kapitel III.12 Sport: Gesundheit, Integration, demokratische Werte).
- besonders extensive, nachhaltige Bewirtschaftung der Weiher im städtischen Eigentum;
- Ankauf von Gewässerrandstreifen durch die Stadt, um die Renaturierung zu sichern und durchzuführen;
- Aufstellen weiterer öffentlicher Trinkwasserbrunnen, auch als Beitrag zur Vermeidung von Plastikflaschen;
- weitere Maßnahmen zum Wasserschutz (Salzverbot/-vermeidung, Gebäudebegrünung/-entsiegelung), siehe Abschnitt „Grün, Naturschutz und Boden“;

Grün, Naturschutz und Boden

Grün in der Stadt, Natur- und Landschaftsschutz sowie Schutz des Bodens durch:

- Fortsetzung des Grünanlagen-Neubaus und der Baumpflanzungen, Begrünung städtischer Plätze wie z. B. Zollhausplatz als Klimaplatz (III.13 Stadtplanung und Stadterneuerung: Sozial und ökologisch die Stadt der Zukunft gestalten), Marshallplatz, Rudeltplatz, Martin-Luther-Platz, von Innenhofbereichen, Straßen, Fassaden sowie von Schulhöfen, Kindergärten und Spielplätzen;
- Einsatz mobiler Begrünung/Bepflanzung, wo es keine andere Möglichkeit gibt, auch in Kombination von Grün mit Sitzen;
- Umsetzung des Erlanger Grünkonzepts, in dem umfangreiche Ziele und Maßnahmen für mehr Grün in Erlangen entwickelt wurden;
- vollständige Umstellung auf naturnahe, extensive Pflege (Ausnahme Spiel- und Sportflächen), weiterhin verbunden mit entsprechender Information der Bürger*innen;
- Umstellung der Förderung von Kunstrasen auf Vereins- und öffentlichem Sportgelände: Für die Verwendung von Kork soll es mehr Förderung geben, bei Einsatz von Plastik weniger.
- Sicherung und Überwachung der ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiete (d. h. keine Umwidmung in Bauland), erhaltende Grünplanung für Talauen, Ufer- und Weihergebiete, Freihalten des Außenbereichs;
- stärkeren Schutz der Schutzgebiete durch geeignete Lenkung der Nutzer*innen. Der Druck durch Freizeitbesucher*innen hat in den letzten Jahren sehr zugenommen. Um sowohl deren Interessen als auch dem Schutz der Natur nachzukommen, sind eine klarere Trennung und Kennzeichnung nötig, z. B. mit Beschilderung von Hundeanleingeboten/Verboten des Freilaufenlassen. Insbesondere an den geschützten Landschaftsbestandteilen „Holzweg“ sowie "Sandmagerrasen an der Riviera“ ist der Schutz zu verbessern. Gleichzeitig sind anderswo den Menschen Räume anzubieten, wo sie ihrem Bedürfnis nach Naturerlebnis nachkommen können.
- Hundeanleingebot statt nur Verbot des freien Laufens von Hunden in der Vogelbrutzeit im Naturschutzgebiet Exerzierplatz;

- ausreichend Hundefreilaufzonen als Angebot für Hundehalter*innen;
- an oder im direkten Umfeld von Hundetütenspendern Abfalleimer;
- weiteres Umrüsten von Abfallbehältern im öffentlichen Raum auf solche mit integrierten Aschenbechern;
- Erhaltung und Verbesserung der biologischen Wertigkeit von Schutzflächen;
- Feuchtflächen sind zu erhalten. Die traditionellen Wässerwiesen sind zu schützen und wieder auszuweiten. Hierfür werden wir ein Projekt, wie es erfolgreich z. B. in Nürnberg oder Forchheim umgesetzt wird, aufnehmen;
- Erhalt privater Grünflächen sowie Sicherung ausreichender Grünbereiche in Neubaugebieten durch die Bauleitplanung;
- Bildungsangebote für naturnahe Gärten durch die Stadtteilzentren, Beratung für naturnahe Gärten;
- Auszeichnung von vorbildlichen Naturgärten durch die Stadt, z. B. im Rahmen eines Fotowettbewerbs;
- Dach-, Fassaden und andere Begrünungen bei städtischen Gebäuden und durch Bauberatung sowie entsprechende Festsetzungen in Bebauungsplänen bei Privatgebäuden und verstärkte Kontrolle der Umsetzung;
- Vorgehen nach dem Prinzip „Animal Aided Design“ in der Bauleitplanung, um die Bedürfnisse von Wildtieren und den Artenschutz von vornherein mitzudenken. Neben dem Schaffen von Habitaten (Lebensräumen) gehören hierzu auch einfachste Maßnahmen, wie z. B. der Ausschluss von Glasfronten, die nicht vogelschlagvermeidend sind oder das Errichten von Brutmöglichkeiten beim Neubau.
- Förderung des flächensparenden Bauens, Unterstützung für ökologisches Bauen durch die Stadt, ökologische Stadtsanierung;
- Renaturierung von Wasserläufen und Gewässerrandstreifen (Details siehe Abschnitt Wasser);
- Förderung privater Naturschutzmaßnahmen;
- Schutz und Pflege sowie Stärkung von Biotopen und Naturdenkmälern, Neuanlage von Biotopen, z. B. Blühwiesen, unter anderem zum Erhalt der Insektenfauna, und Streuobstwiesen;
- Aktualisierung der Biotop- und Naturschutzfachkartierung, auch mit einem Bürgerwissenschaftsprojekt, sofern sich hierfür Partner*innen finden lassen;
- Verbesserung und Optimierung von Landschaftsflächen mit Rote-Listen-Arten zu deren Schutz und Stärkung, begleitet von entsprechender Öffentlichkeitsarbeit. Noch nicht gehobene Potentiale, wie z. B. das Moorbachtal in Dechsendorf, werden wir hier heben.
- konsequente Stärkung der Artenvielfalt. Hierfür Anlage von Biotopverbünden z. B. für die einheimischen Arten Knoblauchkröte und Laubfrosch;
- Beibehaltung der Baumschutzverordnung, aber Abkehr von der Methode der Ausgleichszahlungen mit Ersatzpflanzungen und Rückkehr zum Erhalt der Bäume;

- stärkerer Schutz des Naturschutzgebiets Brucker Lache;
- Angebote im Bereich „essbare Stadt“ und insbesondere des Urban Gardening;
- Verbesserung des Datenmaterials (Bodenversiegelung, Schadstoffbelastung, Nährstoffbilanz, Versäuerungsgrad);
- Minimierung von Stoffeinträgen durch
 - Vermeidung „künftiger Altlasten“, Überprüfungen betrieblicher Einrichtungen, die mit wassergefährdenden Stoffen umgehen,
 - Minimierung der Schadstoffemissionen aus Industrie und Gewerbe (Immissionsschutz-, Wasser- und Abfallrecht),
 - weitestgehenden Verzicht auf Streusalz im Winterdienst sowie konsequente Durchsetzung des privaten Salzstreuverbots, verbunden mit weiterer Verbesserung der Information,
 - Maßnahmen gegen Biozideinsatz, Beibehaltung des Verwendungsverbots im städtischen Bereich,
 - Verringerung des Düngemiteleintrages aus landwirtschaftlichen Flächen, Reduzierung und, wo durch die Stadt durchsetzbar, kompletter Ausschluss von chemischen Pflanzenschutzmitteln auf landwirtschaftlichen Flächen (siehe auch Abschnitt Wasser),
 - Überwachung und weitere Schadstoffentlastung des Klärschlammes,
 - Verhinderung der Gentechnologie in der Landwirtschaft im Erlanger Stadtgebiet durch Beratung und Verbot, soweit die Stadt Eigentümerin der Flächen ist,
- intensivere Nutzung des Bestands an Flächen und Minimierung von Flächenverbrauch bei neuen Flächen durch
 - dichte Bebauung und Nachverdichtung (siehe auch Kapitel III.13 Stadtplanung und Stadterneuerung: Sozial und ökologisch die Stadt der Zukunft gestalten). Hierbei sind Grünstrukturen zu erhalten und durch z. B. Dach- oder Fassadenbegrünungen zu gewährleisten. Die Erfordernisse des Naturschutzes müssen hierbei beachtet werden.
 - Überplanung und Nutzung bereits erschlossener Bauflächen, Wiedernutzung aufgegebener Gewerbestandorte,
 - ökologische Bewertung bei Neuerschließung und Bauleitplanung,
 - Begrenzung der Bodenversiegelung (Minimierung der bebauten, befestigten und Verkehrsflächen),
 - Fortsetzung und Ausweitung der Bodenentsiegelung, insbesondere in der Innenstadt (Hinterhöfe, Vorgärten, Baumstandorte etc.) sowie von Plätzen, wie z. B. Zollhausplatz, als Klimaplatz, Marshallplatz, Rudeltplatz, ebenso Entsiegelung von Straßen.

Erlangen als Bio-Modellstadt

- Weitere schrittweise Erhöhung des Bioanteils im Essensangebot von Schulen, Kitas und öffentlichen Einrichtungen wie auf Antrag der SPD beschlossen.
- Gewinnung von Landwirten zur Umstellung auf biologische Landwirtschaft.
- Gewinnung von weiteren Bioanbietern für den Erlanger Markt.

Abfallwirtschaft

Umweltfreundliche, energie- und rohstoffsparende Abfallwirtschaft durch

- Schaffung einer geeigneten Steuerungsebene für die Abfallwirtschaft über die auf verschiedene Ämter und Dienststellen der Stadt und den Zweckverband Abfallwirtschaft ER/ERH verteilten Zuständigkeiten;
- öffentlichkeitswirksame Kampagnen zur Stärkung abfallvermeidender Konsumalternativen;
- Sicherstellung ausreichender personeller Kapazitäten für Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit inklusive der Nutzung zeitgemäßer Kommunikationskanäle;
- Stärkung von Mehrweg:
 - Auf den bisher geleisteten Vorarbeiten zur Einführung eines einheitlichen Pfandbechers für Coffee-to-go-Anbieter, der überall abgegeben werden kann, aufbauen und möglichst flächendeckend funktionierende Mehrwegsysteme bei Speisen und Getränken to go realisieren,
 - Zurückdrängung anderer Einwegprodukte;
- Wir befürworten die Einführung einer Verpackungssteuer auf Take-away/To-go-Einwegverpackungen. Die sinnvollste Lösung wäre hierbei eine einheitliche Einführung auf Bundes- oder Landesebene. Leider hat die CSU nun in Bayern kommunale Verpackungssteuern verboten. Ansonsten streben wir ein gemeinsames Vorgehen in der Städteachse Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach und im bayerischen Städtetag an.
- Sicherstellung des hohen Standards bei der umweltverträglichen Behandlung der Restabfälle;
- Betreuung und Weiterentwicklung der vorhandenen Sammelsysteme mit dem Ziel einer kontinuierlichen Verbesserung zu möglichst hochwertigen Recyclingkreisläufen;
- Sicherstellung, dass für die Betreuung der Sammelsysteme (Verhinderung illegaler Abfallablagerungen und ordnungsgemäße Nutzung) ausreichend Personal zur Verfügung steht, auch im Außendienst und ggf. auch für Restriktionen;
- Identifizierung der Verantwortlichen (i. d. R. Hausverwaltung oder Hausbesitzer*in) bei durch Kontrollen festgestellten Fehlentwicklungen, Beratung der/des Verantwortlichen und im Wiederholungsfall Ergreifen von geeigneten Maßnahmen; durch frühzeitige und standardmäßige Unterstützung beim richtigen Umgang mit den Abfällen können Konflikte mit der Nachbarschaft verhindert werden.
- regelmäßige Marktanalyse und Förderung weiterer sinnvoller Sammelsysteme. Ziel der SPD bleibt hierbei die Einführung einer Wertstofftonne für alle Haushalte, um alle Wertstoffe zu sammeln, statt nur Verpackungen durch den Gelben Sack/Gelbe Tonne.

- weitere Stärkung der Wiederverwendung von Elektrogeräten. Neben noch funktionsfähigen Elektrogeräten sollen auch noch für Ersatzteile oder Ähnliches verwendbare Geräte abgegeben werden können und von Interessierten genutzt werden. Im Rahmen der Realisierung eines neuen Standorts des Wertstoffhofes sind hierfür ausreichend Platzkapazitäten und verbesserte Möglichkeiten zu schaffen;
- standardmäßige Abfrage bei Sperrmüllanmeldungen nach Erlaubnis zur Weitergabe an das Sozialkaufhaus;
- Weiterentwicklung der städtischen Abfallwirtschaftssatzung;
- Regionale Kooperation zur Abtrennung eines möglichst großen Anteils des Restmülls zur Weiterverwendung oder stofflichen Verwertung zur Vermeidung bzw. den Abbau evtl. vorhandener Überkapazitäten bei Müllverbrennungsanlagen.
- Weiterführung der Überlegungen zu einem Second-Hand-Kaufhaus.

8. Verkehr: Vorfahrt für Mensch und Umwelt

Ziele

Ziele sozialdemokratischer Verkehrspolitik als Bestandteil der Energie-, Umwelt- und Stadtentwicklungspolitik sind:

- Umsetzung einer Verkehrswende im Zusammenhang mit der Energiewende;
- Gewährleistung eines Höchstmaßes an Mobilität auch unabhängig vom motorisierten Individualverkehr durch Stärkung des Umweltverbunds;
- Ausbau des Fuß- und Radwegenetzes, auch überregional;
- Bereitstellung eines attraktiven, sozial gerechten ÖPNV-Angebots für Menschen jeden Alters;
- Verringerung der Wegezeiten (die Fahrt zum Arbeitsplatz und zurück verlängert die Arbeitszeit);
- erleichterte Umstiege auf verschiedene Verkehrsmittel;
- Bewahrung erhaltenswerter Stadtstrukturen und Landschaften;
- Umwelt- und Klimabelastung und Energieverbrauch durch den Verkehr so gering wie möglich zu halten;
- "Vision Zero" als Ziel: komplette Vermeidung von Toten und Schwerverletzten;
- Einbeziehung der Belange von Frauen in die Diskussionen und Entscheidungen;
- Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen und von Familien;
- Realisierung alternativer Verkehrs- und Mobilitätskonzepte.

Das bedeutet, alle Möglichkeiten zu nutzen, um

- den öffentlichen Nahverkehr angebotsorientiert zu verbessern und seine Attraktivität im gesamten Verdichtungsraum deutlich zu steigern;
- das vorhandene leistungsfähige Verkehrsnetz zu erhalten und unter Beachtung der Stadtverträglichkeit zu verbessern;
- Innenstadt und Wohnbereiche vom motorisierten Individualverkehr zu entlasten;
- für das Zu-Fuß-Gehen und das Radfahren möglichst günstige Verhältnisse zu schaffen;
- neue umweltverträgliche Verkehrsmittel frühestmöglich einzusetzen;
- den von SPD-Seite immer geförderten Trend in der Bevölkerung zu unterstützen, der zu einer stärkeren ÖPNV- und Fahrradnutzung geht;
- die Geschwindigkeit des motorisierten Individualverkehrs (MIV) zu reduzieren. Auf allen nicht vorwiegend dem Durchgangsverkehr dienenden Straßen ist die Geschwindigkeit auf 30 km/h zu begrenzen, sofern wir als Stadt die entsprechende rechtliche Möglichkeit haben.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Nach wie vor wird in der Verkehrspolitik, insbesondere in Bayern, der motorisierte Individualverkehr auch in Ballungszentren wie dem Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen gegenüber dem öffentlichen Personennahverkehr verantwortungslos begünstigt.

Im Übrigen behindert eine im Bundesvergleich besonders restriktive Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs im Freistaat Bayern die Entschärfung der Verkehrsprobleme in großstädtischen Verdichtungsräumen. Hinzu kommt das Versagen der Regionalplanung in Bayern, die es zulässt, dass auch im weiteren Umfeld von Verdichtungsräumen Wohnsiedlungen ausgewiesen werden, von denen die Arbeits- und Ausbildungsplätze in den Zentren häufig nur mit dem eigenen Kraftfahrzeug in angemessener Zeit erreicht werden können.

Der ÖPNV als eine der zentralen Aufgaben der Daseinsvorsorge ist heute jedoch vor allem von zwei Seiten her bedroht: Zum einen durch den politisch bewusst betriebenen Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungskurs der EU im Energie- und öffentlichen Personenverkehrsbereich, zum anderen durch die allgemeine Finanzknappheit der Kommunen, die von Bund und Land insbesondere bei der Finanzierung des ÖPNV allein gelassen werden. Die Folgen: die Energieversorgung durch kommunale Werke ist ebenso zunehmend gefährdet wie der ÖPNV.

Der harte Preiswettbewerb auf dem Energiemarkt und die Effektivierung und Reorganisation, die für das Überleben der städtischen Werke auf dem angeblich liberalisierten, in Wahrheit remonopolisierten Anbietermarkt für Strom notwendig sind, schmälern die Querverbundmittel für den ÖPNV. Die mangelnden Finanzmittel für den ÖPNV aus dem kommunalen Haushalt gefährden entweder den ÖPNV selbst oder die wirtschaftliche Substanz der städtischen Werke, wenn diese den ÖPNV praktisch allein finanzieren müssen.

Mit dem Deutschlandticket ist endlich ein attraktives und einfaches Nahverkehrsticket geschaffen worden. Die stark steigenden Fahrgastzahlen können wir auch hier in Erlangen beobachten. Diese erfreuliche Entwicklung ist zu verstetigen, wofür Bund und Länder die Finanzierung sichern müssen. Die Kosten sind zudem transparent für die Verkehrsträger darzustellen und gerecht abzurechnen.

Folgende entscheidende Rahmenbedingungen müssen durch politisches Handeln auf allen Ebenen gesetzt bzw. geändert werden:

- Die Querverbundfinanzierung des ÖPNV über die Stadtwerke muss weiterhin gesichert sein, um so die Bedienung des ÖPNV durch die Stadtwerke und deren Tochter Stadtverkehrs-GmbH zu gewährleisten. Dabei werden die Steuerersparnisse durch den steuerlichen Querverbund dem ÖPNV zugerechnet.
- Jede (Teil-)Privatisierung der ESTW muss verhindert werden, da sie die gemeinsame Finanzkraft von Stadt und ESTW verringern und vor allem die ÖPNV-Finanzierung massiv in Frage stellen würde.
- Auf Bundes- und Landesebene muss eine grundlegende Neuregelung der ÖPNV-Finanzierung (u.a. durch eine Nahverkehrsabgabe) erreicht werden.

Die stadtgeographische Struktur Erlangens ist vor allem durch die „Randlage“ der Innenstadt, die verschiedentlich ungünstige Lage der Wohnschwerpunkte zu den Arbeitsplätzen und die Trennung des Siedlungsschwerpunkts im Westen von der Innenstadt durch Regnitztal und Kanal gekennzeichnet.

Weitere Einflussfaktoren für die Verkehrsmittelwahl in Erlangen sind der seiner sozio-ökonomischen Struktur entsprechende hohe Motorisierungsgrad (PKW pro 1.000 Einwohner*innen 2024: in der Stadt Erlangen 477,7, im Landkreis Erlangen-Höchststadt 667,7 und im Landkreis Forchheim 668,6) und die sehr große Zahl der Pendlerinnen und Pendler mit 64.772 Einpendler*innen und 21.180 Auspendler*innen 2018 sowie die verkehrstechnisch optimale Anbindung an das regionale und überregionale Straßennetz mit sieben Autobahnanschlüssen und einem Autobahnkreuz der Ost-West-Autobahn A3 und der Nord-Süd-Autobahn A73.

Auch im zweiten Bürgerentscheid hat sich die Mehrheit der Bürger*innen Erlangens für die Stadt-Umland-Bahn (StUB) als nachhaltiges, bequemes und zukunftsfähiges Verkehrsmittel ausgesprochen. Somit wird eine moderne Straßenbahnverbindung zwischen Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach, mit der Möglichkeit der Erweiterung in die östlich von Erlangen gelegenen Gemeinden entlang der Schwabach, realisiert. Der neu errechnete Nutzen-Kosten-Faktor hat sich verdoppelt. Das zeigt: Die StUB ist sinnvoll, förderfähig und finanzierbar.

Auch das Busnetz haben wir weiter verbessert. Die kostenlose Kliniklinie haben wir zur größeren CityLinie erweitert, die Kliniken und Innenstadt an den Großparkplatz und andere Parkhäuser anbindet. Kostenlos ist nun nicht nur die CityLinie selbst, sondern alle Buslinien im gesamten Innenstadtbereich.

Mit der WestLinie haben wir die Erschließung des Erlanger Westens wesentlich verbessert. Kosbach, Häusling und Steudach werden nun durch Kleinbusse mit der Kernstadt und auch mit Frauenaaurach gut verknüpft.

Das Bezirksklinikum am Europakanal haben wir für Mitarbeiter*innen, Besucher*innen und Patient*innen mit der Haltestelle In der Reuth deutlich besser angebunden.

Die Busverbindungen werden gemeinsam mit dem Landkreis optimiert.

Mit der Nacht-S-Bahn und der Verbindung mit Nürnberg und Fürth konnte eine langjährige Forderung der SPD umgesetzt werden.

Die Fahrgastzahlen des ÖPNV in Erlangen konnten in erheblichem Maß auf neue Höchstwerte gesteigert werden.

Um Fuß- und Radverkehr sowie öffentlichen Nahverkehr im Vergleich zum Auto attraktiver zu machen, haben wir die seit langer Zeit konstanten Parkgebühren in der Innenstadt deutlich erhöht und verkehrslenkend gestaltet. Im Zentrum kostet es nun deutlich mehr als am Rand der Innenstadt am Großparkplatz.

Im Radverkehr erreicht Erlangen dank des Politikwechsels unter Führung der SPD in Rankings wieder regelmäßig Spitzenplätze. Das von uns als SPD mitgetragene Bürgerbegehren Radentscheid wurde in der von der Initiative und der Verwaltung ausgehandelten Form als Zukunftsplan Fahrradstadt zur Umsetzung der Ziele des Radentscheids vom Stadtrat beschlossen. Die Umsetzung dieses Plans ist nun Leitlinie für die Fahrradpolitik der Stadt.

Infolgedessen konnten die Finanz- und Personalressourcen für den Radverkehr ausgebaut werden. Maßnahmen wie der Ausbau von Netzelementen und Knotenpunkten, die Umsetzung der Erlanger Standardlösung zur Bevorrechtigung des Rad- und Fußverkehrs, die Errichtung von Fahrradstraßen und -zonen, der massive Ausbau des Fahrradparkens z. B. mit den 1000-Bügel-Programmen, die Planung von Radschnellwegen, sichere Schulwege mit Hol- und Bringzonen, Mobilitätsvernetzung mit Mobilpunkten, Informationsangebote zum Radfahren oder die Vision Zero konnten angegangen werden. Insgesamt brachten jedoch Personalfuktuation, äußere Rahmenbedingungen und nun zusätzlich die Haushaltskrise einen langsameren Fortschritt als geplant mit sich.

Ein sehr positives Beispiel ist die Umsetzung der Umweltspur Am Europakanal mit der Umwidmung jeweils einer Fahrspur zu einer Spur für Busse und Radler*innen. Diese stellt auch bereits den ersten Teil des Metropolradwegs Nürnberg – Bamberg dar. Mit dessen Planung wird die Forderung nach einer attraktiven Radverbindung entlang des Main-Donau-Kanals umgesetzt.

2020 wurde der mit breiter Beteiligung der Bürger*innen sowie der Zivilgesellschaft erarbeitete Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2030 vom Stadtrat beschlossen.

Er fußt auf folgenden Prämissen:

- Fußgänger- und Radverkehrsanteil stabilisieren und ausbauen, d.h. konsequente Weiterentwicklung des Fuß-/Radwegenetzes;
- ÖPNV ausbauen und fördern, d.h. schnelle, umweg- und umsteigefreie Verbindungen vom Wohnort zum Arbeitsplatz durch bessere Verknüpfung des regionalen mit dem städtischen ÖPNV;
- MIV-Anteil reduzieren, d.h. Bündelung des Verkehrs auf Hauptverkehrsachsen bei gleichzeitiger Verkehrsberuhigung der Innenstadt und der Wohngebiete sowie Maßnahmen im Bereich der Parkraumbewirtschaftung;
- Förderung einer funktionalen Durchmischung im Stadtgebiet als „Stadt der kurzen Wege“ durch städtebauliche Maßnahmen.

Im Rahmen des VEPs wurde auch der Fußverkehr als wesentlicher Faktor für die Verkehrswende erkannt. Daher haben wir für Erlangen ein Fußverkehrskonzept auf den Weg gebracht, das die Sicherheit des Zufußgehens erhöht und die Attraktivität steigert.

Das Aufparken auf Gehwegen in der Innenstadt konnten wir weiter reduzieren. Weitergehende Maßnahmen scheiterten am Widerstand der CSU und der fehlenden Stadtratsmehrheit.

Zur Förderung der Elektromobilität konnten öffentliche Ladepunkte durch die ESTW deutlich ausgebaut sowie auch neue Ladepunkte an Straßenlaternen errichtet werden.

Wir konnten mit umfangreicher Beteiligung von Bürger*innen, Verbänden und Gewerbetreibenden ein Pilotprojekt für ein neues Parkraumkonzept am Bohlenplatz auf den Weg bringen. Vorgesehen sind hier Mischparken (gleichzeitige Nutzung von Bewohnerparken und Parken mit Parkschein bei strikt begrenzter Parkzeit) und Lieferzonen.

Carsharing wurde in Erlangen weiter ausgebaut.

Die für die Neue Straße eingeführte Einbahnstraßenregelung funktioniert. Der Verkehr ist stark zurückgegangen. Auch Verdrängungseffekte in den Straßenzug Essenbacher/Spardorfer Straße gab es nicht.

Forderungen und Perspektiven

Die Verkehrsarten des Umweltverbundes (ÖPNV, Radfahren, Zu-Fuß-Gehen) werden wir weiter konsequent fördern und wir werden für noch mehr Verkehrsberuhigung sorgen. Das bedeutet insbesondere:

- die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs durch den Bau der Stadt-Umland-Bahn (StUB) und die Optimierung des Bussystems zu erhöhen. Wir werden als SPD dafür sorgen, dass die StUB gebaut wird und der Wille der Mehrheit der Erlanger*innen somit zum Tragen kommt.
- das Radfahren und Zu-Fuß-Gehen für die täglichen Wege noch sicherer und annehmbarer zu machen;
- den motorisierten Individualverkehr weitestgehend außerhalb der Innenstadt und von Wohngebieten zu führen;
- die Umsetzung des Konzepts zur autofreien Mobilität insbesondere von Schüler*innen fortzuführen;
- eine Vernetzung der Verkehrsträger umzusetzen (z.B. durch „Bike & Ride“) und ein Mobilitätsmanagement zu bieten;
- die Straßenführung und Straßenbreite in neuen Wohngebieten so zu wählen, dass schon von der baulichen Anlage die Geschwindigkeit des Verkehrsmittels anwohnerfreundlich gedrosselt und der Funktion der Straße angepasst wird.

Eine Förderung des Umweltverbunds kann hierbei nur Erfolg haben, wenn gleichzeitig der motorisierte Individualverkehr eingeschränkt wird.

Um die umweltpolitischen Ziele zu erreichen (siehe Kapitel III.7 Umwelt und Energie: Fortschritt im Einklang mit der Natur), braucht es eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik. Dafür muss der Umweltverbund so gestärkt werden, dass sein Anteil am Gesamtverkehr stetig wächst und dauerhaft über die 42 Prozent aus dem Jahre 2015 (56 Prozent im Binnenverkehr) steigt. Hierfür ist auch die Fortführung der Kooperation mit dem Landkreis und den umliegenden Gemeinden notwendig.

Für die einzelnen Verkehrsarten bedeutet dies:

Öffentlicher Nahverkehr

Wir fordern für die nächsten Jahre:

- Die Realisierung der Stadt-Umland-Bahn (StUB), wie in zwei Bürgerentscheiden mehrheitlich von den Bürger*innen beschlossen. Die StUB stellt die direkte Verlängerung des Nürnberger Straßenbahnnetzes über Erlangen bis nach Herzogenaurach dar. Langfristig wollen wir eine Erweiterung des Ostastes über Neunkirchen und Eckental/Eschenau hinaus bis nach Gräfenberg. Nur mit dem Bau der StUB ist der Pendlerstrom nach Erlangen zu bewältigen und es können somit die Arbeitsplätze für Erlangen und die Region erhalten bleiben.

Die StUB ist einer der größten Beiträge zum Klimaschutz in Erlangen. Mit der StUB stärken wir zudem die Erlanger Wirtschaft, indem wir für ein zeitgemäßes und leistungsfähiges Verkehrssystem der Zukunft sorgen.

Bei der Umsetzung der StUB ist weiterhin der Dialog und die intensive Abstimmung mit den Naturschutzverbänden durchzuführen, um Natureingriffe zu minimieren. Wo immer möglich, ist Rasengleis gegenüber Gleisschotter zu bevorzugen. Der Bau der StUB in Bauabschnitten bietet die Möglichkeit, Probleme zu minimieren und die Einschränkungen insbesondere für Gewerbetreibende gering zu halten.

Mit der Realisierung der StUB werden viele weitere Verbesserungen für den Busverkehr sowie die Erweiterung der Fußgängerzone möglich. Durch die Wöhrmühlbrücke, die für die StUB gebaut werden wird, werden erhebliche Fahrtzeitverbesserungen für den Busverkehr in den Erlanger Westen möglich. Zudem lässt sich dadurch die Linienführung, insbesondere bei den Landkreisbussen anpassen, so dass viele Busse nicht mehr über die Goethestraße fahren müssen. Goethe- und Pfarrstraße können somit endlich entlastet werden. Nicht zuletzt bietet die neue Linienführung dann auch die Möglichkeit der Erweiterung der Fußgängerzone in der nördlichen Hauptstraße. Dies werden wir nutzen.

- Zudem wollen wir eine weitere Optimierung des Bussystems durch:
 - schrittweise Ausweitung des Busverkehrs mit dem Ziel eines bedarfsge-rechten Takts, auch auf den Stadt-Umland-Linien, und allgemein gute, ar-beitnehmerfreundliche Vertaktung;
 - rechtzeitige Anbindung neuer Wohn- und Gewerbegebiete, z. B. des noch zu erschließenden Bebauungsgebiets 413 in Büchenbach-West II;
 - intelligente Verknüpfung mit dem zukünftigen StUB-Netz sowie mit der S-Bahn-Linie;
 - Ausbau des zukünftigen Hauptverknüpfungsbereichs Arcaden mit weite-erer optimaler Anbindung des Hauptbahnhofs;
 - ÖPNV-Beschleunigungsmaßnahmen, wo immer sie möglich sind;
 - bessere Fahrgastinformation auch durch weitere Einführung und Ausbau des Fahrgastinformationssystems mit Hinweis auf Verknüpfungen und mit Echtzeitangaben;
 - fahrgastfreundliche Haltestellen, möglichst ausgestattet mit Buswarte-häuschen;
 - Weiterentwicklung der VGN-App hin zu größtmöglicher Benutzerfreund-lichkeit;
 - kontinuierliche Umrüstung auf Elektrobusse;
 - aktive Öffentlichkeitsarbeit für den streckenbezogenen Onlinetarif egon;
- Notwendig ist die Berücksichtigung des Sicherheitsbedürfnisses aller Mitbürger*innen besonders während der Abend- und Nachtstunden, insbesondere von Frauen, älteren Menschen, Jugendlichen und LGBTIQs. Besonders in den Außenbezirken ist, wo nötig, die Beleuchtung von Haltestellen und deren Zuwegen umzusetzen. Hierbei ist auf

Insektenfreundlichkeit zu achten und die Lichtverschmutzung durch Bewegungsmelder zu begrenzen.

- Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs durch Verlagerung auf den öffentlichen Personennahverkehr beim Pendlerverkehr in Zusammenarbeit mit dem Umland: Da die Stadt Erlangen dies nicht allein bewerkstelligen kann, brauchen wir eine bessere Koordinierung des ÖPNV-Angebotes mit den Landkreisen Erlangen-Höchststadt sowie Forchheim. Wir brauchen direkte Anbindungen der großen Arbeitgeber- und Bildungsstandorte mit Tangential- und Durchmesserbuslinien; des Weiteren sind „Park & Ride“, „Bike & Ride“ und „Park & Bike“-Angebote vorzusehen.
- die Sicherstellung der Querfinanzierung des ÖPNV aus den Gewinnen des Versorgungszweigs der Stadtwerke. Dies setzt aber voraus, dass die Stadt Erlangen einen entsprechenden Finanzierungsanteil für den ÖPNV bereitstellt, damit die finanzielle Substanz der Stadtwerke nicht angetastet wird.
- die Prüfung bzw. Schaffung der Voraussetzungen für die Einführung einer kommunalen Nahverkehrsabgabe, um die Finanzierung des ÖPNV auch weiterhin sicherzustellen. Die Bemessungsgrundlage sollte hier entweder analog der Gewerbesteuer oder auf alternative Weise gestaltet werden. Den Kommunen muss die Festlegung eines Hebesatzes innerhalb gesetzter Grenzen ermöglicht werden.
- Gleichzeitige Einführung von Jobtickets und Parkraumbewirtschaftung bei den großen Arbeitgebern, kombiniert mit besseren ÖPNV-Angeboten;
- Beibehaltung der Sozialrabattierung im ÖPNV für ErlangenPass-Inhaber*innen auf 50 Prozent des regulären Preises;
- die Wiederherstellung der Ermäßigung für ErlangenPass-Inhaber*innen beim Deutschlandticket durch einen Zuschuss von monatlich 30 Euro (statt derzeit 20 Euro aufgrund der Haushaltskrise);
- Beibehaltung des 365-Euro-Tickets für Schüler*innen und Auszubildende sowie des ermäßigten Deutschlandtickets für Studierende;
- Beteiligung am On-demand-Verkehrsprojekt (Bedarfsverkehr) des VGN. Mit zeitgemäßen Bestellmöglichkeiten, z. B. über eine App, können hier mit Rufbussen/Linientaxis abgedeckte Verkehre niederschwelliger nutzbar und flexibler werden.
- Einschränkung und schrittweise eine Abschaffung des Einsatzes von Privatbussen mit ihren z.T. deutlich niedrigeren Löhnen im Interesse der Busfahrer*innen. So lange noch Aufträge an Privatbusse vergeben werden, ist verbindlich Tariftreue zu verlangen.

Nichtmotorisierter Individualverkehr – Zu-Fuß-Gehen und Radfahren

Die Verkehrspolitik der Stadt muss weiter für mehr Sicherheit und Bequemlichkeit des Zu-Fuß-Gehens und des Radfahrens sorgen. Gerade für den Schulweg und für den Berufsverkehr einschließlich der Nahpendler*innen, für die sonstigen Wege unserer Kinder, für unsere älteren Mitbürger*innen und nicht zuletzt für die Behinderten ist es wichtig, dass sie ihre Ziele gefahrlos und auch einigermaßen bequem nichtmotorisiert bzw. in Kombination mit dem Bus erreichen können.

Mit dem aktuellen Verkehrsentwicklungsplan sind die Belange der Fußgänger*innen in deutlich stärkerem Ausmaß berücksichtigt worden. Die dort und im nachfolgende

Beteiligungsprozess für den Fußverkehr mit Bürger*innen entwickelten Gedanken werden uns Handlungsanweisung sein. Insbesondere sind dies:

- Für das sichere und angenehme Zu-Fuß-Gehen bedarf es in Erlangen noch mehrerer gesicherter Fußgängerüberwege über Fahrbahnen mit starkem Kraftfahrzeugverkehr. Dafür müssen weitere Zebrastreifen bzw. Ampelanlagen sowie Querungshilfen (ergänzend zu Zebrastreifen, nicht als Ersatz!) nach einer jährlich fortzuschreibenden Prioritätenliste angebracht werden.
- Von den Arcaden soll der Zugang zu Gleis 1 des Bahnhofs als schneller Verbindungsweg ausgebaut werden.
- Als Tor zur Innenstadt für die am Großparkplatz parkenden Besucher*innen muss der Gerbereitunnel nach dem Umbau in einem dauerhaft präsentablen Zustand gehalten werden.
- Das Aufparken auf Gehwegen im gesamten Stadtgebiet und ganz besonders in der Innenstadt muss weitestmöglich reduziert werden. Nur in Ausnahmefällen, vor allem auf Grund unabänderlicher baulicher Gegebenheiten, soll auf die gesetzlich vorgeschriebene Gehwegbreite von 2,50 m verzichtet werden. Damit soll gerade Menschen mit Behinderung, insbesondere Rollstuhlfahrenden, aber auch Personen mit Kinderwagen und Kindern selbst der ihnen zustehende Bewegungsraum gegeben werden.
- Die Fußgängerzone in Erlangen soll in verschiedene Richtungen ausgedehnt werden. Mittelfristig auch auf die Bereiche um den Bohlenplatz und längerfristig in Richtung nördliche Altstadt und Martin-Luther-Platz. Ebenso ist die Achse der Wissenschaft entlang der weiter und in Zukunft zusätzlich von der Universität genutzten Gebäuden in die Planungen einzubeziehen.
- Falschparken muss konsequent überwacht werden. Auch vor Kreuzungen ist das illegale Abstellen von Fahrzeugen zu kontrollieren.
- Rad- und Fußstreifen der Polizei müssen im Stadtgebiet präsenter sein.

Beim Radverkehr wollen wir den nun wieder erreichten Spitzenplatz in Deutschland halten, die Fahrradfreundlichkeit weiter ausbauen und an international führende Vorbilder anknüpfen. Leitlinie ist hierbei der mit der Radentscheidsinitiative vereinbarte und vom Stadtrat beschlossene Zukunftsplan Fahrradstadt zur Umsetzung der Ziele des Radentscheids. Als SPD bekennen wir uns dazu und werden ihn umsetzen.

Für den Radverkehr sind u. a. auch folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Umsetzung des Konzepts der Fahrradhauptachsen wie für die weitere Realisierung des Zukunftsplans Fahrradstadt mit Radentscheid und ADFC abgesprochen.
- Das Radwegenetz weist noch einige Lücken auf, die geschlossen werden müssen. Vorhandene Fahrradwege sind teilweise überlastet und müssen verbreitert werden.
- Wir halten für Radwege eine Regelbreite von 2,80 Metern für sinnvoll und streben eine Umsetzung an, wo bauliche Gegebenheiten und rechtliche Rahmenbedingungen dies zulassen.
- Die aktuelle Situation für den Radverkehr muss durch eine die Problempunkte festhaltende, stetig zu aktualisierende und dokumentierte Bestandsaufnahme analysiert werden. Eine besondere Bedeutung kommt hier der AG Radverkehr zu: In dieser treffen

sich in regelmäßigen Abständen die Vertretenden von Interessensgruppen für den Radverkehr mit der Verwaltung und Polizei. Diese Einrichtung muss dauerhaft gesichert sein, um den Status quo zu erhalten und mögliche Verbesserungspotentiale rechtzeitig auszumachen.

- Weiter vorangetrieben werden soll der Radwegebau in Außenbereichen und in das Umland, besonders in Form von Radschnellwegen. Als erste Trasse soll die nach Nürnberg entlang der B4 so bald wie möglich realisiert werden.
- Die Planungen für den Metropolradweg Nürnberg – Bamberg für eine attraktive Radverbindung entlang des Main-Donau-Kanals sind umzusetzen.
- Das Aufstellen von Grünen Pfeilen, die Radler*innen ermöglichen, auch bei rotem Ampelsignal rechts abzubiegen, an hierfür verkehrlich geeigneten Kreuzungen.
- Die Einführung von Schulstraßen als Modellprojekt. Hierbei handelt es sich um an oder im direkten Umfeld einer Schule liegende Straßen, die zum Unterrichtsbeginn und -schluss für den motorisierten Individualverkehr gesperrt sind.
- Der Mängelmelder der Stadt Erlangen, bei dem Beschädigungen, Probleme mit Baustellen oder andere Probleme gemeldet werden können, ist technisch zu verbessern, insbesondere mit einem Ticketsystem auszustatten und transparenter zu machen.
- Anregung für Schulen zu Aktionen für die richtige Fahrradbeleuchtung.
- Das Fahrradstellplatzangebot am Hauptbahnhof ist weiter zu verbessern. Fördermöglichkeiten für eine Doppelstockabstellanlage am Gleis 1 sind zu nutzen. Der Beschluss für ein Fahrradparkhaus auf der Westseite des Bahnhofs im Rahmen der Transformation des Großparkplatzes zur Regnitzstadt ist umzusetzen.
- Die Entfernung von Fahrradleichen an den Abstellanlagen am Bahnhof durch das Erlanger Jobcenter ist weiterzuführen und die Frequenz der Kontrollen und Beseitigung zu erhöhen.
- Die 1000-Bügel-Programme für Fahrradabstellbügel in der Innenstadt sowie in der Gesamtstadt sind weiterzuführen.
- Der steigenden Zahl von Fahrradanhängern, z. B. zur Beförderung von Kleinkindern, ist Rechnung zu tragen, indem die Radwege anhängergeeignet angelegt und Mittellinien bei Straßenübergängen ausreichend groß gebaut werden, um genügend Platz für Anhänger und Fahrrad zu haben. Auch bei Fahrradabstellanlagen sollen Plätze für Anhänger und auch Lastenräder ausgewiesen werden.
- Die systematische Ausweisung weiterer Fahrradstraßen, verbunden mit erkennbarer Markierung, und die Freigabe von Einbahnstraßen für den Radverkehr auch in der Gegenrichtung.
- Die dem Sicherheitsbedürfnis bestimmter Nutzergruppen entgegenkommenden sogenannten „protected bike lanes“ (durch physische Hindernisse von der Straßenfahrbahn abgetrennte Radstreifen) sollen dort installiert werden, wo es die Straßenbreite zulässt.
- Das Radleihsystem VAG_Rad ist weiter auszubauen, insbesondere auch der Verleih von Lastenrädern. Für diese setzen wir uns für einen attraktiveren Leih tariff ein.

- Das „Flexparken“ soll erprobt werden an Stellen, die es möglich machen. Das Konzept sieht eine zeitweise Umwandlung von PKW-Stellplätzen in Fahrradabstellflächen vor (etwa tagsüber Schülerfahrräder, in den Abendstunden Anwohner-KFZ).
- Risikobewertung für E-Scooter und gegebenenfalls Kennzeichnung von Radwegen, auf denen die Nutzung aus Sicherheitsgründen nicht zulässig sein soll.
- Die Radwegebenutzungspflicht ist überall dort aufzuheben, wo es rechtlich möglich ist, um den Radfahrenden die volle Wahlmöglichkeit zu geben.
- Der verbesserte Winterdienst auf Radwegen ist beizubehalten.
- Einsatz für eine Vereinheitlichung der Radwegebeschilderung in der Metropolregion Nürnberg.
- Auch das Bike-Sharing soll ausgeweitet werden – mit mehr Stationen, guter Anbindung an Bus und Bahn sowie günstigen, attraktiven Tarifen für breite Nutzergruppen.

Motorisierter Individualverkehr – Straßenbau und Parkplatzangebot

Um Erlangen als Stadt des Wohnens und des Arbeitens attraktiv zu erhalten, wird es notwendig sein, den motorisierten Individualverkehr auf ein Minimum zu beschränken und vor allem die Pendlerverkehre auf bestimmten Achsen zu bündeln. Dazu braucht es Maßnahmen der Verkehrslenkung, aber keine neuen Straßenbauprojekte. Elektroautos sollen keine Sonderbehandlung erhalten, da sie bei dem begrenzten Platzangebot in der Innenstadt wertvollen Raum zum Leben wegnehmen. Allerdings tragen sie zur Besserung der Luftqualität bei, und die Elektromobilität soll daher unterstützt werden durch den Ausbau der nötigen Ladeinfrastruktur durch die ESTW. Vor allem im Bereich des Geschosswohnungsbaus sollen deutlich mehr Lademöglichkeiten geschaffen werden. Dabei ist auch das Laden an Straßenlaternen weiter auszubauen.

Wir werden zudem Folgendes angehen:

- Die Umsetzung des Verkehrskonzepts Innenstadt mit dem Ziel, den Durchgangsverkehr an der Innenstadt vorbei zu lenken (insbesondere über die Werner-von-Siemens-Straße) und so den Innenstadtverkehr auf Quell- und Zielverkehr zu reduzieren. Dies beinhaltet:
 - Nach der erfolgreichen Einbahnstraßenregelung in der Neuen Straße ist der Maximiliansplatz im nächsten Schritt zum verkehrsberuhigten Bereich/Shared Space umzubauen.
 - Die Nutzung des Großparkplatzes als „Auffangparkplatz“ vor allem für den aus Westen, Norden und Süden nach Erlangen kommenden motorisierten Individualverkehr in Zusammenhang mit dem kostenlosen Busverkehr durch die Citylinie. Im Rahmen der Transformation zur Regnitzstadt werden die Parkplätze durch neue Parkhäuser erhalten und um für den neuen Stadtteil nötige ergänzt.
 - Die Durchfahrt direkt vor den Arcaden von der Güterhallen- in die Henkestraße wird im Rahmen der Realisierung der Stadt-Umland-Bahn gesperrt. Dies ermöglicht die Aufhebung der Trennung der Fußgängerzone und einen neuen begrünten Stadtplatz mit Aufenthaltsqualität. Alle Ziele

bleiben dennoch mit dem Auto und einer kaum spürbaren Zusatzzeit erreichbar.

- Weitere Anwohnerparkzonen sind auszuweisen, wenn von den Anwohnenden gewünscht.
- Die Parkraumbewirtschaftung soll konsequent durchgeführt werden. (Wahrnehmung der rechtlichen Möglichkeiten zur Stellplatzbeschränkung, Anhebung der Parkgebühren entsprechend der Tarifsteigerung des ÖPNV, sofern nicht durch den Freistaat gedeckelt und damit rechtlich nicht zulässig, personelle Verstärkung der Überwachung des ruhenden Verkehrs).
- Das Handyparken muss der neue Standard werden und ist flächendeckend für alle bewirtschafteten Parkplätze einzuführen. Alternativen zur Handynutzung muss es jedoch weiterhin geben.
- Besonders in den Außenbezirken sind weitere Parkplätze in Frauenparkplätze umzuwandeln, um die Sicherheit zu verbessern und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Generell sind bei Frauenparkplätzen zudem Parkscheinautomaten in direkter Nähe vorzusehen (Siehe auch Kapitel III.15 Gleichstellung: Für Frauenrechte und queere Vielfalt in Erlangen).
- Nach erfolgreicher Umsetzung des Pilotprojekts Parkraumkonzept am Bohlenplatz mit Mischparken (gleichzeitige Nutzung von Bewohnerparken und Parken mit Parkschein und strikt begrenzter Parkzeit) und Lieferzonen Ausweitung auf die gesamte Innenstadt. Die Lieferzonen sind insbesondere für Handwerksbetriebe eine deutliche Verbesserung (siehe auch Kapitel III.4 Arbeit und Wirtschaft: Wohlstand sichern – nachhaltige Entwicklung voranbringen).
- Handwerkerparkausweise sind zu digitalisieren, um es für die Handwerksbetriebe einfacher zu machen.
- Die Überwachung des fahrenden (insbesondere auch Durchfahrtsverbot am Bahnhofplatz!) und ruhenden Verkehrs ist auszuweiten und personell zu verstärken. Insbesondere sollen Maßnahmen gegen die Beparkung von Gehsteigen, Fußgängerbereichen und Radwegen ergriffen werden.
- Am Bahnhof sind die Überlegungen zur Realisierung von versenkbaren Pollern wieder aufzunehmen, um das Durchfahrtsverbot durchzusetzen.
- Die von der früheren SPD-geführten Bundesregierung neu eingeführten deutlich erweiterten Möglichkeiten zur Ausweisung von Tempo 30 km/h werden wir konsequent nutzen. Vor allem unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, ältere Mitbürger*innen, Menschen mit Beeinträchtigungen oder weniger Koordinationsgeschick und Kinder soll eine flächendeckende Ausweisung von Tempo 30 erfolgen, wo dies rechtlich möglich ist.
- Die städtischen Energieberater*innen sollen Firmen für den Umstieg ihres Fahrzeugparks auf Elektromobilität beraten. Ebenfalls sind Privatleute zum Umstieg von Verbrennern auf Elektroautos zu beraten.
- Mitfahrangebote wie uRyde sind zu unterstützen;

- Die Abstufung der Ortsdurchfahrt von Eltersdorf zur Kreisstraße ist umzusetzen, um eine Verkehrsberuhigung für den Ortsteil zu ermöglichen.
- Für die E-Scooter sind Lösungen wie feste Abstellplätze zu prüfen (siehe auch Abschnitt Nichtmotorisierter Individualverkehr – Zu-Fuß-Gehen und Radfahren sowie Kapitel III. 17 Junge Menschen: Selbstbestimmt leben – Stadt solidarisch gestalten).

9. Digitalisierung: Zukunftschancen aktiv gestalten

Ziele

Der digitale Wandel ist für uns ein gesellschaftlicher Prozess, den wir aktiv gestalten wollen. Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Vielmehr sind digitale Technologien ein Mittel dazu, die Stadt nachhaltiger, energie- und ressourceneffizienter, technologisch innovativer, wirtschaftlich wettbewerbsfähiger und sozial inklusiver zu gestalten, um die Lebensqualität für die Menschen zu verbessern. Das ist ein sozialer und wirtschaftlicher Standortfaktor.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Die „digitale Transformation“ wird allgemein als eine der folgenreichsten und chancenreichsten Veränderungen der menschlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsbeziehungen gesehen. Sie durchdringt alle gesellschaftlichen Bereiche unseres Lebens und fordert uns damit heraus, die damit einhergehenden Veränderungsprozesse verantwortungsvoll zu gestalten, um die Chancen bestmöglich zu nutzen und die Risiken möglichst zu begrenzen. Beeinflusst werden durch sie die Art der Informationsgewinnung und damit auch der Meinungsbildung sowie Formen und Möglichkeiten der Partizipation.

Die digitale Öffentlichkeit verändert nicht nur, *wie* wir kommunizieren, sondern zunehmend auch *worüber* und in *welcher Tonalität*. Algorithmen, Filterblasen und gezielte Desinformationskampagnen verschieben Diskurse, verstärken Polarisierungen und erschweren sachliche Debatten. In sozialen Medien geraten komplexe Themen unter Vereinfachungsdruck, während populistische Zuspitzungen eine überproportionale Reichweite erfahren. Der Verlust gemeinsamer Faktenbasen bedroht die demokratische Streitkultur. Kommunalpolitik ist daher mehr denn je gefordert, nicht nur digital präsent zu sein, sondern auch Räume für konstruktive, faktenbasierte Diskussion zu schaffen. Transparenz, Bürgernähe und partizipative Formate müssen auch im digitalen Raum gestärkt werden, um Vertrauen und Dialogfähigkeit in einer zunehmend fragmentierten Öffentlichkeit zu erhalten.

Die Entwicklung und Geschwindigkeit der Vernetzung von Prozessen, Systemen, Daten und Dingen erreicht eine neue Qualität und ist gleichzeitig schwer steuerbar. Die technologischen Fortschritte, die uns zahlreiche Verbesserungen im Alltag bei Effizienz, Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit versprechen, lassen uns die Risiken zu leicht vernachlässigen. Dies betrifft beispielsweise die Bedrohung unserer Datensouveränität, zunehmende Anforderungen an die Informationssicherheit oder ethische Fragen besonders im Kontext von Überwachungsmöglichkeiten oder der Nutzung von künstlicher Intelligenz. Auch die Sicherheit komplexer Systeme spielt eine immer wichtigere Rolle.

Durch digitale Technologien werden die Karten im Bereich der Arbeitsbedingungen, der Standortpolitik und der Lebensqualität neu gemischt. Das betrifft neben Stadtverwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, die gesamte Stadtgesellschaft und alle Lebensbereiche. Somit ist und wird Digitalisierung auch kommunalpolitisch von enormer Bedeutung.

Damit steigt auch die Erwartungshaltung an die kommunale Politik und an die kommunale Verwaltung, Entscheidungen und Vorgänge transparent und nachvollziehbar zu

machen, sowie öffentliche Dienstleistungen und Verwaltungsprozesse auf eine moderne, innovative, einfache und komfortable Art und Weise zugänglich zu machen und neue Kommunikationskanäle anzubieten.

Der digitale Wandel ermöglicht den Bürger*innen dadurch einen stärkeren Zugang zu Politik und Verwaltung und verstärkt das gesellschaftliche Ringen um bessere Problemlösungen. Die Rolle der Bürgerschaft in Planungsprozessen steigt. Gleichzeitig ist eine Strategie für die Einbindung von Bevölkerungsgruppen notwendig, für die Zugangsbarrieren bei der digitalen Nutzung bestehen.

Trotz der enormen Potenziale des digitalen Wandels besteht die Gefahr, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen abgehängt werden. Menschen mit geringem Einkommen, niedrigem Bildungsniveau, fehlender technischer Ausstattung oder eingeschränkter Medienkompetenz haben oft keinen gleichberechtigten Zugang zu digitalen Angeboten. Diese digitale Spaltung verfestigt bestehende soziale Ungleichheiten und erschwert Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen, Bildung und Arbeitswelt. Digitalisierung muss daher konsequent inklusiv gedacht und gestaltet werden. Die Stadt ist gefordert, niedrigschwellige Unterstützungsangebote zu schaffen – von digitaler Grundbildung über barrierefreie Zugänge bis hin zu Anlaufstellen für analoge Unterstützung bei digitalen Verwaltungsdiensten. Die Stadtbibliothek und die Volkshochschule leisten hier bereits wertvolle Beiträge: Mit kostenlosen digitalen Angeboten, spezifischen Kursen zur digitalen Bildung und insbesondere mit der beliebten Handysprechstunde für Senior*innen, bei der im persönlichen Gespräch praktische Hilfe und Orientierung gegeben wird. Nur so wird die digitale Stadt zur Stadt für alle.

Die Erlanger Stadtverwaltung ist bereits auf einem guten Weg und hat durch eine Reihe von Maßnahmen, z.B. die Einführung des DMS, eines Geoinformationssystems, von Online-Diensten im Bürgeramt oder eigener KI-Chatbots auf die anstehenden Herausforderungen reagiert. Dadurch sind Verwaltungsprozesse bereits vereinfacht worden.

Forderungen

Politik und Verwaltung müssen weiterhin den verfügbaren Gestaltungsspielraum optimal nutzen, um die bereits laufende digitale Transformation der Stadtgesellschaft positiv zu gestalten.

Nachfolgend werden Forderungen für die Bereiche Infrastruktur, Stadtverwaltung, Beteiligung, Wirtschaft/Arbeit und Verkehr benannt. Weitere Hinweise/Forderungen finden sich in den einzelnen Themenkapiteln dieses Programms

Infrastruktur

- Der Zugang zum Internet ist heute für die meisten Menschen selbstverständlich und wichtig. Wir werden daher weiterhin ein offenes W-LAN in allen städtischen Gebäuden mit öffentlichem Personenverkehr ermöglichen. Zusätzlich werden belebte Plätze und Bereiche, in denen bisher kein öffentlicher W-LAN-Empfang möglich ist, erschlossen. Dazu arbeiten wir mit der Erlanger Freifunk-Initiative zusammen. Der Ausbau von W-LAN in Bussen wird weiterhin gefördert.
- Das Recht auf Information umfasst auch das Recht auf Internet, sodass es möglichst überall einen offenen Internetzugang geben soll. Für Menschen, die keine eigenen

Geräte besitzen, müssen Möglichkeiten ausgebaut werden, kostenfrei Zugang zu einem Gerät mit Internetanschluss zu bekommen.

- Glasfaser für alle: Wir setzen uns dafür ein, dass auch die Außenbezirke Erlangens zuverlässig mit leistungsfähigem Internet versorgt werden – notfalls mit kommunalen Initiativen oder Förderprogrammen, wenn sich kein privater Anbieter findet. Digitale Teilhabe darf nicht vom Wohnort abhängen.

Verwaltung

- Ziel ist es, alle Verwaltungsverfahren vollständig digital abwickelbar zu machen – einfach, nutzerfreundlich und für alle zugänglich. Übergangslösungen müssen niedrigschwellig gestaltet sein und alternative Zugänge sicherstellen. Die Identifikation per Personalausweis soll dabei als Standardverfahren weiter etabliert und ausgebaut werden.
- Erlangen steht bereits auf Platz 1 in Bayern bei der Digitalisierung von Behördengängen. Diesen Vorsprung wollen wir ausbauen – durch zusätzliche personelle und technische Ressourcen, um alle Verwaltungsleistungen perspektivisch vollständig digital verfügbar zu machen.
- Die Möglichkeiten digitaler Technologien sollen genutzt werden, um Verwaltungsprozesse sinnvoll zu verbessern, zu vereinfachen und – wo es zielführend ist – zu automatisieren. Neue Technologien wie KI-gestützte Systeme (z. B. Chatbots auf Basis von GPT) können dabei unterstützen. Sie bieten zudem große Chancen für mehr Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit in der Verwaltung – etwa durch automatische Übersetzungen, Vorlesefunktionen oder barrierearme Nutzeroberflächen. Die Beschäftigten der Stadtverwaltung werden durch professionelles Changemanagement begleitet und erhalten gezielte Weiterbildungen, um den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten.
- Bürger*innen sollen überall dort, wo es erforderlich ist, einen barrierefreien Zugang zu digitalen Verwaltungsangeboten erhalten – um die Kommunikation mit Behörden zu vereinfachen, zu beschleunigen und für alle zugänglich zu machen.
- Sobald es die städtischen Finanzen wieder zulassen, wollen wir einen neuen Anlauf für eine konsequente Open-Data-Strategie in Erlangen starten. Verwaltungsdaten sollen – wo rechtlich möglich und datenschutzkonform – öffentlich, maschinenlesbar und nutzbar gemacht werden, um Transparenz zu fördern und Innovation zu ermöglichen.
- Die Stadt soll bei der Entwicklung und Beschaffung von Software Open-Source bzw. in der EU entwickelte Lösungen fördern und verstärkt berücksichtigen. Offen lizenzierte Software schafft Transparenz, Unabhängigkeit und langfristige Kostenvorteile. Bereits heute setzt die Stadt Erlangen etwa im Bereich der Geoinformationssysteme (GIS) erfolgreich auf Open Source – dieses Prinzip wollen wir weiter ausbauen.
- Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen im Stadtrat sind uns wichtig. Digitale Werkzeuge sollen künftig noch stärker genutzt werden, um Bürger*innen frühzeitig und aktiv in die politische Willensbildung einzubeziehen – insbesondere bei lokalen Projekten. Erfolgreiche Beispiele wie das Fahrradbügelprogramm oder der Baumradar zeigen, welches Potenzial digitale Beteiligungsformate bieten. Diese Ansätze wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.

- Das Sammeln und Nutzen von Daten der Bürger*innen muss gemeinwohlorientiert und nach dem Sparsamkeitsprinzip transparent erfolgen.
- Bei der Digitalisierung müssen Genderaspekte systematisch mitgedacht werden – von der Gestaltung digitaler Angebote über den Zugang zu Technik bis hin zur Entwicklung von KI-Systemen. Frauen, nicht-binäre Personen und andere unterrepräsentierte Gruppen sollen gezielt einbezogen und gefördert werden, um digitale Teilhabe gerechter zu gestalten.
- Wir fordern, dass die Stadt sich mit anderen Kommunen zum Thema verantwortungsvolle Digitalisierung vernetzt. Dafür soll sie aktiv nach Städtenetzwerken Ausschau halten, die ebenfalls gemeinwohlorientiert sind.
- Wir wollen die Entwicklung Erlangens zur Smart City konsequent vorantreiben – auf Grundlage der Ergebnisse des „Smart-City Konzepts“. Dabei setzen wir auf digitale Lösungen, die nachhaltig, effizient und sozial verträglich sind und den Alltag der Bürger*innen konkret verbessern.
- Für uns ist ein sorgsamer Umgang mit den entstehenden Daten wichtig. Bei allen digitalen Projekten der Stadt müssen bei Datensicherheit und Datenschutz der Stand der Technik sowie die Empfehlungen des Bundesamtes für Informationssicherheit angemessen berücksichtigt werden. Die Transparenz der Daten ist sicherzustellen.
- Die Stadt muss auch auf problematischen, aber reichweitenstarken Plattformen wie Instagram aktiv sein, um dort präsent zu sein, wo sich viele Menschen – gerade jüngere – informieren und austauschen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass sich die Stadt auch auf nicht-kommerziellen, dezentralen Plattformen wie Mastodon oder BlueSky sichtbar positioniert. Digitale Kommunikation der Verwaltung soll vielfältig, offen und unabhängig von Konzerninteressen sein.

Teilhabe & Beteiligung

- Die Erlanger Bürger*innen sollen durch gezielte Aufklärung und niedrigschwellige Schulungsangebote dazu befähigt werden, kompetent und kritisch mit digitalen Technologien und Informationsquellen umzugehen. Digitale Mündigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und den Schutz vor Manipulation.
- Digitale Angebote der Stadt sollen von Anfang an inklusiv gestaltet werden – insbesondere für Menschen mit geringen technischen oder digitalen Kenntnissen sowie für Menschen mit mentalen oder körperlichen Beeinträchtigungen. Barrierefreiheit, einfache Sprache und unterstützende Formate müssen dabei selbstverständlich sein.
- Sicherstellen der Teilhabe am digitalen öffentlichen Raum ist Kernelement einer gemeindienlichen Digitalisierung. Die Barrierefreiheit öffentlicher städtischer Dienstleistungen und Informationsangebote sollte daher unter aktiver Mitarbeit Betroffener immer wieder kontrolliert und weiterentwickelt werden. Wir setzen uns deshalb für einen Qualitätssicherungsprozess mit regelmäßigen Audits und Zielgruppenbefragungen ein.
- Bürger*innen sollen weiterhin Ideen und Anträge an unterschiedliche Ebenen innerhalb der Stadt adressieren können. Diese Anträge sowie diejenigen der politischen Gremien und deren Bearbeitungsstand sollen stets nachvollziehbar sein. Wir setzen uns

für eine einfach zu bedienende Eingabeplattform ein, die auch als Werkzeug für ein Ideenmanagement dient.

- Die allseitige Verfügbarkeit internetfähiger Geräte ermöglicht das Internet als sozialen Handlungsraum. So kann lokales Engagement für die Gestaltung der eigenen städtischen Umgebung zum Beispiel durch Urban Crowdfunding koordiniert und finanziert werden. Bei Urban Crowdfunding sollte jedoch, trotz des hauptsächlich Bottom-Up Charakters, zwingend eine Zusammenarbeit mit formellen Planungsträger*innen erfolgen, damit die Projekte in Absprache mit fachrechtlichen Entscheidungsträger*innen erfolgreich umgesetzt werden.
- Die Digitalisierung verändert das Stadtleben tiefgreifend – etwa durch den Rückgang lokaler Angebote wie Reisebüros oder Einzelhandel, die zunehmend durch Online-Plattformen ersetzt werden. Diese Entwicklung kann Prozesse der Individualisierung verstärken und soziale Isolation begünstigen. Wir wollen diesen Effekten aktiv begegnen – durch partizipative Modelle, soziale Treffpunkte und gemeinschaftsstärkende Aktionen im öffentlichen Raum. Digitalisierung darf nicht zur Vereinsamung führen, sondern muss sozialen Zusammenhalt fördern.
- Ehrenamtliche Vereine und zivilgesellschaftliche Initiativen sollen bei der Digitalisierung stärker unterstützt werden – z. B. durch praxisnahe Weiterbildungsangebote über die vhs. Denkbar ist, solche Formate auch für kleine Handwerksbetriebe zu öffnen.

Smart Cities

Die Diskussion um „Smart Cities“ wird in den kommenden Jahren weiter an Relevanz gewinnen – auch in Erlangen. Die in Auftrag gegebene Smart-City-Studie bildet dabei eine wichtige Grundlage. Digitale Technologien sollen gezielt eingesetzt werden, um urbane Herausforderungen zu bewältigen, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen flexibler und gerechter zu gestalten. Smart-City-Konzepte können politische Teilhabe stärken, Diskriminierung abbauen, soziale Spannungen verringern und die Lebensqualität erhöhen. Sie bieten zugleich Potenzial für wirtschaftliche Impulse, kreative Entfaltung und neue Formen des Miteinanders im öffentlichen Raum. Uns ist dabei wichtig: Technik dient den Menschen – nicht umgekehrt.

- Smart wird eine Stadt nur dann, wenn digitale Technologien nicht bloß als neutrale Werkzeuge betrachtet, sondern in ihrer Ambivalenz verstanden und gemeinwohlorientiert genutzt werden. Die Kommune darf dabei nicht nur Zuschauerin sein – sie muss aktiv gestalten. Das bedeutet: Offenheit, Transparenz und die Orientierung an digitalen Gemeingütern müssen zum Leitprinzip werden. Vor allem durch interkommunale Kooperationen und Förderprojekte wollen wir alternatives, gemeinwohlorientiertes Wirtschaften stärken. Bei der öffentlichen Innovations- und Industrieförderung setzen wir uns für einen klaren Vorrang kollektiver, genossenschaftlicher oder sozialwirtschaftlicher Modelle ein.
- Digitale Technologien und smarte Innovationen gelten vielfach als Schlüssel zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen. Dabei muss jedoch klar sein: Im Mittelpunkt steht für uns nicht technologische Machbarkeit, sondern die Förderung einer sozialen und solidarischen Ökonomie. Die Stadt soll gezielt Strukturen stärken, die auf Kooperation, Teilhabe und Gemeinwohl ausgerichtet sind. Um solche Projekte

wirksam zu unterstützen, müssen verstärkt Fördermittel aus der Europäischen Investitionsbank sowie dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung genutzt werden. Diese Ressourcen dürfen nicht ungenutzt bleiben – sie bieten wichtige Hebel für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung im digitalen Zeitalter.

- Wohnraum in Erlangen ist knapp und darf kein Spekulationsobjekt oder Renditemodell für Plattformen wie AirBnB sein. Wir werden mit allen rechtlich verfügbaren Mitteln gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum durch kurzzeitige Plattformvermietungen vorgehen. Auch einer Zulassung von Uber in Erlangen erteilen wir eine klare Absage. Uber steht – ebenso wie andere plattformbasierte Dienstleister wie Lieferando – nicht für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft, sondern für ein Modell der Ausbeutung durch Scheinselbstständigkeit und Lohndumping. Wir setzen uns für faire Beschäftigungsverhältnisse, Tarifbindung und soziale Absicherung in der digitalen Dienstleistungsökonomie ein – auch auf kommunaler Ebene.
- Lokale Start-ups, die auf Basis städtischer Open-Data-Angebote innovative und gemeinwohlorientierte Geschäftsmodelle entwickeln, wollen wir gezielt fördern – etwa durch Zugang zu Infrastruktur, Beratung oder Vernetzung mit relevanten Partnern. So stärken wir digitale Wertschöpfung vor Ort und schaffen Anreize für Transparenz und technologische Offenheit.
- Lokale Einzelhändler*innen, Gastronomiebetriebe und Akteur*innen im Tourismus sollen bei der Entwicklung eines gemeinsamen Onlineportals nach dem Vorbild der „Digitalen Einkaufsstadt Bayern“ unterstützt werden. Die Stadt kann hierbei koordinierend, beratend und ggf. finanziell fördernd wirken – insbesondere bei der technischen Umsetzung, der Einbindung des digitalen Erlangen-Gutscheins und der Sichtbarkeit des Angebots. Auch die Wirtschaftlichkeit einer solchen Plattform soll gemeinsam geprüft werden, um eine tragfähige und zukunftsorientierte Lösung für die lokale Wirtschaft zu schaffen.

Verkehr

- „Mobility as a Service“ (MaaS) soll weiter ausgebaut werden – durch bessere Verknüpfung bestehender Angebote, zentrale Buchungsplattformen und einfache Zugänglichkeit für alle Nutzer*innen.
- Carsharing-Angebote wollen wir in mehr Stadtteile bringen und mit dem ÖPNV sowie anderen Mobilitätsformen besser vernetzen.
- Auch das Bike-Sharing soll ausgeweitet werden – mit mehr Stationen, guter Anbindung an Bus und Bahn sowie günstigen, attraktiven Tarifen für breite Nutzergruppen.

10. Bildung: Startblöcke für unsere Zukunft

Ziele

Wir Sozialdemokrat*innen wissen: Bildung ist die Grundlage gesellschaftlichen Fortschritts. Sie ermöglicht lebenslanges Lernen für alle – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sozialer Lage. Soziale Barrieren und geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen wollen wir abbauen, Inklusion umsetzen und Bildung finanziell zugänglich machen. Bildung soll politische und gesellschaftliche Teilhabe fördern und einen Beitrag zur Integration leisten.

Schule ist nur ein Teil der Bildung; viele Lernprozesse finden informell außerhalb statt. Bildung begleitet das gesamte Leben und muss ganzheitlich betrachtet werden. Neben Wissen sind Werte wie Toleranz und Solidarität wichtig, um ein friedliches Miteinander zu fördern. Kinder und Jugendliche sollen demokratisches Denken und Handeln gemeinsam lernen. Eltern und Beteiligte sollen aktiv mitgestalten können.

Die Stadt Erlangen trägt Verantwortung für gut ausgestattete Schulen und Bildungseinrichtungen. Bildungspolitik darf nicht auf Infrastruktur beschränkt bleiben, sondern soll Gestaltungsspielräume aktiv nutzen. Wir fordern mehr kommunale Kompetenzen in der Schulorganisation und Schulentwicklung sowie angemessene staatliche Unterstützung. An unseren drei städtischen Schulen wollen wir Vorbilder für eine humane, bedürfnisorientierte Bildung schaffen.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Das bayerische Bildungssystem führt durch seine frühe Trennung der Bildungswege zu Ausgrenzung und Fehlentscheidungen. Bildung wird zunehmend ein Privileg für jene, die sie sich leisten können. Nachhilfeindustrie, Privatschulen und Wiederholungen ganzer Schuljahre verdeutlichen die sozialen Ungerechtigkeiten. Demokratische Mitbestimmung und soziale, kulturelle Bildung kommen zu kurz, ebenso wie die Förderung von Teamfähigkeit und Inklusion.

Dem wollen wir als Kommune etwas entgegensetzen: Unsere Schulen in Erlangen entwickeln wir zu Lern- und Lebensorten. Mit unserem Schulsanierungsprogramm verbessern wir die Ausstattung, bauen Ganztagsangebote aus und schaffen mit entsiegelten Schulhöfen neue Spiel- und Erlebnisräume. Der „Campus Berufliche Bildung“ wird ein modernes Zentrum für berufliche Schulen. Digitale Ausstattung und Lebenslanges Lernen fördern wir mit einem Ausbau von Computerausstattung, WLAN und Angeboten der Volkshochschule.

Echte Ganztagsschulen mit rhythmisiertem Unterricht und multiprofessionellen Teams sollen Raum für soziale und kulturelle Bildung schaffen. Jugendsozialarbeit und kulturelle Projekte öffnen die Schulen zur Stadtgesellschaft und machen sie zu Stadtteilschulen. Aufgrund begrenzter kommunaler Mittel fordern wir vom Staat angemessene Unterstützung für die dringend benötigten Veränderungen.

Der Personalmangel in Schulen und Kindertageseinrichtungen stellt uns vor große Herausforderungen. Dem muss durch eine Öffnung der Lehrerbildung für Quereinsteigende begegnet werden. Lehrkräfte brauchen Unterstützung durch „Zweitkräfte“ mit

pädagogischer Ausbildung. Wurde diese im Ausland erworben, muss eine schnellere Anerkennung von vorhandenen Qualifikationen erfolgen.

Forderungen und Perspektiven

Keiner darf zurückbleiben – Bildung von Anfang an

- Bildung beginnt mit der Geburt. Deshalb sollen Krippenplätze bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt und die Einrichtungen frühkindlicher Bildung den Eltern als wichtige Förderwege für ihre Kinder vermittelt werden.
- Projekte zur Förderung von Vorschulkindern sollen soziale Benachteiligungen abzubauen helfen. Die sprachliche Kompetenz ausländischer wie deutscher Kinder muss – unter Einbeziehung der Eltern – vor und in der Schule gefördert werden. Dazu müssen Maßnahmen zur Sprachförderung auf ihre Wirksamkeit geprüft und deutlich ausgebaut werden und bereits vor dem Kindergartenalter einsetzen. Durch eine geeignete organisatorische Unterstützung werden wir dafür sorgen, dass sie alle Kinder erreichen. Sprachförderung muss auch in den weiterführenden Schulen und in der beruflichen Bildung angeboten werden, um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit nichtdeutscher Muttersprache zu stärken. Hierbei setzen wir auf eine Entbürokratisierung der Sprachförderung, die Rückkehr zu „Deutsch 240“ und einen noch früheren Beginn der Sprachförderung, die nicht nur auf Migrant*innen beschränkt ist.
- Gleichzeitig müssen die muttersprachlichen Kompetenzen in anderen Sprachen anerkannt und gefördert werden. Hierbei sind auch Hindi, Arabisch und Türkisch zu berücksichtigen.
- Fort- und Weiterbildungsprogramme in städtischen Kitas sollen verstärkt mit Fokus auf Deutsch als Zweitsprache und interkulturelle Bildung angeboten werden. Zudem ist eine ausreichende personelle Ausstattung sicherzustellen, um einen guten Betreuungsschlüssel zu gewährleisten.
- Kooperationen mit der Stadtbibliothek sollen Leseanreize schaffen, und die Zusammenarbeit mit Sportvereinen soll gestärkt werden. Senioren-Netzwerke können als Lesepatenschaften oder zur Sprachförderung eingebunden werden. Hierzu planen wir die Erstellung von Flyern für Bildungspatenschaften, die über die Personalabteilungen großer Firmen verteilt werden.
- Mit dem Erfolgsmodell „Kulturfüchse“ wird ein früher Zugang zu unseren Kultureinrichtungen angebahnt. Dies wollen wir stärken und für möglichst alle Schulen angemessene Angebote der kulturellen Bildung anbieten.
- Alleinerziehende sollen bei der Vergabe von Kita-Plätzen und der Ferienbetreuung besonders berücksichtigt werden.
- Interkulturelle Bildung und Antirassismus-Training muss verpflichtender Bestandteil der Lehrer*innenbildung werden. Dies wollen wir in Abstimmung mit FAU und Landtag voranbringen.
- Der schwierige Prozess der Inklusion, d. h. der schrittweisen Einführung gemeinsamen Unterrichts aller Kinder, erfordert die Fortsetzung des Dialogs mit allen Beteiligten am Runden Tisch „Inklusion/Bildung“, der auf Antrag der SPD eingerichtet wurde. Schulen und Lehrkräfte müssen bei der Planung und Einführung inklusiver Angebote beraten

und unterstützt, die räumlichen und technischen Voraussetzungen müssen geschaffen werden. Gegenüber dem Freistaat muss sich die Stadt dafür einsetzen, dass eine angemessene personelle Ausstattung der Schulen weitgehend an die Stelle individueller Schulbegleitender tritt. Das vom Bezirk angestoßene Modellprojekt zum „Pooling“ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Hier werden Inklusionshelfende zu festen Teilen der Schulfamilie, statt je nur einem Kind zugeordnet zu sein. Wir streben eine Ausweitung dieser Pooling-Lösungen an, wo immer es möglich ist. Das Antragswesen für Schulbegleitungen soll hinsichtlich Effizienz und Transparenz überprüft und optimiert werden

- Das Projekt der Partnerklassen als Form gemeinsamen Lernens soll ausgebaut werden.
- Nachteilsausgleiche müssen auch für Schüler*innen mit Dyskalkulie und anderweitigen Einschränkungen (z.B. ADHS) umfassend angeboten werden.
- Inklusion muss in allen Bildungs- und deren Partnereinrichtungen Aufgabe sein.
- Das Erlanger Modell der „Optimierten Lernförderung“ hat sich als Erfolgsmodell zur niederschweligen und effektiven Förderung im schulischen Kontext erwiesen, das wir erhalten und ausbauen wollen.
- Projekte an Schulen, die die Gendersensibilität fördern, wollen wir unterstützen. Auch die Fortbildungen für Lehrkräfte in diesem Bereich möchten wir ausweiten.
- Beim Umbau von Toiletten in Schulen und Bildungseinrichtungen sollen Unisex-Toiletten geschaffen werden.
- Um die Dominanz einzelner Geschlechter in bestimmten Berufen aufzubrechen, sollen über den Girls- und Boys-Day hinaus Aktionen angeboten werden, die das Hineinschnuppern in Berufe ermöglichen. Über das Bildungsbüro soll ein Referent*innen-Pool angeboten werden, der es Lehrkräften ermöglicht, Vorbilder in den Unterricht bzw. zu Berufsinformationstagen einzuladen und abseits von gängigen Rollenklischees Informationen anzubieten. Hier sollen auch Migrant*innen mit einbezogen werden, um im Bereich Integration Erfolgsgeschichten sichtbar zu machen.

Schulen

- Unsere Schulen sollen Orte des Lernens und Lebens sein. Viele Schulhäuser sind jedoch immer noch an der überholten Realität einer Beschulung von 8.00 bis 13.00 Uhr ausgerichtet. Das wird dem Bedürfnis nach einer rhythmisierten Ganztagschule nicht gerecht. Daher werden wir alle Grundschulen genau unter die Lupe nehmen und entsprechend den aktuellen Bedürfnissen ausbauen. Ziel ist es dabei auch, die Trennung zwischen der Schule und den Einrichtungen der Jugendhilfe aufzuheben. Multiprofessionelle Teams sollen zum Wohl des Kindes zusammenarbeiten und dies möglichst unter ein und demselben Dach. Dabei sehen wir in der gebundenen Ganztagschule das Ziel der Chancengerechtigkeit durch bestmögliche Förderung am besten verwirklicht. Das Engagement von jungen Menschen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes kann hier eine wichtige Unterstützung sein und zugleich pädagogischen Nachwuchs sichern.
- Wir werden in den kommenden Jahren die Angebote der Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich massiv ausbauen. Dafür setzen wir das Programm „Zukunft Grundschule – Ganztagsbetreuung“ um. Es ist unser Ziel, eine bedarfsgerechte Betreuung im Grundschulalter anzubieten.

- Das Konzept der Stadtteilschule, wie es in Büchenbach (Mönauschule) geplant wird, soll auf weitere Standorte übertragen werden. Sollte das Startchancen-Paket Fördergelder bereitstellen, möchten wir weitere Standorte ausloten, die unter besonderen sozialen Herausforderungen arbeiten. Die Öffnung zum Stadtteil und die Einbeziehung von Akteuren der Vereine, des Jugendamtes und des Amtes für Stadtteilarbeit sollen dabei Synergien nutzen und Schulen zu niedrigschwelligen Orten der Begegnung für den Stadtteil erweitern.
- Wo mehrere Schulen nebeneinander liegen, sollen schulartübergreifende Projekte gefördert werden, um die Trennung der Schularten aufzubrechen. Dies kann z. B. im Rahmen des Wahlunterrichts oder eines gemeinsamen offenen oder gebundenen Ganztagsangebots erfolgen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür sind auszuloten und gegebenenfalls bei den Fördergebern zu beantragen.
- In allen Schularten ist Sozialarbeit eine wichtige Unterstützung für Schüler*innen und Lehrkräfte. Hier muss der bedarfsgerechte Ausbau vorangetrieben werden und über das Land Bayern dauerhaft finanziert werden.
- Wir wollen Projekte zur Prävention von Mobbing, auch im digitalen Raum, an den städtischen Schulen fest installieren und an den staatlichen Schulen fördern. Die Sensibilisierung von Lehrkräften soll über Fortbildungen verbessert werden.

Berufliche Bildung

- Mit dem Masterplan für einen Campus für Berufliche Bildung (CBB) werden wir Berufsschule, FOS, BOS, Technikerschule und Wirtschaftsschule auf einem zentralen Campus mit neuen bzw. sanierten Gebäuden und bedarfsorientierten Fach- und Gemeinschaftsräumen ausstatten.
- Jugendliche, die ohne Ausbildungsvertrag dastehen, benötigen bessere Integrationsmaßnahmen. Menschen, die in Berufs-Integrations-Klassen (BIK) vor allem im Spracherwerb unterstützt werden, und Jugendliche im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) sollen durch das Erlangen Job Center (EJC) gezielt in Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisse vermittelt werden.
- In Zusammenarbeit mit der IHK und dem Bildungsbüro Erlangen wollen wir ermitteln, wo Hürden bestehen, Jugendliche in Ausbildung zu bringen bzw. diese erfolgreich abzuschließen. Geeignete Maßnahmen sollen evaluiert und über den Städtetag in den Landtag eingebracht werden. Anpassungen von Lehrplänen und Ausbildungsmethoden sollen Abbrüche vermeiden helfen.
- Qualifizierte Praktika sollen an allen Schulen gefördert werden, um frühzeitig die Berufsorientierung und Verzahnung mit der Arbeitswelt zu fördern.
- Die Jugendberufsagentur soll weiter gestärkt werden.

Medien und Demokratiebildung

- Projekte der kritischen Mediennutzung und Peer-Projekte bzw. Tutorien im Umgang mit Social Media sollen ausgeweitet und mit einem entsprechenden Budget versehen werden.

- Wir wollen das Holocaust-Gedenken an allen weiterführenden Schulen fördern, z. B. durch verpflichtende KZ-Besuche und Projektstage mit Ausflügen zum Reichsparteitagsgelände.
- Demokratie-Bildung soll durch Parlamentsbesuche in Berlin oder München sowie EU-Fahrten für weiterführende Schulen gestärkt werden. Dies könnte über die Landtagsfraktion beantragt werden.
- Schulen ohne Rassismus/Schulen mit Courage wollen wir durch ein zusätzliches Budget für Demokratiebildung stärken. Aber auch die Arbeit in der Schülermitverwaltung (SMV) als wichtiges Erfahrungsfeld dafür, Demokratie mitzugestalten, braucht gesicherte finanzielle Mittel. Eine „Demokratiebildungskonferenz“, die in regelmäßigem Turnus Akteure der Jugendarbeit und der Schule vernetzt, soll angestoßen werden. Dabei sollen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Feminismus mit einbezogen werden. Auch der Bereich „Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)“ soll in diesem Zusammenhang Berücksichtigung finden.
- Das Konzept SmartER School zur Ausstattung unserer Schulen mit digitalen Endgeräten, WLAN und Breitband-Internet soll fortgeführt werden, um allen Schüler*innen ein bestmögliches Lernumfeld rund um die Digitalisierung zu ermöglichen. Dabei ist auch eine hinreichende Versorgung mit Leihgeräten und KI-Tools zu berücksichtigen.

Lebenslanges Lernen: die Volkshochschule

Die Volkshochschule (vhs) ist zentral wichtig für die Weiterbildung in Erlangen und soll allen offenstehen. Sozial Benachteiligte erhalten Nachlässe, und die Ermäßigungen durch den „Erlangen Pass“ sollen ausgeweitet werden.

Wichtige Inhalte des vhs-Angebots sind berufliche Bildung, IT-Kurse, Hauptschulabschlüsse, Alphabetisierung, Sprachkurse, Kreativitätsförderung und interkulturelle Kompetenzen. Für Jugendliche ohne Schulabschluss bietet die vhs kostenfreie Programme. Sie soll auch in Ganztagschulen koordinieren und die Qualität sichern.

Der Zugang zu vhs-Angeboten wird durch dezentrale Kurse in Stadtteilen erleichtert, wobei Schulgebäude verstärkt mitgenutzt werden. Die vhs soll bei der Digitalisierung Vorreiterin sein, sie aber auch kritisch begleiten und Medienpädagogik fördern. Interkulturelle Arbeit und Inklusion sind weitere Schwerpunkte.

Die SPD fordert für die vhs:

- Angemessene Räume in der Innenstadt, wie sie jetzt im Kubic verwirklicht werden.
- Angebote in Vororten und neuen Verdichtungsgebieten.
- Zusammenarbeit mit kulturellen und städtischen Bildungseinrichtungen.
- Mitwirkung an der Umsetzung der Agenda 2030-Ziele.
- Förderung von Integration und interkultureller Kompetenz.
- Ausbau der Barrierefreiheit und Inklusion.
- Eigenständige Formate zum Austausch zwischen Universität und Bevölkerung.

11. Kultur: Raum für Vielfalt und Teilhabe

Ziele

Kultur ist das lebendige Herz unserer Stadt: Sie verbindet Menschen über Herkunft und Sprache hinweg, prägt Werte, regt zum Nachdenken an und baut Brücken zwischen den Generationen. Gerade jetzt, wo unsere Demokratie durch einen spürbaren Rechtsruck herausgefordert wird, ist Kultur notwendiger denn je. Denn Kultur gibt Impulse, formuliert, was andere nicht aussprechen, und rüttelt auf. Ein vielfältiges, offenes und demokratisches Kulturleben ist das stärkste Fundament gegen Ausgrenzung und Spaltung – und der beste Weg, Erlangen als weltoffene und solidarische Stadt zu stärken. Wir orientieren uns an den Kulturpolitischen Leitsätzen der Stadt, in deren Zentrum das Prinzip der „Kultur für Alle“ steht: Inklusion, Integration und Teilhabe sind für uns zentrale Elemente der Kulturpolitik. Soziokultur und Stadtteilarbeit, ein Kernanliegen der Erlanger SPD seit den 60er Jahren, nimmt das gemeinschaftliche Ausüben und Erleben von Kultur als ein menschliches Grundbedürfnis ernst: Alle Menschen brauchen Kultur – Kultur braucht alle Menschen. Soziokultur schafft und pflegt jene Orte und Anlässe, die kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen – unabhängig von Einkommen, Herkunft, Geschlecht oder Alter.

Denn Kultur ist ein unverzichtbares demokratisches Grundrecht. Mit der Einführung des ErlangenPasses ermöglicht die Stadt auch Menschen mit geringen Einkommen kulturelle Teilhabe.

Der möglichst barrierefreie Zugang zu Veranstaltungen soll durch Angebote wie Gebärdendolmetschen oder leichte Sprache (u. a.) gesichert werden. Wir wollen Bedingungen schaffen, die es Bürger*innen ermöglichen, aktiv an der kulturellen Gestaltung unserer Stadt mitzuwirken.

Eine wichtige Rolle für den Zugang zu Kultur spielt die Vermittlungsarbeit durch Formate, die auf verschiedene Gruppen abgestimmt sind.

Unsere Kulturpolitik berücksichtigt alle Menschen unserer Stadt sowie gezielt die Lebenswelten von Migrant*innen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Kulturelle Vielfalt ist für uns ein enormer Gewinn. Die Perspektiven und Bedürfnisse von Frauen müssen in allen Bereichen einbezogen werden.

Zu den Orten kultureller Vermittlung zählen einerseits Kulturorte von gesamtstädtischer Bedeutung – etwa das E-Werk, der kubic, das Stadteilhaus West oder das ZAM. Für sie setzt sich die SPD entschlossen ein.

Auch dezentrale Kulturangebote in den Stadtteilen und Vororten sind für uns ein Schlüssel zur Teilhabe möglichst vieler Menschen. Wir setzen uns kontinuierlich für die Weiterentwicklung von Stadtteilzentren ein.

Ehrenamtliches Engagement im kulturellen Bereich, in Vereinen und Initiativen, muss durch Fortbildungen, finanzielle Unterstützung und die Bereitstellung von Räumen gezielt gefördert werden.

Eine angemessenen Ausstattung unserer Kultureinrichtungen ist unverzichtbar. Wir setzen uns dafür ein, dass die Budgets im Kulturbereich auf das Niveau vor dem Gewerbesteureinbruch (2023/2024) zurückgeführt werden.

Die regionale Kulturszene und Kreativwirtschaft hat für uns einen festen Platz in unserer Stadt und muss gestärkt werden. Der Kulturpreis der Stadt Erlangen soll als öffentliches Zeichen der Anerkennung der Kulturschaffenden wieder eingeführt werden.

Die politische Aufarbeitung unserer Geschichte ist uns ein zentrales Anliegen. Mit Veranstaltungen und Aktionen wollen wir Themen wie Kolonialismus, Antisemitismus und die deutsche Vergangenheit stärker in den Fokus rücken. Gerade in herausfordernden Zeiten ist es wichtig, unsere Demokratie durch einen bewussten Umgang mit der Vergangenheit zu festigen.

Alle Mitarbeiter*innen und Künstler*innen im Kulturbereich sollen faire Arbeitsbedingungen, eine faire Entlohnung und tarifgerechte Anpassung von Honoraren erfahren.

Die Stadt muss zur Vernetzung verschiedener Kulturakteur*innen beitragen und Austausch und Zusammenarbeit fördern. Interdisziplinäre Formate, die verschiedene Sparten wie z. B. Musik und Literatur miteinander verbinden, wollen wir gezielt fördern.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Corona & Versorgung von Kultureinrichtungen, Vereinen und Initiativen

Während der Pandemie ist es uns gelungen, die finanzielle Versorgung unserer Kultureinrichtungen, Vereine und Initiativen weiterhin sicherzustellen und so Strukturen zu erhalten. Dabei wurden auch besondere Formate unterstützt, wie z.B. „Kultur vor dem Fenster“, die Kultur auch in diesen schwierigen Zeiten erlebbar machten und zugleich Künstler*innen eine gewisse Absicherung boten.

Trotz der Herausforderungen der Coronazeit haben wir nahezu alle kulturpolitischen Errungenschaften, die wir seit 2014 durchgesetzt hatten, fortgeführt und durch weitere innovative Anträge ergänzt.

Theater

Im Theater ermöglicht seit 2024 der neue Aufzug, für den wir uns kontinuierlich eingesetzt haben, endlich barrierefreien Zugang. Das Theater in der Garage und das Theatercafé wurden durch Umbaumaßnahmen in ihrer Funktion gesichert. Im Bereich des künstlerischen Personals haben wir Honorarerhöhungen durchgesetzt.

Partizipative Projekte wie die Bürgerbühne, die das Theater stärker nach außen öffnen, haben wir mit Anträgen unterstützt.

Festivals und Events

Die Erlanger Festivals und Events haben wir nachhaltig unterstützt und um das von uns beantragte, niederschwellige und kostenlose neue regionale Festival „Frei Bordsteinkante“ ergänzt, das in der Altstadt Bühnen für verschiedenste künstlerische Formate aus der Region bietet. Mit der „Kunsthandwerksmeile“ als Markt für regionale Kunsthandwerker*innen gibt es seit 2022 ein neues Format, das qualitativ hochwertiges künstlerisches Handwerk aus Erlangen und der Region sichtbar macht.

Durch unseren Antrag wurde die herausragende Bedeutung des Internationalen Figurentheater-Festivals Erlangen erstmals umfassend in einer Buchpublikation dokumentiert. Wir konnten zudem die Produktion professioneller Imagefilme und Fotodokumentationen für das Poet*innenfest und den Comicsalon erreichen.

Durch entsprechende Haushaltsanträge setzen wir uns seit längerem dafür ein, Programmpunkte der Festivals (Figurentheaterfestival, Comicsalon und Poet*innenfest) in den öffentlichen Raum und die Stadtteile zu tragen und so kulturelle Teilhabe für alle zu stärken.

Stadtmuseum

Das Stadtmuseum Erlangen hat sich, ausgehend von der von uns beantragten Ausstellung „BarriereSprung“ zu einem Ort der gelebten Inklusion und digitale Vermittlung entwickelt. Wir haben uns erfolgreich eingesetzt für mehrsprachige Angebote, eine neue Webpräsenz, neue digitale Formate und die Veröffentlichung von analogen wie digitalen Katalogen zu den Ausstellungen.

Stadtarchiv

Wir unterstützen die Arbeit des Stadtarchivs, das Geschichte dokumentiert und zugänglich macht und dabei wichtige Beiträge zur Diskussion über die Zukunft unserer Stadt leistet. Wir begrüßen seine Beteiligung am neuen Lern- und Erinnerungsort auf dem ehemaligen „Hupfla“-Gelände. Für die weitere kritische Auseinandersetzung mit der Erlanger Vergangenheit haben wir ein Forschungsprojekt zur queeren Stadtgeschichte beantragt, das noch umgesetzt werden muss.

Literatur

Auch im Bereich der Literaturförderung gab es in den letzten Jahren wichtige Weiterentwicklungen im Rahmen des Poet*innenfests oder des Festivals book:ed, für die wir uns eingesetzt haben. Konkret wurde auf unseren Antrag das Preisgeld des Literaturpreises für Poesie als Übersetzung erhöht, um die Bedeutung übersetzerischer Arbeit als kulturelle Brückenfunktion zu würdigen.

Als SPD haben wir auch die dauerhafte Mietkostenübernahme für den Verein Comicmuseum e. V. durchgesetzt. Damit wurde ein Ort geschaffen, der Comic als künstlerisches Medium und gesellschaftspolitisches Reflexionsinstrument etabliert.

Bildende Kunst

Wir haben uns für Kunstverein, Kunstmuseum und Kunstpalais als zentrale Säulen unserer Kulturlandschaft eingesetzt, u. a. durch Anträge zur Finanzierung von Projekten wie dem „Operndorf Afrika“ oder zur Erhöhung des Ankaufsetats für das Kunstpalais. Eine neue Web-Anwendung für Kunstspaziergänge zeigt Kunst im öffentlichen Raum, inklusive Vermittlungsprojekte richten sich an alle Generationen. Wir haben die Digitalisierung des Kunstvereins unterstützt und uns für die museumspädagogischen Angebote im Kunstmuseum eingesetzt, ebenso wie für vielfältige Projekte zu Kunst am Bau in verschiedenen Teilen der Stadt.

Wir haben die Bereitstellung von Leerständen zur temporären Nutzung durch Künstler*innen unterstützt.

Musik

Das Erlanger Musikleben haben wir gestärkt, nämlich durch Anträge zur Zuschusserhöhungen für das E-Werk, die Schaffung von Probenräumen, die Anschaffung von Musikinstrumenten für die städtische Sing- und Musikschule und das Erlanger Musikinstitut (EMI) sowie einen Zuschuss für die neue Orgel von St. Matthäus.

Auf unseren Antrag hin hat sich die Stadt an der „Fête de la Musique“ beteiligt. Wir unterstützen zudem die niedrigschwelligen Schlossgartenkonzerte.

Kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung eröffnet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, neue Orte und Formen der Kultur kennenzulernen. Angebote wie die „Kulturfüchse“ wurden auf unseren Antrag erweitert.

Kunst und Kultur im öffentlichen Raum

Wir haben dafür gesorgt, Kunst und Kultur im öffentlichen Raum stärker zu verankern. Beispiele für umgesetzte Anträge der SPD sind die mobile Kulturbühne „moki“ oder die Kunsthaltestellen. Wir haben uns auch für die Verlagerung des Comic-Salons auf den Schlossplatz eingesetzt, wo er stärker wahrgenommen wird und zugänglicher ist. Auf unseren Antrag hin erinnert Street Art auf der Rückseite des Rathauses mittlerweile an Kurt Eisner. Auch die Street Art-Projekte am Museumswinkel und in der Michael-Vogel-Straße gehen auf SPD-Initiativen zurück.

Kunst im öffentlichen Raum ist für die SPD auch ein Feld der Beteiligung: Auf unseren Antrag wurde das erste partizipative Kunstprojekt umgesetzt, ein Video von Bewohner*innen des Stadtteils Büchenbach Nord im Kontext ihres Quartiers.

Kultur von und für Frauen

Auf unseren Antrag hin wurde die Stadtführung „Selbstbewusst und Klug – Frauengeschichte(n) in Erlangen“ etabliert. Wir haben städtische Kultureinrichtungen konsequent darin unterstützt, Frauen in der Programmarbeit sichtbarer zu machen.

Soziokultur

Das E-Werk hat durch erhebliche eigene Anstrengungen und mit städtischer Unterstützung die Pandemie gut überstanden und auch in der jetzigen Haushaltskrise eine Zuschusserhöhung erhalten.

Der Frankenhof wird nach einer langen Umbauzeit zu einem neuen Zentrum des Kulturlebens, für Vereine, städtische Bildungseinrichtungen und als Begegnungsort.

Das neu eröffnete ZAM (Zentrum für Austausch und Machen), für das wir uns mit großem Nachdruck eingesetzt haben, ist ein bundesweites Leuchtturmprojekt: Ein für alle zugänglicher Ort des Lernens, des handwerklichen und künstlerischen Schaffens und der Begegnung belebt die historische Altstadt.

In Büchenbach hat die SPD das große neue Stadtteilhaus vorangetrieben, das unter vorbildhafter Bürgerbeteiligung entstanden ist und jetzt eröffnet wird. Es soll künftig auch eine Stadtteilbibliothek und Veranstaltungen der vhs einschließen.

Gib&Nimm-Schränke, die wir beantragt haben, erhöhen die Attraktivität von Stadtteilhäusern wie der Villa am Anger oder der Scheune in Büchenbach-Nord.

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass in künftigen Baugebieten, wie dem südlichen Siemens-Campus, Angebote der Stadtteilkultur von Anfang an in den Planungen berücksichtigt werden.

In weiteren Stadtteilen haben wir Angebote von freien Trägern oder Ehrenamtlichen unterstützt, die Treffpunkte eingerichtet haben, wie z. B. den Treffpunkt 56nord in Büchenbach, das KleiderKaffee in Sebalbus oder „Koko&Lore“ in Tennenlohe.

Jugendfarm und Jugendclubs werden von der Stadt weiterhin unterstützt.

Darüber hinaus haben wir uns für weitere niederschwellige Angebote wie das „BIG-Projekt“ eingesetzt und den ErlangenPass erweitert: auf weitere Angebote und zusätzlich Berechtigte.

Kreativwirtschaft

Wir setzen uns für die Sichtbarkeit und Förderung der lebendigen und vielfältigen Kultur- und Kreativwirtschaft ein, die einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und kulturellen Stärke unserer Stadt leistet.

Digitalisierung

Die Digitalisierung im Kulturbereich hat die Stadt Erlangen mit unserer Unterstützung gezielt ausgebaut: Durch unterschiedliche digitale Kulturformate wie Livestreams, Online-Workshops und hybride Festivals entstanden nachhaltige Formate, die auch künftig genutzt werden – ein Angebot, welches vielen Menschen einen neuen Zugang zu Kunst und Kultur bietet. Mit dem digitalen Veranstaltungskalender „zoom:in“ wurde zudem eine zentrale Plattform für die Metropolregion geschaffen.

Forderungen

Theater

Wir wollen in Erlangen ein Stadttheater mit eigenem Ensemble erhalten, das auf Eigenproduktionen, Gastspielen und Festivals basiert.

Neue und mutige Projekte, Aufführungen im öffentlichen Raum und Beteiligungsangebote wie die Bürgerbühne wollen ebenso wie klassisches Theater dazu beitragen, das Interesse aller Altersgruppen am Theater zu fördern. Das Schauspiel erlangen sehen wir als einen zentralen Ort des Diskurses über gesellschaftliche und künstlerische Fragestellungen. Rahmenprogramme, die durch die Dramaturgie und den Förderverein Theater Erlangen e.V. ergänzt werden, sollen diese Funktion weiter stärken.

- Die Zusammenarbeit mit freien Theatergruppen und der freien Szene ist uns besonders wichtig, da sie wertvolle Kooperationen ermöglicht und die Theaterarbeit auf vielfältige Weise bereichert. So wird das kulturelle Angebot in Erlangen noch abwechslungsreicher und inklusiver gestaltet.
- Um eine optimale Infrastruktur für die kulturelle Arbeit in Erlangen zu schaffen, unterstützen wir die Zusammenarbeit des Theaters mit anderen städtischen Institutionen sowie den Festivals des Kulturamtes. Diese Vernetzung vereinfacht Arbeitsprozesse, ergänzt Programme inhaltlich und ermöglicht finanzielle Synergien.

- Wir setzen uns für weitere freiwillige Erhöhungen der Gehälter über den Mindestlohn des Tarifvertrags der NV-Bühne ein. Faire Bezahlung ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen Kulturpolitik.
- Wir setzen uns dafür ein, dass als Ersatz für die derzeitige Probebühne in der Hauptstraße neue Räumlichkeiten gefunden werden, die bessere Arbeitsbedingungen bieten. Dies betrifft auch angrenzende Räume wie die der „Kulturtiere“ und den Probenraum für die Bürgerbühne. Bei der Suche nach Räumen wollen wir alle Stadtteile in Betracht ziehen, vor allem auch auf lange Sicht den neu entstehenden Stadtteil Regnitzstadt.
- Die Bürgerbühne verdient auch in Zukunft unsere besondere Unterstützung. Sie ermöglicht es Bürger*innen, gemeinsam mit dem professionellen Team des schauspiel erlangen, über mehrere Monate hinweg ein Stück zu entwickeln und am Ende der Spielzeit aufzuführen. Solche Formate fördern Gemeinschaftsgefühl, Integration und die Auseinandersetzung mit gesellschaftskritischen Themen.
- Der Zugang zum Theater für Kinder und Jugendliche soll weiterhin einen großen Stellenwert haben, sowohl im Spielplan des schauspiel erlangen als auch in Form von Workshops und Formaten wie den Spielclubs.
- Das schauspiel Erlangen soll die Vielfalt der Stadt widerspiegeln. Deshalb unterstützen wir eine integrative und inklusive Ausrichtung, die kreative Mitgestaltung und langfristige Teilhabe ermöglicht. Migrant*innen, Menschen mit Beeinträchtigungen und Senior*innen sollen einen niedrigschwelligen Zugang zum Theater erhalten. Unser Ziel ist, dass sich alle – thematisch wie strukturell – im Programm wiederfinden. Dabei ist uns folgendes wichtig:
 - Aufführung bestehender Stücke von und für diese Gruppen,
 - aktive Einbindung als Schauspieler*innen auf der Bühne,
 - zielgruppenspezifische Stückentwicklung, die ihre Perspektiven und Erfahrungen aufgreift. Deswegen setzen wir uns für eine inklusive Projektarbeit ein: Wir fördern die Zusammenarbeit mit Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, um partizipative Formate zu entwickeln.
- Zudem setzen wir uns für dezentrale Theaterangebote im öffentlichen Raum und in den Stadtteilen ein. Der Theaterbus – eine mobile Bühne, die bereits seit 2022 erfolgreich eingesetzt wird – kann hier mit kreativen Formaten einen wichtigen Beitrag leisten.

Festivals & Events

Unsere Festivals sind ein wesentlicher Bestandteil der Identität unserer Stadt. Sie leisten einen herausragenden Beitrag zur kulturellen Bildung und fungieren gleichzeitig als bedeutende Auftraggeber für die Kunst- und Kreativwirtschaft in Deutschland. Mit ihren spezifischen Schwerpunkten sind sie tragende Säulen für die jeweiligen Branchen. Besonders in Zeiten von Corona hat unsere Festivalabteilung bewiesen, dass sie Künstler*innen durch schwierige Phasen tragen kann.

- Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wurden Festivals zunehmend in den öffentlichen Raum verlagert. Zusätzliche dezentrale Angebote in Stadtteilen, an ungewöhnlichen

Orten und öffentlichen Plätzen haben nicht nur die Aufmerksamkeit und Zugänglichkeit erhöht, sondern auch den Austausch über kulturelle Inhalte, Integration und das Gemeinschaftsgefühl gefördert. Wir fordern, dass diese Formate fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

- Ein pädagogisches Rahmenprogramm bei den Festivals, beispielsweise durch die Jugendkunstschule, KS:ER oder private Anbieter, bleibt für uns weiterhin besonders wichtig. Es trägt zur kulturellen Bildung bei und stärkt die Teilhabe.
- Barrierefreiheit bleibt ein zentraler Aspekt unserer Festivalpolitik. Wir setzen uns dafür ein, Hindernisse für Menschen mit Beeinträchtigungen abzubauen und ihnen einen gleichberechtigten Zugang zu ermöglichen.
- Wir wollen das von der SPD initiierte Festival „Frei Bordsteinkante“ fortführen und weiterentwickeln.
- Auch die auf unseren Antrag eingeführte „Kunsthandwerksmeile“ soll weiterhin zweijährlich stattfinden.
- Kooperationen mit anderen Städten, insbesondere im Großraum der Metropolregion sowie im Rahmen bayerischer Städtepartnerschaften, sind und bleiben für uns von großer Bedeutung.
- Für unsere Festivals fordern wir die Wiedereinführung von Ansteckern als sichtbares Zeichen der Unterstützung.

Stadtmuseum

- Migration ist ein prägender Teil der Stadtgeschichte und hat im Stadtmuseum Erlangen einen festen Platz. Die Bildungsangebote für Migrant*innen sollen weiterhin zuverlässig unterstützt und aktiv beworben werden, um ihre Teilhabe zu fördern und ihnen den Zugang zur kulturellen Geschichte der Stadt zu erleichtern.
- Eine Verbesserung der Präsentation in einzelnen Ausstellungsbereichen des Stadtmuseums ist uns wichtig. Ziel ist es, die Vielfalt der Inhalte anschaulich und ansprechend darzustellen, um Besucher*innen für die Themen zu begeistern.
- Wir unterstützen niedrigschwellige und inklusive Vermittlungsangebote, die es allen Menschen ermöglichen, die Ausstellungsarbeit des Museums zu erleben und sich aktiv mit den Inhalten auseinanderzusetzen.
- Die Digitalisierung des Stadtmuseums liegt uns besonders am Herzen. Wir setzen uns dafür ein, dass moderne Technologien wie Multimedia-Guides, digitale und virtuelle Ausstellungen sowie digitale Kataloge eingeführt werden. Auch die Digitalisierung der Sammlungen soll vorangetrieben werden, um das Museum langfristig zukunftsfähig zu gestalten und einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Archiv

- Das Stadtarchiv Erlangen spielt eine zentrale Rolle bei der Erfassung und Ordnung städtischer sowie historisch bedeutsamer Archivalien. Darüber hinaus leistet es wertvolle Beiträge zur Erforschung der Stadtgeschichte und ist aktiv im Beirat für die Erinnerungs- und Forschungsstelle zu den Euthanasie-Verbrechen während der NS-Zeit eingebunden. Damit trägt es maßgeblich zur Aufarbeitung eines dunklen Kapitels unserer Geschichte bei.

- Auch bei der Untersuchung und Dokumentation der Diskriminierung anderer Minderheiten, wie beispielsweise Homosexueller, übernimmt das Stadtarchiv eine wichtige Funktion. Wir unterstützen diese Arbeit nach wie vor ausdrücklich, da sie essenziell für eine umfassende historische und gesellschaftliche Aufarbeitung ist.
- Die Unterstützung der Arbeitsgruppe Straßennamen durch das Stadtarchiv ist uns ein wichtiges Anliegen. Diese Zusammenarbeit ermöglicht eine fundierte Auseinandersetzung mit historischen Hintergründen und trägt dazu bei, die Erinnerungskultur in Erlangen aktiv zu gestalten.
- Wir wollen Konzepte für eine partizipative Archivarbeit fördern, bei der Menschen ihre eigenen Perspektiven, Dokumente und Geschichten einbringen können.

Literatur

- Erlangen soll über das Poet*innenfest hinaus als bedeutender Literaturstandort gestärkt und in der deutschsprachigen Literaturszene bekannter gemacht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Autor*innen und Literaturakteur*innen in Erlangen ansässig werden oder bleiben und unabhängige Buchhandlungen sowie Antiquariate erhalten bleiben. Neben dem Poet*innenfest braucht es ganzjährig Lesungen, Poetryslams und weitere Veranstaltungen, die Literatur als festen Bestandteil des kulturellen Lebens verankern. Die Zusammenarbeit mit städtischen Institutionen und anderen Kulturakteur*innen wie z. B. dem Kulturzentrum E-Werk Erlangen, der Universität, der vhs oder Vereinen und Schulen wollen wir gezielt fördern.
- Besonders unterstützen wir die Weiterführung und Wiederbelebung des „Poet*innenfest-Extra“, das außerhalb des regulären Poet*innenfestes hochwertige Literaturveranstaltungen nach Erlangen bringt.
- Wir begrüßen die Bemühungen des Seniorenbeirats, im Rahmen des Poet*innenfestes Lesungen für Heimbewohner*innen direkt in den Einrichtungen zu veranstalten. Damit wird Literatur auch zu Menschen gebracht, die nicht am Poet*innenfest teilnehmen können.
- Das aus der freien Szene organisierte Literaturfestival book:ed ergänzt das Live-Literaturprogramm in Erlangen um ein Konzept, das dezidiert ein junges Publikum anspricht und zum Lesen anregt. Mit spartenübergreifenden Auftritten aus Lesungen und Konzerten in WGs und Privatwohnungen ist es barrierearm und bürgernah, weswegen wir dieses Format unterstützen wollen.
- Das Programm „Comic macht Schule“ hat es Schüler*innen ermöglicht, direkt mit Künstler*innen in Kontakt zu treten und besondere Einblicke zu gewinnen. Wir setzen uns dafür ein, diesen Programmpunkt des Comicsalons langfristig wieder anzubieten.
- Die Sichtbarkeit von Frauen* in der Literatur ist uns ein wichtiges Anliegen. Schriftstellerinnen* und Verlegerinnen* sollen eine Bühne bekommen, um ihre Werke und ihr Wirken stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Literaturpreis für Poesie als Übersetzung in der kommenden Legislaturperiode wieder vergeben werden kann.
- Der Verein Comicmuseum e.V., der aus bürgerschaftlichem Engagement entstanden ist, soll weiterhin unterstützt werden. Er trägt dazu bei, Erlangens Stellung als

bedeutender Comic-Standort zu festigen und deutschlandweit zu vernetzen. Zwischen den zweijährlich stattfindenden Comicsalons sollen zudem Ausstellungen angeboten werden, um Erlangen als Comicstadt sichtbar zu machen.

- Nach Fertigstellung des Stadtteilhauses West wird in Büchenbach die erste Stadtteilbibliothek eröffnet. Damit wird die niedrigschwellige Versorgung der Bürger*innen mit Wissen und Literatur weiter ausgebaut. Im Zuge dessen sollen Bücherbushaltestellen in Büchenbach aufgelöst werden, um andere Stadtteile zu bedienen, die bisher nicht im Fahrplan des Bücherbusses berücksichtigt wurden.
- Wir fördern mehrsprachige Literaturformate – etwa durch die Einbindung in Festivals, städtische Veranstaltungen und Kooperationen mit der Stadtbibliothek, der vhs sowie weiteren Einrichtungen – um die kulturelle Vielfalt Erlangens aktiv sichtbar zu machen und gesellschaftliche Teilhabe zu stärken.
- Leseförderung, Onleihe-Angebote, der digitale PressReader (durch die SPD eingeführt), integrative und inklusive Angebote sowie ein breiter Bestand an neuen Medien sind stetig zentrale Bestandteile unserer Bibliothekspolitik. Die Beteiligung der Bibliothekspädagogik an Ganztagschulen soll ebenfalls zuverlässig weitergeführt und gefördert werden.

Bildende Kunst

- Der Kunstverein und das Kunstmuseum Erlangen bieten bedeutenden regionalen Künstler*innen sowie jungen Talenten ein viel beachtetes Forum. Beide Einrichtungen sind als dauerhafte kulturelle Angebote fest in der Stadt verankert und tragen maßgeblich zur Förderung zeitgenössischer Kunst bei.
- Das Kunstpalais ist ein zentraler Ort für zeitgenössische Kunst in Erlangen und ein kulturelles Aushängeschild unserer Stadt. Mit seinen internationalen Ausstellungen, interdisziplinären Programmen und der bedeutenden Städtischen Sammlung schafft es Raum für innovative künstlerische Positionen und gesellschaftlichen Diskurs. Die SPD setzt sich dafür ein, das Kunstpalais weiterhin gezielt zu fördern, um seine Rolle als Ort der Begegnung, Bildung und Inspiration zu stärken und die kulturelle Vielfalt in Erlangen sichtbar zu machen.
- Wir setzen uns weiterhin für niedrigschwellige und inklusive Vermittlungsangebote in der Ausstellungsarbeit ein, um möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen.
- Die Kunstkommission spielt eine zentrale Rolle im Bereich der Bildenden Kunst. Sie berät und spricht Empfehlungen aus, insbesondere zur Installation von Kunst im öffentlichen Raum. Dabei sollen auch Möglichkeiten der Bürger*innenbeteiligung berücksichtigt werden, um Kunstprojekte demokratisch und partizipativ zu gestalten.
- Kunst am Bau darf nicht aus dem Blick geraten. Bei öffentlichen Baumaßnahmen soll versucht werden, weiterhin Mittel für Kunst am Bau bereitzustellen. Besonders Wohnungsgesellschaften wie die GEWOBAU sollen hierbei mit einbezogen werden, um regionale Künstler*innen gezielt zu fördern. Denn: Kunst am Bau ist nicht nur Künstlerförderung, sondern auch Kulturförderung – und stärkt die kulturelle Identität unserer Stadt.

- Die langjährige Forderung der SPD nach bezahlbaren Ateliers in Erlangen konnte durch die selbstverwaltete Ateliergemeinschaft Thalermühle erfolgreich umgesetzt werden. Diese Initiative erhält weiterhin unsere volle Unterstützung, um Künstler*innen langfristig Raum für ihre Arbeit zu sichern.
- Im Bereich der Bildenden Kunst setzen wir uns dafür ein, weiblichen Künstlerinnen verstärkt eine Bühne zu geben. Ihre Werke und Perspektiven sollen sichtbar gemacht und in den Mittelpunkt gestellt werden, um die Vielfalt der Kunstlandschaft zu bereichern.
- Durch die Förderung temporärer (Ausstellungs-)Räume in leerstehenden Gebäuden oder öffentlichen Räumen wird Kunst flexibel und niedrigschwellig zugänglich gemacht. Pop-Up-Galerien tragen dazu bei, Kunst und Kultur unmittelbar erlebbar zu machen und neue Zielgruppen zu erreichen. Wir möchten deswegen Räume schaffen, in denen sich bildende Kunst, Literatur, Theater, Tanz und weitere Sparten vernetzen und gemeinsam wirken können – als Experimentierfeld für interdisziplinäre Projekte.
- Internationale Austauschprogramme für Künstler*innen aus Erlangen und den Partnerstädten fördern kulturelle Vielfalt und stärken den kreativen Dialog.

Musik

- Das Erlanger Musikleben wird durch die Vielfalt der Konzertangebote des gVe, die Arbeit der Gesangsvereine, Chöre, Orchester und Kantoreien sowie durch die Unterstützung der Stadt getragen. Das E-Werk bereichert mit seinen Jazz-, Rock- und Pop-Konzerten sowie Kabarettveranstaltungen das kulturelle Angebot und bietet Kleinkunsth Bühnen eine Plattform. Diese Vielfalt wollen wir als SPD nach wie vor fördern.
- Wir setzen uns für die organisatorische und finanzielle Unterstützung des niedrigschwelligen Formats „Fête de la Musique“ ein.
- Jugend musiziert sowie Jugend- und qualitativ hochwertige Laienorchester verdienen besondere Förderung.
- Die Schlossgartenkonzerte als barrierefreie Veranstaltungsreihe ermöglichen ein gemeinschaftliches Musikerlebnis unter freiem Himmel und sollen fortgeführt werden. Unser Fokus liegt dabei auf dem Erhalt des Kinder- und Familienkonzerts sowie der Sichtbarmachung internationaler Künstler*innen. Zusätzlich streben wir Kooperationen mit Akteuren wie z. B. dem Erlanger Musikinstitut, der Sing- und Musikschule oder weiteren Musikvereinen an, um Synergien zu schaffen und das Programm nachhaltig zu erweitern.
- Die städtische Sing- und Musikschule sowie das Erlanger Musikinstitut (EMI) erfüllen einen wichtigen Bildungsauftrag in der musikalischen Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Wir setzen uns dafür ein, den Zugang zu diesen Angeboten durch moderate Gebühren weiterhin zu erleichtern, um gemeinsames Musizieren als aktive Freizeitgestaltung zu fördern. Niedrigschwellige und barrierefreie Zugänge zu Konzerten sind für uns dabei essenziell.
- Auf Initiative der SPD wurden im Zentraldepot geeignete Probenräume für nicht kommerzielle Musikgruppen geschaffen. Diese Räume werden eigenverantwortlich von E-Werk und Musikzentrale genutzt und müssen langfristig gesichert werden.

- Babykonzerte bieten Eltern die Möglichkeit, gemeinsam mit ihren Kindern (Babys und Kleinkinder) Konzerte zu erleben, ohne sich durch kindliches Verhalten eingeschränkt zu fühlen. Diese Form frühkindlicher Musikförderung möchten wir in Erlangen etablieren, z. B. in Kooperation mit der Sing- und Musikschule, der freien Musikszene, Vereinen oder dem kubic.
- Die Formate „Jazz am Fluss“ sowie „Klassik am Fluss“ des Vereins Klassikkultur e.V. an der Wöhrmühle schaffen ein hochwertiges Klassik- und Jazzangebot. Wir unterstützen diese Formate, um die musikalische Vielfalt in Erlangen weiter auszubauen.
- Frauen in der Musikwelt verdienen mehr Sichtbarkeit. Wir möchten Komponistinnen, Dirigentinnen und Musikerinnen aus allen Musiksparten eine Bühne geben, um ihr Wirken stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.
- Instrumenten-Tauschbörse: Ein Programm zur Wiederverwendung von Instrumenten soll Kindern und Jugendlichen aus finanziell benachteiligten Familien den Zugang zur Musik erleichtern. Durch das Sammeln und Aufarbeiten gebrauchter Instrumente wird nicht nur Nachhaltigkeit gefördert, sondern auch jungen Menschen die Möglichkeit gegeben, musikalische Talente zu entdecken und zu entfalten.
- Förderung des musikalischen Austauschs mit Partnerstädten.

Kulturelle Bildung

- Im Rahmen der Ganztagschulen sollen weiterhin vielfältige Angebote aus dem kulturellen Bereich einbezogen werden.
- Erlangen verfügt über herausragende Elemente kultureller Bildung, wie die Jugendkunstschule und die Sing- und Musikschule, die durch ihre Kooperationen mit Schulen eine zentrale Rolle spielen. Auch Theater, Bibliothek, Museum, Archiv, Jugendeinrichtungen und Vereine begreifen kulturelle Bildung als Kern ihrer Arbeit. Die SPD setzt sich dafür ein, dass diese Institutionen durch eine angemessene Finanzausstattung und städtische Zuschüsse nachhaltig unterstützt werden.
- Mit den „Kulturtieren“ (Kulturwiesel, Kulturfüchse, Kulturfalken) werden Kinder frühzeitig an städtische Kulturinstitutionen herangeführt. Sie lernen kulturelle Inhalte kennen und erfahren, wo Einrichtungen wie das Theater, das Kunstpalais oder die Stadtbibliothek zu finden sind. Dieses Projekt erreicht oft auch Familien, die bislang wenig Berührungspunkte mit Kultur hatten. Die SPD wird diese Projekte weiterhin fördern. Unser langfristiges Ziel ist es, das Angebot der Kulturfüchse auf weiter Grundschulen in Erlangen auszubauen.
- Der Frankenhof wurde im Rahmen der Entwicklung zum kubic (Kultur- und Bildungscampus) zu einem Haus der kulturellen Bildung und des gesellschaftlichen Austauschs ausgebaut. Mit multifunktionalen Räumen, einem Konzert- und Theatersaal sowie Platz für städtische und ehrenamtliche Kulturinstitutionen soll der kubic als inspirierender Raum für Kultur etabliert werden und aktiv in die Stadt hineinwirken.
- Auch das Stadtteilhaus West, das aus einem umfangreichen Bürgerbeteiligungsprozess entstanden ist, wird im Westen Erlangens ein neues kulturelles Zentrum schaffen. Es bietet Raum für städtische und ehrenamtliche Kulturinstitutionen sowie individuelle Nutzungsmöglichkeiten. Das Stadtteilhaus West soll sich zu einem Ort der

kulturellen Bildung, Begegnung und Vielfalt entwickeln und den Bürger*innen ermöglichen, das Haus aktiv mitzugestalten.

Kunst und Kultur im öffentlichen Raum

- Im Rahmen des Comic-Salons soll weiterhin die Begegnung mit dieser Kunstform im öffentlichen Raum stattfinden.
- Auf Initiative der SPD entstand die Mobile Kulturbühne „moki“. Dieses Format ermöglicht kulturelle Pop-Up-Veranstaltungen in den Stadtteilen sowie an ungewöhnlichen Orten, wodurch Kulturangebote direkt zu den Menschen gebracht werden. Wir werden die Kulturbühne „moki“ weiterhin fördern, um kulturelle Teilhabe in allen Stadtteilen zu stärken.
- Die Bespielung des öffentlichen Raums mit hochwertigen und barrierefreien Veranstaltungen bleibt ein zentraler Bestandteil unserer Kulturpolitik. Wir unterstützen Formate aller Kultursparten – von Konzerten über Lesungen bis hin zu Tanz und Musik – in Zusammenarbeit mit privaten Kulturanbietern und Vereinen. Um die Durchführung solcher Veranstaltungen zu erleichtern, setzen wir uns für vereinfachte Genehmigungsverfahren durch „Paketlösungen“ ein.
- Veranstaltungen wie die „Fête de la Musique“ sowie temporäre Ausstellungs- und Klangprojekte werden von uns verlässlich gefördert, da sie niedrigschwellige Zugänge zur Kultur schaffen und das Gemeinschaftsgefühl stärken.
- Öffentliche künstlerische Wettbewerbe wie Bi- oder Triennalen mit temporären Präsentationen (z. B. Lichtkunst, Skulpturen oder neue Medien) können bekannte Stadträume neu interpretieren und die Aufmerksamkeit für das persönliche Lebensumfeld erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, die Einführung solcher Formate zu prüfen.
- Die „Kunsthaltestellen“ der Jugendkunstschule, entstanden auf Antrag der SPD, ermöglichen als Pop-Up-Kunstaktionen kreatives Schaffen und Begegnung in den Stadtteilen. Dieses Angebot wollen wir weiterhin fördern.
- Wir setzen uns – wie bereits in den vergangenen Jahren – dafür ein, dass Street Art als integraler Bestandteil der Stadtkultur verankert wird, gerade auch als wirksames Instrument zur Aufwertung von Quartieren und zur Stärkung der Identität in unseren Stadtteilen. Da viele der jüngsten Werke überwiegend von männlichen Künstlern stammen, wollen wir gezielt die Sichtbarkeit von Künstler*innen fördern, um eine diversere und gerechtere Kunstlandschaft zu schaffen.
- Wir sprechen uns für eine Street-Art-Offensive aus, um legale Graffitiflächen für Künstler*innen bereitzustellen. Bei Bauprojekten sollen temporäre Flächen wie Bauzäune mitgedacht werden, um kreative Ausdrucksmöglichkeiten zu schaffen – ein Beispiel hierfür ist der Bauzaun am Parkhaus Großparkplatz.
- Beteiligungsprojekte zur Kunst im öffentlichen Raum sowie temporäre Kunstinstallationen in den Stadtteilen tragen zur Aufwertung des Stadtbildes bei und fördern die Identifikation der Bürger*innen mit ihrem Wohnumfeld. Diese Projekte wollen wir weiterhin unterstützen.
- Die Aufenthaltsqualität auf öffentlichen Plätzen soll durch geeignete „Mittelpunkte“ verbessert werden, sodass sie zu Treffpunkten im Quartier werden können.

- Im Zuge der Klimaerwärmung werden kühlende Maßnahmen wie Begrünung und Brunnen auf öffentlichen Plätzen immer wichtiger. Wir treten dafür ein, dass bestehende Brunnen gepflegt werden und bei der Neugestaltung von Plätzen kühlende Elemente bereits im Planungsprozess berücksichtigt werden.
- Kunstwerke, die speziell für Menschen mit Behinderungen gestaltet sind, bereichern den öffentlichen Raum und fördern die Teilhabe. Dazu gehören taktile Skulpturen, strukturierte Touchpads, Wasserspiele, die durch Berührung Klang erzeugen, sowie Braille-Beschilderungen und Audiodeskriptionen. Solche interaktiven Elemente schaffen ein sinnliches Erlebnis für alle und betonen die Bedeutung von Barrierefreiheit in der Kunst. Sie tragen dazu bei, den öffentlichen Raum als Ort der Begegnung und Vielfalt zu gestalten.

Kultur von und für Frauen

- Das Frauenkultur- und Bildungszentrum bietet spezielle Angebote für Mädchen und Frauen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Wahrnehmung der Interessen von Frauen.
- Künstlerinnen müssen bei städtischen Auftragsvergaben kontinuierlich gleichberechtigt berücksichtigt werden, um ihre Arbeit nachhaltig zu unterstützen.
- Die Präsentation der Stadtgeschichte sollte die Lebenswirklichkeit von Frauen im historischen Kontext sichtbar machen. Wir setzen uns beständig dafür ein, dass Kulturveranstaltungen gefördert werden, die mit künstlerischen Mitteln die Rolle von Frauen in der Gesellschaft dokumentieren und ihre Bedeutung hervorheben.
- Veranstaltungen, die sich mit der langen vernachlässigten Rolle von Frauen in der Kunst auseinandersetzen – sei es als Komponistinnen, bildende Künstlerinnen oder in anderen kreativen Bereichen – verdienen unsere besondere Unterstützung. Solche Formate tragen dazu bei, die Sichtbarkeit von Frauen in der Kultur zu stärken und ihre Leistungen angemessen zu würdigen.

Soziokultur und Stadtteilarbeit

Wir sind stolz auf das E-Werk, das größte soziokulturelle Zentrum Deutschlands, das als tragende Säule des städtischen Kulturlebens für ein beispiellos diverses Angebot der Hoch-, der Breiten- und der Subkultur steht. Mit seinen kostenlosen und niedrigschwelligen Formaten sichert es kulturelle Teilhabe und Begegnungsmöglichkeiten für alle und fördert zugleich die künstlerische Nachwuchsszene. Mit großer Sorge sehen wir, dass besonders diese Angebote unter der prekären städtischen Haushaltslage leiden. Kurzfristig unterstützen wir daher das E-Werk bei seinen kreativen Konzepten, um insbesondere die Arbeit des Projektbüros Soziokultur aufrecht zu erhalten. Längerfristig bekennen wir uns weiterhin zu dem Ziel, durch ausreichende städtische Zuschüsse den Beschäftigten des E-Werks ein Einkommen auf Höhe von 100% TVÖD zu sichern. Perspektivisch wünschen wir uns, dass das E-Werk wieder jenseits von Veranstaltungen einen anlassungebundenen Aufenthaltsort bieten soll. Auch mit Blick darauf muss der Bauabschnitt V so bald als möglich vollendet werden.

- Mit dem ZAM und seinen Ateliers und Werkstätten hat Erlangen einen einzigartig inspirierenden „Dritten Ort“ hinzugewonnen, der dem Lernen und Lehren, der gegenseitigen Hilfe, der Selbstwirksamkeit und nicht zuletzt der umfassenden

gesellschaftlichen Teilhabe dient. Die SPD Erlangen trägt mit großem Nachdruck das Ziel des Betreibervereins mit, sein Angebot auch preislich so niederschwellig wie nur irgend möglich zu halten. Mit Überzeugung unterstützen wir auch die Rolle des ZAM als treibender Motor einer Entwicklung der Altstadt hin zu einem Quartier des niederschwelligen kulturellen Angebots, des zwanglosen Aufenthalts und einer dazu passenden Branchenlandschaft. Wo immer möglich und nötig, soll die Stadt moderierend unterstützen, wenn das ZAM sich im Sinne neuer Synergien mit dem umliegenden Einzelhandel, dem Handwerk und Gastronomiegewerbe vernetzt.

- Der kubik soll sich weiter etablieren als attraktiver Ort für die städtische und die ehrenamtliche Kulturarbeit. Dazu muss er weiterhin seine sehr entgegenkommenden Servicekultur für die Erlanger Vereinslandschaft pflegen und ihr seine Infrastruktur so kostengünstig wie möglich (idealerweise mietfrei) anbieten können.
- Unsere Stadtteilhäuser benötigen mehr Räume. Dies gilt, obwohl kubik und Stadtteilhaus West sie mit ihrem Raumangebot für Vereine teilweise zu entlasten versprechen – denn wachsende Nachbarschaften in nachverdichteten Quartieren (etwa am Isarring, in der Housing Area und der Büchenbacher Anlage) benötigen immer mehr Orte für Veranstaltungen.
- Als Antwort auf diesen Mehrbedarf unterstützen wir die Anmietung (und vorbehaltlich einer Besserung der Haushaltslage: auch den Erwerb) von „Satellitenräumen“ in der näheren Umgebung der Stadtteilhäuser. In Frage kommen hierfür sowohl die Mitnutzung anderer städtischer Liegenschaften, etwa von Jugendclubs oder von Schulgeländen (als modellhaft hierfür sehen wir den geplanten Ausbau der Mönaus Schule zur Stadtteilschule) als auch Kooperationen mit der GEWOBAU bei Gemeinschaftsräumen (etwa beim Angertreff) oder die Nutzung aufgelassener Räume von Kirchengemeinden. Hier kann die Stadt moderieren. Den Verkauf von Immobilien, die für soziokulturelle Zwecke nutzbar wären, lehnt die SPD ab.
- Neue Räume können und sollen unsere Stadtteilhäuser zudem dazu ertüchtigen, noch mehr aktive Quartiersarbeit zu betreiben. In ihrer bewährten, wertvollen Funktion als Heimstätten zahlreicher Vereine und Initiativen, darunter vieler Migrant*innenvereine, haben sie einzigartige Möglichkeiten, diese Gruppen – und damit die Menschen im Stadtteil – noch stärker untereinander zu vernetzen. Dazu müssen sie neue, selbstentwickelte Programmformate anbieten können. Dies erfordert neben Räumen auch Personal. Langfristig halten wir hierfür an dem Ziel fest, das Amt für Stadtteilarbeit mit mehr Stunden auszustatten. Grundsätzlich sollen solche Programmformate aber auch Vereinen und Initiativen, die sich der ehrenamtlichen Quartiersarbeit verschreiben, anvertraut werden können. Wir befürworten, dass sich unter dem Dach der Stadtteilhäuser „Runde Tische Quartiersarbeit“ bilden, die ihr Herangehen an dieses Feld aus den Bereichen des Sozialen, der Kultur, der Umwelt, der Integration, der Gesundheits- sowie der Jugend- und Seniorenarbeit heraus zusammendenken.
- Angesichts der Reduzierung wohnortnaher soziokultureller Angebote von kirchlicher Seite fordern wir einen Kulturentwicklungsplan, der den ganzheitlichen Überblick über den gesamtstädtischen Rahmen und Bedarfe und Angebote in den Quartieren umfasst. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit Räume unter anderem von Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften für Stadtteilarbeit genutzt werden können.

Wir halten an der weiteren Planung für das Stadtteilhaus Eltersdorf fest und wollen diese schnellstmöglich fortführen.

Wir unterstützen alle bürgerschaftlichen Initiativen, in den Quartieren neue Orte und Anlässe der unkomplizierten Begegnung zu schaffen, die flankierend zur städtisch betriebenen und geförderten Infrastruktur wirken. Solche Orte können z.B. Nachbarschaftsgärten, Bücher- oder Spendenschränke oder Repair-Cafés sein. Zu den Anlässen zählen neu entstandene Straßenfeste und Flohmärkte, die auf ehrenamtlichen Schultern ruhen – etwa das Stadtteilfest an der Theodor-Heuss-Anlage oder das Saugrabenfest in der Altstadt.

- Wir wollen die Stadtteilfeste und Ortsteilkirchweihe erhalten und ihnen weiter städtische Unterstützung bieten, aber auch, wo möglich, stärker auf ehrenamtliches Engagement setzen.
- Dritte Orte: Städtische Institutionen der Bildung und Kultur streben an, „Dritte Orte“ zu werden, an denen sich ein niedrigschwelliges kulturelles Angebot mit der Möglichkeit zum zwanglosen Aufenthalt verbindet. Wir befürworten und fördern jegliche Initiative etwa des Stadtmuseums, des Schauspiels Erlangen, der Stadtbibliothek oder der vhs in diese Richtung. Bei der Entwicklung neuer, attraktiver Freiflächen – also Dritten Orten im offenen Stadtraum – sind in den letzten Jahren vielversprechende partizipative Planungsprozesse weit gediehen, nun aber aufgrund der Haushaltskrise ins Stocken geraten: etwa die Umgestaltung des Zollhausplatzes, aber auch die der Theodor-Heuss-Anlage und der Nördlichen Stadtmauerstraße (Saugraben), für die bereits Machbarkeitsstudien vorliegen. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass diese Planungen, bei verbesserter Haushaltslage wieder aufgenommen werden.
- Sowohl in der Metropolregion als auch mit unseren Partnerstädten ist kulturelle Kooperation eine Basis guter Beziehungen. Mit neu entstandenen und entstehenden soziokulturellen Angeboten im Umland – etwa dem Kulturhof H7 in Bubenreuth oder dem Projekt „Gewölbekeller“ in Uttenreuth – sollten unsere Erlanger Institutionen Kontakt pflegen, um Synergien bei Infrastruktur und Programmangebot auszuloten. Finanzieller Unterstützung bedarf der Austausch mit den Partnerstädten, vor allem für Jugendliche.
- Im Sinne des „Leitbilds Integration“ unterstützt die SPD Erlangen den Ausbau und die Entwicklung regelmäßiger interkultureller Veranstaltungen wie des alljährlich stattfindende „Interkulturellen Monats“, des Festes „Miteinander Leben in Erlangen“ oder des Internationalen Tags der Muttersprache.

Kreativwirtschaft

- Die Kultur- und Kreativwirtschaft in Erlangen benötigt gezielte Förderung, um ihr Potenzial zu entfalten. Dazu gehören vor allem die Bereitstellung von Räumen, wie etwa das Probenzentrum in Frauenauroach für Musik oder die Ateliers der Thalmühle für Bildende Kunst, sowie die Schaffung kreativer Arbeitsumgebungen, beispielsweise durch Coworking-Spaces. Ein inspirierendes Umfeld ist essenziell, um Kreativität und Innovation zu fördern.
- Die Sichtbarkeit der Kreativen in Erlangen muss gestärkt werden. Eine Übersicht aller Akteur*innen im kreativen Bereich könnte ihre Arbeit bekannter machen und

zugänglicher gestalten. Zudem sollte die Stadt Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit leisten, etwa durch Werbung auf Bus-Screens oder anderen Plattformen.

- Ein Forum für Kreative könnte den Austausch und die Zusammenarbeit fördern. Solche Plattformen bieten Inspiration und Möglichkeiten zur Kooperation, schaffen Orientierungspunkte für jüngere Kreative und motivieren sie, sich langfristig am kulturellen Leben der Stadt zu beteiligen.
- Wir setzen uns auf lange Sicht für eine gezielte Start-up-Förderung im kreativen Bereich ein, um innovative Ideen und Projekte zu unterstützen und neue Impulse für die Kultur- und Kreativwirtschaft zu schaffen.
- Die Vergabe von Projektgeldern sollte transparenter und zugänglicher gestaltet werden. Ein Teil des Budgets könnte zur Ausschreibung kleinerer Förderungen genutzt werden, bei denen bereits eine Projektskizze ausreicht. Dies würde insbesondere Neueinsteiger*innen den Zugang erleichtern.
- Bestehende Infrastruktur nutzen: Universität und z. B. das Fraunhofer Institut sind in Erlangen bestehende Institutionen, durch die die Einbettung neuer Erkenntnisse oder Technologien in kulturelle Kontexte prinzipiell ermöglicht werden kann. In Kontaktgesprächen u. ä. können städtische Stellen hier unterstützend tätig werden. Auch hier bestünde die Möglichkeit, Veranstaltungen wie die Festivals noch stärker in das Alltagsbewusstsein einzubetten, indem beispielsweise in Zusammenarbeit mit Studierenden versucht wird, die Einsatzmöglichkeiten von z.B. Robotik im Theater zu erforschen. Ebenso können Spieleentwickler*innen angesprochen werden, um neue Veranstaltungsformate zu erkunden.

Digitalisierung und Kultur

- Die SPD Erlangen erkennt die Bedeutung neuer Formen von Kunst, sowohl im Internet als auch lokal verortet, und setzt sich dafür ein, Künstler*innen gezielt zu fördern. Essenziell ist dabei die Bereitstellung einer modernen Infrastruktur wie Breitband und WLAN sowie die zeitgemäße Vermittlung digitaler Angebote über aktuelle Homepages und Social Media. Ziel ist es, möglichst viele Menschen zu erreichen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv an der Stadtentwicklung und an gesellschaftlichen Fragen zu beteiligen. Inhalte sollten dabei in leicht verständlicher Sprache bereitgestellt werden, um Barrieren abzubauen und eine breite Teilhabe zu ermöglichen.
- Für eine erfolgreiche digitale Zukunft der Stadt sind zwei Faktoren entscheidend: Erstens die kontinuierliche mediale Schulung und Fortbildung des städtischen Personals, um digitale Inhalte professionell gestalten zu können. Zweitens die Bereitstellung von Bildungsangeboten für Bürger*innen jeden Alters, damit sie diese neuen Technologien kompetent nutzen können. Themen wie Datensicherheit, Urheber- und Medienrecht betreffen dabei alle Generationen und müssen fortlaufend vermittelt werden. Diese sollten von städtischen Institutionen wie Bibliotheken oder Volkshochschulen angeboten werden.
- Digitalisierung im Kultursektor eröffnet neue Möglichkeiten der Vernetzung und Informationsverbreitung. Formate wie Nachrichtenticker in Bus und Bahn oder digitale Programmschaltungen (z. B. im E-Werk) könnten gezielt auf aktuelle Veranstaltungen aufmerksam machen.

- Durch den digitalen Veranstaltungskalender „zoom:in“ ist eine zentrale Plattform für die Metropolregion entstanden, die wir weiter stärken und bekannter machen möchten. Sie bietet die Möglichkeit, das vielfältige Kulturangebot in Erlangen und der Region übersichtlich, transparent und niedrigschwellig darzustellen.
- Ergänzend schlagen wir vor, perspektivisch ein jährliches Symposium zur digitalen Kunst und Kultur in Erlangen zu etablieren. Dieses könnte Künstler*innen, Kreative und Wissenschaftler*innen zusammenbringen, um neue Impulse für die digitale Kulturarbeit zu setzen und Erlangen als Vorreiter für innovative Kulturformate zu positionieren.
- Förderung hybrider Formate, die analoge und digitale Erlebnisse kombinieren, um Veranstaltungen einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Livestreams von Konzerten oder Theaterstücken könnten beispielsweise durch interaktive Online-Diskussionen ergänzt werden.
- Unterstützung von Künstler*innen, die digitale Medien wie Künstliche Intelligenz (KI), Virtual Reality (VR) oder Social-Media-Plattformen nutzen, um innovative Kunstprojekte zu realisieren.
- Nachhaltigkeit in der Digitalisierung: Langfristige Speicherung kultureller Inhalte, d. h. Aufbau eines digitalen Archivs zur Sicherung kultureller Werke und Dokumente für zukünftige Generationen.

12. Sport: Gesundheit, Integration , demokratische Werte

Ziele

Sportliche Betätigung in jedem Lebensalter dient nicht nur der Förderung bzw. Erhaltung von Gesundheit und Wohlbefinden, sondern gleichermaßen auch der Förderung von Integration, der Inklusion und der Vermittlung demokratischer Werte.

Der ideelle Reichtum einer Gesellschaft misst sich für uns an der Zeit, die die Menschen für die Entwicklung ihrer persönlichen Fähigkeiten zur Verfügung haben und an dem Grad an persönlichem Wohlbefinden, das sie in der Arbeit oder Freizeit, allein oder in der Gemeinschaft, erreichen.

Die Förderung von Sport- und Bewegungsangeboten in unserer Stadt, die für alle Menschen zugänglich sind und sich an ihren jeweiligen Bedürfnissen und Voraussetzungen orientieren, ist eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Starke einseitige Belastungen bzw. wenig bewegungsorientierte Arbeitsabläufe kennzeichnen heute die Bedingungen an vielen Arbeitsplätzen. Bewegungspausen oder Betriebssport kommen im Arbeitsalltag nach wie vor viel zu kurz. Veränderte Ernährungs- und Freizeitgewohnheiten, z. B. die Zunahme des Fernsehkonsums und die stundenlange Beschäftigung mit den elektronischen Medien einerseits und zu wenig sportliche Betätigung andererseits haben dazu geführt, dass der Gesundheitszustand eines wachsenden Teils der Bevölkerung in besorgniserregender Verfassung ist. Immer mehr Kinder und Jugendliche leiden unter Bewegungsmangel und Übergewicht. Verschärft durch die Armutsentwicklung sind besonders die Kinder aus sozial benachteiligten bzw. einkommensschwachen Familien betroffen. Als Folge von mangelnder Bewegung leiden Betroffene im fortgeschrittenen Alter häufig an Mobilitätseinschränkungen. Dies äußert sich bereits bei der jetzigen Senior*innen-Generation in unserer alternden Gesellschaft, zunehmend verstärkt durch Einsamkeit.

Die demographische Entwicklung zeigt nicht nur die Zunahme des Bevölkerungsanteils der Älteren, sie führt auch zu einer verstärkten Notwendigkeit bzw. zum Wunsch nach angemessenen Bewegungs- und Sportangeboten.

Im Sinne von Förderung, Erhaltung und Verbesserung von Gesundheit muss Sport in der Kommune ein positives Gegengewicht schaffen. Dies muss durch wohnortnahe, vielfältige, an Gemeinschaftserlebnis und sozialem Ausgleich ebenso wie am jeweiligen Lebensalter und körperlichem Leistungsvermögen orientierte Angebote für Bewegung und sportliche Betätigung ermöglicht werden. Sport in der Kommune hat auch die Aufgabe, Bürger*innen mit Migrationshintergrund, insbesondere Kinder und Jugendliche, zu integrieren. Der Sport und seine Regeln sind universell. Ebenso wie Musik kann Sport von allen Menschen über Sprachbarrieren hinweg – ungeachtet aller sozialen, ethnischen und religiösen Unterschiede – gemeinsam verstanden und betrieben werden.

Sport fördert das Miteinander der verschiedenen Nationalitäten, Kulturen sowie Generationen. Hier gibt es keinen Platz für Diskriminierung. Durch ein vielfältiges und den jeweiligen Bedürfnissen angepasstes Angebot können sich Menschen mit und ohne

Behinderung an sportlichen Aktivitäten beteiligen. Durch die Einführung des Erlangen-Pass sowie die Mitwirkung der Sportvereine konnten bereits zahlreiche sportliche Angebote auch Mitbürger*innen mit geringen finanziellen Mitteln besser zugänglich gemacht werden. Das gemeinsame Sporterlebnis vermittelt nicht nur Freude an der Bewegung, sondern eine ganze Reihe von demokratischen Werten: Achtung, Respekt, Toleranz und Solidarität. Der sportliche Wettkampf auf der Grundlage fairer, von allen akzeptierter Regeln fördert die Kultur der Gerechtigkeit und des friedlichen Miteinanders.

Um hierfür die Grundlage zu schaffen, hat sich die SPD in den vergangenen Jahren für die stetige Schaffung und Verbesserung von Sportflächen eingesetzt. Unter Führung der SPD hat der Umbau der alten ASG-Halle, der Anbau an der ASG-Halle für den Handballsport, der Neubau der beiden MTG-Hallen, die auch zur Aufführung von Theatervorstellungen eingerichtet wurden, sowie der Bau der Vierfachhalle Hartmannstraße mit Anbau des Kletterzentrum Alpenverein stattgefunden. Die SPD hat zudem den Neubau eines Hallenbads im Stadtwesten umgesetzt.

Forderungen und Perspektiven

Sportamt, Vereine, Stadtverband

Die SPD tritt weiterhin für ein leistungsfähiges Sportamt ein, welches sich für Gesundheits- und Bewegungsförderung einsetzt, mit den Sportvereinen zusammenarbeitet und ihre Arbeit unterstützt.

Dieses soll die Erledigung, Weiterentwicklung und Koordinierung der vielfältigen Aufgaben, insbesondere der Sportförderung, sowie die Zusammenarbeit von Stadt, Vereinen, Sportverband, Kindergärten und Schulen gewährleisten. Für die Bewegungsförderung in der Stadt ist die Eigeninitiative ihrer Bürger*innen in den Sportvereinen unverzichtbar.

Vereinsförderung

Über ein Drittel der Erlanger Bevölkerung ist in Sportvereinen organisiert. Damit nehmen die Vereine wichtige Aufgaben im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge und -fürsorge wahr. Diese Arbeit, insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit, aber auch der gesamte Bereich „Integration und Inklusion durch Sport“ verdient Anerkennung und muss auch künftig angemessen gefördert werden. Wir wollen mit den Vereinen, die ihre Strukturen an die veränderte Bereitschaft zum Ehrenamt anpassen wollen, Lösungen entwickeln und sie bei Bedarf bei der Umsetzung unterstützen und beraten. In diesem Zuge sollen auch der sinnvolle Aufbau von Hauptamt in Betracht gezogen und Prozesse der Umstrukturierung dahingehend vom Sportamt begleitet werden. Die städtischen Sportförderrichtlinien sind daher regelmäßig zu aktualisieren und nach Bedarf anzupassen. Dabei ist besonders auf die Jugend- und Frauen- sowie Senior*innenförderung zu achten. Bei Wegfall von städtischen Förderungen infolge der Haushaltslage ist aus diesem Grund insbesondere darauf zu achten, dass Förderprogramme im Jugend-, Frauen- und Senior*innenbereich zuletzt Kürzungen unterliegen.

Übungsleiter*innen haben im Sport eine wichtige Vorbildfunktion. Die SPD Erlangen setzt sich deshalb für die Beibehaltung der Übungsleiterpauschale auf dem jetzigen Niveau ein, damit Vereinsangebote weiterhin in bisherigem Umfang gewährleistet werden. Zur Sicherung der Qualität und zur Weiterführung der Qualifikation zur fachlichen und sozialen Kompetenz müssen regelmäßig angemessene Angebote gemacht werden.

Bereits stattfindende Schulungsprogramme, welche die Sensibilisierung für den Schutz der Persönlichkeit und gegen sexuelle Übergriffe einschließen, sollen beibehalten werden.

Bei der Vereinsförderung haben auch künftig kombinierte Schul- und Vereinssportanlagen Priorität. Dabei ist weiterhin sicherzustellen, dass die finanzielle Unterstützung durch die Stadt Erlangen zeitnah zur Fertigstellung von Projekten bzw. zur Durchführung von Aktivitäten durch die Vereine erfolgen kann. Die Stadtverwaltung soll Vereine deshalb bei der Lösungsfindung zur Zwischenfinanzierung unterstützen. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass der Förderbetrag allein schon durch die aufgrund verspäteter Auszahlung notwendigen Zwischenfinanzierungskredite aufgebraucht wird.

Ebenso sollen Vereine bei der Entwicklung von inklusiven Sportangeboten unterstützt werden. Insbesondere sollen hierfür die Möglichkeiten der Stadt genutzt werden, an betroffene Communitys heranzutreten und sich in diesen zu vernetzen, um Angebote gezielt zu bewerben.

Vereine und Sportgemeinschaften, die Leistungssport anbieten, bedürfen einer besonderen Förderung. Die zusätzlichen städtischen Mittel der Leistungssportförderung sollen bei der Vergabe an dem Kriterium festhalten, dass Leistungssport nur aus Breitensport im Jugendbereich entstehen kann. Erweiterte Trainingsmöglichkeiten sind in der Planung von Sportstätten zu berücksichtigen, wie wir es bspw. bei der Errichtung eines zweiten Hallenbades getan haben. Die Stadt soll die Vereine bei Bedarf auch darüber hinaus weiterhin unterstützen, z. B. bei der Akquirierung von Sponsoren. Bei herausragenden sportlichen Wettbewerben hat die Stadt Vereine bei begleitenden Maßnahmen zu unterstützen.

E-Sport

Wir sehen die Entwicklung von E-Sport als eine neue Form des Sports und stehen gemeinschaftlich organisierten Entwicklungen in diesem Bereich offen gegenüber. Die SPD Erlangen wird die Aufnahme von E-Sport als förderfähige Sportart in Sportförderprogramme begrüßen. Wir sehen hierin insbesondere eine attraktive Möglichkeit die gesellschaftliche Vernetzung einer weiteren Zielgruppe zu unterstützen.

Trendsportarten

Die SPD nimmt die gestiegene Nachfrage bei Rand- und Trendsportarten wahr. Wir sehen die Stadt deshalb in der Verantwortung bei neuen Vereinsgründungen beratend zur Seite zu stehen. Ebenso sollen Wege gefunden werden, wie hierfür Flächen im öffentlichen Raum sowohl für Vereinsangebote als auch für den individuellen Sport in der Freizeit genutzt und gestaltet werden können. Auch bestehende Vereine sollen dazu ermutigt werden vermehrt Trendsportarten in ihr Programm aufzunehmen, da dies u.a. einen Schlüsselfaktor darstellt, um Migrant*innen für den Vereinsbeitritt zu gewinnen.

Schwimmen lernen als gesellschaftliche Aufgabe

Die SPD Erlangen sieht das Problem des immer größer werdenden Anteils an Nichtschwimmer*innen in der Gesellschaft. Kinder sollten bereits vor der Einschulung sicher schwimmen können. Die Stadt soll deshalb allen Kindern aus Familien mit Erlangen Pass die Kostenübernahme eines Schwimmkurses bis zur Vollendung des 8. Lebensjahres garantieren. Ergänzend hierzu sehen wir das in den letzten Jahren bereitgestellte niederschwellige Angebot von Schwimmkursen im Sommer als gewinnbringend und plädieren

für dessen Beibehaltung. Ebenso soll die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, bereits in KiTas unter Begleitung der Eltern Schwimmkurse zu organisieren.

Sport in Kindertagesstätten und Schulen – Zusammenarbeit von Schule und Verein

Sportliche Betätigung in den Kindertagesstätten muss gefördert werden. Dies kann nur durch qualifiziertes Personal geschehen. Bereits hier muss den Eltern die Notwendigkeit von Sport und Bewegung für die gesunde Entwicklung ihrer Kinder bewusstgemacht werden.

Das Sportamt unterstützt Schulen weiterhin bei sportlichen Angeboten außerhalb des Schulsports. Die Ausstattung der Sporthallen ist gemäß dem Bedarf eines modernen Sportunterrichts vorzusehen. Dem Ausfall von Sportstunden muss entgegengewirkt, der Ausbau vorangetrieben werden. Der vorbildliche Schwimmsportunterricht muss erhalten und in dem der Schule nächstgelegenen Hallenbad durchgeführt werden. Dies ist besonders wichtig bei der Entwicklung von Ganztagschulen. Hier sind ebenso die Sportvereine mit ihrer Kompetenz miteinzubeziehen und besonders zu fördern. Im Ganztag sollen deshalb Möglichkeiten geschaffen werden Vereinssportangebote wahrzunehmen.

Das erfolgreiche Erlanger Modell, d.h. dass Vereine den Schulen ihre Sportanlagen und umgekehrt die Schulen ihre Sporthallen den Vereinen am Abend zur Verfügung stellen, muss erhalten und weiter gefördert werden. Wie erfolgreich die Umsetzung des Erlanger Modells ist, zeigt sich vor allem in der Vielfalt unseres Hallenangebotes. Auch in Zukunft werden wir uns für eine stetige Instandsetzung sowie Aufwertung der Hallen einsetzen.

Sportentwicklungsplanung, Bürgerbeteiligung, Familienfreundlichkeit

Eine wissenschaftlich durch die FAU begleitete Sportentwicklungsplanung wollen wir fortführen. Ein wesentliches Element hiervon ist die frühzeitige Beteiligung von Bürger*innen. In die Nutzung bestehender und die Planung neuer Anlagen sind vor allem auch Kinder und Jugendliche, einzubeziehen.

Alle Maßnahmen und Aktivitäten müssen unter dem Gesichtspunkt der Familienfreundlichkeit geplant und durchgeführt werden. Sportentwicklungsgutachten wie Sportentwicklungsplanung zeigen, dass es auch viele gibt, die nicht Mitglied in einem Verein sind bzw. nicht werden wollen. Hier hat die Kommune dafür Sorge zu tragen, dass es auch für diese Bürger*innen entsprechende Angebote gibt. Besondere Förderung, z. B. durch den ErlangenPass, erfahren sozial Benachteiligte, wenn sie sich Vereinsbeiträge oder Angebote finanziell nicht leisten können. Niemand darf aufgrund seiner sozialen Lage vom Sport ausgeschlossen werden. Die positiven Erfahrungen im Rahmen des BIG-Projektes („Bewegung als Investition in Gesundheit“) für und mit benachteiligten Frauen sind als integrativer Bestandteil in der kommunalen Sportentwicklungsplanung in Form selbstbestimmter und finanziell niederschwelliger, stadtteilbezogener Angebote weiterzuführen. Die Angebote des GESTALT-Projekts („Gehen, Spielen, Tanzen als lebenslange Tätigkeit“) sollen in allen Stadtteilen ermöglicht und ausgebaut werden. Dort, wo Lücken im Angebot bestehen, sollen neue Formen entwickelt werden. Maßnahmen und Zielgruppenangebote müssen den Bedürfnissen von Mädchen und Frauen, Senior*innen, Menschen mit Behinderung und Bürger*innen mit Migrationshintergrund entsprechen. Dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen, insbesondere nach Schutz vor sexualisierter Gewalt, muss in allen Sportstätten und bei allen Maßnahmen und Angeboten entsprochen werden.

Naherholungsbereiche, Freizeit-, Spiel- und Sportanlagen, Radwege

Sportangebote im öffentlichen Raum wollen wir ausbauen. Naherholungsbereiche wie Regnitztal, Schwabachtal, Trimm-dich-Pfade, Brucker Lache, „Handtuchwiese“, „Schweiß-tropfenbahn“, Radwege und der Grünzug im Röthelheimpark sowie bestehende Freizeit- und Sportanlagen müssen in ihrem Bestand gesichert und gepflegt werden. Der De-chsendorfer Weiher mit seinen Angeboten als Naherholungsgebiet muss erhalten bleiben und verbessert werden. Im Entwicklungsgebiet West ist in Zusammenarbeit mit interessierten und kompetenten Sportvereinen eine weitere öffentliche Sport- und Freizeit-anlage zu errichten.

Die Stadt soll sich dafür einsetzen, die Sportanlage in der Komotauer Straße zu erhalten. Die Anlage soll, wenn sich die Chance dafür ergibt, für die Stadtbevölkerung öffentlich zugänglich sein und auch zur Vereinsnutzung bereitstehen.

Schulhöfe, Freiflächen und Parkplätze sind soweit wie möglich für Sport und Spiel zugänglich zu machen. Menschen sämtlicher Generationen brauchen Bewegungsmöglichkeiten im Freien, weitere Mehrgenerationen-Bewegungsplätze sollen geschaffen werden. Spielplätze und Freizeitanlagen bedürfen der laufenden Instandhaltung und Renovierung und müssen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene für Bewegung und Spiel zur Verfügung stehen. In neuen Wohngebieten müssen Freizeitanlagen bereits in der Planung berücksichtigt und rechtzeitig errichtet werden. Dort, wo im Stadtgebiet weiterer Bedarf besteht, wollen wir zusätzliche Multifunktionssportanlagen errichten. Wir wollen prüfen, ob eine Öffnung öffentlicher Anlagen für die Errichtung privat betriebener Sanitäranlagen sinnvoll ist. Hierdurch soll der längere Aufenthalt an diesen Orten vereinfacht werden bei gleichzeitig gewährleisteter Sauberkeit der sanitären Anlagen.

Fahrrad- und Fußwege dienen nicht nur der umweltschonenden Mobilität, sie bieten gleichzeitig vielfältige Möglichkeiten von Bewegungsförderung im Alltag. Sie müssen erhalten, gepflegt und weiter ausgebaut werden. Naherholungsgebiete müssen über all-wettertaugliche Fuß- und Radwege erreichbar sein. Eine zügige Umsetzung des Radver-kehrsentwicklungs- und Ausbauplans begrüßen wir. Die SPD Erlangen setzt sich bei der Stadtplanung weiterhin für die Ausweitung von Radschnellwegen ein und unterstützt deren Planung mit hoher Priorität (siehe Kapitel III.8 Verkehr: Vorfahrt für Mensch und Umwelt).

Kommunales Bäderangebot

Die SPD möchte die öffentlichen Bäder in städtischer Hand erhalten. Grundlage des Er-langer Bäderkonzepts ist die Absage an jegliche Verringerung der Wasserflächen. Die SPD steht für die Erhaltung eines Hallenbades mit 50-Meter Bahn als Bekenntnis zum Lei-stungssport-Stützpunkt Schwimmen. Dies ist uns in der bevorstehenden Entscheidungs-findung zur Erneuerung der Hanna-Stockbauer-Halle ein zentrales Anliegen.

Die Bäder müssen familienfreundlich, barrierefrei und behindertengerecht sein. Sie müs-sen ein generationsübergreifendes Betätigungsfeld anbieten. Die erfolgreiche Frauenba-dezeit muss beibehalten werden.

Die Öffnungszeiten der Bäder sind flexibel und bürgerfreundlich zu gestalten und ent-sprechend bekannt zu machen. Zum Schutz vor Hauterkrankungen sollen mehr sonnen-geschützte Bereiche geschaffen werden.

Die Eintrittspreise für die Bäder müssen auch künftig so gestaltet werden, dass sie für alle gesellschaftlichen Schichten bezahlbar bleiben. Der Nulltarif für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre wird angestrebt. Für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende sollen weiterhin vergünstigte Tarife gelten. Von Bildungseinrichtungen ausgerichtete Schwimmfeste müssen für sie kostenfrei ermöglicht werden.

Bewerbung von Sportangeboten und Austausch mit Partnerstätten

Die Erlanger SPD will sich für ein Wiederaufnehmen von Veranstaltungen zur Präsentation der Sportangebote im Erlangen einsetzen, wie es sie bereits in der Vergangenheit im Wiesengrund gegeben hat. Dies bietet Vereinen und auch dem Sportamt die Möglichkeit, neue Zielgruppen für den Sport zu gewinnen und für die eigenen Angebote zu werben.

Um auch auf internationaler Ebene den sportlichen Austausch zu stärken, sollen Austauschprogramme unseren Partnerstätten gefördert werden. Neben bereits stattfindenden Fußballturnieren soll hierfür auch ein Austausch für in Partnerstädten ggf. weiter verbreitete Trendsportarten in den Fokus rücken.

13. Stadtplanung und Stadterneuerung: Sozial und ökologisch die Stadt der Zukunft gestalten

Ziele

Wir werden für alle Bürger*innen unserer Stadt unter Erhaltung von Natur und Umwelt ein möglichst hohes Maß an Lebensqualität und Chancengleichheit sichern. Gleichzeitig werden wir den notwendigen Bedarf in der Weiterentwicklung unserer Stadt angehen, gerade bei der Bereitstellung von ausreichend Wohnungen und von Flächen für die in Erlangen ansässigen Gewerbebetriebe. Dabei ist eine frauengerechte Stadtplanung unter Förderung und Ausbau der Mitwirkung von Bürger*innen von besonderer Bedeutung. Dies miteinander zu gestalten, heißt konkret:

- Wir werden die Bürger*innen frühzeitig und kontinuierlich an allen Planungsprozessen beteiligen (siehe auch Kapitel III.3 Kommunale Demokratie: Transparenz, Beteiligung und Ehrenamt fördern).
- Wir werden die Stadtplanung an langfristigen sozialen und ökologischen Entwicklungskonzepten orientieren.
- Wir werden die Stadtentwicklung gemeinsam mit den anderen Kommunen und Akteur*innen in unserer Region angehen.
- Wir werden die Stadtplanung so ausrichten, dass sie zur Umsetzung der Energiewende weg von den atomar-fossilen Energieträgern hin zu einer regenerativen, umweltfreundlichen Energieversorgung beiträgt (Kapitel III.7 Umwelt und Energie: Fortschritt im Einklang mit der Natur).
- Wir werden den notwendigen Bedarf an Wohnungen und Gewerbeflächen vor allem durch Entwicklung im Bestand decken. Dabei werden wir den Erfordernissen der Lebensqualität (z. B. Erreichbarkeit der Arbeitsplätze, Gestaltung des Wohnumfeldes, Versorgungs-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Erhalt von Natur und Umwelt) den Vorrang vor anderen Interessen (z. B. wirtschaftlich optimaler Flächennutzung) einräumen.
- Wir werden erhaltenswerte Stadtstrukturen und Gebäude, preiswerten Wohnraum sowie die naturräumlichen Gegebenheiten schützen.
- Wir werden die Stadtplanung an den vielfältigen Lebensentwürfen und Lebensrealitäten von Frauen orientieren, da so die Lebensqualität für alle Menschen verbessert werden kann. Frauenfreundliche Stadtplanung ist menschenfreundliche Stadtplanung.
- Wir werden den Bedürfnissen von Familien und Lebensgemeinschaften hinsichtlich Arbeitsplatzsituation und Kinderbetreuung („Kinderverträglichkeitsprüfung“) gerecht werden.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Obwohl der Stadt grundsätzlich die sogenannte „Planungshoheit“ zusteht, sind ihre Möglichkeiten, die Stadtentwicklung zu gestalten, beschränkt. Vor allem der sehr hohe Wert, den von Bund und Land erlassene Gesetze dem Eigentumsrecht bei Grund und Boden gegenüber dessen Sozialpflichtigkeit und gegenüber Gemeinwohlinteressen einräumen, schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Stadt stark ein. Dies bewirkt zum Beispiel, dass die Stadt nur beschränkte Möglichkeiten hat, dafür zu sorgen, dass neu geschaffene Wohnungen auch für die breite Masse der Menschen in unserer Stadt bezahlbar sein müssen. Ebenso fehlen der Stadt Möglichkeiten zur Steuerung der Entwicklung bei bestehenden Gewerbeflächen im Interesse der Gewerbetreibenden und Betriebe.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist es uns aber gelungen, beim Wohnungsbau insbesondere durch die Quote für geförderten Wohnungsbau, dafür zu sorgen, dass die Zahl der geförderten Wohnungen von rund 2.900 Wohnungen 2016 auf nun gut 3.400 gestiegen ist. Auch die Zahl der nicht-geförderten Wohnungen ist deutlich gestiegen.

Die Entwicklung des Siemens-Campus und der Siemens Digital Factory an der Frauenaauracher Straße ist zügig gelungen, ebenso haben wir die Weiterentwicklung der FAU, des Universitätsklinikums und vieler verbundener Forschungseinrichtungen ermöglicht. Diese stellen mit ihren Innovationen das Rückgrat für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt dar. Dieser Erfolg schafft aber auch Bedarf an Gewerbeflächen insbesondere für produzierende Betriebe und Handwerk, die in der Stadt – anders als Büroflächen – kaum noch zur Verfügung stehen.

Gerade in einer verdichteten Region wie der unseren kann Stadtentwicklung nicht isoliert nur in einer einzelnen Kommune stattfinden. Die Regionalplanung, wie sie von der CSU-geführten Staatsregierung gestaltet wird, und die dadurch geschaffenen Institutionen bieten aber kaum Anreize und verbindliche Möglichkeiten einer Entwicklung über Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinweg. Gleichwohl ist es uns gelungen, in den letzten Jahren die Kooperation in der Städteachse mit Nürnberg, Fürth und Schwabach und der Metropolregion ebenso positiv zu entwickeln wie die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Erlangen-Höchstädt und vielen Umlandgemeinden.

Forderungen und Perspektiven

Wohnungsbau und Gestaltung von Wohnquartieren

- Wir werden den Weg, in Wohngebieten eine gesunde Mischung zwischen Geschoss- und Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäusern zu erreichen, konsequent fortsetzen. Wo immer möglich, werden wir dabei die Vorgaben für geförderten Wohnungsbau und auch weitere Anforderungen an Preise und Mieten durchsetzen.
- Der Siemens-Campus mit rund 2.000 geplanten Wohnungen – davon 30 Prozent gefördert – wird das größte Projekt für den Wohnungsneubau in Erlangen sein. Wir werden das Projekt mit dem gewohnten hohen Tempo bei der Entwicklung der Bebauungspläne gemeinsam mit Siemens vorantreiben.

- Auch die nächsten Jahre wird der Fokus vor allem auf der Innenentwicklung liegen. Schwerpunkte sind dabei insbesondere die zügige Entwicklung der Regnitzstadt und die Umwandlung von ehemaligen Bürogebäuden im Umfeld der Werner-von-Siemens-Straße. Auch wollen wir weiterhin untergenutzte Flächen in den Fokus der Innenentwicklung nehmen; ebenerdige Parkplatzflächen lassen sich beispielsweise durch Bündelung in Parkdecks oder aufgeständerte Überbauung für Wohnungen nutzen.
- Die Veränderungen, die durch die Siedlungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen und Quartieren eintreten, werden wir gemeinsam mit den Bürger*innen aktiv gestalten. Damit werden wir sicherstellen, dass diese Veränderungen die Lebensqualität der Menschen verbessern (z.B. gleichzeitiges Aufwerten von Freiflächen, Spielplätzen, Begrünung, innovative und abwechslungsreiche Architektur, Kunst im öffentlichen Raum). Um die entsprechenden Instrumente – wie die kooperative Stadtplanung – zu nutzen, werden wir die entsprechenden Kompetenzen in der Stadtverwaltung aufbauen.
- In allen Stadtteilen und Quartieren muss es attraktive Zentren und Plätze als Begegnungsstätten geben. Wo diese Plätze nicht bestehen oder nicht mehr funktionieren, werden wir sie gemeinsam mit den Menschen aus dem Quartier neu schaffen oder reaktivieren. Dazu gehören auch entsprechende soziale und soziokulturelle Einrichtungen, Kunst und Kultur, Sport und Grün. Die alten Dorfkerne werden wir entsprechend erhalten.
- Bei der Gestaltung von Straßen, Plätzen, Wegen, Häusern und Wohnungen ist anzustreben, den verschiedenen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung zu tragen, z. B. durch eine Planung von Straßen und Plätzen, die zu Orten der Begegnung, des Gespräches und der Kommunikation werden. Zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens von Frauen, aber auch von älteren Menschen und Kindern im öffentlichen Raum sollen ergriffen werden, z. B. in Parkhäusern, an Bushaltestellen und in Unterführungen.
- Wir werden im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts auch die Diskussion führen, ob und unter welchen Bedingungen zusätzliche Wohnbauflächen entwickelt werden sollen. Dies soll, analog zum bereits angestoßenen Prozess zu Gewerbeflächen, mit umfassender Beteiligung der Bürger*innen und relevanter Institutionen erfolgen. Bei jeder größeren Neuausweisung muss für uns dabei durch entsprechende Instrumente sichergestellt werden, dass Bodenwertgewinne zur Schaffung der notwendigen Infrastruktur und zur Finanzierung bezahlbaren Wohnens genutzt werden.
- Wir werden den Energieverbrauch in den Wohnquartieren unter anderem durch bessere Wärmedämmung als den gesetzlichen Standard weiter absenken und die Möglichkeiten dezentraler Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen optimal nutzen. Dazu werden wir vor allem einen Schwerpunkt auf die energetische Optimierung bestehender Wohnquartiere, insbesondere mit Geschosswohnungsbau, legen. Über die Energiestandards der EnEV hinaus werden wir die Planung von Gebäuden so optimieren, dass Solarenergie und andere regenerative Energiequellen möglichst optimal genutzt und der Energieverbrauch weiter gesenkt werden kann. Dabei sind alle Maßnahmen so zu treffen, dass es nicht zu starken Mieterhöhungen kommt. Bei

Neubaugebieten muss eine umweltfreundliche und energiesparende Energieversorgung mit Einsatz regenerativer Energiequellen festgelegt werden (siehe Kapitel III.7 Umwelt und Energie: Fortschritt im Einklang mit der Natur). Ebenso wollen wir die Lade-Infrastruktur für E-Autos ausbauen, insbesondere dort, wo Menschen nicht über private Garagen verfügen, in denen sie laden können (siehe III.8 Verkehr: Vorfahrt für Mensch und Umwelt).

Innenstadtentwicklung

- Wir werden die Innenstadt weiter als attraktives Zentrum in unserer Stadt mit ihrer typischen Mischung aus Handel, Gastronomie, Kultur, Freizeit und Wohnen erhalten.
- Ein wesentlicher Impuls für die Innenstadt wird von der Entwicklung der Regnitzstadt ausgehen, wo durch Bündelung der Parkplätze in Parkhäusern Flächen für innenstadtnahes Wohnen und Gewerbe geschaffen werden.
- Die Attraktivität der nördlichen Innenstadt (nördlich des Schlossgartens, Wasserturm- und Heuwaagstraße) ist mit den Schwerpunkten Wohnen, Kultur, Einzelhandel unter Einbeziehung verkehrsberuhigender Maßnahmen weiterzuentwickeln und zu steigern (siehe III.8 Verkehr: Vorfahrt für Mensch und Umwelt).
- Der Altstadtmarkt unter Einbezug der Fuchsenwiese bietet ein erhebliches Entwicklungspotential für die Altstadt. Wir werden die zuletzt positiven Gespräche mit dem Eigentümer des Areals fortführen, um möglichst bald zu einer Neugestaltung zu kommen.
- Wir werden die Plätze der Innenstadt attraktiver gestalten, unter anderem mit mehr Grün, Sitzmöglichkeiten und – auch temporärer – Kunst.
- In der südöstlichen Innenstadt wird durch den Umzug der Philosophischen Fakultät in den „Himbeerpalast“ und die Eröffnung des „kubic“ im Frankenhof eine Bildungs- und Wissenschaftsachse entlang der Fahr-/Sieboldstraße entstehen. Darin liegt ein großes Entwicklungspotential für diesen Teil der Innenstadt, das wir im Dialog mit den Bürger*innen nutzen werden.
- Der Umzug der Universität in den Himbeerpalast und der Umzug von Siemens in den Stadtsüden werden auch das Areal rund um das Rathaus verändern. Diese Veränderungen werden wir aktiv gestalten und dabei unter anderem den Kurt-Eisner-Platz, den Rathausplatz und den Neuen Markt (nördlich wie südlich des Rathausplatzes) in den Blick nehmen.
- Wir stehen zur Entwicklung von Universitätsklinikum und Universität im Zentrum unserer Stadt. Wir wollen aber auch, dass die Stadtgesellschaft an deren Planungen besser beteiligt wird. Dies werden wir im Gespräch mit den Gremien der Universität und des Klinikums gestalten.

Gewerbeflächen

- Für die Entwicklung unserer in Erlangen ansässigen Unternehmen, gerade auch des Handwerks und der „kleineren“ produzierenden Betriebe, wollen wir Entwicklungsmöglichkeiten auch durch das Ausweisen mindestens einer neuen Gewerbefläche

schaffen. Ort und Gestaltung sollen in einem umfassenden Dialogprozess mit der Stadtgesellschaft entwickelt und schließlich durch einen Bürgerentscheid festgelegt werden. Dieses Gewerbegebiet soll auch ökologischen Modellcharakter haben.

- Wir werden dafür sorgen, dass nicht mehr oder nicht mehr so intensiv genutzte Gewerbeflächen wieder unternehmerisch genutzt werden können. Entsprechende städtebauliche Instrumente sind zu nutzen. Die Umwandlung von Gewerbe- in Wohnbauflächen werden wir mit Blick auf den Bedarf der Erlanger Betriebe an Gewerbeflächen nur in Ausnahmefällen ermöglichen.

14. Gesundheit: Vorbeugen, Pflegen, Helfen – für ein gutes Leben in Erlangen

Ziele

Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist die Schaffung von gesundheitsgerechten Arbeits-, Umwelt- und Lebensbedingungen. Wir wollen dabei eine solidarische Gesundheitsversorgung sicherstellen, die allen Menschen – unabhängig vom Einkommen – offensteht. Die Teilhabe am medizinischen Fortschritt und qualitativ hochwertige Leistungen für alle sind uns zentrale Anliegen. Die SPD setzt sich für eine Strukturreform ein, die diese Grundsätze langfristig absichert.

Wir befürworten eine bedarfsgerechte Gesundheitsprävention und medizinische Versorgung für alle Bürger*innen durch den Ausbau und die Reform des bestehenden Gesundheitswesens.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Die Coronazeit hat die Notwendigkeit eines widerstandsfähigen, gut ausgestatteten und flexiblen Gesundheitssystems verdeutlicht. Wichtige Lehren sind die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, die Sicherstellung ausreichender Personalressourcen sowie der Ausbau digitaler und diagnostischer Infrastrukturen. Gleichzeitig zeigte sich, dass eine gute Grundausstattung an medizinischen Ressourcen und eine schnelle, koordinierte Forschung entscheidend für die Bewältigung von Gesundheitskrisen sind.

In Erlangen sichern das Uniklinikum und das Waldkrankenhaus eine optimale gesundheitliche Versorgung. Das Uniklinikum Erlangen ist ein Krankenhaus der Maximalversorgung und bietet modernste medizinische Diagnostik und Therapie für die Bevölkerung der Stadt und der gesamten Region. Es sichert eine exzellente medizinische Versorgung, schafft Arbeitsplätze, fördert Forschung und Innovation, stärkt die Ausbildung im Gesundheitswesen und im Pflegebereich und trägt durch gezielte Investitionen zur Stadtentwicklung bei. Als Teil der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ist das Uniklinikum ein hochmoderner Forschungsstandort und eng mit anderen Wissenschaftseinrichtungen vernetzt. Damit ist das Uniklinikum ein wichtiger Motor für Lebensqualität, Wirtschaftskraft und Zukunftsfähigkeit Erlangens.

Als SPD Erlangen unterstützen wir aktiv den Ausbau und die Modernisierung des Klinikums. Dies stärkt und sichert langfristig den Medizinstandort Erlangen. Durch gezielte Investitionen in Infrastruktur und Wohnraum wird damit auch die Stadtentwicklung positiv beeinflusst.

Die kommunale Gesundheitspolitik hat im Rahmen der gesetzlich definierten Aufgaben nur einen begrenzten Spielraum: Die ambulante medizinische Versorgung ist durch die Niederlassungsfreiheit der Ärzte und den „Sicherstellungsauftrag“ der kassenärztlichen Vereinigungen bestimmt, die betriebsärztliche Versorgung erfolgt durch von privaten Betrieben und Verwaltungen angestellte bzw. beauftragte Betriebsärzte oder in überbetrieblichen Zentren. Die Krankenhausplanung liegt in der Kompetenz der Länder. Die

stationäre psychiatrische Versorgung erfolgt durch das Klinikum am Europakanal und in der Kopfklinik.

Der in seinen Aufgaben stark beschnittene öffentliche Gesundheitsdienst obliegt in Erlangen dem staatlichen Gesundheitsamt. Die Stadt kann im Bereich der sozialmedizinischen Dienste und der ambulanten Pflege nur dann tätig werden, wenn die freien Träger von ihrem gesetzlich eingeräumten Vorrang keinen Gebrauch machen.

Es gilt daher, die Spielräume der Gesundheitsberatung und Gesundheitsprävention für die städtische Bevölkerung gut zu nutzen. Daher ist Erlangen 2016 dem bundesweiten Partnerprozess „Gesundheit für alle“ beigetreten, um in eigener Kompetenz das gesunde und chancengerechte Leben von Menschen jeden Alters, jeder Herkunft und jeder sozialen Situation anzustreben. Dies ist eine Querschnittsaufgabe aller städtischen Handlungsebenen und ein gemeinschaftlicher Lernprozess. Insbesondere muss auch die Umweltgerechtigkeit eine Zielsetzung gesundheitsorientierter Stadtplanung werden, was auch ein neues Licht auf die Aufgaben der Verkehrsentwicklungsplanung wirft (siehe Kapitel III. 7 Umwelt und Energie: Fortschritt im Einklang mit der Natur und III. 8 Verkehr: Vorfahrt für Mensch und Umwelt).

In der „Gesundheits- und Medizinstadt Erlangen“ sind wir Sozialdemokrat*innen uns unserer besonderen Verantwortung angesichts der Geschichte der Medizin im Nationalsozialismus bewusst, wo das Gesundheitswesen dazu missbraucht wurde, Menschen auch hier in Erlangen zu quälen und zu ermorden. Die Erlanger SPD unterstützt weiterhin aktiv, dass auf dem Gelände der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Erlangen (HuPflA) ein Erinnerungs- und Zukunftsort eingerichtet wird.

Forderungen und Perspektiven

Die SPD unterstützt die ursprünglich von den Gewerkschaften initiierten Bemühungen, Erlangen als Gesundheitsstadt und Bundeshauptstadt für Medizin zu profilieren. Dabei darf es nun nicht mehr primär um die Ansiedlung und Förderung von medizintechnischen Unternehmen gehen. Die Kommune muss im oben beschriebenen Sinn ein eigenes Netzwerk zur Förderung von Gesundheitsvorsorge und nachhaltiger Gesundheitsversorgung der Bürger*innen gewährleisten, das in alle Politikbereiche der Kommune hineinwirkt.

Die 1995 gegründete „Gemeinsame Gesundheitskonferenz der Stadt Erlangen und des Landkreises Erlangen-Höchstädt“, die Teilnahme am Modellprojekt „Gesundheitsregion plus“ und die Initiativen des Vereins „Medizin und Gesundheit“ sind hierbei einzubeziehen.

Die Erlanger SPD formuliert für die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens in Erlangen folgende Ziele und Aufgaben:

Kommunale Gesundheitsförderung

- umfassende Armutsbekämpfung (siehe Kapitel III. 5 Kommunale Sozialpolitik: Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe).

- regelmäßige Erstellung einer Bedarfsplanung für die Altenhilfe durch unabhängige Institute wie im SGB XII vorgeschrieben.

Beratung

- Weitere Förderung von Einrichtungen zur Gesundheitsberatung und -bildung (vhs, Haus der Gesundheit u. a.);
- Stärkung der Selbstbestimmung der Patient*innen durch geeignete Informations- und Beratungsveranstaltungen;
- Fortführung und Ausbau der Pflegeberatung in kommunaler Trägerschaft unter Kostenbeteiligung der gesetzlichen Krankenkassen und unter Bereitstellung von Beratungssprechstunden des Bezirks als Kostenträger der „Hilfe zur Pflege“;
- Bereitstellung von Mitteln zur Förderung eines interkommunalen Trans-Beratungsangebots in Mittelfranken.

Prävention, Programme und Netzwerke

- Gesundheitsprävention und altersgerechte Sexuaufklärung bzw. Missbrauchsschutz in Kindergärten und Schulen, Entwicklung und Vernetzung von wirksamen Maßnahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit durch die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Schule, Gesundheitsamt, Erwachsenenbildung und Vereinen.
- Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt (siehe Kapitel III. 5 Kommunale Sozialpolitik: Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe).
- Sexuaufklärung und Beratung sollen das Ziel haben, die Entwicklung einer herrschaftsfreien individuellen Sexualität zu unterstützen. In diesem Sinne soll insbesondere auch die weibliche Sexualität gestärkt werden und die Entwicklung spezieller Angebote für Kinder und Jugendliche jenseits von Geschlechterrollen-Klischees gefördert werden.
- Förderung von Ernährungsunterricht und Kochkursen für alle Altersgruppen und Gesellschaftsschichten.
- Ausbau des Schulsports, Verhinderung des Wegfalls von Sportstunden, Förderung des Breitensports (siehe Kapitel III. 12 Sport: Gesundheit, Integration , demokratische Werte).
- Fortsetzung regelmäßiger Gesundheitskonferenzen mit allen Beteiligten und Verantwortlichen zur Koordinierung der Arbeit im Erlanger Gesundheitswesen.
- Das Wissen über Störungen des Körperbildes und Essstörungen soll durch geeignete Prävention insbesondere im Kindes- und Jugendalter gestärkt werden, die Angebote der Beratung und Unterstützung hierzu sollen für alle Altersgruppen gefördert werden.
- Maßnahmen der Stadt im Bereich der Suchtprävention und Drogenhilfe für alle Altersgruppen: Die Kriminalisierung der Drogenabhängigen muss durchbrochen und die Beschaffungskriminalität wirksam eingedämmt werden. Niederschwellige ambulante, teilstationäre und stationäre Hilfsangebote sind in Kooperation der städtischen Drogenberatungsstelle mit dem Klinikum am Europakanal und den in diesem Bereich

tätigen Gruppen und Initiativen zu fördern und weiter zu entwickeln. Beratungsangebote für ältere Menschen („Sucht im Alter“) und nicht stoffgebundene Suchtprobleme (wie Spielsucht, Internetsucht u.a.m.) müssen dem Bedarf entsprechend ausgebaut werden.

- Ausbau der Aufklärung und der Maßnahmen zum Schutz vor HIV-Infektion, Unterstützung der Aids-Hilfe e. V.
- Im Rahmen der kommunalen Gesundheitsförderung und in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den in der Stadt ansässigen Unternehmen: Thematisierung der negativen Auswirkungen zunehmender Leistungsverdichtung und der Angst vor dem Verlust oder der grundlegenden Veränderung des Arbeitsplatzes auf die Gesundheit der Arbeitnehmer*innen; vorhandene Dienste (sozialpsychiatrischer Dienst) sind dabei einzubinden.
- Immissions- und Emissionsschutzmessungen sind regelmäßig durch die Stadt Erlangen durchzuführen. Deren Ergebnisse müssen in die Stadtplanung einfließen (siehe III. 13 Stadtplanung und Stadterneuerung: Sozial und ökologisch die Stadt der Zukunft gestalten).

Ambulante und (teil)stationäre medizinische Versorgung

- Wir unterstützen die Einführung eines hausärztlichen Primärversorgungsmodells. Dies ermöglicht eine hochwertige und ressourcenschonende Gesundheitsversorgung, die die Qualität verbessert und gleichzeitig Kosten reduziert.
- Durch gezielte Niederlassungsförderung von Ärzt*innen in Stadtrandgebieten und neuen Stadtteilen soll die medizinische Versorgung verbessert werden.
- Die Akteur*innen der Pflegeausbildung in Erlangen und im Landkreis Erlangen-Höchstadt haben sich im Rahmen der generalistischen Pflegeausbildung zu einem Koordinationsprozess zusammengeschlossen, um so genannte Lernort-Kooperationen zu gründen. Dieser Prozess soll weiter gefördert und begleitet werden, um die Berufswahl, Ausbildung und Tätigkeit in der Pflege in unserer Stadt zu unterstützen.
- Weitere Förderung bereits bestehender und bedarfsgerechter ambulanter Versorgungsstrukturen, auch für die Versorgung seelisch Kranker, stadtteilbezogener Ausbau von Sozialstationen zur Sicherung der Versorgung in der ambulanten Kranken- und Altenpflege, Förderung der Niederlassung von Psychotherapeuten.
- Unterstützung der Universitätskliniken (Freistaat Bayern) bei ihrem Beitrag zur sozialen Versorgung der Erlanger Bürger*innen. Dabei wollen wir insbesondere die Realisierung des Masterplans Universitätskliniken zur Modernisierung der Kliniken unterstützen.
- Information und Diskussion zur Entwicklung digitaler Technologien, die unabdingbar sind zur Bewältigung der Herausforderungen zukünftiger Gesundheitsversorgung, zu deren Chancen und ethischen Aspekten.

- Bessere Vernetzung der Arbeit der in Erlangen vorhandenen hochwertigen und breit-gefächerten stationären Versorgung mit den ambulanten Strukturen im Gesundheitswesen.
- Erhaltung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Kliniksozial- und Klinikbesuchsdienste.
- Unterstützung der psychiatrischen Versorgung durch teilstationäre und nachsorgende Einrichtungen („therapeutische Kette“) und eine gemeindenahe Psychiatrie; Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen und geistigen Beeinträchtigungen durch inklusionsfördernde Arbeits- und Freizeitangebote.
- Unterstützung und Weiterentwicklung der Hebammenzentrale, die im Rahmen der Kooperation in der „Gesundheitsregion plus“ als wegweisendes Projekt für Erlangen und den Landkreis Erlangen-Höchstädt gegründet wurde.
- Bemühungen der Stadt um Nachsorgeeinrichtungen in bestehenden Kliniken oder in Kooperation mit freien Trägern. Neben der bedarfsgerechten Sicherstellung stationärer Versorgung hat der Ausbau ambulanter, möglichst stadtteilbezogener Nachsorgeeinrichtungen Vorrang.
- Schwerpunktsetzung im Bereich der ambulanten und (teil-)stationären geriatrischen Angebote aufgrund der demographischen Entwicklung; Ziel ist es, die Patient*innen, entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten und angepasst an ihre Lebenssituation medizinisch und sozialpsychiatrisch zu betreuen, mit dem Ziele ihre Selbstständigkeit zu fördern und so lange wie möglich zu erhalten. Es gelten die Grundsätze: Rehabilitation vor Pflege! Ambulant vor stationär!
- Unterstützung und Förderung der ambulanten Hospizarbeit und der Hospizstation.
- Stärkung des Bündnis Pflege, um in einem träger- und sektorenübergreifenden Ansatz den Handlungsrahmen der kommunalen Pflegeplanung zu erweitern und den fachlichen Erfahrungsaustausch aus der Pflegepraxis zu intensivieren. Die Expertise von Akteur*innen aus dem Bereich der Pflege und angrenzenden Bereichen soll gebündelt werden, um Bedarfe der lokalen Pflegeinfrastruktur differenziert und möglichst auch kleinräumig zu erfassen

Förderung von Inklusion und Selbsthilfe

- Förderung von Selbsthilfegruppen, um kranken Menschen den Weg aus ihrer oft aussichtslos erscheinenden Situation zu erleichtern und sie vor gesellschaftlicher Isolation zu bewahren.
- Förderung von Arbeits- und Wohnmöglichkeiten für psychisch Kranke und Suchtkranke.
- Weiterentwicklung der Barrierefreiheit für Behinderte.
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention als Aufgabe der Stadtgesellschaft.

Frauen

- Auswertung und Anwendung der Erfahrungen aus dem BIG-Projekt („Bewegung als Investition in Gesundheit“) des Lehrstuhls für Sportwissenschaften an der FAU mit dem Ziel, sozial Benachteiligten – insbesondere Frauen – die gleichberechtigte Teilhabe an Gesundheitsprävention und -förderung zu ermöglichen.
- Bereitstellung und Förderung von Therapieangeboten von Frauen für Frauen, z. B. im Bereich der Drogenhilfe, bei sexuellem Missbrauch usw.
- Einbeziehung der Erkenntnisse der so genannten Gendermedizin und der Forschung zu den Einflüssen des biologischen und sozialen Geschlechts in die Gesundheitsberatung, Aufklärung und Information zu diesen Themen.

15. Gleichstellung: Für Frauenrechte und queere Vielfalt in Erlangen

Ziele

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den Verfassungsauftrag zur Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen zu verwirklichen. Wir verstehen Frauen- und Gleichstellungspolitik intersektional. Wir sehen, dass nicht alle Frauen gleich stark von Unterdrückung und Benachteiligung betroffen sind oder darunter leiden. Auch unter Frauen gibt es Gruppen, die beispielsweise durch ihre Bildungschancen oder Hautfarbe bessergestellt sind als andere, die zusätzlich aufgrund ihrer Behinderung, ihres Alters oder rassistisch diskriminiert werden. Daraus erwächst für uns der Auftrag, mehrfach benachteiligte Frauen besonders zu unterstützen und zugleich gemeinsam dafür zu sorgen, dass jede Frau selbstbestimmt und sicher leben kann.

Sozialdemokrat*innen wollen daher:

- die bestehenden Benachteiligungen und Diskriminierungen von Frauen in unserer Gesellschaft beseitigen, d. h. auch Männerprivilegien abbauen,
- die Ursachen von Gewalt gegen Frauen und ihre vielfältigen Erscheinungsformen aufdecken und abschaffen,
- die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau aufheben,
- für die Frauen die Möglichkeiten zur eigenständigen Sicherung der Existenz durch gleichberechtigte Teilnahme an der Erwerbstätigkeit, zur selbständigen Wahrnehmung ihrer Interessen und zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben schaffen,
- das Bewusstsein aller dafür stärken, dass die Entwicklung unserer Gesellschaft zu mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität entscheidend auch davon abhängt, ob für Frauen die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung verwirklicht wird, und dass sie von Frauen und Männern durchgesetzt werden muss.
- Dabei ist insbesondere auch die Mehrfachdiskriminierung, z.B. von Frauen mit Migrationshintergrund oder Frauen mit Behinderung, zu berücksichtigen.

Die Diskriminierung von Frauen muss auch von der Kommune bewusst gemacht und soweit wie möglich durch gezielte Maßnahmen aufgehoben werden. Die sinnvolle Perspektive auf andere Dimensionen der Benachteiligung („Charta der Vielfalt“/„diversity“) darf nicht zur Schwächung der gleichstellungspolitischen Ansätze führen: Frauen- und Gleichstellungspolitik muss als eigenständiger Bereich erhalten bleiben und mit großem Nachdruck vorangetrieben werden.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Seit 2014 haben wir der Gleichstellungspolitik ein deutlich höheres Gewicht gegeben. Die Gleichstellungsstelle wurde auf unseren Antrag seit 2020 personell und finanziell deutlich gestärkt. Der Oberbürgermeister, in dessen Verantwortungsbereich die Gleichstellungsstelle fällt, hat nach innen und außen sein Interesse an und seinen Einsatz für dieses Themenfeld durchgehend deutlich gemacht. Seit 2016 gibt es die erste Ehrenbürgerin, eine zweite seit 2025: Dies stärkt die Wahrnehmung von Frauen für die Entwicklung unserer Stadt.

Die Schaffung einer Verwaltungseinheit zum Thema „Vielfalt und Chancengleichheit“ erleichtert es, die Benachteiligung von Frauen auch in der Überschneidung mit anderen Dimensionen der Diskriminierung in den Blick zu nehmen. Die Nutzung gendersensibler Sprache konnte in der Verwaltung breit verankert werden. Eine Plakatkampagne zum Thema Sexismus hat diesem größere öffentliche Aufmerksamkeit verschafft.

Um die Perspektiven und Bedürfnisse von Frauen sichtbarer zu machen, hat die Stadt auf Antrag der SPD Workshops zu den Themen der geschlechtersensiblen Haushaltspolitik (Gender Budgeting) und „Frauen und Klimawandel“ durchgeführt.

Im Bereich der Personalpolitik haben wir eine eingehende Analyse zum Anteil von Frauen in den mittleren Führungspositionen der Stadt beantragt, der seit langem stagniert. Im Rahmen des Masterplans Personalmanagement haben wir durchgesetzt, dass das Projekt „Führung in Teilzeit“ als ein wichtiges Instrument der Frauenförderung hohe Priorität erlangt und schrittweise durchgesetzt wird. Für die Tochterunternehmen der Stadt haben wir Gleichstellungskonzepte beantragt.

Im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit haben wir erreicht, dass in den Projekten des Erlanger Jobcenters Frauen stärker berücksichtigt werden, spezielle Angebote für Alleinerziehende aufgebaut und Förderkonzepte für migrantische Frauen entwickelt wurden.

Mit der umfassenden Veranstaltungsreihe zu 100 Jahre Frauenwahlrecht, die wir beantragt und mit Haushaltsmitteln ausgestattet haben, haben wir ein weiteres Signal zur Bedeutung der Frauenrechte gesetzt. Durch eine Stadtführung zur Frauengeschichte bleibt ihre historische Rolle dauerhaft wahrnehmbar. Seit 2020 findet im Frauenmonat März auf unseren Antrag eine Veranstaltungsreihe statt, zudem verdeutlichen Veranstaltungen zum Internationalen Tage gegen Gewalt an Frauen (25.11.) die Brisanz dieses Themas. Zugleich hat sich die Präsenz von Frauen bei städtischen Veranstaltungen, zum Beispiel im Kulturbereich deutlich verbessert. Damit wurde eine langjährige Forderung der SPD umgesetzt.

Beim Schutz von Frauen vor Gewalt konnten wir mehrere deutliche Verbesserungen erreichen. Die auf Antrag der SPD eingerichteten Rettungsinseln als Anlaufstellen während der Bergkirchweih wurden zum „Safe Space“ weiterentwickelt, um die Bedrohung durch Gewalt in dieser Zeit zu verringern. Die Präsenz von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen des „Safe Space“ während der Bergkirchweih wurde auf den Bürgermeistersteg erweitert. Für geflüchtete Frauen konnten wir ein gezieltes Beratungsangebot durchsetzen. Die

Zuschüsse an Frauenhaus und Notruf wurden erhöht, durch einen Zuschuss an ein Projekt des Vereins Cassandra fördern wir den Schutz von Prostituierten vor Gewalt.

Die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsartikeln in öffentlichen Einrichtungen und Schulen, die wir durchgesetzt haben und die der Tabuisierung dieses Themas und dem Problem der Periodenarmut entgegenwirken soll, wurde seit 2021 in ersten Schritten umgesetzt.

Das Frauenzentrum, das von 1996 bis 2014 durch drastische Mittelkürzungen nur ein stark eingeschränktes Angebot aufrechterhalten konnte, haben wir durch den Zuschuss für eine hauptamtliche Mitarbeiterin wieder in die Lage versetzt, ein breites Veranstaltungsprogramm zu sozialen, kulturellen und politischen Themen, die Frauen betreffen, anzubieten. Auch mit der Aufnahme von speziell an Frauen gerichteten Angeboten in das Programm der Volkshochschule wurde eine SPD-Forderung umgesetzt. Auf Antrag der SPD erhält auch die Arabische Fraueninitiative seit 2019 einen Zuschuss für ihre Tätigkeit.

Antifeminismus als Pfeiler rechtsextremer Bewegungen und die gefährliche Wirkung herrschender Männlichkeitsbilder wurden in städtischen Veranstaltungen diskutiert.

Für die Sichtbarkeit und Interessen queerer Menschen konnten wir mehrere wichtige Fortschritte erreichen:

- Einrichtung eines queeren Zentrums mit städtischer Förderung,
- Unterstützung von Veranstaltungen wie Christopher Street Day und IDAHOBIT,
- mehr Sichtbarkeit im öffentlichen Raum, u. a. durch Regenbogenbänke in der Innenstadt,
- Beratung für queere Jugendliche.

Forderungen

- Wir wollen alle kommunalpolitischen Möglichkeiten ausschöpfen, das Arbeitsplatzangebot für Frauen in Erlangen zu verbessern. Dabei sollen auch familienfreundliche Arbeitszeiten geschaffen werden. Zudem sollen Männer gezielt dazu ermutigt werden, sich in größerem Umfang an Care-Arbeit zu beteiligen und Elternzeit zu nehmen. Im Bereich der Haushaltshilfen wollen wir Maßnahmen wie das Projekt des DHB unterstützen, die sozialversicherte Beschäftigung zu fairen Bedingungen ermöglichen.
- Im kommunalen Bereich sollen die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen durch gezielte Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen (Weiterentwicklung und konsequente Umsetzung des Gleichstellungskonzepts) hergestellt werden.
- Im städtischen Haushalt wollen wir Schritte hin zu einer geschlechtergerechten Verteilung der Ressourcen unternehmen (Pilotprojekte in einzelnen Ämtern); bei Haushaltskürzungen sind Angebote für Frauen weitgehend auszunehmen.
- Die Gleichstellungsstelle wollen wir weiterhin mit zwei Planstellen und ausreichenden Haushaltsmitteln ausstatten und die Vernetzung mit den Gleichstellungsbeauftragten in den städtischen Tochterunternehmen stärken. Auch die Tochterunternehmen sollen

im Rahmen des Beteiligungsmanagements Gleichstellungsberichte einfordern. Insbesondere bei der Sparkasse setzen wir uns für eine beschleunigte Veränderung in diesem Bereich ein.

- Gleichstellung (geschlechtersensibles Handeln, „Gender Mainstreaming“) werden wir als Ziel auf allen Ebenen der Stadtverwaltung und bei den städtischen Töchtern noch stärker verankern und umsetzen und dafür in allen Referaten und Ämtern entsprechende Kompetenzen verankern, geschlechtsspezifische Daten erheben und Maßnahmen entwickeln. Dies gilt insbesondere auch bei neuen Fragestellungen (wie Klimaanpassung oder Digitalisierung) und Maßnahmen.
- Wir wollen spezifische Beratungs- und Fortbildungsangebote (in Zusammenarbeit mit Erlanger Jobcenter und vhs) für arbeitslose Frauen – auch für diejenigen ohne Anspruch auf Leistungen nach der Grundsicherung – organisieren. Dabei müssen Angebote insbesondere für alleinerziehende Langzeitarbeitslose ausgebaut werden.
- Ein umfassendes und – insbesondere auch im Hinblick auf Öffnungszeiten – bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen ist zu sichern (siehe Kapitel III. 16 Familie und Lebensgemeinschaften: Frei und gesichert zusammenleben).
- Wir wollen aufsuchende Sozialarbeit speziell für Frauen anbieten, z.B. in Form eines Frauenfrühstücks in städtischen Einrichtungen in den Stadtteilen.
- Wir wollen die Sicherstellung einer frauengerechten Stadtplanung unter Förderung und Ausbau der Bürgerinnenmitwirkung (siehe III. 13 Stadtplanung und Stadterneuerung: Sozial und ökologisch die Stadt der Zukunft gestalten und Kapitel III. 3 Kommunale Demokratie: Transparenz, Beteiligung und Ehrenamt fördern).
- Im öffentlichen Raum wollen wir das Sicherheitsgefühl von Frauen stärken, u. a. durch die Beleuchtung von Haltestellen und Zuwegen oder Parkplätzen an Endhaltestellen der Buslinien und eine geeignete Beleuchtung auf der Wöhrmühlinsel. Frauenparkplätze müssen erhalten bleiben.
- Im Bereich der Frauengesundheit wollen wir in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen für mehr Aufklärung sorgen. Für Schwangerschaftsabbrüche müssen Information und Beratung gesichert werden. Insbesondere für Mädchen brauchen wir mehr Aufklärung für ein positives Körperbild.
- Klimaanpassungsmaßnahmen sind für Frauen, insbesondere für schwangere und ältere Frauen, besonders wichtig. Deshalb wollen wir Räume zum Schutz vor Hitze ausweisen, für mehr Grün und Beschattung sorgen und mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen errichten.
- Wir wollen verstärkt kostenlose Menstruationsartikel in städtischen Einrichtungen und Schulen anbieten. Das Netz an öffentlichen Toiletten wollen wir erhalten und ausbauen und für ausreichende Zahlen von Damentoiletten sowie diversen Toiletten sorgen. Für stillende Mütter sollen Räume angeboten werden, z. B. in öffentlichen Einrichtungen.

- Wir werden die Existenz der bestehenden Frauenprojekte sichern und ihnen einen Rahmen für ihre Weiterentwicklung bieten; dazu insbesondere das in Erlangen vorhandene Frauenzentrum auf Dauer finanziell sichern.
- Wir wollen den Mütter- und Familientreff bezuschussen und dessen hauptamtliche Arbeit unterstützen.
- Wir wollen die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen fördern mit dem Ziel, Gewalt gegen Frauen und Kinder zu bekämpfen; insbesondere durch die Mitarbeit der städtischen Gleichstellungsstelle an diesem Themenbereich weitere Maßnahmen und Kampagnen entwickeln und unterstützen.
- Die Stadt soll eine Konzeption zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft erarbeiten. Das Jugendamt soll noch stärker für die Probleme in Bezug auf das Umgangsrecht gewalttätiger Partner sensibilisiert werden und Expertinnen (z. B. des Notrufs) z. B. in Fällen psychischer Erkrankungen hinzuziehen. In städtischen Einrichtungen sollen Awareness-Programme durchgeführt werden.
- Wir wollen die ausreichende finanzielle Förderung der Projekte, die im Bereich „Gewalt gegen Frauen“ arbeiten (Frauenhaus, Kindergruppe Frauenhaus, Notruf).
- Wir wollen mehr geschützte Räume für Frauen anbieten. Der Frauenbadetag wird fortgeführt.
- Mädchenspezifische Jugendarbeit soll weiterhin gefördert werden.
- Wir brauchen gezielte Angebote zur Förderung des kritischen Umgang mit der Darstellung von Rollenbildern, geschlechtliche Identität und sexueller Orientierung und zur Sensibilisierung für Gewalt im digitalen Bereich, insbesondere in den sozialen Medien .
- Wir wollen die Förderung von Frauenkulturangeboten (siehe Kapitel III. 11 Kultur: Raum für Vielfalt und Teilhabe), Vermeidung von Veranstaltungen ohne angemessene Beteiligung von Frauen, Förderung eigener Angebote von und für Frauen.
- Im Bereich der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung muss die Stadt ihre Spielräume nutzen, um Vorurteile und Geschlechterstereotypen, z. B. bei der Berufswahl, zu bekämpfen (s. Kapitel III. 10 Bildung: Startblöcke für unsere Zukunft).
- Im vhs-Programm müssen die Interessen von Frauen angemessen berücksichtigt werden, z. B. durch gezielte Angebote zur beruflichen Weiterbildung von Frauen und zum Thema finanzielle Unabhängigkeit
- Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag (8. März) und zum Tag gegen Gewalt an Frauen (25. November) werden wir organisatorisch und finanziell unterstützen: Dazu wird u. a. weiterhin eine jährliche Veranstaltungsreihe der Stadt im „Frauenmonat März“ gemeinsam mit Frauenorganisationen geplant und finanziert.
- Die Geschichte der Erlanger Frauen wollen wir fortschreiben und u. a. den virtuellen Rundgang zur Frauengeschichte aktualisieren.
- Wir wollen den generationenübergreifenden Dialog von Frauen* durch geeignete Veranstaltungsformate und Begegnungsmöglichkeiten fördern.

- Bei der Weiterentwicklung der Gesundheits- und Medizinstadt sowie allen Projekten und Wettbewerben müssen Frauen verstärkt berücksichtigt werden.
- Wir wollen weiterhin Bürgerinnenversammlungen anbieten und andere geeignete Formen der politischen Beteiligung von Frauen entwickeln, bei öffentlichen Veranstaltungen der Stadt die Präsenz von Frauen sichern sowie bei der Moderation städtischer Veranstaltungen auf die Einbeziehung von Moderatorinnen achten.
- Für alle Gremien und Beiräte (etc.) der Stadt, für die das gesetzlich möglich ist, wollen wir eine Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent einführen.
- Wir fordern die Berücksichtigung der besonderen Belange von Frauen mit Migrationshintergrund bei der Umsetzung des städtischen Leitbilds „Integration“ in allen Maßnahmen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen.
- Der Benachteiligung von Frauen, die Kopftuch tragen, unter anderem auf dem Arbeitsmarkt, muss die Stadt durch Aufklärung entgegenwirken.
- Wir wollen die Förderung der Beteiligung und öffentlichen Sichtbarkeit von Migrantinnen.
- Kinderbetreuungsangebote für Deutsch- und Integrationskurse sollen die Angebote für Frauen besser zugänglich machen.
- Die Durchführung von Projekten und Kampagnen, die sich kritisch mit der Körperwahrnehmung auseinandersetzen, soll insbesondere auch Sport- und Bewegungsangebote für Mädchen einschließen.
- Bei der Umsetzung der Inklusion von Menschen mit Behinderung werden wir die Sichtweisen und Bedürfnisse behinderter Frauen in den Blick nehmen und durch geeignete Veranstaltungen den Forderungen der Betroffenen Gehör verschaffen und diese berücksichtigen.
- Fragen der Gleichstellung und Frauenpolitik müssen noch stärker in die internationalen Beziehungen der Stadt einbezogen werden; die direkte Begegnung von Kommunalpolitikerinnen und frauenpolitisch Engagierten ist zu fördern.
- Wir wollen die Förderung von Projekten und Veranstaltungen, die der Vereinsamung alleinlebender Menschen entgegenwirken.

Kritische Auseinandersetzung mit den Rollenerwartungen an Frauen und Männer

- Um Gleichstellung zu erreichen, müssen Männer und die Einschränkungen, denen sie wie alle anderen durch starre Rollenbilder und die Begrenzung auf zwei Geschlechter unterliegen, ebenso öffentlich thematisiert werden wie die schädlichen Auswirkungen und Kosten (Gewalt, Männergesundheit, psychische Gesundheit) des herrschenden Männlichkeitsbildes. Dafür wollen wir Veranstaltungen und Kampagnen durchführen und dabei auch den Zusammenhang von Rechtsextremismus und Antifeminismus thematisieren.
- Jungen- und Männerarbeit, die die kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeiten fördert, wollen wir ausbauen und Selbsthilfegruppen von Männern unterstützen.

Anerkennung und Unterstützung für gleichgeschlechtliche Paare und queere Menschen

- Wir werden durch aktive städtische Unterstützung dafür sorgen, dass gleichgeschlechtliche Lebensweisen in Erlangen nicht diskriminiert werden, bzw. entsprechende Einrichtungen bezuschussen (siehe Kapitel Kapitel III. 16 Familie und Lebensgemeinschaften: Frei und gesichert zusammenleben).
- Junge Menschen müssen durch geeignete Beratungsangebote in ihrer Identitätsfindung, insbesondere hinsichtlich ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität unterstützt werden.
- Die Sichtbarkeit gleichgeschlechtlicher Lebensweisen, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität werden wir stärken, z. B. durch Veranstaltungen, Kampagnen, Ausstellungen, deutlichere Einbeziehung bei Kulturangeboten, und mit der Aufarbeitung der historischen Verfolgung und Diskriminierung dieser Gruppen, insbesondere in der NS-Zeit, beginnen.
- Die Stadt wird Veranstaltungen wie den Christopher Street Day oder IDAHOBIT weiterhin aktiv unterstützen.
- Das Queere Zentrum soll weiterhin unterstützt und nach Möglichkeit finanziell stärker gefördert werden.
- Wir werden die Maßnahmen zur Sichtbarkeit queerer Menschen im öffentlichen Raum (wie Regenbogenbänke u. a.) fortführen.

16. Familie und Lebensgemeinschaften: Frei und gesichert zusammenleben

Ziele

Die SPD will für das private Zusammenleben von Menschen keine festen Leitbilder vorgeben. Sozialdemokratische Familienpolitik ist offen für alle Formen partnerschaftlicher und familiärer Lebensgestaltung. Familie ist für uns die Lebensgemeinschaft Erwachsener mit Kindern. Wir wollen Alternativen zu dem traditionellen, verfestigten Rollenverständnis ermöglichen, damit Frauen und Männer in eigener Verantwortung über eine partnerschaftliche Gestaltung des Zusammenlebens entscheiden können. Wir wollen, dass Lesben, Schwule und trans- und intersexuelle Menschen ein Leben ohne Diskriminierung führen können.

In der Gesellschaft, die wir anstreben, müssen alle Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit, also auch die Familienarbeit, anerkannt und zwischen Frauen und Männern gleich verteilt werden. Die privaten und gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen müssen auch im wahrsten Sinne des Wortes herrschaftsfrei gestaltet sein. Sozialdemokratische Gesellschaftspolitik will auch helfen, die Rechte der Kinder zu wahren.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Trotz aller Wandlungen, die sich auch im Bereich der Familie vollzogen haben, sucht der oder die Einzelne in der Familie Geborgenheit, Verständnis und verlässliche menschliche Beziehungen. Dies gilt in gleichem Maß für alle anderen Formen von Lebensgemeinschaften.

Darüber hinaus erfüllt die Familie die wichtigen Aufgaben ideeller und wirtschaftlicher Natur, die zum lebendigen Erhalt einer Gesellschaft notwendig sind und die in unserer Gesellschaftsordnung vorwiegend privater Organisation überlassen bleiben. Veränderte Erwartungen und Ansprüche von Frauen stehen heute oft im Widerspruch zu gesellschaftlichen Strukturen und überkommenen Rollenbildern.

Kontinuierliche Berufstätigkeit ist von jeher für Männer und inzwischen auch für die meisten Frauen ein selbstverständlicher Teil der Lebensplanung. In Familien mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen ergeben sich daraus besonders hohe Anforderungen an die Organisation des täglichen Lebens. Fehlende Unterstützung durch entsprechende öffentliche Angebote (z.B. im Bereich der Kinderbetreuung und der Pflege) trotz des positiven Trends der steigenden Übernahme von Erziehungsverantwortung durch mehr Männer verschärft die Belastungssituation für Frauen und führt zur Zuspitzung von Konflikten in der Familie. Diese Entwicklungen werden noch verstärkt durch die gestiegenen Anforderungen in Bezug auf Mobilität und Flexibilität von Arbeitnehmer*innen.

Besondere Belastungen entstehen für alleinerziehende Mütter und Väter, da sich für sie Berufs- und Erziehungstätigkeit nur unter größten Anstrengungen vereinbaren lassen. Fort- und Weiterbildung oder beruflicher Aufstieg sind unter diesen Umständen kaum zu

realisieren. Für immer mehr Eltern stellen Kinder ein Armutsrisiko dar, immer mehr Kinder und Jugendliche leben in Armut oder sind davon bedroht.

Auch Kinder haben eigene Grundrechte, die von den Eltern beachtet werden müssen. Sozialdemokratische Gesellschaftspolitik will helfen, die Rechte der Kinder zu wahren.

Dafür müssen u.a. Elternbildung und Maßnahmen zur Stärkung der Erziehungskompetenz stärker ausgebaut werden.

Allen Formen von Gewalt in Familien und Lebensgemeinschaften ist entgegenzuwirken, hierzu bedarf es vor allem der Aufklärung und entsprechender Hilfs- und Schutzangebote.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik muss diesen Notwendigkeiten Rechnung tragen und dabei alle Formen von Lebensgemeinschaften einbeziehen.

In Bayern haben Eltern einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, der sich nach dem Alter des Kindes richtet. Ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zur Einschulung muss die Stadt für jedes Kind einen Betreuungsplatz bereitstellen. Für Grundschulkinder wird ab 2026 schrittweise ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung eingeführt. Als kommunaler Träger nimmt das Jugendamt eine Mehrfachrolle ein, indem es sowohl den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung gewährleistet als auch selbst Träger von Kindertageseinrichtungen ist.

Das Betreuungssystem steht unter großem Druck: Der Fachkräftemangel führt zu verkürzten Öffnungszeiten und zu einer höheren Belastung des vorhandenen Personals. Familien sind mit steigenden Gebühren und den Auswirkungen des Fachkräftemangels konfrontiert. Hinzu kommt, dass der Umgang mit Kindern mit besonderen Herausforderungen eine zusätzliche Anforderung darstellt und diese Gruppe, auch seit Corona, deutlich wächst.

Forderungen und Perspektiven

- Die Erlanger SPD will den begonnenen massiven Ausbau der Kindertagesstätten fortsetzen. Damit werden wir den prognostizierten Bedarf decken und bis zum Jahr 2032 bis zu 500 weitere Plätze in der Kinderbetreuung schaffen. Diese werden über das Stadtgebiet verteilt entstehen, um den steigenden Bedarf in allen Stadtteilen zu decken.
- Die Erlanger SPD will zur Entlastung der Familien, Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehenden und für eine familienergänzende Erziehung die bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung mit Kinderkrippen, -gärten und -horten ausbauen. Horte sollen möglichst in der Nähe der Schulen liegen. Die Öffnungszeiten müssen den Interessen berufstätiger Eltern angepasst werden, d. h. bedarfsgerechte Angebote in Randzeiten geschaffen werden.
- Die städtischen Kindertageseinrichtungen ergänzen das Angebot der freien Träger und stellen sicher, dass alle Kinder Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung, Erziehung und Betreuung haben. Durch die enge Verzahnung mit den Angeboten der Jugendhilfe und durch die gezielte Verortung in Stadtteilen mit hohem Sozialindex leisten sie

einen wichtigen Beitrag zur Integration, zur Familienförderung und zur Betreuung von Kindern in sozial schwierigen Lebenslagen.

- Insbesondere die Spiel- und Lernstuben nehmen eine besondere Rolle in der pädagogischen Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Herausforderungen ein. Die Stadt nimmt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle als pädagogischer Grundversorger wahr, da sie mit speziellen Konzepten Kinder unterstützt, die in anderen Einrichtungen nicht ausreichend gefördert werden bzw. schwer unterzubringen sind.
- Um den sich verändernden Anforderungen bedarfsgerecht begegnen zu können, ist eine Neuausrichtung des Gesamtsystems der Kindertagesbetreuung unter qualitativ bestmöglichen fachlichen Anforderungen anzustreben. Ziel muss dabei sein, Schnittstellen effizienter zu gestalten, vorhandene Ressourcen besser zu nutzen und die Partnerschaft mit den freien Trägern weiter auszubauen.
- Zugleich muss die Qualität erhalten und weiterentwickelt werden. Dazu werden wir alle Anstrengungen unternehmen, um ausreichend qualifiziertes Personal für die Kinderbetreuung zu finden (z. B. Projekt „PiA“ - Praxisintegrierte Ausbildung zum* zur Erzieher*in - bei der Stadt, Ausbildungsangebote in Teilzeit, Prüfung der Einrichtung einer Fachakademie).
- Wir ermutigen und unterstützen Organisationen wie die muslimische Gemeinde oder die indische Community in ihrer Absicht, die Trägerschaft von Kindertageseinrichtungen zu übernehmen.
- Das bestehende Angebot in der Tagespflege und deren bedarfsgerechter Ausbau sind zu sichern.
- Eltern-Kind-Gruppen und Elterninitiativen und insbesondere niederschwellige Angebote für Eltern mit Migrationshintergrund sind zu fördern.
- Wir unterstützen Bürgerinitiativen, Vereinen und anderer sozialer Organisationen im Bereich der schulischen Förderung und der Freizeitgestaltung.
- Wir wollen den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter aktiv umsetzen und eine kooperative Zusammenarbeit und Vernetzung von Jugendhilfe und Schule sicherstellen. (siehe Kapitel III. 10 Bildung: Startblöcke für unsere Zukunft).
- Sowohl der Bund als auch der Freistaat Bayern, der dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) im Bundesrat zugestimmt hat, sind als Gesetzgeber in der Verantwortung, den Kommunen die erforderlichen Mittel für die Umsetzung des neu geschaffenen Rechtsanspruchs zur Verfügung zu stellen.
- Vom Freistaat Bayern fordern wir, seine bildungspolitische Verantwortung wahrzunehmen und mit aus reichend schulischen Ganztagsangeboten die Umsetzung des Rechtsanspruchs zu unterstützen. Der Gesetzgeber muss die Schulseite zur Zusammenarbeit mit der kommunalen Seite verpflichten und in die Mitverantwortung nehmen.

- Ebenso muss ein Landesgesetz die offenen Fragen zur Ferienbetreuung so ausgestalten, dass eine Umsetzung möglich wird.
- Bei der Einrichtung von Kindertagesstätten und Ganztagsbetreuungseinrichtungen müssen attraktive naturnahe Außenbereiche mitgeplant werden.
- Die interkulturelle Bildung muss in den pädagogischen Tageseinrichtungen und in der Jugendarbeit konzeptionell entwickelt und umgesetzt werden; hierfür müssen auch bei Neueinstellungen Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden; auch bedarf es der Sensibilisierung und Schulung der pädagogischen Mitarbeiter*innen (interkulturelle Kompetenz).
- Eine familienfreundliche Gestaltung der Wohnbereiche, des Wohnumfeldes und des öffentlichen Nahverkehrs wird angestrebt; darauf soll bereits in der Stadtplanung Rücksicht genommen werden; in jedem Aufstellungsverfahren für einen Bebauungsplan soll eine Kinderverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden.
- Wir wollen die gleichmäßige Ausstattung aller Stadtteile mit Spielplätzen für alle Altersgruppen einschließlich der pädagogischen Betreuung fortsetzen, vorhandene Lücken schließen und alle Einflussmöglichkeiten der Stadt auf die Errichtung und Gestaltung wohnungsnaher Kleinkinderspielplätze nutzen.
- Die Leistungsfähigkeit der Familien- und Erziehungsberatungsstelle der Stadt ist weiterhin sicherzustellen; bewährte Projekte und Initiativen der Drogen- und Suchtprävention sind fortzuführen und müssen zusätzliche Unterstützung erfahren.
- Im Rahmen der Partnerschafts- und Trennungskonfliktberatung ist verstärkt auch der Bedarf an juristischer und finanzieller Beratung zu decken, beispielsweise durch eine engere Vernetzung und Kooperation mit den sozialen Beratungsstellen für Finanz- und Schuldenfragen.
- Angebote der Gesundheitsförderung sind insbesondere für hoch belastete allein- und getrennterziehende Familien zu schaffen bzw. zu stärken. Dies umfasst sowohl Konzepte allgemeiner familiärer Gesundheitsförderung als auch spezifische Angebote für allein- und getrennterziehende Mütter und Väter.
- Im Bereich der Arbeitsmarktqualifikation und -förderung wollen wir passgenaue Beratungsangebote schaffen, die auf die spezifische Situation allein- und getrennterziehender Eltern zugeschnitten sind (Online-Beratung, flexible Termingestaltung, individuelles Coaching, Förderung der sozialen Vernetzung).
- Wir werden jede Möglichkeit ausschöpfen, Alleinstehenden mit Kindern, die sich ohnehin in einer schwierigen Lebenssituation befinden, lange Wartezeiten bei der Wohnraumbeschaffung zu ersparen und Wohnungen anzubieten, die auch neue Wohnformen wie Wohngemeinschaften zulassen.
- Zur Förderung von Teilhabe wollen wir Teilhabeangebote wie den ErlangenPass, die kommunale Gestaltung des Bildungs- und Teilhabepakets sowie Projekte wie die Optimierte Lernförderung sichern und weiterentwickeln.

- Wir werden Voraussetzungen schaffen, damit öffentliche Räume (Turnhallen, Sportplätze, Pausenhöfe etc.) Kindern und Jugendlichen im Rahmen pädagogischer Konzepte frei zugänglich gemacht werden, und sie umweltverträglich und spielfreundlich gestalten.
- Wir wollen Wohnprojekte für jugendliche Mütter schaffen.
- Wir werden genderspezifische Beratungsangebote, besonders für benachteiligte Mädchen, aber auch ein entsprechendes Angebot für Jungen und trans- bzw. intersexuelle Jugendliche einrichten.
- Schutz- und Zufluchtsangebote für Jugendliche, die von Gewalt betroffen sind, sind in Erlangen einzurichten, darunter auch geschlechtsspezifische Projekte.
- Wir werden die Fortsetzung der Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt in Familien und Lebensgemeinschaften durch Aufklärung, Prävention und geeignete Hilfsangebote in Erlangen initiieren und bereits Vorhandenes ist finanziell besser auszustatten.
- Der Diskriminierung queerer Partnerschaften und Familien werden wir entgegenwirken. Im überörtlichen Bereich setzt sich die Erlanger SPD für die Gleichstellung alternativer mit konventionellen Lebensgemeinschaften ein.
- Das Leitbild Integration der Stadt Erlangen und Inklusion wollen wir verwirklichen. Besondere Unterstützung und Hilfe brauchen zudem Flüchtlingsfamilien mit Kindern, die sich in schwierigen und teils prekären Lebenssituationen befinden. Die SPD Erlangen spricht sich gegen eine Trennung von Flüchtlingsfamilien durch Zwangsausweisungen aus.

17. Junge Menschen: Selbstbestimmt leben – Stadt solidarisch gestalten

Ziele

Die Zukunft einer menschenfreundlichen und solidarischen Gesellschaft hängt entscheidend davon ab, dass jungen Menschen heute eine Entwicklung in Freiheit und Gleichheit statt unter Fremdbestimmung und Konkurrenzdruck ermöglicht wird. Wir sind davon überzeugt, dass Menschen sozial und solidarisch sind, wenn ihnen die Umstände in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung das erlauben. Sozialdemokratische Jugendpolitik ist deshalb Politik für die Freiheit und Gleichheit junger Menschen in allen Lebensbereichen. Sie wirkt darauf hin, Chancengleichheit herzustellen, Mitbestimmungsrechte durchzusetzen und Freiräume zu erhalten und auszubauen, damit junge Menschen ihr Leben selbstbestimmt und solidarisch gestalten können. Dabei setzen wir als Erlanger SPD auf das Prinzip der Selbstverwaltung. Wir streben daher eine gute Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Organisationen der gebundenen (Stadtjugendring) und den Gruppen der offenen Jugendarbeit an.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Junge Menschen wollen ihr Leben selbstbestimmt gestalten und sich mit ihren Ideen in die Gesellschaft einbringen. Dabei stoßen junge Menschen aber oft auf Widerstände: Wenn sie bestehende Strukturen und Vorgehensweisen in Frage stellen, wird dies von anderen teilweise als Bedrohung empfunden. Wenn sich junge Menschen im öffentlichen Raum entfalten wollen, wird schnell nach „hartem Durchgreifen“ gerufen. Dabei entstehen die Konflikte um die Nutzung des öffentlichen Raums auch daraus, dass jungen Menschen zu wenige Einrichtungen zur Verfügung stehen, in denen sie ihre Freizeit selbstbestimmt und ohne Konsumzwang gestalten können. Dem haben wir in den letzten zehn Jahren entgegengewirkt, indem wir die Wöhrmühlinsel zur Freizeitfläche umgestaltet, an Lösungen für den Bürgermeistersteg als Aufenthaltsort für junge Menschen gearbeitet und die Weiterentwicklung des Café Krempl als Begegnungsort unterstützt haben. Aber auch die Förderung von Vereinen über den Stadtjugendring und die Förderung des E-Werks schaffen Räume für junge Menschen. Genauso wichtig wie der Zugang zu (konsumfreien) Räumen ist es für junge Menschen, selbstständig von A nach B kommen zu können. Wichtige Beiträge für das Vorankommen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren in den letzten Jahren die konsequente Umsetzung der Fahrradstadt, die Erweiterung der Nightliner-Busse und die Nacht-S-Bahn nach Nürnberg.

Gleichzeitig steigen die Anforderungen, die die Gesellschaft und insbesondere die Wirtschaft an junge Menschen stellen: Junge Menschen sollen in immer kürzerer Zeit eine möglichst hohe und umfassende Bildung, möglichst mit Auslandsaufenthalt und praktischer Berufserfahrung absolvieren, und möglichst besser als alle Mitschüler*innen oder Mitstudierende. Dadurch stehen junge Menschen unter einem großen Leistungsdruck und

in ständiger Konkurrenz zueinander. Gute Bildung für alle bedeutet für uns, dass Schulen Lern- und Lebensorte sind, an denen Schüler*innen sich wohlfühlen und sich nach ihren Interessen und in ihrem individuellen Tempo entwickeln können. Dafür haben wir zahlreiche Schulen saniert und sehr modern ausgestattet.

Nach der Schulzeit sind junge Menschen überproportional stark bedroht von der Prekariisierung des Arbeitsmarktes, von unbezahlten Praktika, befristeter Beschäftigung, und vor allem bei formal niedrigerer Qualifikation auch von Niedriglöhnen. Verstärkt wird das durch eine Verschärfung der sozialen Ausgrenzung durch unzureichenden Zugang zu bezahlbaren Wohnungen, „Warteschleifen“ vor der beruflichen Ausbildung und fehlenden eigenständigen Ansprüchen auf soziale Unterstützung. Das Leben vieler junger Menschen findet dadurch unter erheblicher ökonomischer Unsicherheit und hoher psychischer Belastung statt: Das erschwert eine selbstbestimmte Lebensplanung und eine solidarische Haltung gegenüber denen, die es vielleicht noch ein bisschen schwerer haben. Mit der Eröffnung der Jugendberufsagentur wurde eine wichtige Anlaufstelle für junge Menschen vor und während der Ausbildung geschaffen. Für junge Menschen in akuten Notlagen wurde eine Notschlafstelle eingerichtet. Mit dem ErlangenPass haben wir dafür gesorgt, dass junge Menschen mit niedrigen Einkommen besseren Zugang zu Kultur, Sport, Freizeitangeboten und vergünstigten Nahverkehrstickets erhalten.

Forderungen und Perspektiven

Erstens: Mädchen!

- Wir wollen die Aktivitäten zur Berufswahl von Mädchen weiterführen und ausbauen, mit besonderem Fokus auf Berufe, in denen Frauen bisher unterrepräsentiert sind (MINT-Fächer, gewerblich-technische Berufe). Ebenso wollen wir Angebote zur Berufswahl von Jungen in sozialen Berufen stärken. Dafür sollen bestehende Informationsveranstaltungen der Stadt (z.B. EBIT, Girls-and-Boys-Day), aber auch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen (z.B. konfessionelle Bildungswerke, Hochschule, lokale Arbeitgeber, Gewerkschaften) genutzt werden.
- Geschlechtersensible Erziehung gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, ihre individuellen Stärken unabhängig von geschlechterbezogenen Erwartungen und Rollenbildern zu entfalten. Bestehende Konzepte dafür müssen umgesetzt werden: durch eine verpflichtende Fortbildung für Erzieher*innen und die Verstetigung von Fortbildungsmöglichkeiten für alle pädagogischen Berufen z.B. in Kooperation mit der Uni.
- Die wichtige Arbeit der Jugend- und Familienberatungsstelle, die u.a. in den Bereichen Partnerschaft, Sexualität, Aids, Schwangerschaft und Drogen berät, muss insbesondere bei den psychosozialen Angeboten für Jugendliche ausgebaut werden. Es muss außerdem zusätzliche Angebote für queere Jugendliche (wie im Queeren Zentrum) geben. Die Beratung soll auch dezentral in den Stadtteilen erfolgen.

Arbeit und Ausbildung

- Die Stadt muss weiterhin möglichst viele Ausbildungsplätze in der Verwaltung und in kommunalen Eigenbetrieben anbieten. Sie muss jungen Mitarbeitenden

Weiterbildung und -entwicklung ermöglichen und entsprechende Angebote verstärkt bewerben. Dem bestehenden Mangel an Ausbildungsplätzen muss die Stadt auch durch spezifische Fachklassen entgegenwirken.

- Die Angebote der Jugendberufsagentur in Erlangen müssen beibehalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Für die Angebote der vom Jugendamt durchgeführten Jugendsozialarbeit muss von der Stadt langfristig mehr Personal bereitgestellt werden. Gleichzeitig setzt die Stadt sich auf Landesebene für eine bedarfsgerechte (und damit umfassendere) Finanzierung der Jugendsozialarbeit an Schulen durch den Freistaat Bayern ein.
- Berufspraktika bieten eine wichtige Orientierung für Jugendliche, können und sollten deshalb an allen Schulformen gefördert werden, zum Beispiel über eine Plattform zur Suche nach geeigneten Praktikumsplätzen. Das Konzept des qualifizierten Praktikums, das vom städtischen Bildungsbüro mitentwickelt wurde, wollen wir fortführen.
- Die Stadt muss dafür sorgen, dass Benachteiligungen bestimmter Gruppen (Migrant*innen, Jugendliche mit Behinderung, Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen) auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt abgebaut werden. Dazu gehört, dass die Stadt Ausbildungsplätze an junge Menschen aus diesen Gruppen vergibt.
- Jugendliche Arbeitslose, und hier besonders Mädchen und Frauen, müssen besonders unterstützt werden. Dazu gehören insbesondere auf die Situation der jeweiligen Gruppe angepasste Maßnahmen zur (Weiter-)Qualifizierung und Nachbetreuung. Bereits bestehende erfolgreiche Projekte des Jobcenters in diesem Bereich müssen weitergeführt werden.
- Eine Teilzeitausbildung kann jungen Menschen mit besonderen Herausforderungen (z.B. junge Mütter mit und ohne Migrationsgeschichte, Jugendliche mit Behinderung oder psychischer Erkrankung) das Aufnehmen und Abschließen einer Ausbildung ermöglichen. Die Stadt muss diese Möglichkeit selbst anbieten und durch Informations- und Unterstützungsangebote für lokale Ausbildungsbetriebe stärken.

Wohnraum für junge Menschen

- Nicht nur Studierende, sondern auch Auszubildende haben große Probleme, in der Stadt Erlangen geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Ein Teil der Lösung für Studierende sind die Angebote des Studierendenwerks und anderer Träger. Die Stadt Erlangen soll durch die Schaffung eines Azubiwerks ein entsprechendes Angebot für Auszubildende schaffen. Der konkrete Zweck eines solchen Azubiwerks ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende, soziale Beratung und Unterstützung sowie Mitbestimmung und Vernetzung der Bewohnenden. Die Wohnungen des Azubiwerks sollen sowohl jungen Menschen in betrieblicher als auch schulischer Ausbildung zur Verfügung stehen. Die Höchstmiete muss in einem vertretbaren Verhältnis zur tatsächlichen Ausbildungsvergütung der Bewohnenden stehen. Lokale Ausbildungsbetriebe sollen durch den Kauf von (begrenzten) Belegrechten an der Finanzierung des Projekts beteiligt werden.
- Die Stadt wird weiterhin, in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk und dem Sprecher*innenrat der Universität, Studierenden Hilfen bei der Wohnungssuche

anbieten. Dazu gehört auch, eine Möglichkeit für die Bewohner*innen von Studierenden-Wohnheimen zu schaffen, ihre Wohnungen mit anderen Studierenden zu tauschen. Immer wieder werden Studierenden Wohnungsplätze fernab ihres Studienstandortes vermittelt. Dies geschieht insbesondere aufgrund der Tatsache, dass Studierende beim Einzug weder die Lage der Fakultät noch die des Wohnheimes kennen. Die Stadt Erlangen sollte sich deswegen an der Einrichtung einer Wohnungstauschbörse beteiligen, die den Mieter*innen verschiedener Studierenden-Wohnheime in Erlangen die Möglichkeit bietet, Zimmer mit vergleichbaren Mietverträgen zu tauschen.

- Bei der Vermietung städtischer Wohnungen müssen junge Menschen, Alleinerziehende, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung vorrangig berücksichtigt werden.
- Im Rahmen des SGB II muss die Stadt die Genehmigung des eigenständigen Wohnsitzes für junge Menschen, wann immer möglich, erteilen.

Kultur, Sport und Freizeit

- Junge Menschen brauchen Platz in der Stadt und haben ganz selbstverständlich ein Anrecht auf die Nutzung des öffentlichen Raums. Bei der Stadtplanung muss das Interesse junger Menschen berücksichtigt werden, Plätze und Räume für die selbstständige Gestaltung ihrer Freizeit vorzufinden. Bei Konflikten in der Nutzung von Plätzen, Frei- und Grünflächen soll die Stadt vermitteln. Die erprobten Lösungsansätze für den Bürgermeistersteg führen wir fort und evaluieren sie weiterhin. Die Situation an der Wöhrmühle wollen wir durch zusätzliche Beleuchtung und (soweit möglich) Sanitäranlagen sicherer und attraktiver gestalten. Ganz besonders fehlen zugängliche Freizeitflächen für junge Menschen in Stadtteilen mit hoher Dichte an studentischem Wohnen in der Innenstadt und im Süden im Umfeld des Süd-Campus/Technische Fakultät/Erwin-Rommel-Wohnheim.
- Sport und Freizeitangebote müssen für alle Jugendlichen bezahlbar sein. Den ErlangenPass-Plus wollen wir bekannter machen und weitere Vereine als Kooperationspartner gewinnen. Die Stadt muss gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass auch für Jugendliche, die keinem Verein beitreten wollen, Sport-, Freizeit- und Kulturangebote zur Verfügung stehen.
- Die Abenteuerspielplätze werden weiterhin ausreichend unterstützt. Das Angebot sollte ausgebaut werden.
- Das E-Werk als wichtiger Freizeit- und Kulturort wird von der Stadt weiterhin bezuschusst und die Förderung wieder deutlich erhöht, sobald die Haushaltssituation der Stadt dies ermöglicht.

Teilhabe an Bildung, Kultur und Freizeit

- Stadtteilhäuser und Familientreffpunkte sind wichtige Ankerpunkte für Gemeinschaft und Teilhabe. Sie müssen finanziell gestärkt werden, um ihre Arbeit fortsetzen, ihre Angebote ausweiten und eine stabile soziale Infrastruktur gewährleisten zu können.
- Begegnungsstätten wie das Café Krempel sollten als Vorbild für Projekte in weiteren Stadtteilen dienen, um soziales Miteinander und Teilhabe zu fördern. Dies erfordert

eine enge Zusammenarbeit mit Träger*innen der Jugendarbeit sowie kirchlichen und kulturellen Gemeinschaften.

- Die Ausbildung von Erzieher*innen bildet die Grundlage für gute und inklusive Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche. Angesichts des anhaltenden Fachkräftemangels sollte die Stadt dafür auch eine gemeinde- und/oder trägerübergreifende Zusammenarbeit in Erwägung ziehen.
- Die Fortbildungsangebote der Stadt und freien Träger für Erzieher*innen müssen unter anderem für die Arbeit mit Kindern mit Migrations- und Fluchtgeschichte und mit besonderem Förderbedarf fortgeführt und ausgebaut werden. Dabei geht es nicht nur um gute Betreuung, sondern auch um die Entlastung und Unterstützung der Erzieher*innen.
- Die Stadt muss die Zusammenarbeit mit Trägern wie dem Muslimischen Bildungswerk und der vhs erheblich intensivieren, um Bildungs- und Integrationsprojekte zielgerichtet umzusetzen und nachhaltig zu fördern.
- Das Familien-ABC als wichtiges niederschwelliges Informationsangebot, das in verschiedenen Sprachen verfügbar ist, muss weitergeführt, besser beworben und in verstärkter Kooperation mit Vereinen und Stadtteilhäusern an die Bevölkerung herangetragen werden.
- Das Bildungspatenprogramm "Die Begleiter" muss fortgeführt und weiterentwickelt werden. Ein Schwerpunkt dabei sollte die Suche nach mehr ehrenamtlichen Bildungspatinnen und -paten sein.
- Der „Zirkus SJoRi – Integratives Zirkuszeltlager“ des Stadtjugendrings muss wieder gezielt gefördert werden, da er ein einzigartiges kulturelles und pädagogisches Angebot für Kinder und Jugendliche bietet. Dabei soll es weiterhin ermöglicht werden, dass Kinder mit ErlangenPass ermäßigten Zugang erhalten.
- Alle sozialen Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen konsequent den ErlangenPass berücksichtigen, um soziale Teilhabe für alle jungen Menschen in der Stadt sicherzustellen.
- Die bereits von der SPD-Fraktion beantragte Kampagne für ein gemeinsames Branding von (Sport-)Vereinen im Rahmen des ErlangenPass muss mit Nachdruck vorangetrieben werden, um die Bekanntheit des Passes zu steigern sowie ErlangenPass-Inhaber*innen einen einfacheren Zugang zu den Angeboten zu ermöglichen.
- Für junge Menschen mit Behinderung muss das Ziel der Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht werden.
- Die Stadt ist aufgefordert, aktiv zu prüfen, in welchem Umfang Barrierefreiheit bei geförderten Umbaumaßnahmen verbindlich eingefordert werden kann, und dabei die politischen und praktischen Umsetzungsmöglichkeiten sorgfältig zu bewerten.

Jugend(sozial)arbeit

- Junge Menschen sollen für ehrenamtliche Jugendarbeit begeistert und in ihrem Engagement dort unterstützt werden: Wer ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätig ist, soll

die für seinen Bereich notwendige Unterstützung sowohl in finanzieller Hinsicht als auch bei der Aus- und Weiterbildung erhalten. Die Stadt wird weiterhin über den Stadtjugendring kostenfreie Möglichkeiten zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen anbieten.

- Wir setzen uns für Orte ein, an denen Jugendliche sich ohne Konsumzwang aufhalten können. Als Ziel sollte es in jedem Stadtteil mindestens einen offenen Jugendtreff geben. Wir unterstützen sowohl die selbstverwalteten Jugendclubs und -zentren (z. B. das selbstverwaltete Zentrum Wiesengrund) als auch die freien Träger der Jugendarbeit dabei, solche Orte anzubieten. Für die Koordination und als Anlaufstelle dieser Einrichtungen muss die Stadt Personal bereitstellen. Wo Angebote wegfallen, muss die Stadt in den Dialog mit Trägern, Jugendlichen und Stadtgesellschaft treten, um diesen Wegfall zu kompensieren.
- Ein ausreichendes Angebot an Räumen für Jugendgruppen vor allem in den Stadtteilen muss gewährleistet werden; Sanierungsmaßnahmen sollen von der Stadt unterstützt werden. Den Jugendorganisationen soll, auch über den Stadtjugendring, eine ausreichende Ausstattung zur Verfügung gestellt werden.
- Die Stellen der Stadt im Bereich der Jugendarbeit und des Stadtjugendrings müssen erhalten bleiben und wo notwendig aufgestockt werden. Die Mitarbeitenden müssen ebenfalls regelmäßige Möglichkeiten zur Weiterbildung haben.
- Die Jugendsozialarbeit der öffentlichen und freien Träger wollen wir weiter fördern und mit ausreichend Personal und Mitteln ausstatten. Damit das leistbar wird, setzen wir uns im Städtetag und darüber hinaus dafür ein, dass Bund und Freistaat die Finanzierung der Kommunen entsprechend verbessern.
- Jugendliche in prekären Situationen benötigen besonders viel Unterstützung. Darum wollen wir insbesondere in den Stadtteilen, in denen viele junge Menschen mit knappen finanziellen Mitteln wohnen, die aufsuchende Jugendsozialarbeit (z.B. Streetwork) stärken. Auch die Jugendberufsagentur hat häufig mit Jugendlichen mit erhöhtem sozialpädagogischen Förderbedarf Kontakt. Sie wollen wir mit einer zusätzlichen Stelle für diese Aufgabe ertüchtigen.
- Städtische Mitarbeitende, die im Kontakt mit jungen Menschen stehen, müssen regelmäßige Fortbildungen zu den Themen Jugendschutz, sexualisierter Gewalt und Missbrauch, zu psychischer Gewalt und Mobbing im Internet, aber auch hinsichtlich verfügbarer Hilfsangebote erhalten. Entsprechende Weiterbildungen müssen auch für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit zur Verfügung stehen.
- Demokratiebildung ist nicht ausschließliche Aufgabe der Jugendarbeit, aber findet auch dort statt und ist durch den selbstorganisierten Charakter besonders gut zugänglich. Auch zu diesem Thema müssen Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit professionelle Fortbildungsmöglichkeiten und Anlaufstellen angeboten werden (siehe Kapitel III. 10 Bildung: Startblöcke für unsere Zukunft)

Beteiligung und Mitbestimmung

- Wir bekennen uns klar zu umfassender Jugendbeteiligung und nehmen die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen ernst. Ein Instrument dabei soll weiterhin das Jugendparlament sein, dessen Arbeit wir weiter fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass das JuPa die bayernweiten Qualitätsstandards für kommunale Jugendvertretungen erfüllt und stat-ten es entsprechend aus. Wenn das JuPa Reformen anstrebt, unterstützen wir es da-bei. Um die gute Arbeit des Jugendparlaments gewährleisten zu können, wollen wir die Bekanntheit des JuPa steigern und bei zukünftigen Wahlen auch die Schulen stär-ker in die Verantwortung nehmen.
- Wir betrachten den Kinder- und Jugendgipfel als einen großen Erfolg und möchten diesen in Zukunft weiterentwickeln. Dazu treten wir in den Dialog mit dem Stadtju-gendring und weiteren Partner*innen.
- Die Beteiligungsprojekte des Stadtjugendrings zu verschiedenen städtebaulichen Maß-nahmen waren sehr erfolgreich. Wir möchten, dass solche Maßnahmen künftig bei al-len größeren Projekten der Stadtentwicklung durchgeführt werden können und stellen dafür Mittel zur Verfügung. Dabei sollen auch die städtischen Behörden umfassend zum gegenseitigen Nutzen eingebunden werden.

Öffentliche Verkehrsmittel - Selbstständig von A nach B

- Die Fahrpläne des ÖPNV müssen an die Öffnungszeiten der öffentlichen Jugend- und Freizeiteinrichtungen angepasst werden.
- Das Angebot der Nachtbusse (insbesondere die Night-Liner) muss erhalten und ausge-baut werden; hierbei ist eine bedarfsgerechte Einbindung aller naheliegenden Ge-meinden in das Liniennetz die Zielsetzung
- Die (Zug-)Verbindung nach Nürnberg und Fürth (sowie allgemein ins Umland), insbe-sondere durch die Nacht-S-Bahn, muss beibehalten und erweitert werden.
- Der Bau bzw. die Umsetzung der StUB soll möglichst schnell erfolgen; bei der Realisie-rung werden außerdem die Anliegen und die präferierten Mobilitätsströme von jungen Menschen besonders berücksichtigt werden (z.B. zu Schulen, Universität und Ausbil-dungsplatz; tagsüber sowie nachts). Langfristig setzen wir uns auch für die Erweite-rung der StUB auf den Ostast ein.
- Die Stadt soll sich auf allen politischen Ebenen für eine Fortsetzung des vergünstigten Deutschland Tickets für Studierende sowie des 365€-Tickets für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende einsetzen.
- Die Stadt muss weiter auf das Ziel der autofreien Mobilität für Kinder und Jugendliche hinarbeiten: Es sind Voraussetzungen zu schaffen damit Kinder ermutigt werden, ih-ren Schulweg sicher und selbstständig zurückzulegen (zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem ÖPNV), insbesondere das direkte Umfeld von Schulen und Kindergärten soll erhöhte Verkehrssicherheit bieten.

- E-Scooter werden vor allem von jungen Menschen genutzt und sind eine wichtige Mobilitätsform. Für das Abstellen von E-Scootern soll eine bessere Lösung gefunden werden (z.B. feste Mobilpunkte zum Abstellen).
- Das Angebot der VAG-Leihfahrräder in Erlangen soll beibehalten und durch weitere Mobilpunkte und die Ausweitung der Flexzone erweitert werden. Die Stadt Erlangen soll sich dafür einsetzen, dass VAG-Leihfahrräder zukünftig schon ab 14 Jahren ausgeliehen werden können, wie bei E-Scootern bereits möglich, und nicht erst ab 18.
- Als Fahrradstadt setzt Erlangen darauf jungen Menschen schon früh Material und Know-how zur Verfügung zu stellen, um das eigene Fahrrad zu reparieren, z.B. durch mobile Fahrradwerkstätten in den Schulen und im E-Werk sowie Fahrradreparaturstellen in der ganzen Stadt. Die Fahrradreparaturstellen müssen regelmäßig gewartet werden.

18. Ältere Menschen: Selbstständigkeit wahren und unterstützen

Ziele

Wir wollen eine zukunftsorientierte kommunale Senior*innenpolitik in Erlangen gestalten.

Das Wissen und das Engagement der älteren Generation wollen wir positiv nutzen. Ältere Menschen sollen sich ihren Wünschen entsprechend am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.

Eine am Leitbild der gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe im Alter orientierte Politik muss alle älteren Menschen in die Lage versetzen, vor dem Hintergrund persönlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Sie muss eine befähigende Politik sein und sowohl an den individuellen Kompetenzen und der individuellen Handlungsfähigkeit als auch an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, Strukturen und Prozessen ansetzen. Dabei ist es für uns besonders wichtig, ein selbständiges Leben im gewohnten Wohnumfeld so lange wie möglich zu sichern und hierfür erforderliche Hilfen bereitzustellen. Deshalb unterstützen wir die konsequente Umsetzung des für die Stadt Erlangen ausgearbeiteten senior*innenpolitischen Konzepts. Dieses übergeordnete Leitbild kommunaler Senior*innenarbeit im Stadtgebiet Erlangen soll gleichwertige Teilhabe- und Verwirklichungschancen für alle Erlanger*innen im Alter eröffnen.

Zudem wollen wir im Sinne einer mitfühlenden Gemeinde gezielt soziale Kontakte und den Zugang zu Informationen für Senior*innen fördern – besonders im Fall von Krankheit und höherem Alter. Dies hilft, Vereinsamung zu verhindern – ein wichtiger Faktor für die Gesundheit älterer Menschen. Durch Einbindung in soziale Netze und ein gemeinsames Sorgenetzwerk wird Lebensqualität und Lebensfreude bis ins hohe Alter und auch bei schwerer Krankheit unterstützt. Dies schafft ein Bewusstsein für gemeinsame Verantwortung und fördert ein würdiges, humanes Miteinander am Lebensende.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Auch in Erlangen werden Menschen erfreulicherweise immer älter. Dadurch steigt der Anteil von Senior*innen in der Bevölkerung. Diese demografische Entwicklung ist eine gesellschaftspolitische Herausforderung, die eine zukunftsorientierte kommunale Politik für ältere Menschen erfordert.

Das senior*innenpolitische Konzept der Stadt Erlangen sowie Umfragen zu Wohnen im Alter verweisen darauf, dass die meisten Menschen so lange wie möglich in ihrem vertrauten Wohn- und Lebensumfeld bleiben möchten. Das muss Konsequenzen bei der Stadtplanung haben, wie z.B. beim Angebot von ausreichend bezahlbarem und barrierearmem bzw. barrierefreiem Wohnraum in allen Stadtteilen, dem Angebot von (Tages-/Nacht-)Pflegeplätzen und der erforderlichen Infrastruktur, ebenso bei der quartiersbezogenen Förderung soziokultureller Angebote z. B. in Stadtteilhäusern.

Senior*innen nutzen als Teil der Gesamtbevölkerung die gesamte Infrastruktur der Kommune. Bei ihnen sind jedoch altersspezifische Beeinträchtigungen wie eingeschränktes Hören, Sehen, Gehen zu berücksichtigen. Die Bedürfnisse von Senior*innen müssen formuliert und in alle Bereiche eingebracht werden, damit sie von der Politik und den entsprechenden Stellen innerhalb der Verwaltung mitgedacht werden können.

Forderungen und Perspektiven

Unser Anspruch als Sozialdemokrat*innen ist es, die Bedürfnisse und Interessen von Senior*innen zu erfahren, zu benennen und in enger Kooperation mit ihnen kommunalpolitische Entscheidungen zu treffen. Dabei sind auch die Interessen der älteren Menschen mit Migrationsgeschichte in der kommunalen Seniorenarbeit entsprechend zu berücksichtigen.

Wohnen und Leben im Alter in Erlangen

- Die demografischen Veränderungen sollen durch das Amt für Statistik weiterhin kontinuierlich erfasst werden, wie z.B. in den Untersuchungen zum demografischen Wandel, zur Sozialstruktur in den Bezirken und der Umfrage zum „Wohnen im Alter“. Diese Fokussierung ist auszubauen, deren Ergebnisse sind bei allen Entscheidungen einzubeziehen.

Um das selbständige Leben im eigenen Stadtteil weitgehend zu ermöglichen, sind erforderlich:

- ein ausreichendes Angebot von wohnortnahen, bezahlbaren, altersgerechten Wohnungen für die stetig wachsende Zahl von Senior*innen, sowie von Wohnungen in angemessener Größe für die zunehmende Gruppe von alleinstehenden Senior*innen (siehe auch Kapitel III. 6 Wohnen: Eine Stadt für alle sichern).
- Angebote und Beratungen zum Thema „Weitgehend barrierefrei Wohnen“ und bei Bedarf auch aufsuchende Beratung zur Anpassung der Wohnung an veränderte Lebenssituationen.
- die Stärkung und gute Erreichbarkeit des Pflegestützpunktes und dessen Angebote von, wenn notwendig, auch aufsuchender Beratung.
- Die enge Zusammenarbeit der Pflegeberatung mit der Beratung für Menschen mit Behinderung und der Wohnberatung und senior*innenspezifischen Angeboten im Quartier, insbesondere der Abteilung für Alter- und Generationsfragen, soll verstetigt und weiter verstärkt werden.
- Förderung und Ausbau der ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfe: Ehrenamtlich organisierte Angebote wie das Stadtteilcafé 56 Nord oder der Einsatz der Fahrradrickscha in Büchenbach sollen als „best practice“ auch in anderen Stadtteilen Nachahmung finden. Die dafür notwendigen ehrenamtlichen Strukturen sind zu stärken.
- Erhalt und bedarfsweiser Ausbau der ambulanten und stationären Pflege durch politische und städtische Unterstützung ausreichender und den Bedarfen entsprechender Tages-/ Nacht- und Kurzzeitpflegeplätze.

- Pflegende Familien, in denen „24-Stunden-Betreuungskräfte“ arbeiten, sollen beraten werden, um für diese Kräfte arbeits- und sozialrechtlich gute und faire Arbeitsverhältnisse zu gestalten.
- ausreichende und den Bedürfnissen der Senior*innen entsprechende Pflegeplätze (auch für LGBTIQ und kultursensible Angebote).
- Ausbau der Unterstützungsangebote für die große Gruppe der pflegenden Angehörigen.
- die Umgestaltung des öffentlichen Raums nach Kriterien der Barrierefreiheit für alle Generationen in den verschiedenen Stadtteilen (z.B. auch ausreichend senior*innengerechte Sitzgelegenheiten), einschließlich barrierefreier öffentlicher Toiletten und so genannter „Toiletten für alle“ in ausreichender Zahl.
- Ausbau von Aktivplätzen für alle Generationen.
- Angebote für Senior*innen als fester Bestandteil in den vorhandenen städtischen Stadtteilbegegnungszentren.
- der Ausbau und die Stärkung der städtischen „Seniorenanlaufstellen“ in den Stadtteilen als niederschwelliger Zugang zu Beratung für alle Lebenslagen, Vernetzung und Unterstützung, ebenso die Öffentlichkeitsarbeit zum Bekanntmachen des Angebots.
- In einem umfassenden nachbarschaftlich orientierten Quartiersansatz sollen bedarfsgerechte Hilfen für Menschen entwickelt und erprobt werden, die Unterstützung bei der Bewältigung ihres Alltags, bei der Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben im Wohnviertel sowie im vorpflegerischen Bereich bzw. bei (beginnender) Pflegebedürftigkeit benötigen. Die vorhandenen Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen sollen genutzt und weiterentwickelt werden, z.B. durch präventive Hausbesuche und Aktivierungsangebote.
- Wir wollen das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen – beginnend bei den noch Berufstätigen in Altersteilzeit – fördern und ihnen ermöglichen, sich nach ihren Interessen einzubringen.
- Es geht dabei auch um den Aufbau und die Förderung von Netzwerken, die Vereinsamung verhindern und gegenseitige Unterstützung ermöglichen.
- Es sollen neue Angebotsformate für soziale und kulturelle Teilhabe entsprechend der sich verändernden und vielfältiger werdenden Bedürfnisse und Interessenslagen älterer Menschen entwickelt und in Maßnahmen der Quartiersentwicklung integriert werden. Hierbei werden vor allem die Bedarfslagen und Möglichkeiten von Älteren mit geringen finanziellen Mitteln sowie sozial zurückgezogenen und teilhabeeingeschränkten Älteren in den Blick genommen. Wo dies möglich ist, sollen die Quartiersansätze der städtischen GEWOBAU aktiv eingebunden werden.

Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsfürsorge

Mit höherem Lebensalter steigt die Wahrscheinlichkeit, auf Hilfe angewiesen zu sein oder an Demenz zu erkranken. Dem muss Rechnung getragen werden durch

- regelmäßige öffentliche Informationsveranstaltungen zu Gesundheitsthemen und „Demenz“ für Angehörige und Betroffene, verbunden mit Informationen über die vielfältigen, auch ehrenamtlichen, Hilfs- und Fördermöglichkeiten.
- weitere städtische Unterstützung familienorientierter Wohngruppen in bestehenden Pflegeeinrichtungen.
- Weiterführung der Suche nach bzw. die Umsetzung von neuen Wohnformen, z.B. Demenzwohngruppen.
- weitere Förderung und Unterstützung von Präventionsprojekten wie „GESTALT“ für Bewegung, soziale Kontakte und Spiel ein Leben lang.

Demenz ist nicht vermeidbar, aber deren Eintritt und Ausprägung kann verzögert werden. Diese Erkenntnisse werden umgesetzt durch entsprechende Angebote des Sportinstitutes der Universität, der vhs, der Sportvereine und des Hauses für Gesundheit Dreycedern. Auch Senior*innen mit geringen finanziellen Möglichkeiten müssen mit diesem Angebot erreicht werden, z.B. mit Unterstützung der städtischen Senior*innenbetreuung und durch kostenlose Angebote.

Die körperliche und geistige Betätigung und Förderung ist in der genannten Infrastruktur (Bäder, Universität, vhs, Haus für Gesundheit Dreycedern, Stadtteilbegegnungshäuser, Seniorennetzwerk, Angebote der Kirchengemeinden und des Hauswirtschaftszentrums) in großer Vielfalt vorhanden und zu erhalten und bei Bedarf entsprechend zu verändern oder zu erweitern.

Schwer und unheilbar erkrankte Menschen finden in Erlangen Beratung, Begleitung und Unterstützung durch den Hospiz Verein Erlangen sowie das stationäre Hospiz. Diese kooperieren eng mit dem Team der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung und der Abteilung für Palliativmedizin des Universitätsklinikums. Das in der Stadt Erlangen und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt etablierte Netzwerk der hospizlichen und palliativen Versorgung muss weiter gefördert und die Zusammenarbeit aller beteiligter Institutionen gestärkt werden.

Alle ehrenamtlichen Gruppen, die bei der Betreuung von kranken und/oder bedürftigen Menschen tätig sind, benötigen fachliche Qualifikation, Anerkennung und Unterstützung durch ein berufliches Hauptamt.

Die Zusammenarbeit mit Senior*innen sowie deren politische Mitgestaltung

Das sozialdemokratische Prinzip heißt: Nicht für, sondern mit Senior*innen politische Entscheidungen treffen. Senior*innen sind selbst die besten Fachleute für ihren Altersbereich und wissen, was sie benötigen und was für ihr Leben in Erlangen erforderlich ist.

Dieses Wissen wird ernst genommen und berücksichtigt durch die Stärkung des ehrenamtlichen Seniorenbeirates der Stadt Erlangen, indem

- ein jährlicher Arbeitsbericht im Stadtrat angestrebt wird,
- die erforderliche finanzielle Unterstützung des Beirates aktuellen Erfordernissen angepasst wird (z.B. zur Verbesserung der Teilhabe),
- die Unterstützung der Arbeit durch eine Geschäftsstelle gesichert wird,

- die jährlich zweimal stattfindende Veranstaltung „Senior*innen melden sich zu Wort“ gesichert bleibt,
- eine ernsthafte politische Auseinandersetzung mit den Anliegen und den Bedürfnissen von Seniorinnen und Senioren gewahrt bleibt, sowie
- entsprechende Anliegen wie z.B. weitere öffentliche, barrierefreie Toiletten im Stadtgebiet und die Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei Veranstaltungen umgesetzt werden.

Das Aufgreifen senior*innenpolitischer Themen kann nicht allein Aufgabe ehrenamtlich tätiger Seniorenbeiratsmitglieder sein. Die Abteilung für Alters- und Generationenfragen mit ihren städtischen Mitarbeitenden hat deswegen in enger Zusammenarbeit mit dem ehrenamtlich tätigen Seniorenbeirat der Stadt Erlangen

- gesellschaftspolitische Entwicklungen aufzugreifen und diese in den entsprechenden Gremien zu kommunizieren,
- Anregungen und Lösungsvorschläge für neue gesellschaftliche Entwicklungen und Problemsituationen zu entwickeln,
- die Arbeit der beruflich und ehrenamtlich tätigen Mitarbeitenden in der Seniorenarbeit zu koordinieren, zu unterstützen, zu fördern und mit fachlicher Kompetenz zu begleiten.

Nur in einem offenen, kontinuierlichen Austausch von Betroffenen, Politik und ehrenamtlich und beruflich in der Senior*innenarbeit Tätigen ist eine zukunftsorientierte Politik zum Wohle von Senior*innen in unserer Stadt möglich.

19. Menschen mit Migrationsgeschichte: „Offen aus Tradition“ mit Leben füllen

Ziele

Die SPD tritt uneingeschränkt für das offene, gleichberechtigte und solidarische Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Erlangen ein. Den vorherrschenden Tenor der Ausgrenzung und Abgrenzung in der laufenden Migrationsdebatte lehnen wir mit Nachdruck ab. Wir wollen Migration als vielfältige Chance und Bereicherung unserer Gesellschaft stärker bewusst machen.

Erlanger*innen mit Migrationsgeschichte sehen wir als Menschen mit vielfältigen Kompetenzen und kulturellen Erfahrungen und, auch aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit, damit als Bereicherung für unsere Stadt, für das kulturelle und soziale Leben, eine weltoffene Atmosphäre und eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Dies gilt gleichermaßen für die Menschen, die zu uns kommen, weil sie aus ihren Heimatländern fliehen müssen. Sie bedürfen in besonderem Maße unserer Solidarität und Unterstützung. Ziel der SPD ist es deshalb, allen in Erlangen lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte die Teilhabe an allen Bereichen von Gesellschaft und Politik zu ermöglichen und Neuerlander*innen durch Anerkennung und Gleichstellung die Eingewöhnung in unserer Stadt so leicht wie möglich zu machen. Integration verstehen wir ausdrücklich auch als Aufgabe der länger oder von Geburt an hier lebenden Menschen, die über die notwendigen Ressourcen verfügen und sie auch bereitstellen können.

Erreichbar sind diese Ziele durch die verbindliche Umsetzung des Integrationsleitbilds, d.h. durch eine aktive kommunale Integrationspolitik. Dabei müssen das ehrenamtliche Engagement und die Arbeit der Selbstorganisationen von Menschen mit Migrationsgeschichte gezielt einbezogen und gefördert werden. Wir wollen migrantische Communities befähigen und sie darin bestärken, aktiv die Rolle als Träger von Einrichtungen oder Aufgaben für die Stadtgesellschaft zu übernehmen, z.B. als Träger von Kitas oder in der Wahrnehmung von Aufgaben einer sozialraumorientierten Stadtteilarbeit.

Wir setzen uns auf Bundesebene für ein kommunales Wahlrecht für Migrant*innen ein und wollen zugleich hier Menschen ohne Wahlrecht Möglichkeiten bieten, ihre Stadt zu gestalten. Die Erlanger SPD sieht auch auf kommunaler Ebene den Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz als vordringliche Aufgabe an.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Die Bedingungen, unter denen Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland leben, werden in vielen Bereichen von Vorgaben der Bundes- und Landespolitik bestimmt. Dennoch haben gerade Kommunen eine besonders große Bedeutung für die künftige Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft. Zu den kommunalen Herausforderungen in diesem Bereich gehören die Gewinnung von Arbeitskräften und die stärkere Einbindung wirtschaftlicher Akteur*innen, die humanitäre Ausgestaltung der Aufnahme und Integration von Geflüchteten und die Kooperation mit engagierten zivilgesellschaftlichen

Initiativen, die Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe aller Bürger*innen und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Seit 2014 hat die SPD in Erlangen gemeinsam mit den Organisationen der Menschen mit Migrationsgeschichte, dem Ausländer- und Integrationsbeirat, zahlreichen Initiativen, Vereinen und Religionsgemeinschaften und den dort engagierten Ehrenamtlichen die städtischen Anstrengungen für eine bessere Integration und Partizipation deutlich verstärkt.

Oberbürgermeister und Stadtrat haben die Bedeutung von Integration und Sensibilisierung für interkulturelle Fragen als Aufgabe aller Bereiche der Stadtverwaltung, der städtischen Töchter und der Stadtgesellschaft insgesamt immer wieder hervorgehoben, Handlungsbedarfe benannt und geeignete Maßnahmen entwickelt. Dabei stoßen wir allerdings dort an Grenzen, wo Bundes- und Landespolitik restriktive Vorgaben machen. Auf diesen Ebenen haben wir uns dafür eingesetzt, die Voraussetzungen z. B. für die Arbeitsmarktintegration von Migrant*innen oder Chancengleichheit im Bildungssystem zu verbessern oder Bleiberechte zu stärken.

Mit den nachfolgenden Forderungen knüpfen wir gezielt an die bereits erreichten Erfolge an, wollen diese erweitern, verbessern oder verstetigen.

Forderungen und Perspektiven

Die zentralen Säulen kommunaler Integrationsarbeit sind für die SPD Erlangen die Handlungsfelder Teilhabe, Spracherwerb, schulische und berufliche Qualifizierung, Integration in Arbeit, Orientierung in unserer Gesellschaft sowie soziale Beratung und Begleitung. In allen Bereichen müssen die Bemühungen der Kommune weiter deutlich verstärkt werden.

Im Einzelnen fordert die SPD Erlangen:

Teilhabe

Menschen mit Migrationsgeschichte sind durch unterschiedlich Faktoren in ihren Teilhabechancen benachteiligt. Darauf verweist der erste Teilhabebericht der Stadt Erlangen aus dem Jahr 2023 in aller Deutlichkeit. Die gesellschaftliche Gleichstellung und Chancengleichheit der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte ist durch verstärkte Einbindung in das öffentliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben und durch stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen in der Kommunalpolitik zu fördern.

- Wir werden weitere Anstrengungen unternehmen, um die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen und zu verbessern.
- Die Stadt wird die interkulturelle Öffnung von Vereinen, Verbänden und Organisationen voranbringen und nach ihren Möglichkeiten mit Zuschüssen fördern und unterstützen.
- Wir setzen uns auf Bundesebene für ein kommunales Wahlrecht für Menschen mit Migrationsgeschichte ein und wollen zugleich hier Menschen ohne Wahlrecht Möglichkeit bieten, ihre Stadt zu gestalten.

- Zur Verbesserung der politischen Mitsprache von Bürger*innen mit Migrationsgeschichte kommt dem Ausländer- und Integrationsbeirats (AIB) eine zentrale Rolle zu. Vorschläge und Anliegen des AIB werden weiterhin in unsere Gremienarbeit einbeziehen und Projekte unterstützen. Durch verstärkte Einbindung in kommunale Entscheidungen und intensive Werbung für die Teilnahme an den Beiratswahlen kann die Wirksamkeit dieser Einrichtung noch verstärkt werden.
- Etablierte Austauschformen für Verwaltung, Politik und ehrenamtlich Engagierte, wie z.B. die Integrationskonferenz, werden wir fortführen und neue Formen der Beteiligung einbeziehen.

Spracherwerb, schulische und berufliche Qualifikation

- Angebote der Sprachförderung werden wir weiterentwickeln und ausbauen, um allen Menschen mit Migrationsgeschichte die Integration über Sprache zu ermöglichen.
- Projekte wie HIPPY, Deutsch-Offensive, W.I.L.D., „die Begleiter“, sowie Sprachförderung in Kindergärten und Kinderkrippen sind sicherzustellen bzw. so auszubauen, dass die vorhandenen Bedarfe gedeckt werden.
- Angebote von Förderkursen in allen Schulformen für Schüler*innen mit nichtdeutscher Muttersprache und Hausaufgabenbetreuung in Deutsch und der jeweiligen Muttersprache, z.B. im Rahmen des Programms der optimierten Lernförderung, sind bedarfsgerecht zu sichern bzw. zu erweitern. Auch die Eltern dieser Kinder sollten über Sprachförderprogramme informiert werden.
- Die Potenziale muttersprachlicher Kenntnisse sind anzuerkennen und Angebote, die diese im Rahmen des Spracherwerbs fördern, zu unterstützen. Eltern sollten über bestehende Angebote aktiv informiert werden.
- Fortführung der interkulturellen Elternarbeit, Unterstützung von Beratungs- und Unterstützungsprojekten von und für Eltern mit Migrationsgeschichte, wie z.B. das Projekt „Elterntalk“. Kinderbetreuung muss bei Bedarf für Teilnehmende an Integrations- und Sprachkursen angeboten werden.

Integration in den Arbeitsmarkt

- Verstärkte Integration durch Qualifizierung von arbeitssuchenden Menschen mit Migrationsgeschichte durch das Erlanger Jobcenter, z.B. in Form besonderer Angebote wie das Projekt Innovative Qualifizierung Hauswirtschaft (InQuA).
- Fortführung von unmittelbaren Begleit- und Coaching-Prozessen aus dem Integrationskurs heraus in den Arbeitsmarkt wie z.B. das Projekt der Jobbegleiter für Geflüchtete.
- Unterstützung von berufsbegleitenden Sprach- und Integrationsfördermaßnahmen.
- Fortführung von Fördermaßnahmen wie Berufsintegrationsklassen (BIK) und Berufsvorbereitendes Jahr (BVJ) an der Erlanger Berufsschule durch das Erlanger Jobcenter.

- Durchführung von Willkommens- und Orientierungskursen in Erlangen als Integrationsangebot für Menschen mit Migrationsgeschichte, die bereits in Erwerbsarbeit sind, sowie gleichermaßen für deren Angehörige.
- Städtische Informationsangebote in Erlanger Unternehmen, um auf die besonderen Qualifikationen von Menschen mit Migrationsgeschichte (v. a. interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit) hinzuweisen. Ein besonderer Schwerpunkt muss hier in der Werbung für die Einstellung von Frauen mit Migrationsgeschichte liegen.
- Vom Bund fordern wir eine transparentere und vereinfachte Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen. Ziel ist es, Bürokratie abzubauen und qualifizierten Personen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Über bestehende Fachberatungen (IHK, Bezirk Mittelfranken, Jobcenter) soll aktiver informiert werden. Kooperationen mit der vhs sind zu verstärken.
- Entwicklung und Ausbau von Angeboten der Sprachförderung von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte insbesondere auch in kleinen und mittleren Unternehmen.

Kulturelles

- Beschäftigung mit Kulturen der Welt als integraler Bestandteil der kommunalen Kulturarbeit sowie Förderung des kulturellen Austausches.
- Unterstützung von Angeboten zur Auseinandersetzung über die aktuelle Situation in den Herkunftsländern der in Erlangen lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte.
- Förderung von Migranten-Selbstorganisationen u.a. durch Überlassung von Räumen als Begegnungsstätten.
- Fortführung und Weiterentwicklung des Festes der Kulturen in Erlangen mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung durch die Stadt. Fortführung und Weiterentwicklung der „Wochen gegen Rassismus“.
- Unterstützung der Durchführung und Weiterentwicklung des deutschsprachigen Islamunterrichts an Erlanger Schulen (Erlanger Modell).
- Förderung der interreligiösen Zusammenarbeit.
- Förderung der Zusammenarbeit von konfessionellen Bildungswerken in Erlangen.
- Würdigung von nichtchristlichen religiösen Feiertagen und Berücksichtigung z. B. bei Veranstaltungsplanungen z.B. in Schulen.

Soziale Angebote

- Erhalt und Unterstützung des mehrsprachigen und interreligiösen Beratungsangebots der Sozialdienste und Wohlfahrtsverbände.
- Einbeziehung der Interessen der älteren Menschen mit Migrationsgeschichte in die kommunale Senior*innenarbeit.
- Berücksichtigung der Essgewohnheiten von Menschen mit Migrationsgeschichte bei der Versorgung in Krankenhäusern, Schulen, Kindertagesstätten und Kantinen und anderen städtischen Einrichtungen.

- Weiterer Einsatz der Stadt Erlangen als „sicherer Hafen“, um zusätzliche Flüchtlinge aus der Seenotrettung aufzunehmen.

Verbesserungen in der Stadtverwaltung

- Konsequente Umsetzung des Leitbildes Integration der Stadt Erlangen durch die Bereitstellung entsprechender Ressourcen und Personal. Daran sollen sich die städtischen Dienststellen kontinuierlich beteiligen und über die Fortschritte berichten.
- Fortführung des städtischen Integrationsmonitorings und der regelmäßigen Berichterstattung zur Situation von Menschen mit Migrationsgeschichte im Stadtrat.
- Verstärkte Entwicklung von Konzepten, um die Gewinnung von Mitarbeiter*innen mit Migrationsgeschichte für den öffentlichen Dienst im Rahmen des Diversity Managements zu fördern. Auf die Situation von Frauen soll dabei ein besonderer Fokus gelegt werden.
- Abbau von Sprach- und Kommunikationsbarrieren durch mehrsprachige Formulare, Informationsblätter und Beschilderungen im Rathaus, Bereitstellung von Dolmetschendiensten.
- Interkulturelles Training als wichtiges Element des Fortbildungsangebots für städtische Mitarbeitende; für Führungskräfte soll diese Fortbildung zur Pflicht werden und darüber hinaus in das Trainee-Programm der Stadtverwaltung einbezogen werden.
- Sicherung und Weiterentwicklung der Willkommenskultur in der Erlanger Ausländerbehörde (siehe unten).
- Ausschöpfung von Ermessensspielräumen im Ausländerrecht zugunsten der betroffenen Menschen mit Migrationsgeschichte bei Genehmigungen und Bescheiden.
- Umfassende finanzielle und hauptamtliche Unterstützung und Begleitung der ehrenamtlichen Betreuenden.

Frauen mit Migrationsgeschichte

- Aufbau eines speziellen Beratungsangebots für Frauen mit Migrationsgeschichte, das unter anderem die Bereiche Bildung, Ausbildung, Medizin, rechtliche Fragen und Umgang mit Behörden umfassen soll.
- Spezielle Förderung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Frauen mit Migrationsgeschichte.
- Sensibilisierung für und Positionierung gegen die Benachteiligung von Frauen mit Kopftuch, insbesondere gegen die Diskriminierung bei der Arbeitssuche und auf dem Arbeitsmarkt.
- Förderung von Gruppen von und für Frauen mit Migrationsgeschichte.
- Sportangebote für Frauen mit Migrationsgeschichte; insbesondere Fortführung und Weiterentwicklung des „BIG“-Projekts.

Aktivitäten gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

- Fortführung der Arbeit der Antidiskriminierungsstelle der Stadt.
- Weitere aktive Teilnahme an „Intercultural Cities“ (Europarat).
- Unterstützung von Initiativen gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Allianz gegen Rechtsextremismus, „Aktion Courage“, „Woche gegen Rassismus“ und „Schule ohne Rassismus“.
- Verbesserung der interkulturellen Arbeit an allen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen.
- Verbesserung der kommunalen Jugendarbeit (siehe Kapitel III. 17 Junge Menschen: Selbstbestimmt leben – Stadt solidarisch gestalten).
- Unterstützung von Angeboten zur Prävention von Radikalisierung bei Jugendlichen im Zusammenspiel von schulischer Bildung, außerschulischer Jugendarbeit, individueller Beratung und gezielten Interventionsprogrammen. Ziel ist es, frühzeitig zu intervenieren und nachhaltige Alternativen zu extremistischen Weltbildern aufzuzeigen.
- Stärkere Informations- und Aufklärungsarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Siehe dazu auch Kapitel III. 2 Demokratie und Toleranz: Zusammenhalt stärken – Rechtsextremismus und Diskriminierung entschieden entgegentreten).

20. Personal und Verwaltung: Zukunftsfähig, bürgernah und effizient

Ziele

Im Mittelpunkt des Handelns der Stadtverwaltung stehen die Bedürfnisse und Interessen der Bürger*innen. Diese stellen nicht nur die finanziellen Mittel zur Verfügung, sie sind aktiv am Gemeinwesen beteiligt und bilden das Fundament der Demokratie.

Das Leitbild der Stadtverwaltung muss sich ausrichten an den nachhaltigen Zielen: Beteiligung, ökologische Orientierung, Gleichstellung, Integration und Herstellung von Chancengleichheit und sozialem Ausgleich.

Die Stadtverwaltung ist daher

- Gewährleisterin zuverlässiger und preisgünstiger Dienstleistungen, Güter und Infrastruktur,
- soziale Arbeitgeberin,
- Partnerin der Bürger*innen zur Förderung der politischen Teilhabe ebenso wie zur Förderung von Integration, Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe und freiwilligem, das heißt ehrenamtlichem Engagement, für das Gemeinwesen,
- Partnerin der Wirtschaft, d. h. von Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften, zur Sicherung und Ansiedlung von Arbeitsplätzen bzw. von Betrieben und Unternehmen.

Die Bewältigung dieser Aufgaben geschieht in aktiver Gestaltung der geltenden Gesetze und Verordnungen von Bund und Land sowie im Rahmen der Beschlüsse des Stadtrats als dem demokratisch gewählten Repräsentanten der Bürger*innen in größtmöglicher Transparenz und durch größtmögliche Einbeziehung (Teilhabe) von Bürgerinnen und Bürgern. Öffentliche Aufgaben und Dienstleistungen – insbesondere Kernaufgaben – können und dürfen daher nicht beliebig privatisiert werden bzw. müssen, wo möglich, rekommunalisiert werden. Die Vergabe städtischer Aufgaben und Dienstleistungen an gemeinnützige bzw. private Organisationen, Träger, Betriebe und Unternehmen muss sich orientieren am Prinzip der Subsidiarität, die übertragene Aufgabenerfüllung an den sich aus dem Leitbild ergebenden Kriterien; ihre demokratische Kontrolle muss gewährleistet sein.

Um ihre wachsenden Aufgaben angemessen zu erfüllen, braucht eine Kommune eine ausreichende Personalausstattung, die ihre wichtigste Ressource darstellt. Wir haben daher für die wachsende Einwohnerzahl und für wichtige zusätzliche Aufgaben die Zahl der Mitarbeitenden seit 2014 maßvoll aufgestockt.

Ein Abbau von Personal und die damit verbundene Beschränkung der Aufgaben führt zu einer Verschlechterung der Infrastruktur, zum Abbau demokratischer Kontrolle und zur Reduzierung von Teilhabe und Dienstleistungen von bzw. für Bürger*innen. Personalabbau kann für die SPD kein Ziel an sich sein, sondern lediglich Ergebnis finanzieller Zwänge, denen die Stadt seit 2024 unterliegt. Sponsoring hat auch in der Kommune

seinen Platz, darf städtische Aufgaben jedoch nicht der demokratischen Kontrolle entziehen.

Gesellschaftlicher Strukturwandel, Klimawandel, Globalisierung, Digitalisierung, die Veränderung der Arbeitswelt, die wachsende soziale Spaltung und die Bedrohung der Demokratie stellen die kommunale Daseinsvorsorge und -fürsorge vor neue Herausforderungen. Gefragt sind daher schnelleres, flexibleres Handeln, mehr Transparenz und Beteiligung und die Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung.

Gleichzeitig bleiben Gestaltungsmöglichkeiten des kommunalen Handlungsspielraums bestimmt von den wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Mit strukturell unzureichender bzw. schwankender Finanzausstattung (siehe Kapitel III. 1 Städtische Finanzen: Zukunftsfähig und gerecht gestalten) müssen die Kommunen ein kontinuierliches Angebot an notwendigen Dienstleistungen, Gütern und Infrastruktureinrichtungen gewährleisten und wichtige zusätzliche Aufgaben wie z. B. den Ausbau der Kinderbetreuung übernehmen.

Rahmenbedingungen und Erreichtes

Seit der Kommunalwahl 2014 haben wir in der Entwicklung von Personal und Verwaltung neue Schwerpunkte gesetzt und insbesondere die Stärkung der Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger*innen durch ein verändertes Selbstverständnis von Stadtrat und Verwaltung vorangebracht (s. Kapitel III. 3 Kommunale Demokratie: Transparenz, Beteiligung und Ehrenamt fördern).

Durch die Einführung des Masterplans Personalmanagement haben wir den personalpolitischen Themen, die wir seit vielen Jahren verfolgen, einen Rahmen gesetzt, der Transparenz, systematische Prioritätensetzung und strategische Steuerung ermöglicht.

In folgenden Bereichen wurden Fortschritte erzielt:

- Umsetzung des neuen Führungsverständnisses, das sich u. a. an den Gesamtinteressen der Stadt orientiert und Mitarbeitende stärker einbezieht,
- Stärkung der Ausbildungskapazität und -bereitschaft,
- Verbesserung des Arbeitgebermarketings,
- Teilzeit in Führungspositionen,
- Förderung der Gesundheit der städtischen Mitarbeiter*innen,
- Inklusion und Umgang mit leistungsveränderten Beschäftigten,
- Befragung der Mitarbeiter*innen,
- Digitalisierung der Verwaltung, sowohl in der internen Arbeit als auch im Bereich der Bürgerbeteiligung (s. Kapitel III. 9 Digitalisierung: Zukunftschancen aktiv gestalten).

Weitere wichtige Veränderungen im Bereich der Verwaltung, die wir vorangetrieben haben, betreffen

- die Neugestaltung des Eingangsbereichs für das Bürgeramt,

- den Ausbau der Willkommenskultur im Bereich Ausländerwesen und die Umgestaltung des Eingangsbereichs („Willkommenstheke“),
- die Einführung und Erweiterung des ErlangenPasses (siehe Kapitel III. 5 Kommunale Sozialpolitik: Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe),
- die Verbesserung der Situation des künstlerischen Personals am Theater (bessere Bezahlung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen),
- Honorarerhöhungen für die Dozent*innen der Volkshochschule.

Forderungen

Die SPD Erlangen wird sich weiterhin für eine sozial gerechte Gestaltung und Verteilung der von den Bürger*innen zu leistenden Abgaben, Gebühren und Preise für kommunale Dienste und kommunale Steuertarife einsetzen – auch dann, wenn Einnahmeausfälle Erhöhungen unvermeidbar machen.

- Kommunale Beratungsdienste und soziale Leistungen sind nach Möglichkeit weiterhin gebührenfrei zu leisten.
- Die Tarife für die öffentlichen Verkehrsmittel, die Mieten für Sozialwohnungen sowie die Gebühren für soziale, kulturelle Einrichtungen und Bildungseinrichtungen, Volkshochschule, Stadtbibliothek, Stadtarchiv, Bäder etc. – sollen weiterhin subventioniert werden;
- Für benachteiligte Gruppen, Rentner*innen, Auszubildende und Studierende mit niedriger Finanzausstattung sowie Arbeitslose und Bürgergeldempfänger*innen gelten entsprechende Sozialtarife (siehe Kapitel III. 5 Kommunale Sozialpolitik: Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe).

Personal und Personalentwicklung

Die vielfältigen Aufgaben einer modernen Stadtverwaltung im Sinne eines modernen Dienstleistungsunternehmens erfordern einen Personalentwicklungsplan, um genügend und gut qualifiziertes Personal zu beschäftigen, das zudem kontinuierlich weitergebildet werden muss. Dabei fällt der Stadt als „sozialer Arbeitgeberin“ eine beschäftigungspolitische Vorbildfunktion zu: Sicherung von Arbeitsplätzen, von humanen Arbeitsbedingungen und angemessenem Entgelt. Der Personalbedarf ist nach Umfang und Struktur der öffentlichen Aufgaben zu bestimmen. Die SPD Erlangen wird weiterhin die Umsetzung des Masterplan Personalmanagement anstreben, und diesen inhaltlich entlang folgender Schwerpunkte weiterentwickeln:

- Ausrichtung am Leitbild der Stadt für Alle: Ökologische Orientierung/Nachhaltigkeit, Gleichstellung, Integration, Chancengleichheit, Familienfreundlichkeit, Inklusion von Menschen mit Behinderung, sozialer Ausgleich.
- Orientierung an den Grundsätzen Transparenz, Dialog und Beteiligung im Umgang mit der Öffentlichkeit und den Bürger*innen.
- Bei der Schaffung neuer Stellen geht es um Transparenz und klare Prioritäten sowie eine angemessene Kontrolle der Personalkostenentwicklung. Angesichts steigender

Einwohnerzahlen und wachsender Aufgaben steigt auch der Bedarf an städtischem Personal. Beim Umfang der Stellenschaffungen muss aber immer auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Haushalts erhalten bleiben.

- Die durch die Haushaltskonsolidierung erzwungene Wiederbesetzungssperre und die Aussetzung der Leistungsprämie für Beamt*innen werden sobald wie möglich zurückgenommen.
- Um in ausreichendem Maße neue Mitarbeiter*innen zu gewinnen, muss das aktive Personalmanagement fortgeführt werden. Die Stadt muss ihre Stärken als soziale Arbeitgeberin mit attraktiven Arbeitsbedingungen nach außen vermitteln und neue Zielgruppen erschließen.
- Ausreichende Personal und Budgetressourcen sowie Fortbildung für den Umgang mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung und deren Entwicklung sowie die Zusammenarbeit mit den Stadtteil- und Ortsbeiräten.
- Umsetzung des Gleichstellungskonzepts und Umsetzung der Charta der Vielfalt sowie konsequente Verwendung einer geschlechtersensiblen Sprache.
- Verstärkte Rekrutierung von Mitarbeitenden mit Kompetenzen im Bereich der interkulturellen Kommunikation und Integration sowie mit Migrationsgeschichte.
- Fortbildungsangebote zur Förderung der interkulturellen Kompetenz der städtischen Mitarbeitenden und des Umgangs mit den verschiedenen Dimensionen gesellschaftlicher Vielfalt sowie zur Sensibilisierung gegenüber Mobbing und sexualisierter Belästigung.
- Ausbau der Angebote zur Weiterqualifizierung von Beschäftigten.
- Angemessene Berücksichtigung von ausländischen Arbeitnehmer*innen bzw. von Menschen mit Migrationsgeschichte bei der Besetzung von Stellen und Ausbildungsplätzen und Unterstützung bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und Qualifikationen.
- Übererfüllung der Quote bei der Beschäftigung und Ausbildung von behinderten Arbeitnehmer*innen und Öffnung für Menschen mit Formen von Behinderung, die bisher kaum Zugang zu Beschäftigung bei der Stadt haben.
- Weiterhin hohe Zahl an Ausbildungsplätzen und Ausbildung auch über den eigenen Bedarf hinaus, auch um den künftig steigenden eigenen Bedarf zu decken. Zusätzlich werden Ausbildungsplätze im Rahmen der Inklusion von Menschen mit Behinderung, der sozialen Inklusion sowie für Geflüchtete angeboten. Die Rahmenbedingungen für die Bereiche und Mitarbeiter*innen, die Ausbildung leisten, müssen deutlich verbessert werden.
- Keine betriebsbedingten Kündigungen.
- Restriktive Handhabung von befristeten Arbeitsverträgen.
- Verzicht auf sachgrundlose Befristungen.
- Keine prekären Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere Leiharbeit.

- Verbesserung der Bedingungen für atypisch Beschäftigte (künstlerisches Personal) des Theaters und der Volkshochschul-Dozent*innen durch regelmäßige Honorarerhöhungen. Wir werden auf Bundes- und Landesebene auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Dozent*innen der vhs, insbesondere im Bereich der Ganztagsbetreuung in den Schulen sowie im Bereich Sprach- und Integrationskurse hinwirken.
- Einschränkung der Vergaben städtischer Aufgaben nach außen und Überprüfung erfolgter Privatisierungen; wo möglich Rekommunalisierung (z. B. Gebäudereinigung).
- ausreichendes und attraktives Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen und Ermöglichung von Teilzeit im Interesse der Frauenförderung und Familienfreundlichkeit auch in Führungspositionen.
- Vermeidung von ungewollter Teilzeit.
- Die Praxis großzügiger Home-Office-Regelungen soll fortgeführt werden. Das Konzept „New Work“ mit flexibel gestalteten Arbeitsplätzen soll schrittweise in den Gebäuden der Stadtverwaltung umgesetzt werden. Dafür werden wir auch die notwendigen Investitionen in die Umgestaltung der Räume tätigen.
- Fortsetzung und Vertiefung der Maßnahmen zur Gesundheitsförderung sowie kontinuierliche Durchführung von Gefährdungsanalysen.
- Sicherstellung eines angemessenen Arbeitsplatzangebots auch für untere Gehaltsstufen; dabei ist darauf zu achten, dass die Tätigkeitsprofile auch künftig ausreichende berufliche Perspektiven bieten.
- Erarbeitung eines Konzepts, wie Personal, das wenig Um- und Aufstiegsmöglichkeiten hat (z.B. Erzieher*innen), weiterqualifiziert und motiviert wird.
- Fortführung des Projekts PIA (praxisintegrierte Ausbildung) für Erzieher*innen und Einführung einer Ausbildung in Teilzeit.
- Weiterentwicklung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen durch das Erlanger Jobcenter mit klarer Perspektive für die Betroffenen; Vorrang müssen sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse haben.
- Nutzung aller gesetzlichen und tarifvertraglichen Möglichkeiten zur leistungsgerechten Bezahlung.
- Bei den leistungsbezogenen Bestandteilen der Entlohnung ist auf ein transparentes Verfahren – in Zusammenarbeit mit dem Personalrat – zu achten.
- Insbesondere im Bereich der weiblichen Beschäftigten müssen Regelungen getroffen werden, die Benachteiligungen z.B. nach der Elternzeit vermeiden. Väter sollen ermutigt werden, längere Phasen der Elternzeit in Anspruch zu nehmen.
- Festhalten an der Qualitätssicherung im Beratungsangebot der Stadt durch Qualifizierung der Mitarbeiter*innen, Supervision, gegebenenfalls auch externe Beratung/Coaching.
- Fortbildungsangebote für den Umgang mit Themen wie Gewalt in der Familie, psychische Erkrankungen, barrierefreie Sprache.

- Bereitschaft, dem Personalrat auch über den gesetzlichen Rahmen hinaus Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen und ihn entsprechend seinem Freistellungsbedarf auszustatten.

Diese Ziele und Forderungen gelten auch für die Tochterunternehmen der Stadt.

Weiterentwicklung der Verwaltung

Die Qualität öffentlicher Leistungen und das Auftreten städtischen Mitarbeiter*innen gegenüber den Bürger*innen prägen das Ansehen des öffentlichen Dienstes. Die Stadtverwaltung ist deshalb so zu organisieren, dass bürgerfreundliches Verhalten und bürger-nahe Entscheidungen den öffentlichen Dienst auszeichnen. Publikumsgerechte Öffnungszeiten, Bürgerberatung, Information über Leistungen, Zuständigkeiten und Verfahrensweisen und bürgerfreundliche Ausgestaltung der Zugangsmöglichkeiten zur Verwaltung sind heute notwendige Elemente der Stadtverwaltung.

Bei der Weiterentwicklung der Verwaltung müssen die Beschäftigten mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen einbezogen werden. Folgende Aspekte sind dabei zu berücksichtigen:

- Ausrichtung am Leitbild der Stadt (siehe oben).
- Verankerung der geschlechtersensiblen Sichtweise und konsequente Umsetzung als Aufgabe aller Referate und Ämter und der städtischen Tochterunternehmen („gender mainstreaming“).
- Konsequente Umsetzung der neuen Führungsgrundsätze, die sich an den Zielen der Transparenz, der Einbindung der Mitarbeiter*innen durch einen kooperativen und wertschätzenden Führungsstil, der Förderung, der Delegation von Verantwortung und Teamarbeit sowie der klaren Definition von Zuständigkeiten und Zielen orientieren; Maßnahmen zur Verbesserung der Führungskultur (z. B. Coaching, Führungsgespräche) und zur Vorbeugung und Bekämpfung von Mobbing. Alle Dienststellen der Stadt müssen sich dabei weiterhin ihrer Verantwortung für die Stadt in ihrer Gesamtheit bewusst sein und konstruktiv mit anderen Ämtern zusammenarbeiten.
- Übereinstimmung von Aufgaben und Personalausstattung, klare Prioritätensetzung, sorgfältige Überprüfung der Aufgaben.
- Sparsamer, wirtschaftlicher und effektiver Einsatz von Finanzmitteln, kontinuierliche und kritische Überprüfung von Budgetierung und Controlling, Ausbau des Controllings in Ämtern, die dies bisher wenig anwenden.
- Strategisches Management und transparente Verfahren zur Einbeziehung aller Mitarbeitenden in die Erarbeitung neuer Vorschläge zur Weiterentwicklung der Verwaltung, bei der stets die Interessen der Arbeitnehmer*innen zu berücksichtigen sind. Die Zusammenarbeit mit der Personalvertretung, den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften, mit der Gleichstellungsstelle und der Vertretung der Schwerbehinderten ist daher von der Planung von Maßnahmen bis zur Umsetzung zu gewährleisten.

- Beibehaltung und Ausdehnung der neu gestalteten Eingangszonen in stark frequentierten Publikumsämtern. Dabei soll das konkrete Konzept jeweils von den betroffenen Mitarbeiter*innen entwickelt werden.
- Die SPD wird sich darüber hinaus einsetzen für das Angebot einer „mobilen Bürgerberatung“. Eine solche Beratung kann an wechselnden Orten Sprechzeiten anbieten (z. B. in Senioreneinrichtungen, Kindertagesstätten u.a.).